

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung zur Evaluierung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes

Inhaltsverzeichnis

	Seite
A. Einleitung	4
B. Ziel des Gesetzes	6
I. Die Situation vor dem NetzDG.....	6
II. Einführung des NetzDG	6
C. Die einzelnen Regelungsbereiche und die Bewertung ihrer Umsetzung	8
I. Umgang mit Beschwerden über rechtswidrige Inhalte (§ 3 NetzDG) ...	8
1. § 3 Absatz 1 Satz 1 NetzDG (Beschwerdemanagement).....	8
2. § 3 Absatz 1 Satz 2 NetzDG (Meldewege)	8
3. § 3 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit Absatz 2 NetzDG (Zielvorgaben).....	9
Prüfungsablauf nach Beschwerdeeingang.....	10
Kenntnisnahme.....	10
Reaktionszeiten ab Beschwerdeeingang.....	10
Offensichtlich rechtswidrige Inhalte.....	13
Regelfrist und Ausnahmen bei nicht offensichtlich rechtswidrigen Inhalten	13
Speicherfrist.....	14
Informationspflichten.....	14
4. § 3 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit Absatz 3 NetzDG (Dokumentationspflicht)	14
5. § 3 Absatz 4 NetzDG (Organisation Beschwerdemanagement).....	14

	Seite
6. § 3 Absatz 5 NetzDG (Monitoringstelle)	15
7. § 3 Absatz 6 bis 9 NetzDG (Einrichtung der Regulierten Selbstregulierung)	15
8. Zwischenfazit: Grad der Zielerreichung.....	16
Meldewege	16
Fristvorgaben.....	16
Overblocking	16
Zusammenfassung.....	17
II. Berichtspflicht (§ 2 NetzDG).....	18
1. § 2 Absatz 1 NetzDG (Transparenzberichte)	18
2. § 2 Absatz 2 Nummer 1 bis 9 NetzDG (Mindestvoraussetzungen für den Transparenzbericht).....	19
Nummer 1	20
Nummer 2.....	20
Nummer 3.....	21
Nummer 4.....	22
Nummer 5.....	22
Nummer 6.....	22
Nummer 7.....	22
Nummer 8.....	23
Nummer 9.....	23
3. Zwischenfazit: Grad der Zielerreichung.....	23
III. Inländischer Zustellungsbevollmächtigter (§ 5 NetzDG)	24
1. § 5 Absatz 1 NetzDG (Zustellungsbevollmächtigter).....	24
Benennung und Darstellung.....	24
Erreichbarkeit	24
2. § 5 Absatz 2 NetzDG (Empfangsberechtigte Person).....	25
Benennung	25
Antwortverhalten.....	25
3. Zwischenfazit: Grad der Zielerreichung.....	25
IV. Tätigkeit des Bundesamtes für Justiz.....	26
1. Aufgaben und Praxis des BfJ	26
2. Bußgeldverfahren	26
V. § 14 Absatz 3 bis 5 TMG	27
1. Datenschutzrechtliche Erlaubnisnorm	27
2. Zwischenfazit: Grad der Zielerreichung.....	28

	Seite
D. Erfüllungsaufwand	29
E. Fazit	30
I. Zielerreichung	30
II. Erste Erkenntnisse zu einem möglichen Änderungsbedarf.....	30
Anlage 1	33
Anlage 2	152

A. Einleitung

Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (BGBI. I S. 3352; im folgenden NetzDG) ist am 1. Oktober 2017 in Kraft getreten. Gemäß der Gesetzesbegründung (Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 18) wird die Bundesregierung das Gesetz spätestens drei Jahre nach Inkrafttreten evaluieren und dem Deutschen Bundestag einen Bericht mit folgenden Schwerpunkten vorlegen:

„Dabei wird die Bundesregierung in fachlich geeigneter Weise prüfen, ob und inwieweit die beabsichtigten Wirkungen auf die sozialen Netzwerke mit Blick auf ihren Umgang mit Beschwerden über Hasskriminalität und andere strafbare Inhalte erreicht worden sind. Die Bundesregierung wird ferner untersuchen, wie sich der Erfüllungsaufwand für Wirtschaft und Verwaltung entwickelt hat und ob die Entwicklung in einem angemessenen Verhältnis zu den festgestellten Regelungswirkungen steht. Die Evaluierung wird die Frage nach unbeabsichtigten Nebenwirkungen sowie nach der Akzeptanz und Praktikabilität der Regelungen einschließen.“

Die Bundesregierung legt hiermit den Bericht über das Ergebnis der Evaluierung vor.

Die Evaluierung dient der Kontrolle der Zielerreichung der Regelungskomplexe. Die Maßstäbe für die Ermittlung der Zielerreichung sind hierbei

- die Effektivität, mithin ob und in welchem Umfang die ursprünglich angestrebten Ziele der Regelung erreicht worden sind,
- die Akzeptanz der Regelungskomplexe durch die Adressatinnen und Adressaten, bemessen an der entwickelten Annahme und Anwendung der rechtlichen Regelungen in der Praxis, und
- die Praktikabilität, also die Frage, ob die gesetzlichen Regelungen in der Vollzugspraxis umgesetzt werden können.

Im vorliegenden Bericht werden zunächst die Ziele des Gesetzes und der einzelnen Regelungen dargestellt. Die Zielerreichung wird daraufhin mit den Erkenntnissen aus den einzelnen Evaluierungskomponenten einschließlich der aus ihnen ermittelten Praxiserfahrungen überprüft. Anschließend wird der Grad der Zielerreichung durch das NetzDG und seiner einzelnen Regelungsmechanismen ermittelt. In diesem Zusammenhang soll auch auf gegebenenfalls unbeabsichtigte Nebenwirkungen eingegangen werden.

Grundlage der Evaluierung bilden folgende Komponenten:

1. Juristisches Gutachten zur Evaluierung des NetzDG von Professor Dr. Martin Eifert (Gutachten von Prof. Eifert), Anlage 1.
2. Erkenntnisse des Bundesamts für Justiz (BfJ).
3. Die gemäß § 2 Absatz 1 NetzDG im Bundesanzeiger (gegebenenfalls auch freiwillig) veröffentlichten Transparenzberichte von Anbietern sozialer Netzwerke.
4. Erfüllungsaufwandsmessung des Statistischen Bundesamts (Destatis), Anlage 2.

Stichtag für die Evaluierung ist der 31. Dezember 2019.

Das Gutachten von Professor Eifert untersucht die Regelungsbereiche des NetzDG anhand der Kriterien Zielerreichung, unbeabsichtigte Nebenfolgen sowie Akzeptanz und Praktikabilität. Es stützt sich dabei auf ausgewählte Rechtsprechung, Beiträge aus der Rechtswissenschaft, Erkenntnisse aus einer eigens durchgeführten schriftlichen Befragung unter ausgewählten sozialen Netzwerken, Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft (Nichtregierungsorganisationen, Berufsverbände und sonstigen Verbänden), Staatsanwaltschaften, Rechtsanwälten und das BfJ, sowie eine Medienschau. Methodisch stellt das Gutachten im Wege einer juristischen Auslegung die Maßstäbe der Regelungsbereiche des NetzDG dar. Anschließend wird für die einzelnen Regelungsbereiche die praktische Umsetzung ermittelt, um abschließend eine Kontrolle der Zielerreichung vorzunehmen.

Die Erkenntnisse des BfJ beruhen unter anderem auf den bis zum 30. Juni 2020 eingeleiteten Bußgeldverfahren. Eine weitere Erkenntnisgrundlage sind die Untersuchungen der nach § 3 Absatz 5 NetzDG beauftragten Monitoringstelle.

Gemäß § 2 Absatz 1 NetzDG sind Anbieter sozialer Netzwerke verpflichtet, Berichte über den Umgang mit Beschwerden über rechtswidrige Inhalte auf ihren Plattformen zu erstellen. Grundlage für die Evaluierung bilden die veröffentlichten Berichte bis einschließlich des zweiten Halbjahrs 2019. Folgende Anbieter sozialer Netzwerke haben in diesem Zeitraum Transparenzberichte im Bundesanzeiger veröffentlicht:

Facebook Ireland Limited (Facebook und Instagram), Twitter International Company (Twitter), Google Ireland Limited (Google+ und YouTube), Change.org e. V. (Change.org), The Jodel Venture GmbH (Jodel), SoundCloud Ltd. (Soundcloud), Reddit Inc. (Reddit) und TikTok Inc. (TikTok).

Die in der Begründung des NetzDG geschätzte Veränderung des Erfüllungsaufwands ist in der Regel zwei Jahre nach Inkrafttreten des Regelungsvorhabens nachzumessen. Das Statistische Bundesamt (Destatis) hat am 24. März 2020 die Ergebnisse der Erfüllungsaufwandsmessung zum NetzDG übersandt. Die Ergebnisse dienen als Grundlage für die Untersuchung, ob die Entwicklung des Erfüllungsaufwands in einem angemessenen Verhältnis zu der festgestellten Regelungswirkung steht.

Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass eine Ursachenforschung zu rechtswidrigen Inhalten in sozialen Netzwerken nicht Gegenstand der vorliegenden Evaluierung war. Auch in diesem Zusammenhang wird aktuell der bessere Zugang von Wissenschaft und Forschung zu Daten der sozialen Netzwerke (unter anderem in der Sachverständigenanhörung im Rechtsausschuss am 17. Juni 2020), aber auch anderer Plattformen in verschiedenen Regelungskontexten diskutiert und ein Bedarf für entsprechende Rechtsgrundlagen formuliert. Entsprechende Lösungen müssten europarechtskonform sein sowie die Forschungsinteressen, den Schutz personenbezogener Daten und den Geheimnisschutz ausbalancieren.

B. Ziel des Gesetzes

Hintergrund des NetzDG ist laut Gesetzesbegründung, dass bei der Beobachtung der Debattenkultur und des Austauschs in sozialen Netzwerken eine massive Veränderung des Diskurses festgestellt wurde (Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 11). Die in den sozialen Netzwerken anzutreffende Debattenkultur ist oft aggressiv, verletzend und nicht selten hasserfüllt. Jede und Jeder könne aufgrund der Meinung, der Hautfarbe oder Herkunft, der Religion, des Geschlechts oder der Sexualität diffamiert werden, ohne dass es ein wirksames Beschwerdemanagement gebe und die Anbieter solche Inhalte auf Antrag der Betroffenen löschten. In der Gesetzesbegründung wird betont, dass Hasskriminalität und strafbare Inhalte, die nicht effektiv bekämpft und verfolgt werden, eine große Gefahr für das friedliche Zusammenleben in einer freien, offenen und demokratischen Gesellschaft bergen. Vor diesem Hintergrund bedürfe es einer Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken, um objektiv strafbare Inhalte wie Volksverhetzung, Beleidigung, Verleumdung oder Störung des öffentlichen Friedens durch Vortäuschen von Straftaten unverzüglich zu entfernen.

I. Die Situation vor dem NetzDG

Unabhängig vom NetzDG waren und sind Anbieter sozialer Netzwerke nach europäischen Vorgaben dazu verpflichtet, strafbare Inhalte auf ihren Plattformen unverzüglich nach Kenntnisnahme zu entfernen („notice-and-take down“). Ausgangspunkt für das NetzDG war die Feststellung, dass trotz dieser Vorgaben Hasskriminalität in sozialen Netzwerken weit verbreitet und die Anbieter der sozialen Netzwerke ihnen zur Kenntnis gebrachte entsprechende Inhalte erst spät und nur vereinzelt zu entfernen schienen. Neben dem verbesserungsbedürftigen Löschverhalten waren die Meldeinstrumente für Nutzerinnen und Nutzer auf den Plattformen der Anbieter sozialer Netzwerke teilweise nur schwer zu finden. Über die Anzahl der eingehenden Meldungen, die Löschpraxis der Anbieter und die Prüfkriterien, nach denen über die Entfernung eines Inhalts von Seiten der Anbieter entschieden wurde, war ebenfalls nur wenig bekannt. Eine weitere Schwierigkeit stellte außerdem die schlechte Erreichbarkeit der Anbieter sozialer Netzwerke bei der Durchsetzung von Löschanträgen dar, die keine inländischen Ansprechpartner zur Verfügung gestellt hatten.

Der Gesetzgeber ist davon ausgegangen, dass die Anbieter der sozialen Netzwerke eine besondere Verantwortung haben, wenn es um entschlossenes Vorgehen bei der Bekämpfung von Hasskriminalität und anderen strafbaren Inhalten in sozialen Netzwerken geht.

Die zunehmende Verbreitung von Hasskriminalität und anderen strafbaren Inhalten in den großen sozialen Netzwerken hat das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) bereits im Jahr 2015 dazu veranlasst, eine Task Force mit den Betreibern von sozialen Netzwerken sowie Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft einzurichten. Die in der Task Force vertretenen Anbieter sozialer Netzwerke sagten dabei zu, den Umgang mit Hinweisen auf Hasskriminalität und andere strafbare Inhalte auf ihren Plattformen zu verbessern. Die Anbieter verpflichteten sich, anwenderfreundliche Mechanismen zur Meldung kritischer Beiträge einzurichten und die Mehrzahl der gemeldeten Beiträge mit sprachlich und juristisch qualifizierten Teams innerhalb von 24 Stunden zu prüfen und zu löschen. Maßstab der Überprüfung eines Inhalts war dabei deutsches Strafrecht.

Um die Bemühungen der Anbieter der sozialen Netzwerke von unabhängiger Seite zu überprüfen, wurde von „jugendschutz.net“ im Juli / August 2016 und Januar / Februar 2017 ein Monitoring der Löschpraxis der an der Task Force beteiligten sozialen Netzwerke durchgeführt. Dabei wurde deutlich, wie unterschiedlich die Beschwerden gegen Hasskriminalität und andere strafbare Inhalte bearbeitet wurden, wenn Nutzerinnen und Nutzer diese eingereicht hatten. YouTube löschte in 90 Prozent der Nutzerbeschwerden strafbare Inhalte; Facebook hingegen löschte nur in 39 Prozent und Twitter sogar nur in 1 Prozent der Fälle. Reichte „jugendschutz.net“ denselben Inhalt anschließend als Organisation beim Anbieter ein, waren die Erfolgsquoten deutlich höher und nahezu alle Inhalte wurden letztendlich entfernt.

II. Einführung des NetzDG

Angesichts der Tatsache, dass die Selbstverpflichtungen der sozialen Netzwerke nicht ausreichend wirkten und es erhebliche Probleme bei der Durchsetzung des geltenden Rechts gab, hat der Gesetzgeber beschlossen, dass es der Einführung bußgeldbewehrter Compliance-Regeln bedurfte, um effektiv und unverzüglich gegen Hasskriminalität und andere strafbare Inhalte im Netz vorgehen zu können.

Der Deutsche Bundestag hat vor diesem Hintergrund am 30. Juni 2017 das NetzDG beschlossen, das erstmals die oben genannten Vorgaben festschrieb. Das NetzDG trat am 1. Oktober 2017 in Kraft.

Mit dem NetzDG werden die Anbieter großer sozialer Netzwerke, die über mindestens zwei Millionen registrierte Nutzerinnen und Nutzer im Inland im Sinne des § 1 Absatz 2 NetzDG verfügen, unter anderem nach §§ 2 und 3 NetzDG dazu angehalten, ihre Löschraxis transparenter zu gestalten und effektive Beschwerdesysteme zum Umgang mit rechtswidrigen Inhalten vorzuhalten. Rechtswidrig im Sinne des NetzDG sind dabei gemäß § 1 Absatz 3 NetzDG Inhalte im Sinne bestimmter ausdrücklich genannter Straftatbestände des Strafgesetzbuches, sofern diese nicht gerechtfertigt sind. Verstöße gegen diese Pflichten können gemäß § 4 NetzDG mit Bußgeldern gegen das Unternehmen und die Aufsichtspflichtigen durch das zuständige Bundesamt für Justiz geahndet werden.

Das NetzDG baut auf dem sich aus Artikel 14 der E-Commerce-Richtlinie ergebenden „Notice-and-Takedown“ Verfahren auf. Es konkretisiert die aufgrund der zivilrechtlichen Vorgaben bestehenden Verpflichtungen der Anbieter, nach Kenntnis von einer Rechtsverletzung unverzüglich tätig zu werden, um die Rechtsverletzung abzustellen (zum Beispiel sogenannte Störerhaftung). Entsprechend der E-Commerce-Richtlinie zwingt das NetzDG die Anbieter nicht dazu, aktiv nach Rechtsverletzungen zu suchen beziehungsweise diese aufzuspüren. Vielmehr obliegt es ihnen lediglich, konkrete gemeldete Inhalte zu prüfen und gegebenenfalls zu entfernen beziehungsweise zu sperren. Da die Anbieter keine Nachforschungspflicht trifft, ist entscheidend, dass Nutzerinnen und Nutzer den Anbietern die rechtswidrigen Inhalte auf eine nutzerfreundliche Art übermitteln können, damit diese davon Kenntnis erlangen. Vor Einführung des NetzDG waren die Meldewege teilweise schwer zu finden.

Die im Rahmen der Task Force von den Anbietern freiwillig eingegangenen Verpflichtungen wurden durch die bußgeldbewehrten Compliance-Pflichten des NetzDG abgelöst. Das zuvor nur schwer zu durchschauende Löschverhalten der Anbieter sozialer Netzwerke sollte durch die Berichtspflicht für die Öffentlichkeit verständlich aufbereitet werden. Darüber hinaus muss das Beschwerdeverfahren der Anbieter sozialer Netzwerke gewährleisten, dass offensichtlich rechtswidrige Inhalte binnen 24 Stunden und sonstige rechtswidrige Inhalte grundsätzlich binnen sieben Tagen gelöscht werden. Ausnahmen von dieser Frist gelten für kompliziertere Fälle, beispielsweise wenn die Rechtswidrigkeit eines Inhalts von der Unwahrheit einer aufgestellten Behauptung abhängt oder wenn soziale Netzwerke die Entscheidung über die Rechtswidrigkeit eines Inhalts an eine anerkannte Einrichtung der Regulierten Selbstregulierung übergeben, die die Rechtswidrigkeit bewertet.

Das NetzDG sollte dazu beitragen, dass insbesondere die Anbieter großer sozialer Netzwerke ihrer Verantwortung beim Umgang mit Beschwerden zu strafbaren Inhalten gerecht werden und insofern auch mehr Transparenz schaffen. Das NetzDG hatte hingegen nicht das Ziel, allein und sofort das Problem von strafbarem Hass im Netz umfassend zu lösen. Vielmehr war und ist das NetzDG ein wichtiger Baustein im Rahmen notwendiger breiterer, auch gesamtgesellschaftlicher langfristiger Anstrengungen zum Schutz des demokratischen Diskurses in der Gesellschaft vor den destruktiven Auswirkungen strafbarer Hassrede und entsprechender Einschüchterungen.

C. Die einzelnen Regelungsbereiche und die Bewertung ihrer Umsetzung

I. Umgang mit Beschwerden über rechtswidrige Inhalte (§ 3 NetzDG)

§ 3 NetzDG trifft Vorgaben zum Umgang mit Beschwerden von Nutzerinnen und Nutzern über rechtswidrige Inhalte. Dabei betreffen die Vorgaben sowohl eigene Inhalte eines sozialen Netzwerks als auch fremde, also solche, die Nutzerinnen und Nutzer eingestellt haben, ohne dass das soziale Netzwerk sich die Inhalte zu Eigen gemacht hat. Die Vorgabe des § 3 NetzDG dient dazu, dass die Anbieter ihren gesetzlichen Verpflichtungen, ab Kenntnis von rechtswidrigen Inhalten diese zu entfernen oder zu sperren, schnell und umfassend nachkommen.

§ 3 Absatz 1 NetzDG regelt dabei die grundsätzliche Pflicht, ein Beschwerdeverfahren einzurichten. Die Absätze 2 und 3 beschreiben die näheren Anforderungen an dieses Verfahren. Vorgesehen ist dabei laut Gesetzesbegründung eine Weiterentwicklung der bestehenden Beschwerdesysteme der Anbieter sozialer Netzwerke. Die Vorgaben enthalten dabei Umsetzungsspielraum für die Anbieter der sozialen Netzwerke hinsichtlich der Implementierung der Vorgaben.

1. § 3 Absatz 1 Satz 1 NetzDG (Beschwerdemanagement)

Absatz 1 legt die Grundsätze für ein wirksames Beschwerdemanagement der Anbieter sozialer Netzwerke fest. Die Anbieter werden nach § 3 Absatz 1 Satz 1 NetzDG verpflichtet, ein wirksames und transparentes Verfahren für den Umgang mit Nutzerbeschwerden über rechtswidrige Inhalte vorzuhalten.

Im Hinblick auf die Umsetzung dieser Pflicht heißt es im Gutachten von Professor Eifert, dass die Mehrheit der Anbieter sozialer Netzwerke ein deutschsprachiges Beschwerde- und Prüfverfahren anbieten. Auf die Umsetzung der Pflicht der Vorhaltung eines wirksamen und transparenten Verfahrens für den Umgang mit Nutzerbeschwerden über rechtswidrige Inhalte durch die Anbieter der sozialen Netzwerke im Detail wird in der Umsetzung der Anforderungen der Absätze 2 und 3 eingegangen.

2. § 3 Absatz 1 Satz 2 NetzDG (Meldewege)

§ 3 Absatz 1 Satz 2 NetzDG regelt Vorgaben für die Einrichtung und Ausgestaltung des Verfahrens zur Übermittlung von Beschwerden über rechtswidrige Inhalte (NetzDG-Beschwerden). Das Verfahren muss nutzerfreundlich, das heißt leicht erkennbar, unmittelbar erreichbar und ständig verfügbar sein.

Einige Anbieter (beispielsweise Twitter, Youtube) haben die NetzDG-Meldewege in ihre bereits vorhandenen allgemeinen Meldewege (Flagging-Meldeweg) eingebaut, durch die Beschwerden wegen Nichteinhaltung der anbieter eigenen sogenannten Gemeinschaftsstandards eingelegt werden können. Wenn die Nutzerin oder der Nutzer den allgemeinen Einstieg wählt, muss sie beziehungsweise er sich an späterer Stelle entscheiden, ob die Beschwerde eine NetzDG-Beschwerde darstellen soll.

Es haben jedoch nicht alle Anbieter die aufgrund des NetzDG eingerichteten Meldewege in ihre bereits vorhandenen Meldewege integriert. Anstelle der in der Gesetzesbegründung des NetzDG erwarteten Weiterentwicklung der bestehenden Beschwerdesysteme der Anbieter der sozialen Netzwerke bieten verschiedene Anbieter (beispielsweise Facebook, Instagram, Reddit) zwei parallele Meldewege an: Den NetzDG-Meldeweg und den allgemeinen Flagging-Meldeweg für Beschwerden an den Anbieter. Bei diesen Anbietern ist für die Nutzerin beziehungsweise den Nutzer bereits der Einstieg für eine Meldung „zweigeteilt“, das heißt an einer Stelle kann sie / er den „Einstieg“ zum Flagging-Meldeweg wählen und an einer anderen Stelle den „Einstieg“ zum NetzDG-Meldeweg. Dabei wird bei Abgabe einer Meldung über den allgemeinen Flagging-Meldeweg nicht deutlich, dass der Maßstab der inhaltlichen Prüfung nicht auch das Prüfprogramm des NetzDG ist. Meist ist in diesen Fällen der Flagging-Meldeweg direkt am Inhalt auffindbar, während der NetzDG-Meldeweg in mehreren Fällen über das Impressum oder den Hilfebereich auffindbar ist. Diese von diesen Anbietern gewählte Platzierung des NetzDG-Meldewegs wird dem Gutachten von Professor Eifert zufolge von befragten Rechtsanwälten, NGOs, Berufsverbänden und sonstigen Verbänden explizit gerügt, weil die NetzDG-Meldewege nur mit Mühe auffindbar sind.

Für die Effektivität der Regelungen des NetzDG ist entscheidend, dass den Nutzerinnen und Nutzern gemäß § 3 Absatz 1 Satz 2 NetzDG nutzerfreundliche Kommunikationskanäle zur Übermittlung von Hinweisen auf möglicherweise rechtswidrige Inhalte zur Verfügung gestellt werden (so auch BfJ). Nur bei entsprechenden Hinweisen muss der Anbieter die Inhalte prüfen. Entscheiden sich die Anbieter dazu, den NetzDG-Meldeweg nicht in den bereits vor Einführung des NetzDG existierenden Flagging-Meldeweg zu integrieren, ist laut BfJ nicht ausgeschlossen, dass die Nutzerinnen und Nutzer auf den allgemeinen Flagging-Meldeweg gelenkt werden,

wenn das Nebeneinander von Flagging-Meldeweg und NetzDG-Meldeweg nicht ausreichend transparent gemacht wird und der NetzDG-Meldeweg zu sehr versteckt ist. Werden die Nutzerinnen und Nutzer in dieser Form auf den Flagging-Meldeweg gelenkt, ist davon auszugehen, dass auch über diesen Weg NetzDG-Beschwerden eingehen, die aber nicht transparent berichtet werden, weil sie nicht „als NetzDG-Beschwerden“ erfasst werden (Näheres siehe unter C. II. 2. Nummer 3).

Das BfJ verwendet laut eigenen Angaben wegen der hohen Relevanz und Komplexität einen erheblichen Ermittlungsaufwand auf die Prüfung der Meldeverfahren. Es kam bei der Ermittlung zu den Meldewegen einiger Anbieter zu der Einschätzung, dass, insbesondere im Vergleich zu den Flagging-Meldewegen, die unmittelbar am Inhalt zu finden waren, die NetzDG-Meldewege nicht nutzerfreundlich ausgestaltet waren. Auch war das im Rahmen der NetzDG-Meldewege zu beschreitende Verfahren dieser Anbieter oft nicht intuitiv ausgestaltet und übermäßig schwerfällig in der Anwendung.

Die meisten Anbieter fordern die Beschwerdeführer im Rahmen des NetzDG-Meldewegs dazu auf, den gemeldeten Inhalt einem Straftatbestand aus § 1 Absatz 3 NetzDG zuzuordnen. Ein Teil der im Rahmen der Erstellung des Gutachtens von Professor Eifert befragten Rechtsanwälte, NGOs, Berufsverbände und sonstigen Verbände kritisierten diese Ausgestaltung, weil nach ihrer Ansicht die Auswahl wegen der Komplexität und der für den Laien teilweise nur schwer zu unterscheidenden Straftatbestände für Nutzerinnen und Nutzer überfordernd und abschreckend wirken kann. Ein Anbieter (YouTube) verfolgt einen anderen Ansatz und fasst einzelne Straftatbestände unter Oberkategorien zusammen. Die Nutzerin / der Nutzer muss bei diesem Anbieter folglich nicht den konkreten Straftatbestand zur Einreichung einer NetzDG-Beschwerde auswählen, sondern muss den Inhalt lediglich (weniger fachsprachlichen) Oberbegriffen zuordnen, die die einzelnen Straftatbestände umfassen.

3. § 3 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit Absatz 2 NetzDG (Zielvorgaben)

§ 3 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit Absatz 2 NetzDG enthält die gesetzlichen Zielvorgaben für das Beschwerdemanagementsystem der Anbieter sozialer Netzwerke. Geht eine NetzDG-Beschwerde bei einem Anbieter ein, ist der mit der NetzDG-Beschwerde gemeldete Inhalt zunächst auf seine Rechtswidrigkeit hin zu überprüfen. Liegt ein offensichtlich rechtswidriger Inhalt vor, ist der Inhalt innerhalb von 24 Stunden nach Eingang der Beschwerde zu entfernen oder der Zugang zu ihm zu sperren. Um eine sorgfältige Prüfung bei nicht offensichtlich rechtswidrigen Inhalten zu ermöglichen und um gleichzeitig zu gewährleisten, dass die Bearbeitung dieser Inhalte nicht vernachlässigt wird, ist zur Bearbeitung von diesen Inhalten eine Regelfrist von sieben Tagen vorgegeben. Weitere Vorgaben betreffen einzelne Ausnahmeregelungen, Informations- und Speicherpflichten und andere Organisationspflichten.

Als Ausgangspunkt verlangt § 3 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit Absatz 2 Nummer 1 NetzDG von den Anbietern die unverzügliche Kenntnisnahme und Prüfung der eingehenden NetzDG-Beschwerden. Diese Vorgabe konkretisiert damit die in § 10 des Telemediengesetzes (TMG) enthaltene Verpflichtung für Anbieter von Telemedien (unter anderem Anbieter sozialer Netzwerke), rechtswidrige Inhalte unverzüglich nach Kenntnisnahme zu entfernen oder den Zugang zu ihnen zu sperren. Dabei hat der Anbieter laut Gesetzesbegründung zum NetzDG von einer Beschwerde Kenntnis genommen, wenn die / der befugte Wissensvertreter/in innerhalb des Bearbeitungsteams Kenntnis erlangt hat (Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 22). Als befugte/r Wissensvertreter/in ist danach nur derjenige anzusehen, der auch die Vollmacht zur Entfernung oder Sperrung des gemeldeten Inhalts hat. Denn nur dieser könne die von der Vorschrift geforderte Prüfung vornehmen.

§ 3 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit Absatz 2 Nummer 2 NetzDG fordert von den Anbietern sozialer Netzwerke, offensichtlich rechtswidrige Inhalte binnen 24 Stunden nach Eingang der Beschwerde zu löschen oder zu sperren. Damit soll nach der Gesetzesbegründung gewährleistet werden, dass evidente Fälle von Hasskriminalität und Gewaltverherrlichung sowie andere offensichtlich strafbare Inhalte von den Plattformen so schnell wie möglich entfernt werden. Ein Inhalt ist danach offensichtlich rechtswidrig, wenn die Rechtswidrigkeit ohne vertiefte Prüfung festgestellt werden kann. Das ist der Fall, wenn diese von geschultem Personal in der Regel sofort, mit zumutbarem Aufwand aber in jedem Fall binnen 24 Stunden erkannt werden kann.

Für gemeldete Inhalte, die nicht offensichtlich rechtswidrig sind, soll § 3 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit Absatz 2 Nummer 3 NetzDG gewährleisten, dass die Anbieter diese innerhalb einer angemessenen Frist, in der Regel innerhalb von sieben Tagen (Regelfrist), sorgfältig prüfen. Damit soll verhindert werden, dass Anbieter allein aufgrund des Zeitdrucks ohne vertiefte Prüfung Beiträge löschen. Gleichzeitig sollen die Anbieter sozialer Netzwerke laut Gesetzesbegründung dazu angehalten werden, alle gemeldeten Inhalte, auch wenn sie nicht offensichtlich rechtswidrig sind, zügig zu bearbeiten und eine Auseinandersetzung mit ihnen nicht zu vernachlässigen.

Zudem kann auch diese Frist in Ausnahmefällen überschritten werden: § 3 Absatz 1 in Verbindung mit § 3 Absatz 2 Nummer 3 Buchstabe a erlaubt eine Überschreitung, wenn die Rechtswidrigkeit des Inhalts von der Wahrheit oder Unwahrheit einzelner Tatsachenbehauptungen oder anderen tatsächlichen Umständen abhängt. Dabei können die Anbieter sozialer Netzwerke den Nutzerinnen und Nutzern, für die der Inhalt zu speichern war, die Gelegenheit zur Stellungnahme einräumen. Gleichzeitig soll dadurch die Möglichkeit eröffnet werden, externe Expertise bei schwierigen Rechtsfragen einzuholen. Darüber hinaus kann eine Beschwerde bei nicht offensichtlich rechtswidrigem Inhalt an eine anerkannte Einrichtung der Regulierten Selbstregulierung abgegeben werden, so dass sich die Prüffrist verlängert (Näheres zur Einrichtung siehe C. I. 7.).

Gemäß § 3 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit Absatz 2 Nummer 4 NetzDG müssen die Anbieter sozialer Netzwerke die entfernten Inhalte zu Beweis Zwecken sichern und für die Dauer von zehn Wochen innerhalb der Europäischen Union beziehungsweise des Europäischen Wirtschaftsraums speichern. Dies dient in erster Linie der Sicherung der Strafverfolgung gegen den Absender einer Nachricht mit strafbarem Inhalt.

§ 3 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit Absatz 2 Nummer 5 NetzDG schafft die Begründungspflicht der Anbieter gegenüber dem Beschwerdeführer und der Nutzerin / dem Nutzer, für den der Inhalt zu speichern war. Die Pflicht soll sicherstellen, dass ein Nutzer, der gegen die Entfernung oder Sperrung eines für ihn gespeicherten Inhalts vorgehen will, die geeigneten rechtlichen Schritte zur Wahrung seines Grundrechts auf Meinungsfreiheit zeitnah einleiten kann.

Prüfungsablauf nach Beschwerdeingang

Zur Erfüllung der vorgenannten gesetzlichen Vorgaben haben die Anbieter sozialer Netzwerke den Transparenzberichten zufolge bestimmte Prüfungsschritte im Rahmen ihres Beschwerdemanagements eingeführt. Dazu gehören Entscheidungskriterien für die Entfernung und Sperrung von rechtswidrigen Inhalten. Diese sind gemäß § 2 Absatz 2 Nummer 2 NetzDG in den jeweiligen Transparenzberichten aufzuführen.

Den vorliegenden Berichten lässt sich entnehmen, dass die meisten Anbieter sozialer Netzwerke (beispielsweise Facebook, Instagram, Twitter, YouTube, Reddit) NetzDG-Beschwerden einem zweistufigen Prüfungsprozess unterziehen. Der mit einer NetzDG-Beschwerde gemeldete Inhalt wird dabei zunächst anhand des Prüfungsmaßstabs der Gemeinschaftsstandards überprüft (erste Ebene). Wird ein Verstoß gegen die Gemeinschaftsstandards festgestellt, wird der Inhalt weltweit von den Plattformen des Anbieters entfernt. Wird kein Verstoß gegen die Gemeinschaftsstandards festgestellt, wird der Inhalt in einem zweiten Schritt anhand der in § 1 Absatz 3 NetzDG genannten Straftatbestände auf seine Rechtswidrigkeit hin überprüft (zweite Ebene). Wird in diesem Schritt die Rechtswidrigkeit bejaht, kommt es zu einer lokalen Sperrung des Inhalts für Deutschland. Für die Prüfungen der ersten und zweiten Ebene sind bei vielen Anbietern (so etwa bei Facebook, Instagram, Twitter, TikTok) laut der Transparenzberichte unterschiedliche Moderationsteams zuständig.

Kenntnisnahme

Angaben zur Umsetzung der Pflicht zur unverzüglichen Kenntnisnahme der eingehenden NetzDG-Beschwerden lassen sich laut Gutachten von Professor Eifert nicht überprüfen. Einige Transparenzberichte berichten allerdings, dass die von den Anbietern eingesetzten Prüfteams rund um die Uhr im Einsatz (TikTok) und automatische Systeme (Facebook) geschaffen worden seien, welche die Meldungen unverzüglich entgegennehmen.

Reaktionszeiten ab Beschwerdeingang

Aus den im Bundesanzeiger von den Anbietern sozialer Netzwerke teilweise freiwillig veröffentlichten Transparenzberichten ergibt sich folgendes Bild hinsichtlich einer Entfernung beziehungsweise Sperrung von Inhalten innerhalb von 24 Stunden:

Anbieter		1. Hj. 2018	2. Hj. 2018	1. Hj. 2019	2. Hj. 2019
Facebook	NetzDG-Beschwerden	1 704	1 048	1 050	4 274
	NetzDG-Beschwerden, bei denen Maßnahmen ergriffen wurden	362 (21 %)	369 (35 %)	349 (33 %)	1.043 (24 %)
	Davon innerhalb von 24 Stunden	–	108 (68 %)	204 (85 %)	488 (87 %)
Instagram	NetzDG-Beschwerden	–	–	252	468
	NetzDG-Beschwerden, bei denen Maßnahmen ergriffen wurden	–	–	116 (46 %)	221 (47 %)
	Davon innerhalb von 24 Stunden	–	–	23 (61 %)	92 (54 %)
Twitter	NetzDG-Beschwerden	264 818	256 462	503 464	843 527
	NetzDG-Beschwerden, bei denen Maßnahmen ergriffen wurden	28 645 (11 %)	23 165 (9 %)	46 702 (9 %)	137 171 (16 %)
	Davon innerhalb von 24 Stunden	28 044 (98 %)	22 821 (99 %)	30 880 (66 %)	117 437 (86 %)
YouTube	NetzDG-Beschwerden	214 827	250 957	304 425	277 478
	NetzDG-Beschwerden, bei denen Maßnahmen ergriffen wurden	58 297 (27 %)	54 644 (22 %)	71 168 (23 %)	71 907 (26 %)
	Davon innerhalb von 24 Stunden	54 199 (93 %)	52 030 (95 %)	62 492 (88 %)	66 309 (92 %)
Reddit	NetzDG-Beschwerden	–	–	173	166
	NetzDG-Beschwerden, bei denen Maßnahmen ergriffen wurden	–	–	110 (64 %)	75 (45 %)
	Davon innerhalb von 24 Stunden	–	–	65 (59 %)	36 (48 %)

Anbieter		1. Hj. 2018	2. Hj. 2018	1. Hj. 2019	2. Hj. 2019
TikTok	NetzDG-Beschwerden				1.050
	NetzDG-Beschwerden, bei denen Maßnahmen ergriffen wurden	–	–	–	50 (5 %)
	Davon innerhalb von 24 Stunden	–	–	–	42 (84 %)
Soundcloud	NetzDG-Beschwerden	106			
	NetzDG-Beschwerden, bei denen Maßnahmen ergriffen wurden	103 (97 %)		–	–
	Davon innerhalb von 24 Stunden	58 (56 %)		–	–
Change.org	NetzDG-Beschwerden	1.257	996	943	414
	NetzDG-Beschwerden, bei denen Maßnahmen ergriffen wurden	332 (26 %)	258 (26 %)	82 (9 %)	37 (9 %)
	Davon innerhalb von 24 Stunden	308 (93 %)	233 (90 %)	81 (99 %)	28 (76 %)
Google+	NetzDG-Beschwerden	2 769	2 835	547	
	NetzDG-Beschwerden, bei denen Maßnahmen ergriffen wurden	1 277 (46 %)	1 502 (53 %)	285 (52 %) (wurde am 2. April 2019 eingestellt)	–
	Davon innerhalb von 24 Stunden	1 198 (94 %)	1 440 (96 %)	257 (90 %)	–

Die vorstehende Tabelle stützt sich auf die Angaben in den Transparenzberichten der Anbieter. Dabei ist zu berücksichtigen, dass den Berichten zum Teil ein unterschiedliches Verständnis zum Beschwerdebegriff zugrunde liegt. Facebook und Instagram werten es offenbar noch als eine „Beschwerde“, wenn in einem einzelnen Übermittlungsvorgang mehrere Inhalte beanstandet wurden (meldungsbezogenes Verständnis des Beschwerdebegriffs). Daneben wurde aber auch jeweils die Anzahl der Inhalte und die darauf bezogene Anzahl der Maßnahmen angegeben. Für die oben genannte Tabelle wurde auch für Facebook und Instagram insofern (jeweils 1. und 2. Zeile) das dem NetzDG zugrundeliegende Verständnis des Beschwerdebegriffs zugrunde gelegt (inhaltsbezogen, das heißt ein Meldevorgang, der sich auf verschiedene Inhalte bezieht, enthält mehrere Beschwerden, vergleiche Bundestagsdrucksache 19/17741, S.42). Die Anzahl der Inhalte, bei denen Maßnahmen binnen 24 Stunden erfolgt sind, lässt sich bei Facebook und Instagram anhand der Transparenzberichte nicht mit Sicherheit bestimmen. Insofern (jeweils 3. Zeile) beziehen sich die Angaben auf die (meldungsbezogenen) Angaben in den Transparenzberichten.

Aus den im Bundesanzeiger veröffentlichten Transparenzberichten ergibt sich, dass es keine einheitliche Tendenz gibt, wie viele Inhalte durchschnittlich innerhalb von 24 Stunden entfernt beziehungsweise gesperrt wurden. Dabei ist zu beachten, dass eine rein arithmetische Betrachtung auch angesichts der Vielschichtigkeit der Inhalte schwer anzustellen ist.

Offensichtlich rechtswidrige Inhalte

Die Berichtspflichten des § 2 NetzDG sehen keine Aufschlüsselung der entfernten beziehungsweise gesperrten Inhalte nach offensichtlich und nicht offensichtlich rechtswidrigen Inhalten vor. Erkenntnisse über das Aufkommen von offensichtlich rechtswidrigen Inhalten können aus den Befragungen der Anbieter durch den Gutachter gewonnen werden. Laut der im Rahmen des Gutachtens von Professor Eifert befragten Anbieter ist das Aufkommen unter den mit NetzDG-Beschwerden übermittelten Inhalten sehr unterschiedlich. Ein Anbieter gibt an, dass 95 Prozent der übermittelten Inhalte offensichtlich rechtswidrig waren, ein anderer, dass lediglich 8,69 Prozent der Inhalte offensichtlich rechtswidrig waren.

Die befragten Anbieter sozialer Netzwerke bewerteten die Unterscheidung zwischen offensichtlich und nicht offensichtlich rechtswidrigen Inhalten als schwierig. So weist beispielsweise ein Anbieter darauf hin, dass auf den ersten Blick „heftige“ Äußerungen oft keinesfalls überhaupt rechtswidrig sind. Ein anderer Anbieter gibt an, dass je nach Rechtsbereich mehr offensichtlich rechtswidrige Inhalte vorliegen. So sei der Anteil im Bereich Pornographie deutlich höher als im Bereich der Persönlichkeitsverletzungen. Die befragten Rechtsanwälte, NGOs, Berufsverbände und sonstigen Verbände schätzten die Unterscheidung dem Gutachten zufolge hingegen überwiegend als praktikabel und sachgerecht ein. Eine befragte NGO hält die 24-Stunden-Frist etwa bei kinderpornographischen Inhalten für zu lang.

Das Gutachten von Professor Eifert bewertet die 24-Stunden-Frist für offensichtlich rechtswidrige Inhalte jedenfalls grundsätzlich als praktikabel. In Ausnahmefällen, etwa wenn der Inhalt selbst sehr umfangreich ist und 24 Stunden überschreitet (zum Beispiel Videos, Filme, Podcasts mit einer Dauer von mehr als 24 Stunden), kann die Einhaltung der 24-Stunden-Frist problematisch sein. Das Gutachten hält in diesen Fällen eine Erweiterung der Darlegungslast des Beschwerdeführers um einen Hinweis auf den relevanten Zeitpunkt im Inhalt für denkbar.

Regelfrist und Ausnahmen bei nicht offensichtlich rechtswidrigen Inhalten

Hinsichtlich der für nicht offensichtlich rechtswidrige Inhalte vorgesehenen Regelfrist wird in den Transparenzberichten berichtet, dass in durchschnittlich circa 17 Prozent der Fälle, in denen der mit einer NetzDG-Beschwerde beanstandete Inhalt entfernt oder der Zugang zu ihm gesperrt wurde, eine Bearbeitungszeit von mehr als 24 Stunden benötigt wurde. Der ganz überwiegende Teil dieser 17 Prozent wurde dabei innerhalb der gesetzlichen Regelfrist von sieben Tagen bearbeitet. Ob es sich bei den Inhalten, die innerhalb der Regelfrist entfernt wurden, tatsächlich um nicht-offensichtlich rechtswidrige Inhalte gehandelt hat, lässt sich von außen nicht feststellen.

Im Einzelnen wurden bei den Anbietern, die im derzeit letzten Berichtszeitraum des zweiten Halbjahres 2019 Transparenzberichte im Bundesanzeiger veröffentlicht haben, 9,4 Prozent der Inhalte, bei denen die Anbieter zu der Entscheidung kamen, dass der Inhalt zu entfernen beziehungsweise zu sperren ist, zwischen 24 Stunden und 48 Stunden nach Eingang der Beschwerde entfernt beziehungsweise gesperrt. Nur in 1,9 Prozent der Fälle betrug der Zeitraum bis zur Entfernung beziehungsweise Sperrung des Zugangs zum Inhalt zwischen 48 Stunden und sieben Tagen und nur in 0,7 Prozent der Fälle wurde die Regelfrist von sieben Tagen überschritten.

Von der gesetzlichen Ausnahmeregelung, die eine Fristverlängerung ermöglicht, wenn die Entscheidung über die Rechtswidrigkeit des Inhalts von der Unwahrheit einer Tatsachenbehauptung oder erkennbar von anderen tatsächlichen Umständen abhängt (§ 3 Absatz 2 Nummer 3 Buchstabe a NetzDG), wird nach diesen Berichten offenbar wenig Gebrauch gemacht. Ein Anbieter (Twitter) weist beispielsweise in seinem Transparenzbericht zum zweiten Halbjahr 2019 2 502 Fälle aus, in denen die Rechtswidrigkeit des Inhalts von der Unwahrheit einer Tatsachenbehauptung oder erkennbar von anderen tatsächlichen Umständen abhing. Im selben Berichtszeitraum wurde ausweislich des Transparenzberichts desselben Anbieters nur in 227 Fällen, das heißt in lediglich 9 Prozent, die Regelfrist überschritten und der Inhalt nach mehr als sieben Tagen entfernt beziehungsweise gesperrt. Bei den anderen Anbietern, die gemäß § 2 Absatz 2 Nummer 7 NetzDG über die Anzahl der Fälle berichten, in denen die Rechtswidrigkeit des Inhalts von der Unwahrheit einer Tatsachenbehauptung oder erkennbar von anderen tatsächlichen Umständen abhängt, sind die Zahlen nicht eindeutig. In manchen Fällen wird nur ange-

geben, dass kein Fall des § 3 Absatz 2 Nummer 3 Buchstabe a NetzDG vorlag, bei dem die Nutzerin / der Nutzer, für den der Inhalt zu speichern war, benachrichtigt wurde. In anderen Fällen ist das ausgewiesene Beschwerdeaufkommen so niedrig, dass kaum belastbare Aussagen zu treffen sind.

Soweit die Anbieter konkretere Angaben gemacht haben, gaben sie in den Transparenzberichten an, dass nur in seltenen Fällen den Nutzerinnen und Nutzern, für die der Inhalt zu speichern war, eine Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wird. So hatte beispielsweise der vorgenannte Anbieter (Twitter) in zweiten Halbjahr 2019 in nur 137 der 2 502 Fälle den Nutzern die Gelegenheit zur Abgabe einer Stellungnahme gegeben. Das Gutachten von Professor Eifert weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass aufgrund der geringen Zahlen fakultativer Anhörungen eine obligatorische Anhörung zumindest für die Fälle nicht offensichtlicher Rechtswidrigkeit erwogen werden könnte, um die Tatsachengrundlage für die von den Anbietern sozialer Netzwerke zu treffenden Abwägungsentscheidungen zu vergrößern.

Da bis zum Ende des zweiten Halbjahres 2019 noch keine Einrichtung der Regulierten Selbstregulierung anerkannt war, konnten keine NetzDG-Beschwerden an eine solche Einrichtung im Sinne des Gesetzes übertragen werden. Die Fallkategorie § 3 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 Nummer 3 Buchstabe b NetzDG kann daher nicht bewertet werden.

Speicherfrist

Laut Gutachten von Professor Eifert liegen keine Informationen zur Einhaltung der Speicherfrist vor. Die im Rahmen des Gutachtens von Professor Eifert befragten Staatsanwaltschaften halten die Speicherfrist überwiegend für zu kurz. Im Gutachten wird daher angeregt, eine Verlängerung der Speicherfrist unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorgaben zu erwägen.

Informationspflichten

Die im Rahmen des Gutachtens von Professor Eifert befragten Anbieter geben an, dass sie Verfahren eingerichtet haben, um die Informations- und Begründungspflichten zu erfüllen. Die Benachrichtigungen erfolgen laut Gutachten per E-Mail oder über das vom Anbieter für die Beschwerdeführer und Nutzerinnen und Nutzer eingerichtete Postfach. Teilweise wird laut der im Gutachten befragten Anbieter der rechtliche Grund, der zur Entfernung beziehungsweise Sperrung des Inhalts führte, genannt, teilweise nicht. Im Gutachten wird die Mitteilung an die Nutzerinnen und Nutzer, insbesondere im Gegensatz zu der teilweise fehlenden Information diesbezüglich im Flagging-Meldeverfahren, als positiv bewertet. Laut der von der Monitoringstelle übermittelten Daten wird der Beschwerdeführer bei der Übermittlung einer NetzDG-Beschwerde über den NetzDG-Meldeweg in den meisten Fällen umfassender informiert als bei der Nutzung des Flagging-Meldewegs.

4. § 3 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit Absatz 3 NetzDG (Dokumentationspflicht)

Die in § 3 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit Absatz 3 NetzDG vorgegebenen Dokumentationspflichten von Beschwerden dienen insbesondere der Beweissicherung für ein späteres gerichtliches Verfahren über die Rechtmäßigkeit einer Entfernung oder Sperrung eines gespeicherten Inhalts.

Laut Gutachten von Professor Eifert liegen keine Erkenntnisse darüber vor, ob die Anbieter den Dokumentationspflichten ausreichend nachgekommen sind.

5. § 3 Absatz 4 NetzDG (Organisation Beschwerdemanagement)

§ 3 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit Absatz 4 NetzDG umschreibt organisationsinterne Pflichten bezüglich des Beschwerdemanagements. Vorzusehen ist eine hochrangige Überwachung des Beschwerdemanagements durch die Leitung der Anbieter der sozialen Netzwerke. Mit dieser Vorgabe soll der gesellschaftlichen Bedeutung der Aufgabe, Hasskriminalität und andere Straftaten im Netz wirksam zu bekämpfen, Rechnung getragen werden. Laut Gesetzesbegründung müssen Plattformen, die von ihrer Struktur her missbrauchs anfällig seien, institutionelle Gewähr dafür bieten, dass von höchster Stelle alles Notwendige für eine Bekämpfung des Missbrauchs zu kriminellen Zwecken getan wird. Zudem ist die Leitung der Anbieter dazu verpflichtet, organisatorische Unzulänglichkeiten unverzüglich zu beseitigen und den Bearbeitern von Nutzerbeschwerden wegen der psychisch sehr belastenden Tätigkeit regelmäßige Schulungs- und Betreuungsmöglichkeiten anzubieten.

Dem Gutachten von Professor Eifert zufolge haben die Anbieter, soweit Angaben diesbezüglich vorliegen, Qualitätssicherungssysteme eingerichtet. Den Antworten der Anbieter gegenüber dem Gutachter zufolge bestehen bei den Anbietern unterschiedliche Konzepte und Strukturen zur Umsetzung der geforderten organisationsinternen Pflichten. Beispielsweise wird in den Transparenzberichten und Fragebögen berichtet, dass die Anbieter teilweise monatliche Berichte an das Management fertigen, teilweise soll das Management aus dem Policy-beziehungsweise Moderationsteam regelmäßig den Umgang mit Beschwerden überprüfen. Laut Gutachten von Professor Eifert bleibt in mehreren Fällen offen, ob die Kontrolle durch die Leitungsebene durchgeführt wird.

Das Gutachten weist darauf hin, dass die Anbieter, die separate Prüfteams für die Prüfung von NetzDG-Beschwerden eingerichtet haben, in einem weiten Umfang externe Dienstleister in Anspruch nehmen. Schulungs- und Betreuungsangebote wurden – soweit aus den Transparenzberichten ersichtlich – von den Anbietern eingerichtet. Die Anbieter berichten in den Transparenzberichten über regelmäßige Schulungen durch juristisches und nicht-juristisches Schulungspersonal und über ständige Qualitätssicherungsprozesse. Viele Anbieter bieten laut Transparenzberichten den mit der Bearbeitung der Beschwerden betrauten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Betreuungsangebote an, wie etwa Gruppentherapien und Beratungsgespräche bei unternehmensinternen Psychologen.

6. § 3 Absatz 5 NetzDG (Monitoringstelle)

Der Gesetzesbegründung zufolge soll das gemäß § 3 Absatz 5 NetzDG zulässige und sich in der Praxis bewährte Monitoring der Beschwerdebearbeitung, welches vor Einführung des NetzDG von jugendschutz.net durchgeführt wurde, fortgeführt werden.

Nach einer Ausschreibung des BfJ hat sich ein Unternehmen beworben. Am 1. Januar 2019 hat die Intelligent Data Analytics GmbH & Co. KG ihre Tätigkeit aufgenommen. Der Vertrag ist auf zwei Jahre befristet.

Der Monitoringauftrag umfasst die Kontrolle und Darstellung der von den Anbietern eingerichteten Meldewege für Beschwerden über rechtswidrige Inhalte sowie die Einreichung von NetzDG-Beschwerden über die unterschiedlichen Meldewege in der Praxis anhand von Einzelbeispielen. Bei der Einreichung von NetzDG-Beschwerden ist eine Verteilung auf verschiedene vorgegebene Deliktgruppen aus § 1 Absatz 3 NetzDG vorgesehen. Nach Einreichung der Meldung soll das Benachrichtigungsverhalten der Anbieter gegenüber dem Beschwerdeführer dokumentiert werden. Die Monitoringstelle hat bis zum jetzigen Zeitpunkt drei Berichte eingereicht. In der praktischen Arbeit hat sich gezeigt, dass der Auftrag herausfordernd ist und sich das Monitoring über die Monitoringzeiträume hinweg in laufender Anpassung befindet.

7. § 3 Absatz 6 bis 9 NetzDG (Einrichtung der Regulierten Selbstregulierung)

Das NetzDG sieht die Möglichkeit der Einbindung von Einrichtungen der Regulierten Selbstregulierung vor. Die § 3 Absatz 6 bis 9 NetzDG regeln die materiellen Voraussetzungen der Anerkennung einer Einrichtung der Regulierten Selbstregulierung durch das BfJ.

Nach § 3 Absatz 2 Nummer 3 Buchstabe b NetzDG steht den Anbietern sozialer Netzwerke in bestimmten Fällen offen, die Entscheidung über die Rechtswidrigkeit eines Inhalts im Sinne des NetzDG – sofern es sich nicht um einen offensichtlich rechtswidrigen Inhalt handelt – einer durch BfJ anerkannten Einrichtung der Regulierten Selbstregulierung zu übertragen (Prinzip der Übertragung von Einzelentscheidungen). Akzeptieren die Anbieter die Entscheidungen der Einrichtung, folgt hieraus eine Privilegierung: Ein Bußgeld gegenüber den Anbietern der sozialen Netzwerke kann im Rahmen der Prüfung, ob ein systemisches Versagen bei Löscho- und Sperrentscheidungen vorliegt, nicht darauf gestützt werden, dass entsprechende Entscheidungen inhaltlich unrichtig seien.

Eine Einrichtung der Regulierten Selbstregulierung muss vom BfJ anerkannt sein, § 3 Absatz 7 NetzDG. Für die Anerkennung als Einrichtung der Regulierten Selbstregulierung müssen nach dem NetzDG insbesondere folgende Voraussetzungen gewährleistet sein:

- Unabhängigkeit und Sachkunde der Prüferinnen und Prüfer,
- sachgerechte Ausstattung und zügige Prüfung,
- Bestehen einer Verfahrensordnung,
- Offenheit für den Beitritt weiterer sozialer Netzwerke und
- die Einrichtung muss von mehreren Anbietern sozialer Netzwerke oder Institutionen getragen werden.

Das BfJ hat am 9. Januar 2020 die Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter (FSM) mit Wirkung zum 13. Januar 2020 als erste Einrichtung der regulierten Selbstregulierung anerkannt. Der Anerkennungsprozess der Stelle wurde von allen Beteiligten als langwierig bewertet. Sowohl von Seiten der Anbieter als auch von Seiten des BfJ wird dies auf den hohen Abstimmungsaufwand zurückgeführt. Bisher sind drei Entscheidungen der FSM bekannt (Stand: 1. Juni 2020, Link: <https://www.fsm.de/de/netzdg>). Bei zwei Entscheidungen wurde keine Rechtswidrigkeit des Inhalts festgestellt, bei der dritten Entscheidung kam der NetzDG-Prüfungsausschuss der FSM zu dem Ergebnis, dass der Inhalt rechtswidrig im Sinne des § 1 Absatz 3 NetzDG ist.

8. Zwischenfazit: Grad der Zielerreichung

Nach den bisher vorliegenden Informationen haben die Anbieter der sozialen Netzwerke Anstrengungen unternommen, um die Vorgaben des NetzDG zum Beschwerdemanagement umzusetzen. Allerdings bestehen in Einzelfragen teilweise erhebliche Unterschiede. Im Einzelnen:

Meldewege

Die Anbieter haben die bestehenden Meldewege zur Übermittlung von Beschwerden zu strafbaren Inhalten teilweise überarbeitet oder neue Meldewege eingerichtet und für die Prüfung der NetzDG-Beschwerden als Prüfungsmaßstab das deutsche Strafrecht festgelegt. Allerdings zeigt sich, dass einzelne Anbieter ihre Meldewege zur Übermittlung von Beschwerden über rechtswidrige Inhalte zum Teil nicht ausreichend nutzerfreundlich umsetzen. Dies betrifft vor allem den zu sehr versteckten und zu komplizierten NetzDG-Meldeweg bei einem Anbieter (Facebook). Die Meldewege bedürfen in diesen Fällen einer Umgestaltung durch die Anbieter, um die Vorgaben des NetzDG zu erfüllen. Um die Nutzerfreundlichkeit zu erhöhen und die Erreichbarkeit zu verbessern, bieten sich vereinzelt gesetzliche Klarstellungen an.

Teilweise haben Anbieter, wie vom Gesetzgeber antizipiert, ihre NetzDG-Meldewege in ihre Flagging-Meldewege integriert. Diese Meldewege sind in den meisten Fällen deutlich nutzerfreundlicher und weniger beschwerlich für die Beschwerdeführer als die parallel eingerichteten Meldewege. Sind die NetzDG-Meldewege integriert ausgestaltet, zeigt sich, dass diese bereits eine relativ große praktische Bedeutung haben. Nach den von diesen Anbietern (Twitter, YouTube) vorgelegten Transparenzberichten werden pro Halbjahr (bis 31. Dezember 2019) jeweils mehr als 200 000 Inhalte mit NetzDG-Beschwerden gemeldet.

Bei einzelnen Anbietern dürften jedoch noch Defizite in der Ausgestaltung der Meldewege für Nutzerinnen und Nutzer auf mobilen Endgeräten bestehen. Die betreffenden Anbieter zeigen jedoch Umsetzungsbemühungen, zumal das BfJ aktuell Bußgeldverfahren wegen dieser Aspekte führt.

Fristvorgaben

Den Transparenzberichten zufolge werden die übermittelten Beschwerden schnell geprüft. Dies könnte ein Indiz für die Praktikabilität der Fristvorgaben des NetzDG sein. Die ganz überwiegende Zahl der NetzDG-Beschwerden, bei denen die Anbieter zu der Einschätzung kommen, dass der Inhalt zu entfernen oder zu sperren ist, kann nach den Berichten innerhalb der gesetzlichen Fristvorgaben bearbeitet werden. Dafür spricht auch, dass nach den Berichten von den Ausnahmeregelungen des § 3 Absatz 2 Nummer 3 Buchstabe a und b NetzDG nur in seltenen Fällen Gebrauch gemacht wurde. Es scheint für die Anbieter folglich möglich zu sein, mit NetzDG-Beschwerden übermittelte Inhalte grundsätzlich innerhalb der gesetzlich vorgegebenen Fristen zu bearbeiten. Eine Aussage über die Qualität der Entscheidungen der Anbieter ist auf Grundlage der vorliegenden Daten und Erfahrungen allerdings nicht möglich. Zu der Effektivität einer Einrichtung der Regulierten Selbstregulierung kann in diesem Zusammenhang noch keine Aussage gemacht werden, weil die Einrichtung ihre Tätigkeit erst vor kurzem aufgenommen hat.

Probleme bezogen auf die Einhaltung der Fristvorgaben bei der Prüfung und Entscheidung über die Rechtswidrigkeit eines sehr langen Inhalts bestehen nicht. Ist ein Inhalt so umfangreich, dass er nicht innerhalb von 24 Stunden geprüft und über ihn entschieden werden kann, dürfte es sich regelmäßig um einen nicht offensichtlich rechtswidrigen Inhalt handeln.

Overblocking

Erhebliche Kritik im Zuge der Diskussion um das NetzDG lag in der Befürchtung, dass der Bußgeldruck des Gesetzes die Anbieter dazu verleiten könnte, zu viel und zu schnell zu löschen („Overblocking“).

Derzeit lassen sich keine Anhaltspunkte für ein „Overblocking“ feststellen.

Zunächst ist aus den Transparenzberichten ersichtlich, dass die Anbieter in den meisten Fällen nach der Prüfung eines Inhalts zu dem Ergebnis kamen, dass der Inhalt auf eine Beschwerde hin nicht zu löschen ist. So wurde im Schnitt – bei Schwankungen zwischen den Anbietern – nur ein eher geringer Anteil von circa 20 Prozent der gemeldeten Beiträge entfernt oder gesperrt. Zu dem von Kritikern befürchteten „Durchwinken“ der Beschwerden und einer quasi-automatischen Entfernung der gemeldeten Inhalte ist es nach bisherigem Erkenntnisstand nicht gekommen.

Bisher sind zwar einzelne Fälle bekannt, in denen Anbieter sozialer Netzwerke Inhalte entfernt oder Accounts mit der Begründung der Verbreitung unzulässiger Inhalte gesperrt haben, in denen die Rechtmäßigkeit der entsprechenden Maßnahmen zwischen betroffenen Nutzerinnen und Nutzern und Anbietern vor Gericht im Streit stand (Sperrungen von Nutzeraccounts sind im NetzDG nicht vorgesehen und können somit ohnehin nicht auf dessen Vorgaben beruhen). Vereinzelt ist es auch zu gerichtlichen Entscheidungen gekommen, in denen über die Zulässigkeit dieser Maßnahmen entschieden wurde. Allerdings waren Hintergrund der streitigen Maßnahmen jeweils – soweit bekannt – Flagging-Beschwerden (das heißt Prüfungen allein nach den anbietereigenen Gemeinschaftsstandards) oder sonstige Beschwerden beziehungsweise eigene Initiativen der Anbieter, nicht jedoch NetzDG-Beschwerden.

Zu beachten ist, dass das NetzDG nicht abschließend regelt, was in sozialen Netzwerken (nicht) verbreitet werden darf. Haben die Anbieter ein zweistufiges Prüfsystem für NetzDG-Beschwerden eingebaut (siehe oben), besteht die Möglichkeit, dass die Anbieter einen mit einer NetzDG-Beschwerde gemeldeten Inhalt bereits auf der ersten Stufe, also nach einer Prüfung anhand der Gemeinschaftsstandards des Anbieters, entfernen. Auch bei einer Entfernung des Inhalts nach den Gemeinschaftsstandards sind die Vorgaben des NetzDG (zum Beispiel Fristenvorgaben, Speicherfristen, Aufführung in den Transparenzberichten) einzuhalten, wenn die Prüfung und Entscheidung über den Inhalt auf einer NetzDG-Beschwerde beruht. Diese auf der ersten Stufe entfernten Inhalte können auch rechtswidrig im Sinne des NetzDG sein – dies ist aber nicht zwingend der Fall. In Konstellationen, in denen der Inhalt wegen eines Verstoßes gegen die Gemeinschaftsstandards entfernt wurde, der Inhalt aber nicht rechtswidrig im Sinne des NetzDG ist, liegt allerdings auch nicht automatisch ein Fall von Overblocking vor. Andere Verbreitungsverbote (zum Beispiel Urheberrechtsgesetz, weitere Straftatbestände) und auch die Gemeinschaftsstandards können die Inhalte einschränken, die zulässigerweise auf den Plattformen der Anbieter verbreitet werden dürfen. Die Wirksamkeit solcher Beschränkungen – insbesondere der nach Gemeinschaftsstandards – ist letztverbindlich durch die Gerichte zu klären.

Bereits jetzt enthält das NetzDG im Übrigen verschiedene Sicherungsmechanismen zum Schutz vor Overblocking. So wurde beispielsweise schon bei der Einführung des NetzDG in den Leitlinien zur Festsetzung von Geldbußen im Bereich des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (NetzDG-Bußgeldleitlinien) vom 22. März 2018 klargestellt, dass erst ein „systemisches Versagen“ zu Bußgeldern wegen „Nichtlöschens“ führt. Den Anbietern der sozialen Netzwerke droht daher bei Fehlentscheidungen im Einzelfall kein Bußgeld, sondern es kommt auf die Gesamtaufstellung des Systems an. Außerdem sind die Fristenvorgaben zum Entfernen oder Sperren von Inhalten hinsichtlich der Überschreitung der Regelfrist flexibilisiert (siehe oben). Zudem besteht die Möglichkeit der Übertragung der Entscheidung über die Rechtswidrigkeit von Inhalten an eine Einrichtung der Regulierten Selbstregulierung.

Befürchtungen eines Overblocking sind aber immer und auch in Zukunft ernst zu nehmen. Um dem Rechnung zu tragen, werden in einem laufenden Gesetzgebungsverfahren Vorgaben vorgeschlagen, welche die Nutzerrechte stärken sollen. In diesem Sinne stellen einzelne, aber nicht alle Anbieter sozialer Netzwerke laut eigener Aussage den Nutzerinnen und Nutzern bereits Mittel zur Verfügung, mit denen Entscheidungen der Anbieter über die Entfernung beziehungsweise Sperrung eines Inhalts einer zweiten Prüfung unterzogen werden können. Diese Möglichkeit soll mit dem laufenden Gesetzgebungsverfahren bei anderen Anbietern ausgebaut werden. Damit wäre auch eine Anhörung der Nutzerinnen und Nutzer, für die der Inhalt zu speichern war, sichergestellt.

Zusammenfassung

Die Evaluierung des § 3 NetzDG ergibt laut Gutachten von Professor Eifert ein überwiegend positives Bild. Laut Gutachten lehnen die Anbieter die Regelung nicht prinzipiell ab; sie betonen vielmehr ihr Interesse, gegen Hasskriminalität im Netz vorzugehen. Die vom Gutachter untersuchten Anbieter haben ein Verfahren zur Übermittlung und zur Prüfung von NetzDG-Beschwerden eingerichtet. Laut Gutachten gibt es keine Anhaltspunkte für ein systematisches Overblocking. Mithin sind die Vorgaben des § 3 NetzDG zur Ausgestaltung des Beschwerdemanagements grundsätzlich in der Lage, die mit dem Regelungskomplex verfolgten Ziele zu erreichen. Es fehlt allerdings teilweise noch an der wirksamen Umsetzung der durch § 3 NetzDG vorgegebenen

Pflichten durch die Anbieter. Dies betrifft insbesondere die Meldewege und die zu enge Auslegung der Beschwerde über rechtswidrige Inhalte. Diese Punkte sind Gegenstand von Bußgeldverfahren des BfJ.

II. Berichtspflicht (§ 2 NetzDG)

Die Berichtspflicht der Anbieter nach § 2 NetzDG dient der Schaffung von Transparenz über den Umgang der Anbieter sozialer Netzwerke mit Beschwerden über Hasskriminalität und andere strafbare Inhalte. Anbieter sozialer Netzwerke haben der Gesetzesbegründung zufolge halbjährlich einen Bericht zu erstellen, um auf diese Weise ein aussagekräftiges und umfassendes Bild über ihren Umgang mit Beschwerden sicherzustellen. Vor Schaffung der Transparenzpflicht war es der breiten Öffentlichkeit in keiner Weise möglich, die Zahl der Beschwerden über rechtswidrige Inhalte, die bei den Anbietern der sozialen Netzwerke eingehen, zu beziffern. Ebenso war unbekannt, wie viele rechtswidrige Inhalte von privaten Nutzerinnen und Nutzern gemeldet und in welchem Zeitraum die gemeldeten Inhalte gelöscht oder gesperrt wurden. Unklarheit bestand des Weiteren über die Zusammensetzung und Qualifikationen der mit den Beschwerden befassten Bearbeitungsteams.

1. § 2 Absatz 1 NetzDG (Transparenzberichte)

§ 2 Absatz 1 Satz 1 NetzDG verpflichtet Anbieter sozialer Netzwerke, die im Kalenderjahr mehr als 100 Beschwerden über rechtswidrige Inhalte erhalten, einen Bericht über den Umgang mit Beschwerden über rechtswidrige Inhalte nach den Mindestanforderungen von § 2 Absatz 2 NetzDG zu erstellen. Die Transparenzberichte sind durch die Anbieter halbjährlich zu erstellen und innerhalb eines Monats nach Ende des Berichtszeitraums im Bundesanzeiger und auf der eigenen Webseite zu veröffentlichen. Durch die Begrenzung der Berichtspflicht auf Anbieter, die mehr als 100 Beschwerden über rechtswidrige Inhalte erreichen, soll laut der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz (Bundestagsdrucksache 18/13013, S. 19) die Wahrung der Verhältnismäßigkeit der Pflicht sichergestellt werden. Insbesondere für kleine Anbieter und Anbieter, bei denen rechtswidrige Inhalte keine Rolle spielen, soll die Berichtspflicht entfallen. Aus § 2 Absatz 1 Satz 2 NetzDG ergibt sich, dass der auf der Webseite des Anbieters zwingend zu veröffentliche Bericht leicht erkennbar, unmittelbar erreichbar und ständig verfügbar sein muss.

Nachfolgend aufgeführte Anbieter haben Transparenzberichte im Bundesanzeiger im Laufe der dieser Evaluation zugrundeliegenden vier Berichtszeiträume ab 2018 veröffentlicht. Durch die Aufführung wird keine Aussage hinsichtlich der Frage getroffen, ob die dargestellten Unternehmen auch tatsächlich der Berichtspflicht im Sinne des § 2 NetzDG unterliegen:

Berichtszeitraum 1 (1. Januar 2018 – 30. Juni 2018)	<ul style="list-style-type: none"> – Facebook – Twitter – YouTube – Soundcloud – Change.org – Google+ – Jodel
Berichtszeitraum 2 (1. Juli 2018 – 31. Dezember 2018)	<ul style="list-style-type: none"> – Facebook – Twitter – YouTube – Soundcloud – Change.org – Google+ – Jodel

Berichtszeitraum 3 (1. Januar 2019 – 30. Juni 2019)	<ul style="list-style-type: none"> – Facebook – Instagram – Twitter – YouTube – Reddit – Change.org – Jodel – Google+ (bis 2. April 2019)
Berichtszeitraum 4 (1. Juli 2019 – 31. Dezember 2019)	<ul style="list-style-type: none"> – Facebook – Instagram – Twitter – YouTube – Reddit – TikTok – Change.org – Jodel

Laut Gutachten von Professor Eifert erfolgte die Ausgestaltung der Veröffentlichung auf der Webseite der Anbieter unterschiedlich. Bei einigen Anbietern war der NetzDG-Transparenzbericht mit höchstens zwei Klicks erreichbar, bei anderen Anbietern hingegen waren deutlich mehr Klicks notwendig. Die Veröffentlichungsfristen wurden laut Gutachten bis auf wenige Ausnahmen weitestgehend eingehalten.

2. § 2 Absatz 2 Nummer 1 bis 9 NetzDG (Mindestvoraussetzungen für den Transparenzbericht)

§ 2 Absatz 2 NetzDG legt die Mindestvorgaben der Berichtspflicht fest.

Die Anbieter müssen gemäß § 2 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 Nummer 1 NetzDG allgemein ausführen, welche Anstrengungen sie unternommen haben, um strafbare Handlungen auf den Plattformen zu unterbinden. Diese Vorgabe dient der Gesetzesbegründung zufolge der Sicherstellung, dass die Anbieter ihrer gesteigerten gesellschaftlichen Verantwortung nachkommen. Damit soll nach der Begründung der inzwischen wesentlichen Bedeutung der sozialen Netzwerke für öffentliche Debatten und ihrer Möglichkeit, die Stimmung im Land zu beeinflussen, Rechnung getragen werden.

§ 2 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 Nummer 2 NetzDG verpflichtet die Anbieter sozialer Netzwerke zur Darstellung des gemäß § 3 NetzDG eingerichteten Beschwerdemanagements. Aufgeführt werden sollen sowohl die eingerichteten Meldewege als auch die Prüfkriterien für rechtswidrige Inhalte. Laut Gesetzesbegründung soll anhand der veröffentlichten Prüfkriterien nachvollzogen werden können, ob die Anbieter Inhalte anhand nationaler Vorschriften oder anhand ihrer Gemeinschaftsstandards entfernen beziehungsweise den Zugang zu ihnen sperren.

Aus § 2 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 Nummer 3 NetzDG ergibt sich die Pflicht, das Beschwerdeaufkommen aufgeschlüsselt nach dem Beschwerdegrund darzustellen. Die Darstellung dient der Gesetzesbegründung zufolge der Schaffung von Transparenz im Hinblick auf das Aufkommen von Hasskriminalität und strafbaren Inhalten in den sozialen Netzwerken auf der einen und der Kontrolle des Löschverhaltens der Anbieter auf der anderen Seite. In diesem Zusammenhang soll ersichtlich werden, ob die NetzDG-Beschwerden von einer Beschwerdestelle oder von einer Nutzerin oder einem Nutzer eingelegt wurden, um sicherzustellen, dass eine effektive Beschwerdebearbeitung gleichermaßen gegeben ist.

Die Anbieter sind gemäß § 2 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 Nummer 4 NetzDG dazu verpflichtet, die Zusammensetzung und Qualifikation aller mit der Beschwerdebearbeitung befassten Arbeitseinheiten – intern sowie extern – zu veröffentlichen. Die Vorschrift dient der Sicherstellung, dass die in § 3 Absatz 4 NetzDG aufgestellten Vorgaben kontrolliert werden können und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Anbieter der sozialen Netzwerke ausreichend geschützt und qualifiziert sind. Wie bereits ausgeführt, sind diese in der Regel einer hohen physischen und psychischen Belastung und einem hohen Arbeitsaufwand mit ständig neuen Herausforderungen ausgesetzt.

Gemäß § 2 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 Nummer 5 NetzDG müssen die Anbieter darlegen, ob sie Mitglied in einem Branchenverband sind und ob dieser eine Beschwerdestelle für Meldungen von Hasskriminalität und anderen strafbaren Inhalten vorsieht.

Um ein aussagekräftiges Gesamtbild der NetzDG-Beschwerden zu ermöglichen, ist gemäß § 2 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 Nummer 6 NetzDG die Zahl der Beschwerden anzugeben, bei denen die internen Ressourcen der Anbieter nicht ausreichend waren.

Zur Stärkung der Transparenz soll gemäß § 2 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 Nummer 7 NetzDG die Anzahl der Beschwerden, die im Berichtszeitraum zur Entfernung oder Sperrung des beanstandeten Inhalts geführt haben, genannt werden.

§ 2 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 Nummer 8 NetzDG verpflichtet die Anbieter, die Zeit zwischen Eingang der NetzDG-Beschwerden und der Entfernung oder Sperrung des Zugangs zum gemeldeten Inhalt zu veröffentlichen (Bearbeitungszeit). Aufgeschlüsselt werden sollen die Daten nach den jeweiligen Bearbeitungszeiträumen: 24 Stunden, 48 Stunden, einer Woche und einem späteren Zeitpunkt. Der Gesetzesbegründung zufolge dient die Darstellung unter anderem der Kontrolle der Effizienz der mit der Prüfung der NetzDG-Beschwerden betreuten Teams und der Schaffung von Transparenz.

In die Berichte aufgenommen werden sollen des Weiteren gemäß § 2 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 Nummer 9 NetzDG die Maßnahmen zur Unterrichtung des Beschwerdeführers sowie der Nutzerin oder des Nutzers, für die oder den der beanstandete Inhalt gespeichert wurde, über die Entscheidung über die Beschwerde. Hintergrund sind laut Gesetzesbegründung die Nachvollziehbarkeit für die Betroffenen und die Kontrolle der Güte der Argumente, die für die Entfernung beziehungsweise Sperrung des Zugangs angeführt wurden.

Hinsichtlich der konkreten Umsetzung dieser Vorgaben ist festzuhalten:

Nummer 1

Zur Erfüllung der vorgenannten gesetzlichen Vorgaben verfolgen die Anbieter sozialer Netzwerke dem Gutachten von Professor Eifert zufolge in der bisherigen Berichtspraxis bei der Darstellung der allgemeinen Ausführungen der Anstrengungen zur Unterbindung von strafbaren Inhalten auf ihren Plattformen überwiegend einen eher weiten, das heißt allgemeinen Ansatz. Sie geben bei der Darstellung einen groben Überblick über ihren Umgang mit strafbaren Inhalten und dem Phänomen „Hate Speech“. Häufig werden laut dem Gutachten Ausführungen zum Vorgehen gegen terroristische und kinderpornographische Inhalte sowie zu den von ihnen eingesetzten technischen Mittel gemacht. Das Gutachten stellt in diesem Zusammenhang fest, dass bei einzelnen Anbietern wenig substantielle Ausführungen gemacht werden, die teilweise nicht über eine bloße Motivlage hinsichtlich der Unterbindung rechtswidriger Inhalte hinausgehen. Ebenso wird aber festgestellt, dass bei mehreren Anbietern die Ausführlichkeit der Angaben über die Berichtszeiträume hinweg zugenommen hat, was laut Gutachten einen entscheidenden Informationsgewinn bedeutete.

Von einzelnen Anbietern wurde im Rahmen der Befragung im Gutachten von Professor Eifert der Vorschlag unterbreitet, eine Berichtsvorlage oder einen Leitfaden einzuführen, um die Vergleichbarkeit zu erhöhen und eine einheitliche Informationsdichte zu ermöglichen. Das BfJ hat in den Fragebögen zum Gutachten von Professor Eifert mitgeteilt, dass es sich aus der Berichtspraxis der Anbieter zunächst einen Überblick über die mögliche Ausgestaltung der Berichte verschaffen will, bevor ein solcher Leitfaden erarbeitet werden könne. Im Gutachten wird außerdem eine übersichtliche Veröffentlichung sämtlicher Berichte auf einer zentralen Webseite vorgeschlagen.

Nummer 2

Die verpflichtende Darstellung der Meldewege wird von den Anbietern unterschiedlich umgesetzt. Laut Gutachten greifen manche Anbieter zur Visualisierung auf Screenshots zurück. Manche stellen dem Gutachten zufolge neben den NetzDG-Meldewegen auch die Flagging-Meldewege dar.

Bezüglich der Entscheidungskriterien stellen laut Gutachten alle Anbieter die besondere Bedeutung ihrer Gemeinschaftsstandards heraus. Meist geben die Anbieter dementsprechend an, eine NetzDG-Beschwerde dem bereits oben beschriebenen zweistufigen Prüfungsprozess zu unterziehen. Auf der ersten Stufe werden die Inhalte anhand der Gemeinschaftsstandards überprüft, auf der zweiten anhand der Strafnormen aus § 1 Absatz 3 NetzDG. Laut Gutachten gibt es einen Anbieter, der mithilfe eines anwaltlich ausgearbeiteten Kriterienkatalogs

die Straftatbestände aus § 1 Absatz 3 NetzDG in seine Gemeinschaftsstandards integriert hat, sodass eine zwei-stufige Prüfung entfällt. In den meisten Fällen bleibt es laut Gutachten bei der abstrakten Benennung der Prüfmaßstäbe. Konkrete Beispiele aus der Entscheidungspraxis finden sich laut Gutachten nur bei wenigen Anbietern.

Nummer 3

In nahezu allen im Bundesanzeiger veröffentlichten Transparenzberichten finden sich Angaben zum Beschwerdeaufkommen, aufgeschlüsselt nach Beschwerdegrund und Beschwerdestelle. Die Anzahl der dargestellten Beschwerden variiert dabei zwischen den Anbietern stark. Unter anderem könnten zwei Unstimmigkeiten dafür im Besonderen verantwortlich sein.

a) Unklarheit besteht zunächst bei den Anbietern der sozialen Netzwerke hinsichtlich der Frage, ob eine NetzDG-Beschwerde mehrere Inhalte betreffen kann oder sich stets auf einen einzelnen Inhalt beziehen muss. Die Nutzerinnen und Nutzer haben bei der Meldung von Inhalten an die Anbieter der sozialen Netzwerke teilweise die Möglichkeit, innerhalb einer äußerlich einheitlichen Mitteilung mehrere Inhalte wegen ihrer Rechtswidrigkeit zu melden. Jeder dieser Inhalte kann innerhalb des einheitlichen Übermittlungsvorgangs wegen unterschiedlicher Beschwerdegründe angezeigt werden. Einzelne Anbieter werten in diesen Fällen die einheitlichen Übermittlungsvorgänge als NetzDG-Beschwerden. Dies führt zu Folgeproblemen, da in den Transparenzberichten keine Aufschlüsselung nach einem spezifischen Beschwerdegrund mehr möglich ist. Eine NetzDG-Beschwerde muss schon aus diesem Grund inhaltsbezogen verstanden werden. In einem einheitlichen Übermittlungsvorgang können mithin mehrere NetzDG-Beschwerden übermittelt werden. Da die Anbieter der sozialen Netzwerke dennoch teilweise die äußerlich einheitlichen Mitteilungen und nicht die einzelnen NetzDG-Beschwerden in ihre gesetzlich geforderten Aufstellungen aufnehmen, kommt es innerhalb der Transparenzberichte der betroffenen Anbieter zu uneinheitlichen Zahlen. Im Gutachten von Professor Eifert wird darauf hingewiesen, dass aus dieser unterschiedlichen Interpretation der NetzDG-Beschwerde eine Beeinträchtigung der Vergleichbarkeit der Berichte untereinander sowie innerhalb der Berichte selbst die Folge ist.

b) Auffällig sind außerdem die großen Abweichungen hinsichtlich der Zahl der in die Berichte aufgenommenen NetzDG-Beschwerden der unterschiedlichen Anbieter. Bei einigen Anbietern (Twitter, YouTube) gingen über die vier Berichtszeiträume NetzDG-Beschwerden im sechsstelligen Bereich ein; bei anderen Anbietern (Facebook, Instagram, TikTok) hingegen lag das Beschwerdeaufkommen nie über dem vierstelligen Bereich. Auch dieser Unterschied könnte in einer abweichenden Auslegung der zu berichtenden NetzDG-Beschwerde über rechtswidrige Inhalte seine Ursache haben.

Nach Ansicht der Anbieter sozialer Netzwerke, die von Anfang an zwei unabhängige Meldewege (Flagging-Meldeweg und NetzDG-Meldeweg) eingerichtet haben, müssen Meldungen, die über den Flagging-Meldeweg eingereicht werden, nicht nach den Anforderungen des NetzDG behandelt werden. Das bedeutet, dass aus Sicht dieser Anbieter eine NetzDG-Beschwerde nur in den Fällen vorliegt, in denen der spezielle NetzDG-Meldeweg tatsächlich beschriftet wird. Infolgedessen werden allein diese von den entsprechenden Anbietern nach den Verfahrensvorgaben des NetzDG-Beschwerdemanagements behandelt und in die Transparenzberichte als NetzDG-Beschwerden aufgenommen. Anbieter mit integrierten Meldewegen stellen die Nutzerin oder den Nutzer demgegenüber meist erkennbar vor die Wahl, ob die eingereichte Meldung anhand der Vorgaben des NetzDG behandelt werden soll.

Der ersten, engen Interpretation ist das BfJ mit dem am 3. Juli 2019 erlassenen Bußgeldbescheid gegen einen Anbieter (Facebook) entgegen getreten (Der Bußgeldbescheid ist noch nicht rechtskräftig; Pressemitteilung: <https://www.bundesjustizamt.de/DE/Presse/Archiv/2019/20190702.html?nn=3451904>). Nach Auffassung des BfJ war der von dem Anbieter veröffentlichte „NetzDG-Transparenzbericht Juli 2018“ hinsichtlich mehrerer gesetzlicher Informationspflichten nach § 2 NetzDG unzureichend. Eine Informationspflicht bestehe darin, die eingegangenen NetzDG-Beschwerden aufzuführen. Der Anbieter hatte von Beginn an zwei Meldewege eingerichtet. Nur die über den NetzDG-Meldeweg eingegangenen Meldungen seien entsprechend den Vorgaben des NetzDG bearbeitet und auch im Transparenzbericht dargestellt worden. Das BfJ hielt den Transparenzbericht in diesem Punkt für unvollständig. Die Ausgestaltung der von dem Anbieter eingerichteten zwei parallelen Meldewege entspreche nicht den Vorstellungen des Gesetzgebers. Zwar sei anzuerkennen, dass die unterschiedlichen und parallelen Einstiegsmöglichkeiten nicht ausdrücklich vom NetzDG ausgeschlossen worden seien; durch die Einrichtung eines separaten NetzDG-Meldewegs sei aber auch nicht ausgeschlossen, dass über den Flagging-Meldeweg NetzDG-Beschwerden eingehen können.

NetzDG-Beschwerden zeichnen sich dem BfJ zufolge grundsätzlich dadurch aus, dass sie mit dem erkennbaren Ziel der Entfernung von Inhalten eingereicht werden, sofern es sich bei den gerügten Inhalten um strafbare Inhalte im Sinne von § 1 Absatz 3 NetzDG handeln sollte. Das Vorliegen einer NetzDG-Beschwerde sei damit nicht prinzipiell an das Beschreiten des NetzDG-Meldewegs gebunden. Vielmehr liege im Zweifel eine NetzDG-Beschwerde vor, wenn sich die Beanstandung objektiv gegen einen Inhalt richtet, der als rechtswidrig im Sinne des NetzDG zu werten ist. Etwas anderes gelte nach BfJ, wenn im Einzelfall objektive Umstände ausnahmsweise dafür sprechen, dass – obwohl ein Inhalt gerügt wird, der als objektiv rechtswidrig im Sinne von § 1 Absatz 3 NetzDG zu werten ist – das Anliegen des Beschwerdeführers gerade nicht dahin geht, eine Behandlung anhand der Maßstäbe des NetzDG zu initiieren. Dies wäre beispielsweise dann der Fall, wenn der / dem verständigen Nutzer/in bei Beschreiten des ausgewählten Meldeweges erkennbar sei, dass dieser gerade nicht zu einer Prüfung nach Maßstäben des NetzDG führen wird, und wenn gleichzeitig für ihn leicht zu erkennen sei, dass sie oder er einen alternativen und nutzerfreundlichen Meldeweg nach Maßstäben des NetzDG nutzen kann. Nach Ansicht des BfJ fehle es im konkreten Fall für die Nutzerin / den Nutzer an dieser Erkennbarkeit, weil nicht hinreichend deutlich werde, dass der Flagging-Meldeweg nicht zu einer Prüfung nach NetzDG führe. Aus diesem Grund ging das BfJ bei dem betroffenen Anbieter davon aus, dass die Aufführung der NetzDG-Beschwerden in den Transparenzberichten unvollständig ist.

Nummer 4

Die Anbieter machen in ihren Transparenzberichten Ausführungen zur Organisation, der personellen Ausstattung, der fachlichen und sprachlichen Kompetenz und zu Schulungs- und Betreuungsmaßnahmen. Laut Gutachten von Professor Eifert erschöpfen sich die Angaben der Anbieter teilweise in pauschalen und abstrakten Aussagen. Insbesondere hinsichtlich der Organisation vermittelt die Mehrzahl der Berichte dem Gutachten zufolge jedoch zumindest in den Grundzügen einen konkreten Eindruck von der Organisation, der Anzahl sowie den Bildungsabschlüssen und sprachlichen Kompetenzen des mit der Prüfung beauftragten Personals. Diese Einschätzung wird auch von einzelnen Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft geteilt, die im Rahmen des Gutachtens befragt wurden.

Im Gutachten von Professor Eifert wird eine Ausweitung der Berichtspflicht auf die Maßnahmen des internen Monitorings (§ 3 Absatz 4 Satz 1 NetzDG) vorgeschlagen, beispielsweise könnte so Transparenz über die leitende Funktion der mit der Kontrolle beauftragten Personen sichergestellt werden. Laut Gutachten wäre es dadurch möglich, das verfügbare Datenmaterial für die Beurteilung der Pflicht zu erhöhen.

Nummer 5

Die Anbieter haben Ausführungen zu den Mitgliedschaften in Branchenverbänden in die Transparenzberichte aufgenommen. Laut BfJ waren diese Angaben vom BfJ auf ihren Wahrheitsgehalt und ihre Plausibilität nicht unmittelbar und vollständig überprüfbar. Es konnte nur festgestellt werden, ob grundsätzlich Angaben gemacht wurden.

Nummer 6

Die anzugebende Zahl der Beschwerden, bei denen zur Vorbereitung einer Entscheidung eine externe Stelle konsultiert wurde, war bei allen Anbietern in allen bisherigen Berichtszeiträumen in Spitzenfällen im niedrigen zweistelligen Bereich. Laut Gutachten von Professor Eifert stellen sie damit nur einen sehr geringen Anteil am jeweiligen Gesamtbeschwerdeaufkommen dar.

Nummer 7

Angaben zur Anzahl der Beschwerden, die im Berichtszeitraum zur Entfernung oder Sperrung des Zugangs zum Inhalt führten, finden sich in allen Transparenzberichten. Diese werden nach Beschwerdegrund und Beschwerdeführer aufgeschlüsselt. Die Berichte schildern auch, wie oft von den Ausnahmeregelungen (Rechtswidrigkeit abhängig von der Unwahrheit einer Tatsachenbehauptung oder erkennbar von anderen tatsächlichen Umständen, § 3 Absatz 2 Nummer 3 Buchstabe a NetzDG und Übertragung an eine anerkannte Einrichtung der regulierten Selbstregulierung, § 3 Absatz 2 Nummer 3 Buchstabe b) Gebrauch gemacht wurde. In diesem Zusammenhang weist das Gutachten von Professor Eifert auf die teilweise überobligatorischen Informationen einzelner Anbieter (YouTube, Google+) hin. Lediglich ein Anbieter (YouTube) weist in seinen aktuellen Transpa-

renzberichten diejenigen NetzDG-Beschwerden aus, die sich auf Inhalte bezogen, die im Ergebnis schon aufgrund eines Verstoßes gegen die Gemeinschaftsstandards entfernt wurden. Nach Ansicht des Gutachtens ist dies in Anbetracht der großen Bedeutung, die den Beurteilungsmaßstäben nach Gemeinschaftsstandards von den Anbietern der sozialen Netzwerke auch im Kontext des NetzDG-Beschwerdemanagements zugemessen wird, besonders aufschlussreich.

Das BfJ und das Gutachten von Professor Eifert weisen darauf hin, dass – wie bei der Aufschlüsselung des gesamten Beschwerdeaufkommens – auch bei den Informationspflichten der Nummern 7 und 8 die unterschiedlichen Auslegungen des Begriffs der NetzDG-Beschwerde zu Folgefehlern und Einschränkungen in der Vergleichbarkeit führen können.

Nummer 8

Alle Anbieter (außer Jodel), die Transparenzberichte im Bundesanzeiger veröffentlicht haben, kamen der Pflicht nach, die Zeit zwischen Beschwerdeeingang und Entfernung beziehungsweise Sperrung des Inhalts in die Transparenzberichte aufzunehmen. Die unterschiedlichen Auslegungen des Beschwerdebegriffs führen hier – wie auch bereits im Rahmen der Darstellung des Beschwerdeaufkommens nach § 2 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 2 Nummer 3 und 7 NetzDG – zu Unstimmigkeiten.

Nummer 9

Die allermeisten Anbieter (außer Jodel) haben Ausführungen über die Maßnahmen zur Unterrichtung des Beschwerdeführers sowie der Nutzerin / des Nutzers, für die oder den der beanstandete Inhalt zu speichern war, in ihre Transparenzberichte aufgenommen. Dem Gutachten von Professor Eifert zufolge fällt die Informationsdichte auch in diesem Fall von Anbieter zu Anbieter unterschiedlich aus. Rudimentäre Darstellungen der Benachrichtigungen sind in der überwiegenden Anzahl der Berichte vorhanden. Einige Anbieter stellen Beispiele der Benachrichtigungen der Nutzerinnen und Nutzer sowie Beschwerdeführer vor; andere Anbieter informieren lediglich darüber, dass die Betroffenen informiert werden. Das BfJ weist darauf hin, dass die Angaben der Anbieter in diesem Bereich nicht auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft werden können. Daher kann nur beurteilt werden, ob Angaben gemacht wurden.

3. Zwischenfazit: Grad der Zielerreichung

Die von den Anbietern der sozialen Netzwerke veröffentlichten Transparenzberichte gewähren erstmalig einen vertieften Einblick in die Löschpraxis der großen sozialen Netzwerke. Wurden vor Einführung des NetzDG nur fakultative Berichte veröffentlicht, können nach Einführung der Transparenzpflicht erstmals belastbare Erkenntnisse über Beschwerdeaufkommen und Löschverhalten der Anbieter gewonnen werden.

Die Aussagekraft und Vergleichbarkeit der Berichte sind in Teilbereichen verbesserungsfähig und sind unter anderem auch deshalb Gegenstand von Bußgeldverfahren. Insbesondere die unterschiedliche Ausgestaltung des Beschwerdemanagements aus § 3 NetzDG und die unterschiedliche Auslegung der NetzDG-Beschwerde spiegeln sich mittelbar auch in den Transparenzberichten. Dies betrifft zum einen die fehlgehende Interpretation einiger Anbieter, die äußerlich einheitlichen Mitteilungen der Beschwerdeführer und nicht die einzelnen NetzDG-Beschwerden in den Transparenzberichten darzustellen. Eine im Transparenzbericht zu erfassende NetzDG-Beschwerde muss sich dabei stets auf einen konkreten Inhalt beziehen, das heißt sie ist inhaltsbezogen zu verstehen. In einem äußerlich einheitlichen Übermittlungsvorgang können folglich mehrere NetzDG-Beschwerden übermittelt werden. Zum anderen betreffen Mängel die fehlende Darstellung der NetzDG-Beschwerden in den Transparenzberichten, die bei nicht hinreichend erkennbarem NetzDG-Meldeweg über den Flagging-Meldeweg eingehen. Der Begriff der NetzDG-Beschwerde ist seit Einführung des NetzDG so zu bewerten, dass eine Beanstandung, mit welcher die notwendige Entfernung oder Sperrung eines Inhaltes geltend gemacht wird, im Zweifel als NetzDG-Beschwerde zu verstehen ist. Liegt eine NetzDG-Beschwerde vor, führt der Umstand, dass die Anbieter den mit einer NetzDG-Beschwerde gemeldeten Inhalt schon wegen eines Verstoßes gegen die Gemeinschaftsstandards entfernen, nicht dazu, dass das Pflichtenprogramm des NetzDG entfällt. Die Transparenzberichte legen nahe, dass die Anbieter auch nach dieser Prämisse vorgehen, weil sie unter anderem in ihren Transparenzberichten die mit NetzDG-Beschwerden gemeldeten Inhalte aufführen, die bereits auf der ersten Stufe des Prüfungsprozesses – also nach einer Prüfung anhand der Gemeinschaftsstandards der Anbieter – entfernt werden. Dennoch könnten über eine Klarstellung der Legaldefinition bestehende Unklarheiten beseitigt werden.

Die von einzelnen Anbietern teilweise geleisteten überobligatorischen Informationen in den Transparenzberichten steigern deren Aussagekraft. Beispielsweise ermöglichen die Angaben zur Menge der Inhalte, die bereits auf der Ebene der Prüfung nach Gemeinschaftsstandards entfernt wurden, einen genaueren Einblick in die Prüfkriterien der Anbieter sozialer Netzwerke. Entsprechende Angaben von allen Anbietern könnten die Aussagekraft und Vergleichbarkeit der Berichte weiter erhöhen. Dies betrifft ebenso eine Gegenüberstellung des Beschwerdeaufkommens über die Berichtsperioden hinweg.

Die vorgeschlagene Erweiterung der Transparenzpflichten auf die Maßnahmen des internen Monitorings wären hilfreich, um einen umfassenderen Einblick in die interne Qualitätssicherung der Anbieter sozialer Netzwerke zu bekommen. Entsprechende Vorgaben sollten sich aber auf die Pflicht zur abstrakten Darstellung der Maßnahmen beschränken, um die Anbieter nicht dazu zu zwingen, sich selbst zu belasten (entsprechend dem Grundsatz „Nemo tenetur se ipsum accusare“).

Auch wenn die Berichte laut Aussage des BfJ in der ersten Berichtsperiode bezüglich nahezu aller Informationspflichten aus § 2 Absatz 2 NetzDG unzureichende Informationen enthielten, lässt sich nach Feststellung des BfJ über die Berichtszeiträume hinweg eine Verbesserung der Informationsdichte bei nahezu allen Anbietern feststellen.

Eine im Gutachten von Professor Eifert vorgeschlagene zentrale Veröffentlichung der Transparenzberichte ist grundsätzlich bereits durch die Veröffentlichung auf der Webseite des Bundesanzeigers erreicht.

III. Inländischer Zustellungsbevollmächtigter (§ 5 NetzDG)

1. § 5 Absatz 1 NetzDG (Zustellungsbevollmächtigter)

Die Regelung des § 5 Absatz 1 NetzDG verpflichtet die Anbieter der sozialen Netzwerke zur Vorhaltung eines inländischen Zustellungsbevollmächtigten. Die Vorschrift dient der Gesetzesbegründung zufolge der Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken, indem Justiz, Bußgeldbehörden und Betroffenen eine / einen verantwortliche/n Ansprechpartner/in zur Verfügung gestellt wird. Der Zustellungsbevollmächtigte muss gemäß § 5 Absatz 1 Satz 1 NetzDG auf der Webseite der Anbieter leicht erkennbar ausgewiesen werden und unmittelbar erreichbar sein. Nach § 5 Absatz 1 Satz 2 NetzDG können an den Zustellungsbevollmächtigten Zustellungen in Verfahren nach § 4 NetzDG oder in Gerichtsverfahren vor deutschen Gerichten wegen der Verbreitung rechtswidriger Inhalte bewirkt werden. Verpflichtet sind alle Anbieter unabhängig von ihrem Sitz im In- oder Ausland. Der in § 1 Absatz 2 NetzDG geregelte Schwellenwert für kleinere Anbieter (zwei Millionen registrierte Nutzer im Inland) findet auf die Pflichten des § 5 NetzDG keine Anwendung.

Benennung und Darstellung

Dem BfJ und dem Gutachten von Professor Eifert zufolge sind die Anbieter großer sozialer Netzwerke der Pflicht zur Benennung eines Zustellungsbevollmächtigten meist nachgekommen. Auch die im Rahmen des Gutachtens befragten Rechtsanwälte, NGOs, Berufsverbände und sonstigen Verbände haben die Darstellung und Transparenz der Zustellungsbevollmächtigten überwiegend nicht beanstandet. Teilweise wird ergänzend gefordert, dass der Zustellungsbevollmächtigte durch einen Klick auffindbar sein muss.

Im Gutachten von Professor Eifert wird darauf hingewiesen, dass in bestimmten Konstellationen das Zusammenwirken von allgemeinen Zustellungsvorschriften und dem Zustellungsbevollmächtigten unklar ist. Mehrere allgemein bestehende Zustellungsvorschriften ordnen bei der Nichtbenennung eines Zustellungsbevollmächtigten eine Zustellungsfiktion an. Laut Gutachten ist unklar, ob bei Nichtbenennung des Zustellungsbevollmächtigten nach NetzDG in diesen Fällen eine Zustellungsfiktion eintreten soll oder lediglich durch die Verhängung eines Bußgeldes nach § 4 NetzDG auf das Abstellen des Verstoßes zur Ermöglichung künftiger Zustellungen hingewirkt werden kann.

Erreichbarkeit

Von § 5 Absatz 1 Satz 2 NetzDG sind unstreitig Verfahren miterfasst, in denen die Beseitigung oder Unterlassung bestimmter rechtswidriger Inhalte erreicht werden soll. Laut Gutachten von Professor Eifert ist in der Rechtsprechung jedoch umstritten, ob § 5 Absatz 1 NetzDG auch Verfahren erfasst, in denen entscheidungserheblich geltend gemacht wird, dass keine rechtswidrigen Inhalte vorliegen, so etwa bei Klagen auf Wiederherstellung von gelöschten Inhalten. Laut Gutachten ist die Frage, ob die Zustellung von vorprozessualen zivilrechtlichen Abmahn- und Aufforderungsschreiben von § 5 Absatz 1 NetzDG erfasst wird, ebenfalls umstritten.

Allerdings sind dem Gutachten zufolge zumindest in den Verfahren, die unstrittig vom Anwendungsbereich des § 5 Absatz 1 NetzDG erfasst sind, in der ganz überwiegenden Anzahl der Fälle die Zustellungen gelungen.

2. § 5 Absatz 2 NetzDG (Empfangsberechtigte Person)

Durch § 5 Absatz 2 NetzDG werden die Anbieter verpflichtet, eine inländische empfangsberechtigte Person für Auskunftersuchen inländischer Strafverfolgungsbehörden zu benennen. Das Ziel der Regelung ist es ausweislich der Gesetzesbegründung sicherzustellen, dass die sozialen Netzwerke einen „Briefkasten“ im Inland bereitstellen. Durch die Benennung werden keine zusätzlichen Auskunftspflichten begründet; die Möglichkeiten einer freiwilligen unmittelbaren Kooperation zwischen Strafverfolgungsbehörden und Anbietern sollen hierdurch verbessert werden. Die empfangsberechtigte Person muss dabei innerhalb von 48 Stunden auf Auskunftersuchen inländischer Strafverfolgungsbehörden reagieren.

Benennung

§ 5 Absatz 2 NetzDG regelt nicht, wem gegenüber die empfangsberechtigte Person zu benennen ist. In den NetzDG-Bußgeldleitlinien wird klargestellt, dass keine Pflicht zur allgemeinen Veröffentlichung der empfangsberechtigten Person besteht, um ihre Funktionsweise nicht durch Spam-Nachrichten zu beeinträchtigen. Laut BfJ hat ein Teil der Anbieter der sozialen Netzwerke die empfangsberechtigte Person auf der eigenen Webseite benannt, ein Teil habe das BfJ informiert und andere die empfangsberechtigte Person gegenüber den Generalstaatsanwaltschaften benannt.

Die Anbieter genügen den Vorgaben des § 5 Absatz 2 NetzDG, wenn sie auf die individuelle Anfrage der Strafverfolgungsbehörden eine empfangsberechtigte Person benennen. Kommt der Anbieter dieser Benennung nicht nach, erfährt das BfJ hierüber nur etwas, wenn das BfJ eine entsprechende Anzeige der Strafverfolgungsbehörden erhält. Die Ermittlungen des BfJ haben bisher nur in wenigen Fällen Verstöße gegen die Vorgaben des § 5 Absatz 2 NetzDG festgestellt. Auch das Gutachten von Professor Eifert kommt zu dem Ergebnis, dass die Identifikation der empfangsberechtigten Person durch die befragten Strafverfolgungsbehörden stets möglich war.

Antwortverhalten

Die unmittelbare Kenntnis über das Antwortverhalten der Anbieter der sozialen Netzwerke auf Auskunftersuchen an die empfangsberechtigte Person erlangen nur die Strafverfolgungsbehörden. Das BfJ ist mithin auf die Kooperation der Strafverfolgungsbehörden angewiesen. Dem BfJ zufolge erweist sich die Reaktion der Strafverfolgungsbehörden auf entsprechende Anfragen des BfJ bislang als sehr verhalten.

Die im Gutachten von Professor Eifert ermittelten Angaben der Strafverfolgungsbehörden und der Anbieter der sozialen Netzwerke zur Auskunftserteilung divergieren stark. Die Anbieter geben meist deutlich höhere Auskunftsquoten an. So geben laut Gutachten mehrere Anbieter an, in vielen Zeiträumen über 50 Prozent der Auskunftersuchen zu beantworten, wohingegen die Strafverfolgungsbehörden laut Gutachten Auskunftsquoten zwischen 5 Prozent und 10 Prozent angeben.

Um die Auskunftsquoten der Anbieter zu verbessern, wird im Gutachten von Professor Eifert die Einführung ausdrücklicher gesetzlicher Regelungen vorgeschlagen, welche die Strafverfolgungsbehörden zu Auskunftsverlangen berechtigen und die Anbieter zur entsprechenden Auskunftserteilung verpflichten.

3. Zwischenfazit: Grad der Zielerreichung

Die großen Anbieter sozialer Netzwerke haben Zustellungsbevollmächtigte und empfangsberechtigte Personen benannt, so dass für die Zustellung von zivilrechtlichen Klagen und für Auskunftersuchen der Strafverfolgungsbehörden nunmehr verantwortliche Ansprechpartner in der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung stehen. Damit hat das NetzDG für die Nutzer eine erhebliche Verfahrensverbesserung geschaffen. Auch laut Gutachten von Professor Eifert wurde das mit § 5 Absatz 1 NetzDG verfolgte Ziel zumindest im unstrittigen Anwendungsbereich größtenteils erreicht. Ebenso wurde laut Gutachten das mit § 5 Absatz 2 NetzDG verfolgte Ziel, den Strafverfolgungsbehörden einen „Briefkasten“ im Inland bereitzustellen und eine Möglichkeit der freiwilligen unmittelbaren Kooperation zu ermöglichen, weitgehend erreicht.

Rechtsunsicherheit besteht teilweise hinsichtlich des Umfangs der von § 5 Absatz 1 NetzDG umfassten Ansprüche. Die entsprechenden Diskussionen könnten insbesondere bezüglich Wiederherstellungsansprüchen – unter dem Gesichtspunkt der Stärkung der Nutzerrechte – durch eine Klarstellung beseitigt werden. Den teilweise geforderten darüberhinausgehenden Erweiterungen des § 5 Absatz 1 NetzDG lässt sich entgehen,

dass zumindest im Bereich der vorprozessualen Schreiben – wie etwa bei Abmahnungen – eine Zustellung nicht notwendig ist. Die Übersendung, beispielsweise als E-Mail, ist ausreichend.

Die Unklarheiten, die im Verhältnis des § 5 Absatz 1 NetzDG zu den allgemeinen Zustellungsvorschriften entstehen könnten, wenn kein Zustellungsbevollmächtigter benannt wird und dennoch ein Zustellungsversuch an den Anbieter unternommen wird, könnten präzisiert werden. Es sind bisher aber keine Fälle bekannt, in denen die im Gutachten angesprochenen Konstellationen zu Problemen geführt haben.

Das mit § 5 Absatz 2 NetzDG verfolgte Ziel, den Staatsanwaltschaften eine Stelle zur Verfügung zu stellen, an die Auskunftersuchen gerichtet werden können, wurde weitestgehend erreicht. Zu einer Verbesserung des Auskunftsverhaltens der Anbieter der sozialen Netzwerke hat die Regelung bisher wohl nur bedingt beigetragen. Laut der im Gutachten von Professor Eifert befragten Staatsanwaltschaften geben die Anbieter sozialer Netzwerke nur in wenigen Fällen Auskünfte über Daten. Welche Daten und wann diese dennoch herausgegeben werden, bleibt unklar und ist auch nicht Gegenstand des NetzDG sondern anderer Rechtsgrundlagen.

IV. Tätigkeit des Bundesamtes für Justiz

1. Aufgaben und Praxis des BfJ

Das Bundesamt für Justiz ist gemäß § 4 Absatz 4 Satz 1 NetzDG in Verbindung mit § 47 Absatz 1 Satz 1 OWiG die sachlich zuständige Bußgeldbehörde für die in § 4 Absatz 1 NetzDG geregelten bußgeldbewehrten Verstöße gegen das NetzDG. Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz hat im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat, dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie und dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur am 22. März 2018 „Leitlinien zur Festsetzung von Geldbußen im Bereich des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (NetzDG)“ erlassen (Link: https://www.bmjv.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Fokusthemen/NetzDG_Bußgeldleitlinien.pdf?__blob=publicationFile&v=3). Diese Bußgeldleitlinien sind für das BfJ verbindlich und leiten die Behörde in der Ausübung des Ermessens bei der Einleitung eines Bußgeldverfahrens sowie bei der Bemessung der Höhe einer etwaigen Geldbuße.

Dem BfJ kommt im Gefüge des NetzDG bisher gemäß § 4 Absatz 4 Satz 1 NetzDG allein eine repressiv-sanktionierende Rolle zu. Laut Gutachten von Professor Eifert sind sowohl das BfJ als auch die befragten Anbieter der sozialen Netzwerke der Auffassung, dass ein Austausch durch die Rolle des BfJ als reine Bußgeldbehörde erschwert wird. Das Gutachten zitiert das BfJ dahingehend, dass es als Aufsichtsbehörde einen formlosen Austausch mit den Anbietern pflegen könnte, der sich insbesondere für das Verständnis des komplexen Gefüges der Regelungen zu den Meldewegen und den Transparenzberichten als förderlich erweisen könnte. Hierdurch könnten zukunftsgerichtet Anordnungen zum Abstellen eines Gesetzesverstößes getroffen werden (zum Beispiel zur konkreten Ausgestaltung der Meldewege), ohne dass ein Bußgeldverfahren eingeleitet werden müsste.

Das BfJ hat zudem mitgeteilt, dass die gerichtsfeste Beweisermittlung und Beweissicherung der Anzahl der registrierten Nutzerinnen und Nutzer im Inland eine besondere Herausforderung darstellt. Die Anbieter sozialer Netzwerke verwendeten teilweise eine andere Terminologie und veröffentlichten keine Nutzerzahlen allein auf die Bundesrepublik Deutschland bezogen. Die Feststellungen bezüglich der Anzahl der registrierten Nutzerinnen und Nutzer müssen deshalb laut BfJ zumeist auf Basis des Indizienbeweises getroffen werden. Ähnliche Probleme stellten sich bezüglich des in § 2 Absatz 1 NetzDG aufgestellten Schwellenwerts der 100 eingegangenen Beschwerden über rechtswidrige Inhalte in einem Kalenderjahr. Im Gutachten von Professor Eifert werden aufgrund dieser Probleme Auskunftspflichten der Anbieter der sozialen Netzwerke vorgeschlagen.

2. Bußgeldverfahren

Das BfJ hat bis zum 30. Juni 2020 insgesamt 1.462 Bußgeldverfahren eingeleitet. Davon wurden 1.353 Verfahren auf Meldungen von Nutzerinnen und Nutzern hin eröffnet, in denen eine Beschwerdeführerin oder ein Beschwerdeführer im Einzelfall beanstandete, dass ein Inhalt trotz einer Beschwerde nicht gelöscht wurde. In diesen Fällen hat das BfJ zu prüfen, ob eine Ordnungswidrigkeit vorliegt, weil die Nichtentfernung auf einem systemischen Versagen beruhte. 109 der Verfahren wurden von Amts wegen eingeleitet.

Von den insgesamt eingeleiteten Verfahren wurde bisher eines mit einem noch nicht rechtskräftigen Bußgeldbescheid abgeschlossen. 682 Verfahren wurden bisher eingestellt. 615 dieser Einstellungen erfolgten im Bereich des Beschwerdemanagements. Gründe für eine Einstellung können beispielsweise sein, dass keine unzulängliche Behandlung einer Beschwerde über rechtswidrige Inhalte festgestellt werden konnte oder sich keine An-

haltspunkte für ein systemisches Versagen ergaben. Das BfJ weist darauf hin, dass insbesondere die auf Nutzermeldungen beruhenden Verfahren teilweise komplexe Rechtsfragen nach sich ziehen und viele personelle Ressourcen binden.

Im Einzelnen:

Die wegen eines Verstoßes gegen die Pflichten aus § 3 NetzDG in Verbindung mit § 4 Absatz 1 Nummer 2 bis 6 NetzDG (Beschwerdemanagement) eingeleiteten Verfahren wurden im Großteil aufgrund von Meldungen von Nutzerinnen und Nutzern wegen nicht ordnungsgemäß entfernter beziehungsweise gesperrter rechtswidriger Inhalte eingeleitet.

Das BfJ prüft in diesen Fällen, ob der Inhalt rechtswidrig ist und infolgedessen entfernt werden müsste. Stellt das BfJ die Rechtswidrigkeit des Inhalts fest, leitet es den Fall an die zuständige Strafverfolgungsbehörde weiter. Wird in diesem Zusammenhang festgestellt, dass sich die Einschätzung des Anbieters als nicht korrekt erweist, führt dies nicht unmittelbar zu einem Bußgeldverfahren. Die mangelhafte Löschung beziehungsweise Sperrung wird, wie sich aus den Bußgeldleitlinien ergibt, erst bei einem systemischen Versagen, also einer Missachtung der Organisationspflichten im Bereich des Beschwerdemanagements durch den Anbieter des sozialen Netzwerks, relevant (so auch die Gesetzesbegründung in Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 24) und kann dann zu einem Bußgeld führen.

Betreffend die Ausgestaltung der Meldewege wurden 18 Verfahren von Amts wegen eingeleitet. Diese werden vom BfJ als besonders arbeitsaufwändig bezeichnet, weil die Meldewege je nach Ansteuerung als registrierte/-r oder nicht-registrierte/-r Nutzerin oder Nutzer und – zusätzlich – auf verschiedenen Endgeräten durch den selben Anbieter unterschiedlich ausgestaltet sein können.

Im Zusammenhang mit der Transparenzpflicht hat das BfJ gemäß § 2 Absatz 1 Satz 1 NetzDG in Verbindung mit § 4 Absatz 1 Nummer 1 NetzDG 34 Verfahren eingeleitet. Bisher wurde in einem Fall ein Bußgeldbescheid erlassen (siehe C. II. 2. Nummer 3 Bußgeldbescheid).

Im Zusammenhang mit den Pflichten, einen Zustellungsbevollmächtigten und eine empfangsberechtigte Person zu benennen, hat das BfJ insgesamt 57 Verfahren eingeleitet. Das BfJ ermittelt bezüglich Verstößen gegen Pflichten nach § 5 NetzDG (Zustellungsbevollmächtigter) sowohl von Amts wegen als auch anlässlich von Meldungen. Verfahren wegen Verstößen gegen § 5 Absatz 2 NetzDG (empfangsberechtigte Person) können nur aufgrund von Meldungen eingeleitet werden, da dem BfJ keine weiteren Erkenntnisquellen zur Verfügung stehen. Im Gutachten wird aus diesem Grund, wie schon oben erwähnt, vorgeschlagen, zumindest in Bezug auf die Schwelle des § 2 Absatz 1 NetzDG (100 Beschwerden über rechtswidrige Inhalte im Kalenderjahr) Mechanismen zur Information zur Verfügung zu stellen.

Das BfJ hat sechs Pilotverfahren gegen Anbieter sozialer Netzwerke mit Sitz in den USA eingeleitet, die nach Kenntnis des BfJ keine Zustellungsbevollmächtigten im Sinne des § 5 Absatz 1 NetzDG benannt haben. Da die Anbieter ihren Sitz im nicht-europäischen Ausland haben, ist das BfJ in diesen Fällen auf die Inanspruchnahme internationaler Rechtshilfe angewiesen. Im Gutachten von Professor Eifert wird eine Klarstellung des Kreises der nach § 5 Absatz 1 und Absatz 2 NetzDG verpflichteten Anbieter und die Benennung einer Relevanz- oder Mitgliederschwelle angeregt. Da das BfJ bei der Einleitung entsprechender Verfahren einen Ermessensspielraum hat und aus den Pilotverfahren Erkenntnisse über den Verlauf gewonnen werden sollen, sollten diese zunächst abgewartet werden. Die Verfahren befinden sich momentan noch im Anhörungsstadium.

V. § 14 Absatz 3 bis 5 TMG

1. Datenschutzrechtliche Erlaubnisnorm

Die im Zuge der Verabschiedung des NetzDG ebenfalls vorgenommenen Änderungen im Telemediengesetz hatten die Erweiterung der datenschutzrechtlichen Erlaubnisnorm des Telemediensrechts zum Ziel und führen derzeit in der Praxis zu einem zweistufigen Verfahren. Wird eine Erlaubnis zur Auskunftserteilung gemäß § 14 Absatz 3 bis 5 TMG durch gerichtliche Anordnung erteilt (1. Stufe), ist der Anbieter formell noch nicht verpflichtet, die Auskunft zu geben. Weigert sich der Anbieter, muss ein zweites gerichtliches Verfahren angestrengt werden, welches den Anbieter zur Auskunftserteilung verpflichtet (2. Stufe). Schon zuvor war ein Auskunftsanspruch des durch ein Internet-Posting in seinem allgemeinen Persönlichkeitsrecht Verletzten nach den allgemeinen zivilrechtlichen Grundsätzen nach § 242 BGB anerkannt. Allerdings war eine Auskunft durch die Anbieter der sozialen Netzwerke datenschutzrechtlich nicht möglich; dazu fehlte eine gesetzliche Erlaubnisbefugnis. Dieser Auskunftsanspruch sollte für die Anbieter durch § 14 Absatz 3 TMG erfüllbar gemacht werden.

Ob und wann ein Auskunftsanspruch gemäß § 242 BGB dem Grunde nach besteht, bleibt weiterhin der Ausgestaltung der Gerichte vorbehalten.

Dabei ist die Erlaubnis zur Datenherausgabe auf Fälle strafrechtlich relevanter Verletzungen absolut geschützter Rechte beschränkt. Gemäß § 14 Absatz 3 TMG darf die Auskunft nur erteilt werden, wenn die Verletzungshandlung den Tatbestand einer der in § 1 Absatz 3 NetzDG genannten Strafnormen erfüllt. Damit soll die Datenherausgabe nur in Fällen schwerwiegender Persönlichkeitsrechtsverletzungen eröffnet werden.

Um sicherzustellen, dass es nicht vorschnell zu einer Herausgabe von Daten kommt, steht die datenschutzrechtliche Erlaubnis unter dem Vorbehalt einer richterlichen Gestattung (Richtervorbehalt). Der Gesetzesbegründung zufolge soll durch den Richtervorbehalt gewährleistet werden, dass Einschüchterungseffekte auf die Ausübung der Meinungsfreiheit aus Artikel 5 Absatz 1 GG verhindert werden.

Die Daten, die unter anderem im Rahmen der Befragung der Anbieter sozialer Netzwerke im Gutachten von Professor Eifert erlangt werden konnten, deuten dem Gutachten zufolge auf eine geringe Rolle der privaten Rechtsdurchsetzung hin. Meist verzeichneten die Anbieter privatrechtliche Auskunftersuchen nur im geringen einstelligen Bereich. Auch die durch den Gutachter befragten Rechtsanwälte geben dem Gutachten zufolge überwiegend eine sehr geringe Fallzahl von zivilrechtlichen Verfahren im Rahmen des § 14 Absatz 3 TMG an. Laut Gutachten deuten die wenigen geführten Verfahren darauf hin, dass, soweit sehr eindeutige Fälle des § 1 Absatz 3 NetzDG vorlagen, positive Erfahrungen zu verzeichnen sind. Laut Gutachten wurde aber in vielen Fällen der Antrag auf Anordnung der Gestattung der Auskunftserteilung nach § 14 TMG abgelehnt.

Im Gutachten wird als eine mögliche Ursache für die geringe Inanspruchnahme des zivilrechtlichen Vorgehens der hohe Zeit-, Verfahrens- und Kostenaufwand thematisiert. Laut Gutachten ist ein direktes zivilrechtliches Vorgehen aber von hoher Relevanz und sollte weiter gestärkt werden.

2. Zwischenfazit: Grad der Zielerreichung

Die Öffnung des datenschutzrechtlichen Verbots für die Auskunftserteilung von Anbietern sozialer Netzwerke gegenüber von Verletzten wurde laut Gutachten von Professor Eifert vollumfänglich erreicht. Dass es trotz der Öffnung des datenschutzrechtlichen Verbots bisher noch nicht zu einer nennenswerten Zunahme der Durchsetzung von Auskunftsansprüchen gekommen ist, könnte in der eingetretenen Entwicklung zu einem – aufwändigen – zweistufigen Verfahren begründet sein.

Im Zusammenhang mit dem NetzDG wurden die §§ 14 und 15 TMG dahingehend ergänzt, dass derjenige, der durch rechtswidrige Inhalte im Sinne des NetzDG in absoluten Rechten verletzt ist, vom Anbieter die zur Rechtsverfolgung erforderliche Auskunft verlangen kann, wenn vorher ein Gericht die Zulässigkeit der Auskunftserteilung angeordnet hat. In der Praxis verweigern Anbieter allerdings häufig die Datenherausgabe mit der – formal zutreffenden – Begründung, dass zwar die Erlaubnis, nicht aber die Pflicht zur Herausgabe festgestellt sei. Die oder der Verletzte muss dann ein weiteres gerichtliches Verfahren anstrengen, um die Verpflichtung des Anbieters feststellen zu lassen. Die notwendige Doppelbefassung der Gerichte erscheint unnötigerweise kompliziert.

D. Erfüllungsaufwand

Das Statistische Bundesamt (Destatis) hat durch Nachmessungen des Erfüllungsaufwands einen geringer ausgefallenen Erfüllungsaufwand festgestellt, als er bei Einführung des NetzDG geschätzt wurde. Anstelle der damals grob geschätzten 29 Millionen Euro verursachte das NetzDG für die Wirtschaft lediglich einen Erfüllungsaufwand von 20,4 Millionen Euro. Damit bestätigt die Nachmessung – anders als der vom Branchenverband bitkom ursprünglich prognostizierte Aufwand von 530 Millionen Euro – im Wesentlichen die Größenordnung der Ex-ante-Schätzung, die bei schwieriger Datenlage und großen Unsicherheiten über die tatsächliche Umsetzung in Unternehmen durchgeführt wurde. Laut Destatis hat die Nachmessung gezeigt, dass das Vorhalten eines wirksamen Beschwerdesystems und die Dokumentationspflichten nur relativ geringe beziehungsweise keine Zusatzaufwände verursacht hat. Laut Destatis ist dies darauf zurückzuführen, dass die großen Anbieter bereits vor Einführung des NetzDG über intern abgestimmte Beschwerdeverfahren zur Moderation von Inhalten verfügten, die in Konformität mit bestehenden Gesetzen im Bereich des Jugend- und Datenschutzes entwickelt wurden. Darüber hinaus sind Destatis zufolge Verfahren zur Dokumentation und Mitteilung über Entscheidungen an Nutzerinnen und Nutzer vollautomatisiert und verursachen keinen nennenswerten jährlichen Aufwand.

Auch der nachgemessene Aufwand für die Verwaltung liegt nach dem Bericht um rund 50 Prozent unter der geschätzten Summe: Anstelle der geschätzten rund 4 Millionen Euro fielen 2,2 Millionen Euro als Verwaltungsaufwand an. Dies ist laut Destatis darauf zurückzuführen, dass das Beschwerde- und Verfahrensaufkommen deutlich geringer ist als angenommen. Bei Einführung des NetzDG wurde vermutet, dass ein nicht unbeachtlicher Teil an Falschmeldungen beim BfJ eingehen würde. Eine entsprechende Entwicklung ist laut BfJ nicht festzustellen.

E. Fazit

I. Zielerreichung

Dem Gutachten von Professor Eifert zufolge wurden die mit dem NetzDG verfolgten Zwecke „in erheblichem Umfang erreicht.“ Das BfJ stellt fest, dass die Anbieter sozialer Netzwerke die Regelungen des NetzDG ernst nehmen und das Gesetz Wirkung entfaltet.

Das Gutachten von Professor Eifert kommt zu dem Ergebnis, dass eine deutliche Verbesserung des Beschwerdemanagements und der öffentlichen Rechenschaft der Anbieter im Umgang mit den vom NetzDG umfassten rechtswidrigen Inhalten festzustellen ist. Die zentralen Compliance-Regeln wurden von den Anbietern der sozialen Netzwerke grundsätzlich angenommen und umgesetzt; es mangelt jedoch noch an der entschlossenen Implementierung der Regelungen im Detail. Bestehende problematische Praktiken sind aber laut Gutachten nicht auf strukturelle Schwächen des Gesetzes zurückzuführen, sondern auf die teilweise unzureichende Umsetzung durch die Anbieter der sozialen Netzwerke. Verbesserungen unter anderem in den Transparenzberichten sind auch aufgrund der laufenden Bußgeldverfahren zu erwarten. Zum Auftreten des sogenannten Overblocking sind aus den zur Verfügung stehenden Daten noch keine abschließenden Bewertungen möglich. Es gibt bislang keine Hinweise für Overblocking. Der Umstand, dass NetzDG-Beschwerden in großer Zahl binnen 24 Stunden abschließend geprüft werden und damit gegebenenfalls die im NetzDG für nicht offensichtlich rechtswidrige Inhalte vorgesehene längere Bearbeitungszeit nicht ausgeschöpft wird, ist zu beachten und sollte Gegenstand weiterer Evaluation sein. Das Thema Overblocking ist weiterhin ernst zu nehmen, und Anreize und Risiken für systematische Fehlentscheidungen sollten durch den Ausbau von Sicherungsmechanismen weiter minimiert werden.

Insgesamt besteht nur ein geringer gesetzgeberischer Handlungsbedarf. Dieser betrifft die Fortentwicklung bestehender Regelungen etwa zur nutzerfreundlicheren Gestaltung der Meldewege, der Erweiterung der Kompetenzen des BfJ und leichter Anpassungen und Klarstellungen beim inländischen Zustellungsbevollmächtigten und der empfangsberechtigten Person. Des Weiteren sollten die Rechte der Nutzerinnen und Nutzer gestärkt werden; dies würde zugleich einen weiteren Sicherungsmechanismus gegen Overblocking darstellen. Hierfür bietet sich die Einführung eines Anspruchs auf Überprüfung der Entscheidung des Anbieters, ob der mit einer NetzDG-Beschwerde gemeldete Inhalt rechtswidrig und damit zu entfernen oder zu sperren ist, an.

II. Erste Erkenntnisse zu einem möglichen Änderungsbedarf

Aus dieser ersten Evaluierung der Regelungskomplexe des NetzDG ergeben sich folgende Schlussfolgerungen:

- Zur Verbesserung des Beschwerdemanagements sollte bei einzelnen Anbietern eine Priorisierung der NetzDG-Beschwerden gegenüber dem Beschwerdemanagement nach Gemeinschaftsstandards erreicht werden. Eine Umgehung der Vorgaben des NetzDG durch eine Lenkung der NetzDG-Beschwerden auf den Flagging-Meldeweg läuft den Zielen des Gesetzes zuwider und führt auch im Bereich der Transparenzberichte zu einer erheblichen Minderung der Aussagekraft und Vergleichbarkeit. Mit dem am 18. Juni 2020 vom Deutschen Bundestag angenommenen Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität (Bundestagsdrucksache 19/17741) wurde über eine Legaldefinition klargestellt, dass der Begriff der Beschwerde über rechtswidrige Inhalte weit zu verstehen ist. Damit soll verdeutlicht werden, dass Anbieter den Anwendungsbereich des NetzDG nicht dadurch einschränken können, dass sie nur über den relativ versteckten NetzDG-Meldeweg eingehende Beschwerden als NetzDG-Beschwerden ansehen und nur diese nach den Maßstäben des NetzDG prüfen.
- Um die Verfügbarkeit eines entfernten Inhalts zu Beweis Zwecken zu verbessern, kann eine Verlängerung der zehnwöchigen Speicherfrist aus § 3 Absatz 2 Nummer 4 NetzDG unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Vorgaben geprüft werden.
- Positive Effekte ergeben sich durch die Legaldefinition der NetzDG-Beschwerde auch für den Bereich der Transparenzpflichten. Insbesondere wird klargestellt, dass nicht die äußerlich einheitlichen Mitteilungen, sondern die Anzahl der gemeldeten Inhalte (NetzDG-Beschwerden) in die Berichte aufzunehmen sind.
- Um darüber hinaus die Informationslage für die Öffentlichkeit weiter zu erhöhen, können Erweiterungen der Transparenzpflichten in Erwägung gezogen werden.
- Geprüft werden sollte, ob in Absprache mit BfJ und/oder Bundesanzeiger eine übersichtlichere Veröffentlichung der Transparenzberichte erarbeitet werden kann.

- Zur Sicherstellung einer wirksamen Kontrolle sowohl der Schwelle aus § 1 Absatz 2 NetzDG als auch aus § 2 Absatz 1 Satz 1 NetzDG durch das BfJ werden im Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (NetzDGÄndG; Bundestagsdrucksache 19/18792) Auskunftspflichten gegenüber dem BfJ vorgeschlagen.
- Dem BfJ sollen nach dem Regierungsentwurf des NetzDGÄndG durch die Einführung einer Aufgaben- und Befugnisnorm Möglichkeiten zur Einwirkung auf die Anbieter der sozialen Netzwerke unabhängig von Bußgeldverfahren eröffnet werden.
- Im Regierungsentwurf des NetzDGÄndG wird § 5 Absatz 1 NetzDG um eine Klarstellung bezüglich Wiederherstellungsansprüchen erweitert.
- Um eine Stärkung der zivilrechtlichen Rechtsdurchsetzung zu erreichen, werden im Regierungsentwurf zum NetzDGÄndG Vereinfachungen des bisher in der Praxis zweistufigen Verfahrens vorgeschlagen. Des Weiteren können Möglichkeiten der Kostensenkung erwogen werden.
- Durch die Einführung eines Gegenvorstellungsverfahrens sollen im Regierungsentwurf zum NetzDGÄndG die Rechte der Nutzerinnen und Nutzer gestärkt werden.

Evaluation des NetzDG

Im Auftrag des BMJV

Prof. Dr. Martin Eifert, LL.M. (Berkeley)

unter Mitarbeit von

Dr. Michael von Landenberg-Roberg, LL.M. (Cambridge)

Ass. iur. Sebastian Theß

Ass. iur. Nora Wienfort

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Teil 1: Auftrag und Methodik der Evaluation	1
A. Anlass und Gegenstand der Evaluation.....	1
B. Die vom NetzDG erfassten Netzwerkanbieter (§ 1 NetzDG)	1
C. Auswahl der Adressat*innen von Fragebögen	3
I. Anbieter sozialer Netzwerke (Darstellung der Anbieter und der Plattformen).....	3
II. Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Berufsverbände und sonstige Verbände	3
III. Rechtsanwäl*innen	3
IV. Staatsanwaltschaften	3
V. BfJ	3
D. Quellen	4
I. Tagungen / Veranstaltungen.....	4
II. Rechtsprechung	4
III. Rechtswissenschaft und kritische Öffentlichkeit.....	4
IV. Mediale Bewertung	4
Teil 2: Das NetzDG im Kontext	5
A. Einordnung des NetzDG in das Verfassungs- und Unionsrecht	5
I. Das Unionsrecht und seine Entwicklung.....	5
1. Unionaler Rechtsrahmen beim Erlass des NetzDG.....	5
2. Weitere Rechtsentwicklung in der EU	6
II. Verfassungsrecht	8
1. Verfassungsrechtliche Diskussionspunkte	8
2. Strukturelle Herausforderungen im Lichte des NetzDG	9
a) Kompetenzen.....	9
b) Grundrechte.....	10
B. Medienschau	10

	Seite
Teil 3: Evaluation der einzelnen Regelungen des NetzDG	12
A. Das NetzDG und die Gemeinschaftsstandards.....	12
I. Was sind Gemeinschaftsstandards?.....	12
II. Das Verhältnis des NetzDG zum Beschwerdemanagement nach Gemeinschaftsstandards.....	14
B. § 3 NetzDG – Beschwerdemanagement.....	18
I. Einleitung	18
II. Beschwerdeverfahren, Abs. 1 und 2.....	18
1. § 3 Abs. 1 Satz 2 NetzDG: Übermittlung von Beschwerden über rechtswidrige Inhalte durch leicht erkennbares, unmittelbar erreichbares, ständig verfügbares Verfahren.....	18
a) Maßstab des NetzDG	18
aa) Leicht erkennbar.....	19
bb) Unmittelbar erreichbar.....	19
cc) Ständig verfügbar	19
b) Praxis.....	20
aa) Leicht erkennbar und unmittelbar erreichbar	20
bb) Insbesondere: Ausgestaltung des NetzDG- Meldewegs im Verhältnis zur Meldung nach Gemeinschaftsstandards	20
cc) Ständig verfügbar	21
2. § 3 Abs. 1 NetzDG: Inhaltliche und formelle Anforderungen an die Beschwerde.....	21
a) Maßstab des NetzDG	21
b) Praxis.....	22
aa) Anforderungen inhaltlicher Art	22
bb) Angaben formeller Art	23
3. Beschwerdeweg: Belehrungen durch die Netzwerkanbieter	23
4. § 3 Abs. 1 NetzDG: Beschwerdeführer*innen	24
5. § 3 Abs. 1 Satz 1 NetzDG: rechtswidrige Inhalte	24
6. § 3 Abs. 1 Satz 1 NetzDG: wirksames und transparentes Verfahren für den Umgang mit Beschwerden.....	25
7. § 3 Abs. 2 Nr. 1 NetzDG: unverzügliche Kenntnisnahme und Prüfung.....	25
a) „unverzüglich Kenntnis nimmt“	25

	Seite
b) „prüft, ob der in der Beschwerde gemeldete Inhalt rechtswidrig und zu entfernen oder der Zugang zu ihm zu sperren ist“	26
aa) Prüfverfahren: Verhältnis von NetzDG und Gemeinschaftsstandards	26
bb) Ausgestaltung der Prüfung nach NetzDG.....	27
8. § 3 Abs. 2 Nr. 2 NetzDG: Entfernung / Sperrung offensichtlich rechtswidriger Inhalte innerhalb von 24 Std.....	27
a) Differenzierung zwischen „offensichtlich rechtswidrig“ und „rechtswidrig“	27
b) Kollision mit der Störerhaftung?	28
c) Frist von 24 Stunden für offensichtlich rechtswidrige Inhalte ausreichend?	28
d) Differenzierung zwischen Löschung und Sperrung	29
9. § 3 Abs. 2 Nr. 3 NetzDG: Entfernung / Sperrung unverzüglich (in der Regel nach sieben Tagen)	29
10. Beschwerdeanzahl und Anzahl stattgebender Entscheidungen	30
a) Absolute Beschwerdeanzahl	30
b) Relative Anzahl von Löschungen bzw. Sperrungen im Verhältnis zum Beschwerdeaufkommen.....	31
11. Strukturelle juristische Fehlbewertungen: Over- und Underblocking.....	31
a) Anreizstruktur	31
aa) Vorgefundene faktische und ökonomische Anreize	31
bb) Durch das NetzDG gesetzte Anreize	32
b) Praxis.....	32
c) Zwischenergebnis Over- und Underblocking.....	33
12. § 3 Abs. 2 Nr. 3 lit. a NetzDG: Anhörungsrechte vor der Entscheidung	33
13. Erneute Überprüfung durch den Netzwerkwerkanbieter (ggf. auf Replik des*der Beschwerdeführer*in)	34
14. § 3 Abs. 2 Nr. 4 NetzDG: Sicherung zu Beweis Zwecken / Speicherung.....	34
15. § 3 Abs. 2 Nr. 5 NetzDG: Informations- und Begründungspflicht	35
16. § 3 Abs. 3 NetzDG: Dokumentation der Beschwerden und Abhilfemaßnahmen	35

	Seite
III. § 3 Abs. 4 NetzDG: Qualitätssicherung innerhalb des Netzwerkanbieters.....	35
1. § 3 Abs. 4 Satz 1 NetzDG: monatliche Kontrollen durch Leitung	35
2. § 3 Abs. 4 Satz 2 NetzDG: Beseitigung organisatorischer Unzulänglichkeiten.....	36
3. § 3 Abs. 4 Satz 3 NetzDG: Schulungs- und Betreuungsangebote	36
IV. § 3 Abs. 5 NetzDG: Monitoring durch beauftragte Stelle.....	37
V. Einrichtungen der Regulierten Selbstregulierung, § 3 Abs. 6-9 NetzDG.....	37
VI. § 3 NetzDG im Spiegel der Rechtsprechung.....	38
VII. (Unbeabsichtigte) (positive wie negative) Nebenwirkungen des § 3 NetzDG	38
VIII. Abschließende Bewertung des § 3 NetzDG und Verbesserungsvorschläge	39
C. § 2 NetzDG – Transparenzberichte	39
I. Gesetzgeberisches Ziel der Berichtspflicht	39
II. Allgemeine Berichtspflicht (§ 2 Abs. 1 NetzDG)	40
1. Auslösender Tatbestand: Netzwerkanbieter erhält mehr als 100 Beschwerden über rechtswidrige Inhalte.....	40
2. Berichtspflicht nach § 2 Abs. 1 NetzDG als Rechtsfolge.....	41
a) Halbjährige Veröffentlichung eines deutschsprachigen Berichts im Bundesanzeiger und auf der eigenen Homepage spätestens einen Monat nach Ende eines Halbjahres	41
b) Besondere Transparenzpflicht für die Veröffentlichung auf der Homepage	42
III. Inhaltliche Anforderungen an die Berichte (§ 2 Abs. 2 NetzDG).....	43
1. Allgemeine Ausführungen des Anbieters zu seinen Anstrengungen, strafbare Handlungen auf den Plattformen zu unterbinden (§ 2 Abs. 2 Nr. 1 NetzDG).....	43
2. Darstellung der Mechanismen zur Übermittlung von Beschwerden über rechtswidrige Inhalte und der Entscheidungskriterien für Maßnahmen (§ 2 Abs. 2 Nr. 2 NetzDG).....	44
a) Mechanismen der Beschwerdeübermittlung	45
b) Entscheidungskriterien.....	45

	Seite	
3.	Anzahl der im Berichtszeitraum eingegangenen Beschwerden über rechtswidrige Inhalte (§ 2 Abs. 2 Nr. 3 NetzDG).....	46
	a) Anzahl sowie Aufschlüsselung nach Beschwerdegrund	47
	b) Aufschlüsselung zwischen Nutzer*innen und Beschwerdestellen.....	49
4.	Berichtsinhalte bezüglich des Prüfpersonals (§ 2 Abs. 2 Nr. 4 NetzDG).....	49
	a) Organisation und Personalausstattung.....	50
	b) Schulungen.....	50
	c) Betreuungsangebote	50
5.	Mitgliedschaft in Branchenverbänden (§ 2 Abs. 2 Nr. 5 NetzDG).....	51
6.	Konsultation externer Stellen (§ 2 Abs. 2 Nr. 6 NetzDG).....	51
7.	Anzahl der Beschwerden, die im Berichtszeitraum zur Löschung oder Sperrung des beanstandeten Inhalts führten (§ 2 Abs. 2 Nr. 7 NetzDG)	52
	a) Anzahl der zur Löschung/Sperrung führenden Beschwerden, aufgeschlüsselt nach Beschwerdegrund.....	52
	b) Aufschlüsselung nach Beschwerdeführer*innen.....	53
	c) Fall des § 3 Abs. 2 Nr. 3 lit. a NetzDG sowie Stellungnahmeangebot an Nutzer*innen.....	53
	d) Übertragung an anerkannte Einrichtung der Regulierten Selbstregulierung	53
	e) Überobligatorische Informationen durch einzelne Netzwerkanbieter	53
8.	Zeit zwischen Beschwerdeeingang und Löschung/Sperrung des rechtswidrigen Inhalts (§ 2 Abs. 2 Nr. 8 NetzDG).....	53
9.	Maßnahmen zur Unterrichtung der Beschwerdeführer und Nutzer (§ 2 Abs. 2 Nr. 9 NetzDG)	54
IV.	Bewertung der Berichtspflicht durch befragte Netzwerkanbieter, Berufsverbände, sonstige Verbände, NGOs und Rechtsanwäl*innen	55
	1. NGOs, Berufsverbände und sonstige Verbände	55
	2. Rechtsanwäl*innen	55
	3. Netzwerkanbieter	55
V.	Abschließende Bewertung und Verbesserungsanregungen.....	55

	Seite
D. § 5 NetzDG – Zustellungsbevollmächtigter und empfangsberechtigte Person.....	57
I. § 5 Abs. 1 NetzDG – „Zustellungsbevollmächtigter“	57
1. Gesetzliche Anforderungen und Reichweite	57
a) Anforderungen des § 5 Abs. 1 NetzDG an Netzwerkanbieter	57
aa) Person des Zustellungsbevollmächtigten und Benennungsakt – § 5 Abs. 1 Satz 1 Var. 1 NetzDG.....	57
bb) Transparenz der Benennung: Umfang und Art der Darstellung – § 5 Abs. 1 Satz 1 Var. 2 NetzDG.....	58
b) Verhältnis des § 5 Abs. 1 NetzDG zu den Zustellungsvorschriften.....	59
c) Reichweite des § 5 NetzDG	60
aa) Beschränkung auf bestimmte Verfahrensarten	60
bb) Beschränkung auf Verfahren wegen der „Verbreitung rechtswidriger Inhalte“	60
cc) Beschränkung des Anwendungsbereiches auf Löschanprüche – keine Geltung bei Wiederherstellungsansprüchen?	61
dd) Weitere Beschränkung des Anwendungsbereichs auf Schriftstücke im Rahmen eines laufenden Gerichtsverfahrens (Satz 2) und auf Schriftstücke zur Einleitung eines solchen Verfahrens (Satz 3)	62
2. Umsetzung, Akzeptanz und Praktikabilität	62
a) Person des Zustellungsbevollmächtigten und Benennungsakt – § 5 Abs. 1 Satz 1 Var. 1 NetzDG.....	62
b) Transparenz der Benennung: Umfang und Art der Darstellung – § 5 Abs. 1 Satz 1 Var. 2 NetzDG.....	62
c) Zustellungspraxis	63
aa) Zustellungspraxis im unstreitigen Anwendungsbereich	63
bb) Zustellungspraxis im streitigen Anwendungsbereich (Wiederherstellungsverfahren)	63
d) Einschätzung BfJ.....	64
3. Zielerreichung	64
4. Konsequenzen und Verbesserungsvorschläge.....	65

	Seite
II. § 5 Abs. 2 NetzDG – Empfangsberechtigte Person für Auskunftersuchen der Strafverfolgungsbehörden.....	65
1. Gesetzliche Anforderungen.....	67
a) Pflicht zur Benennung einer empfangsberechtigten Person im Inland	67
b) Umfang und Reichweite der Benennungspflicht.....	68
c) Pflicht zur Antwort und Begründung	68
2. Umsetzung, Akzeptanz und Praktikabilität	68
a) Pflicht zur Benennung einer empfangsberechtigten Person im Inland	68
b) Pflicht zur Antwort und Begründung	69
c) Praxis der inhaltlichen Auskunftserteilung	69
aa) Angaben der Netzwerkanbieter	69
bb) Schlussfolgerungen aus den Angaben der Netzwerkanbieter.....	73
cc) Angaben der Staatsanwaltschaften	73
dd) BfJ	74
ee) Mögliche Ursachen für divergierende Angaben und Auskunftsquoten.....	74
3. Zielerreichung	74
4. Konsequenzen und Verbesserungsvorschläge.....	75
E. § 14 Abs. 3 TMG – Auskunftsanspruch.....	76
I. Zweck des Gesetzes und Hintergrund	76
1. § 14 Abs. 3 TMG als Stärkung der Rechtsdurchsetzung zwischen Verletzten und Verletzer*innen.....	76
2. § 14 Abs. 3-5 TMG im datenschutzrechtlichen Spannungsfeld	77
II. Europarechtskonformität und Anwendbarkeit des § 14 Abs. 3 TMG	77
III. Gesetzliche Anforderungen.....	78
1. § 14 Abs. 3 TMG als reine datenschutzrechtliche Erlaubnisnorm	78
2. Reichweite: Nur Verletzung absolut geschützter Rechte aufgrund von Inhalten, die von § 1 Abs. 3 NetzDG erfasst werden	78
3. Adressat der Auskunftserlaubnis: Alle Diensteanbieter i. S. d. § 2 Nr. 1 TMG oder nur Netzwerkanbieter i. S. d. § 1 Abs. 1 NetzDG?	78

	Seite
IV. Umsetzung, Akzeptanz und Praktikabilität	79
1. Praxis nach den Angaben der Netzerkanbieter	79
2. Schlussfolgerungen aus den Angaben der Netzerkanbieter.....	80
3. Praxis nach den Angaben der Rechtsanwält*innen, Verbände und NGOs	80
4. § 14 Abs. 3 TMG im Spiegel der Gerichtsbarkeit.....	80
V. Zielerreichung	80
VI. Unbeabsichtigte Nebenwirkungen	81
VII. Mögliche Ursachen für die geringe Relevanz der privaten Rechtsdurchsetzung.....	82
1. Effektivität der Löschpflichten nach NetzDG	82
2. Zeit-, Verfahrens-, und Kostenaufwand	82
3. Fehlender gesetzlicher Auskunftsanspruch	82
VIII. Konsequenzen und Verbesserungsvorschläge.....	83
1. Verbesserungsmöglichkeiten unter Beibehaltung der datenschutzrechtlichen Wertentscheidung	83
2. Verbesserungsmöglichkeiten unter (teilweiser) Aufgabe der datenschutzrechtlichen Wertungsentscheidung.....	84
F. Der Umgang des Bundesamts für Justiz mit dem NetzDG	85
I. Rolle des Bundesamts für Justiz (BfJ)	85
1. Status quo	85
2. Bewertung durch BfJ und Netzerkanbieter	85
II. Bußgeldbezogene Überwachungspraxis des BfJ bezüglich des NetzDG im Ganzen.....	85
III. Bußgeldbezogene Überwachungspraxis des BfJ bezüglich des NetzDG im Einzelnen	86
1. Bußgeldbezogene Überwachungspraxis der Pflichten nach § 3 NetzDG	86
a) Meldungen.....	86
b) Verfahren von Amts wegen.....	87
2. Bußgeldbezogene Überwachungspraxis der Berichtspflichten nach § 2 NetzDG.....	87
3. Bußgeldbezogene Überwachungspraxis der Pflichten nach § 5 NetzDG	87
a) Meldungen.....	87
b) Verfahren von Amts wegen.....	88

	Seite
IV. Kooperation mit der Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime (ZAC) NRW	88
V. Einschätzung	88
Teil 4: Zentral diskutierte Änderungs- und Verbesserungsvorschläge.....	90
A. Einführung von Wiederherstellungsansprüchen.....	90
I. Gesetzliche Ausgangslage.....	90
II. Bestehende Vorschläge	90
III. Zentrale Fragen bei der Einführung eines Wiederherstellungsanspruchs.....	90
B. Grundstruktur: Private Rechtsdurchsetzung als Alternative zum NetzDG.....	91
Teil 5: Abschließende Gesamtbetrachtung	94

Teil 1: Auftrag und Methodik der Evaluation

A. Anlass und Gegenstand der Evaluation

Die Gesetzesbegründung zum Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) sieht vor, dass innerhalb von drei Jahren nach seinem Inkrafttreten eine Evaluation des Gesetzes erfolgen soll:

„Dieses Gesetz wird spätestens drei Jahre nach Inkrafttreten evaluiert. Dabei wird die Bundesregierung in fachlich geeigneter Weise prüfen, ob und inwieweit die beabsichtigten Wirkungen auf die sozialen Netzwerke mit Blick auf ihren Umgang mit Beschwerden über Hasskriminalität und andere strafbare Inhalte erreicht worden sind. Die Bundesregierung wird ferner untersuchen, wie sich der Erfüllungsaufwand für Wirtschaft und Verwaltung entwickelt hat und ob die Entwicklung in einem angemessenen Verhältnis zu den festgestellten Regelungswirkungen steht. Die Evaluierung wird die Frage nach unbeabsichtigten Nebenwirkungen sowie nach der Akzeptanz und Praktikabilität der Regelungen einschließen.“¹

Die vorliegende Evaluation bildet ein Element im Rahmen der vom BMJV koordinierten Gesamtevaluation.

Entsprechend der Leistungsbeschreibung im Vergabeverfahren werden vorliegend „im Wege eines juristischen Gutachtens die Regelungsbereiche des § 2 NetzDG (Transparenzberichte), des § 3 NetzDG (Beschwerdemanagement), des § 5 NetzDG (Zustellungsbevollmächtigter / Empfangsberechtigte Person) und des § 14 Abs. 3 TMG (Erweiterung der datenschutzrechtlichen Erlaubnisnorm des Telemedienrechts)“ anhand der Kriterien Zielerreichung, unbeabsichtigte Nebenfolgen sowie Akzeptanz und Praktikabilität der Regelungen evaluiert. Zu untersuchen sind im Rahmen der Zielerreichung insbesondere das Erreichen der beabsichtigten Wirkungen des Gesetzes auf Netzwerkanbieter hinsichtlich deren Umgangs mit Beschwerden über rechtswidrige Inhalte. Hierbei sollen eine juristische Bewertung der Umsetzungsschritte durch die Netzwerkanbieter vorgenommen und die daraus entstehenden Wirkungen dargestellt werden. Hinsichtlich der Akzeptanz und Praktikabilität soll die Beurteilung durch die Rechtswissenschaft, die Netzwerkanbieter und die Nutzer*innen aus juristischer Perspektive erörtert werden.

Vor diesem Hintergrund geht die Evaluation insbesondere der Fragestellung nach, ob die gesetzlichen Vorgaben umgesetzt wurden, und wenn ja, wie dies erfolgt ist. Sofern eine Nichtumsetzung der Vorgaben zu beobachten ist, werden mögliche Ursachen identifiziert und benannt. Ferner wird untersucht, ob unbeabsichtigte Nebenwirkungen eingetreten sind, und wenn ja, welche. Mögliche Gründe dafür werden diagnostiziert und aufgezählt.

Die Evaluation stellt keine juristische Begutachtung des Gesetzes im Allgemeinen dar. Auf die Fragen der Verfassungsmäßigkeit und Europarechtskonformität wird deshalb nicht näher eingegangen. Allerdings erfolgt eine Skizzierung des bisherigen Diskurses und seiner weiteren Entwicklung, um den Kontext des NetzDG darzustellen. Schließlich sind auch die aktuellen Referentenentwürfe zur Überarbeitung des NetzDG nicht Gegenstand der Evaluation.

Im Rahmen des so bestimmten Evaluationsauftrags stellen sich selbstverständlich auch Rechtsfragen. Bei deren Behandlung wurde wie folgt vorgegangen: Sofern im Rahmen der juristischen Untersuchung Unklarheiten der gesetzlichen Vorgaben festgestellt werden können, werden diese konkret benannt. Bei Unklarheiten, die sich mit Blick auf die gesetzgeberische Zielsetzung, die gerichtliche Praxis oder den rechtswissenschaftlichen Diskurs eindeutig auflösen lassen, wird dieses sich aufdrängende Verständnis zu Grunde gelegt. Bei Unklarheiten, für die mehrere vertretbare Auslegungsmöglichkeiten ernsthaft in Betracht kommen, werden die vertretenen Auslegungsmöglichkeiten und deren jeweilige Konsequenzen aufgezeigt. Hierdurch wird sichergestellt, dass die Wirkungen des Gesetzes für die noch offenen und letztlich maßgeblich durch gerichtliche Entscheidungen bestimmten Konkretisierungen abschätzbar werden. Die Bewertung der bisherigen Anwendung und Umsetzung des NetzDG durch die Netzwerkanbieter erfolgt in einer Gesamtschau. Die Erfüllung einzelner Vorgaben durch jeweils konkrete Anbieter wird nicht geprüft. Sie ist im Gesetzesvollzug durch das BfJ vorzunehmen.

B. Die vom NetzDG erfassten Netzwerkanbieter (§ 1 NetzDG)

Für die Evaluation der Zielerreichung des NetzDG, seiner unbeabsichtigten Nebenwirkungen und seiner Akzeptanz und Praktikabilität ist es notwendig, die relevante Gruppe von Netzwerkanbietern für die Evaluation zu bestimmen.

¹ Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 18.

Der Anwendungsbereich des NetzDG ist in § 1 Abs. 1, 2 NetzDG in mehrfacher Hinsicht begrenzt: Nach § 1 Abs. 1 Satz 1 NetzDG gilt das Gesetz nur für Telemediendiensteanbieter, die mit Gewinnerzielungsabsicht Plattformen im Internet betreiben, welche dazu bestimmt sind, dass Nutzer beliebige Inhalte mit anderen Nutzern teilen oder der Öffentlichkeit zugänglich machen (soziale Netzwerke). Nach dessen Satz 2 gelten hingegen Plattformen mit journalistisch-redaktionell gestalteten Angeboten, die vom Diensteanbieter selbst verantwortet werden, nicht als soziale Netzwerke im Sinne dieses Gesetzes. Ebenso gilt das Gesetz nicht für Plattformen, die zur Individualkommunikation oder zur Verbreitung spezifischer Inhalte bestimmt sind. Darüber hinaus sind Anbieter sozialer Netzwerke von den Pflichten nach §§ 2, 3 NetzDG befreit, wenn das soziale Netzwerk im Inland weniger als zwei Millionen registrierte Nutzer hat.

Ausgehend von diesen Beschränkungen ist die genaue Feststellung, welche Anbieter unter den Anwendungsbereich des NetzDG fallen, schwierig. Insbesondere das BfJ weist diesbezüglich auf zwei Probleme hin:

Erstens sei die Anzahl der registrierten Nutzer schwer zu ermitteln, da die Netzwerkanbieter kein belastbares Zahlenmaterial herausgäben. Die öffentlich zugänglichen Sekundärquellen seien nicht eindeutig und oft gingen Schätzungen sehr weit auseinander. Genauere Erkenntnisse könnten auch nicht durch informatorische Befragungen der Netzwerkanbieter gewonnen werden, da das BfJ nach dem NetzDG eine Verfolgungs- und keine Aufsichtsbehörde sei.

Zweitens hätten die Netzwerkanbieter den Begriff des registrierten Nutzers häufig nicht übernommen, sondern sprächen in eventuellen Veröffentlichungen eher von „angemeldeten“ bzw. „aktiven Nutzern“. Soweit damit nicht nur begriffliche, sondern auch inhaltliche Unterschiede verbunden sind, können für den Anwendungsbereich des NetzDG nicht einfach diese veröffentlichten Nutzerzahlen zu Grunde gelegt werden. So könnten nach Angaben des BfJ insbesondere auch registrierte Nutzer*innen teilweise ohne Anmeldung eine Vielzahl von Informationen frei einsehen, würden von den Netzwerken nach einiger Zeit ohne Anmeldung als inaktive Nutzer*innen geführt, seien aber begrifflich als „registrierte Nutzer“ und mit Blick auf den Zweck des NetzDG dennoch einzubeziehen.

Eine abschließende Liste der vom NetzDG erfassten Netzwerkanbieter existiert nicht.² Zur näheren Eingrenzung der vom NetzDG betroffenen Netzwerke stützt sich die Evaluation daher auf die nachfolgenden konkreten Anhaltspunkte:

- Selbsteinschätzung der Netzwerkanbieter,
- Veröffentlichung von Transparenzberichten im Bundesanzeiger,
- Anhaltspunkte aus Sekundärquellen über Netzwerke mit hohen Nutzerzahlen.

Ausgehend davon bezieht sich die Evaluation auf die nachfolgend benannten Netzwerkanbieter:

- Change.org e.V. (change.org),
- Facebook Ireland Limited Dublin (Facebook, Instagram),
- Google Ireland Limited (YouTube, Google+ – Einstellung des Dienstes laut Angabe von Google zum 02.04.2019),³
- Pinterest Europe Ltd. (Pinterest),
- Reddit Inc. (reddit.com),
- SoundCloud Ltd. Berlin (SoundCloud),
- TikTok Inc. (TikTok),
- Twitter International Company (Twitter)

Im Rahmen der Evaluation werden nur diese Anbieter als Netzwerkanbieter im Sinne des NetzDG behandelt, ohne dass damit eine abschließende rechtliche Bewertung im Einzelfall verbunden ist.

² Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage von Abgeordneten der FDP, Bundestagsdrucksache 19/11348, S. 2.

³ Für das Netzwerk Google+ werden ausschließlich die bis zur Einstellung des Netzwerks veröffentlichten Transparenzberichte im Kontext der Evaluation des § 2 NetzDG und die in der von Google angegebenen Statistik zu Auskunftersuchen von Strafverfolgungsbehörden aufgenommenen Zahlen berücksichtigt. Im Übrigen wird das Netzwerk nicht bei der Evaluation berücksichtigt.

C. Auswahl der Adressat*innen von Fragebögen

Um Erkenntnisse über die Auswirkungen, Akzeptanz und Praktikabilität des NetzDG sowie ggf. bestehenden Nachbesserungsbedarf zu erfassen, wurden in Übereinstimmung mit der Leistungsbeschreibung im Vergabeverfahren die nachfolgenden in den Überschriften benannten Gruppen von Akteuren durch Fragebogen beteiligt. Für jede Gruppe von Beteiligten wurde ein speziell auf sie zugeschnittener Fragebogen entwickelt (siehe Anlage). In den jeweiligen Gruppen wurden die nachfolgend aufgelisteten Akteure befragt und Antworten von den ebenfalls aufgelisteten Akteuren erhalten.

I. Anbieter sozialer Netzwerke (Darstellung der Anbieter und der Plattformen)

Folgende Netzwerkanbieter haben die Gelegenheit zur Beteiligung durch Fragebögen erhalten: Change.org e.V. (change.org), Facebook Ireland Limited Dublin (Facebook, Instagram), Google Ireland Limited (YouTube San Bruno, Google Mountain View, Google+ – Einstellung des Dienstes laut Angabe von Google zum 02.04.2019), Pinterest Europe Ltd. (Pinterest), Reddit Inc. (reddit.com), SoundCloud Ltd. Berlin, TikTok Inc. (TikTok), Twitter.

Folgende Netzwerkanbieter haben diese Gelegenheit wahrgenommen: Change.org e.V. (change.org), Facebook Ireland Limited Dublin (Facebook, Instagram) in Form einer kurzen Stellungnahme, Google Ireland Limited (YouTube San Bruno, Google Mountain View, Google+ – Einstellung des Dienstes laut Angabe von Google zum 02.04.2019), SoundCloud Ltd. Berlin. Keine Rückmeldung erfolgte von: Pinterest Europe Ltd. (Pinterest), Reddit Inc. (reddit.com), TikTok Inc. (TikTok), Twitter.

II. Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Berufsverbände und sonstige Verbände

Folgende NGOs, Berufsverbände und sonstige Verbände haben die Gelegenheit zur Beteiligung durch Fragebögen erhalten: Bundesrechtsanwaltskammer, Deutscher Anwaltsverein, Deutscher Richterbund, Neue Richtervereinigung, Deutscher Juristinnenbund e.V., Das NETTZ, ichbinhier e.V., Meldestelle Respect!, Hate Aid.

Folgende NGOs, Berufsverbände und sonstige Verbände haben diese Gelegenheit wahrgenommen: Bundesrechtsanwaltskammer, Deutscher Anwaltsverein, Neue Richtervereinigung, Deutscher Juristinnenbund e.V., ichbinhier e.V., Hate Aid. Keine Rückmeldung erfolgte von: Deutscher Richterbund, Das NETTZ, Meldestelle Respect!.

III. Rechtsanwält*innen

Folgende Rechtsanwält*innen haben die Gelegenheit zur Beteiligung durch Fragebögen erhalten: Joachim Nikolaus Steinhöfel, Prof. Dr. Christian Schertz, Prof. Dr. Ralf Höcker, LL.M., Verena Haisch, Anke Stelkens, Prof. Dr. Matthias Prinz, LL.M., Jörg Heidrich, Gesa Stückmann.

Folgende Rechtsanwält*innen haben diese Gelegenheit wahrgenommen: Joachim Nikolaus Steinhöfel, Prof. Dr. Christian Schertz, Prof. Dr. Ralf Höcker, LL.M., Verena Haisch, Anke Stelkens. Keine Rückmeldung erfolgte von: Prof. Dr. Matthias Prinz, LL.M., Jörg Heidrich, Gesa Stückmann.

IV. Staatsanwaltschaften

Folgende Staatsanwälte / Staatsanwaltschaften haben die Gelegenheit zur Beteiligung durch Fragebögen erhalten: Staatsanwalt Ulf Bornemann, Staatsanwalt Martin Elsner, Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime Nordrhein-Westfalen (ZAC NRW), Zentralstelle zur Bekämpfung der Internet- und Computerkriminalität (ZIT).

Folgende Staatsanwälte / Staatsanwaltschaften haben diese Gelegenheit wahrgenommen: Staatsanwalt Ulf Bornemann, Staatsanwalt Martin Elsner, Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime Nordrhein-Westfalen (ZAC NRW), Zentralstelle zur Bekämpfung der Internet- und Computerkriminalität (ZIT).

V. BfJ

Das BfJ hat ebenfalls Gelegenheit zur Beteiligung durch Fragebogen erhalten und diese wahrgenommen.

D. Quellen

Für die gesamte Evaluation wurde auf die Antworten der o.g. Akteure auf die Fragebögen und die veröffentlichten Transparenzberichte der Netzerkanbieter zugegriffen. Aufgrund des vorgegebenen Zeitfensters für die Evaluation und zur Wahrung der Vergleichbarkeit wurden nur die bis 31. Dezember 2019 veröffentlichten Transparenzberichte, im Ergebnis also nur die Transparenzberichte der 3. Berichtsrunde (1. Januar – 30. Juni 2019) berücksichtigt. In einzelnen Fällen, wie z. B. bei der Frage nach den Benennungen der Zustellungsbevollmächtigten und der Darstellungsform der Transparenzberichte, wurde eine Primärerhebung durch direkten Aufruf der Webseite vorgenommen. Im Übrigen wird mit den folgenden Quellen gearbeitet.

I. Tagungen / Veranstaltungen

Die Ersteller*innen der Evaluation haben an zahlreichen öffentlichen Tagungen und Veranstaltungen von Verbänden und Netzerkanbietern teilgenommen.

II. Rechtsprechung

Die Evaluation bezieht die bislang zum NetzDG öffentlich zugänglichen (juris, beck-online, Landesjustizveröffentlichungsportale) gerichtlichen Entscheidungen mit ein. Da die Evaluation auf eine juristische Bewertung der Anwendung und Folgen des Gesetzes zielt und diese von der Rechtsprechung bestimmt sind, wird soweit verfügbar auf gefestigte Rechtsprechung Bezug genommen. Sofern keine gefestigte Rechtsprechung besteht, wird auf aktuelle Streitigkeiten hingewiesen. Soweit keine Rechtsprechung verfügbar ist, wird im Schwerpunkt auf den Diskurs in der Rechtswissenschaft Bezug genommen.

III. Rechtswissenschaft und kritische Öffentlichkeit

Die Evaluation bezieht die öffentlich zugänglichen wissenschaftlichen Veröffentlichungen und Berichte der kritischen Öffentlichkeit zum NetzDG ein (vgl. dazu die Liste im Anhang).

IV. Mediale Bewertung

Die Evaluation bezieht auch die mediale Begleitung des NetzDG anhand von Berichterstattungen repräsentativ ausgewählter Medienunternehmen in die Evaluation ein. Zu den ausgewählten Medienunternehmen zählen: Frankfurter Allgemeine Zeitung (online), Süddeutsche Zeitung (online), Bild (online), Zeit (online), Spiegel (online), TAZ (online), Netzpolitik.org, Deutschlandfunk.

Bei jedem Medienunternehmen wurden die zwischen Mai 2017 und Dezember 2019 veröffentlichten und das NetzDG betreffenden Berichte ausgewertet. Insgesamt hat die Evaluation ca. 100 Berichte berücksichtigt.

Die Ersteller*innen des Gutachtens verfügen über keinen kommunikationswissenschaftlichen Hintergrund. Daher kann die Aufbereitung der Medien keinen Anspruch auf wissenschaftliche Vollständigkeit und Richtigkeit erheben. Sie dient primär dazu, einen informierten Eindruck über die breitere gesellschaftliche Bewertung des NetzDG zu erhalten, insbesondere ob das NetzDG überwiegend positiv oder negativ aufgenommen wurde, welche zentralen Kritikpunkte und positiven Aspekte herausgehoben wurden und inwieweit sich nach Erlass des NetzDG die Aufmerksamkeit verschoben hat. Zudem dient die Einschätzung einer Kontextualisierung und Validierung von gesellschaftlich thematisierten Problemen des Gesetzes.

Teil 2: Das NetzDG im Kontext

A. Einordnung des NetzDG in das Verfassungs- und Unionsrecht

Das NetzDG steht in einem spezifischen unionsrechtlichen und verfassungsrechtlichen Kontext und wurde in Politik und Literatur von Beginn an aus diesen Perspektiven kritisiert.

Es stellt Anforderungen an „Dienste der Informationsgesellschaft“ und dabei insbesondere an die Verantwortlichkeit von Vermittlern im Sinne des Abschnitt 4 der Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr (RiL 2000/31/EG)⁴ – nachfolgend „E-Commerce-RiL“ – und muss die dort geregelten unionsrechtlichen Begrenzungen der Verantwortlichkeit einhalten. Mit seinem auf Löschung rechtswidriger Inhalte zielenden Compliance-Regime nimmt es (auch) an die Allgemeinheit gerichtete Inhalte in Bezug und muss die Zuständigkeitsgrenzen des Bundes im Medienbereich sowie die grundrechtliche Meinungsfreiheit berücksichtigen.

Die vorliegende Evaluation untersucht die rechtlichen Wirkungen des NetzDG. Sie zeigt auf, wie das NetzDG in der Rechtspraxis verstanden und von den Akteuren umgesetzt wurde sowie welche rechtlichen Fragen sich daraus ergeben. Sie umfasst nicht die rechtsgutachterliche Untersuchung seiner Vereinbarkeit mit Unions- und Verfassungsrecht. Diese beiden Rechtsebenen werden entsprechend hier nur als Verständnishintergrund skizziert, um insbesondere die Wirkungen des NetzDG auf die europäische Rechtsentwicklung aufzuzeigen und den rechtlichen Rahmen für die Fragen der Fortentwicklung des NetzDG präsent zu halten.

I. Das Unionsrecht und seine Entwicklung

1. Unionaler Rechtsrahmen beim Erlass des NetzDG

Auf der Ebene des Unionsrechts steht das Sekundärrecht und namentlich die E-Commerce-RiL im Zentrum.

Die E-Commerce-RiL sieht in Art. 14 für die vom NetzDG betroffenen Host-Provider vor, dass diese insbesondere nicht für die im Auftrag eines Nutzers gespeicherten Informationen verantwortlich sind, sofern sie keine Kenntnis von den rechtswidrigen Informationen haben oder unverzüglich tätig wurden, sobald sie diese Kenntnis erlangt haben. In Art. 15 wird es den Mitgliedstaaten verboten, die Host-Provider zur Überwachung der von ihnen übermittelten oder gespeicherten Informationen zu verpflichten. Art. 3 der E-Commerce-RiL erlaubt den Mitgliedstaaten ungeachtet der koordinierten Vorschriften Maßnahmen „im Hinblick auf einen bestimmten Dienst der Informationsgesellschaft“ unter bestimmten Voraussetzungen und aus näher benannten Gründen. Zu diesen Gründen gehört insbesondere die öffentliche Ordnung (einschließlich der Prävention, Aufklärung und Verfolgung von Straftaten und der Bekämpfung näher bezeichneter Hetze).

Diese Regelungen werden durch die Erwägungsgründe näher erläutert. Nach dem sachlich auf Art. 14 Bezug nehmenden Erwägungsgrund 46 bleibt davon „die Möglichkeit unberührt, spezifische Anforderungen vorzuschreiben, die vor der Entfernung von Informationen...unverzüglich zu erfüllen sind“ und Erwägungsgrund 48 belässt den Mitgliedstaaten ausdrücklich die Möglichkeit, „von Diensteanbietern...die nach vernünftigem Ermessen von ihnen zu erwartende und in innerstaatlichen Rechtsvorschriften niedergelegte Sorgfaltspflicht anzuwenden, um bestimmte Arten rechtswidriger Tätigkeiten aufzudecken und zu verhindern“.

Nach der Begründung des NetzDG nutzen dessen Regelungen die ausdrücklich von den Erwägungsgründen eingeräumten Möglichkeiten; sollten diese überschritten sein, so wären die Regelungen jedenfalls durch Art. 3 der E-Commerce-RiL gedeckt.⁵ In der Literatur wird überwiegend von einem Verstoß gegen die E-Commerce-RiL ausgegangen.⁶

Die zentralen Diskussionspunkte betreffen zunächst die Frage, ob das NetzDG die unionsrechtlich geregelten

⁴ Richtlinie 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2000 über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs, im Binnenmarkt („Richtlinie über den elektronischen Geschäftsverkehr“), Abl. L 178 v. 17.7.2000, S. 1.

⁵ Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 13 ff.

⁶ Vgl. *Spindler* Gutachten Bitkom e.V. 05.05.2017; *ders.* ZUM 2017, 473 (474 ff.); *ders.* K&R 2017, 533 (535 f.); *Feldmann* K&R 2017, 292 (296); *Wimmers/Heymann* AfP 2017, 93 (96 f.); *Heckmann/Wimmers* CR 2017, 310 (311 f.); *Hain/Ferrau/Brings-Wiesen* K&R 2017, 433 f.; *Liesching* MMR 2018, 26 (29); *Guggenberger* ZRP 2017, 98 (100); differenzierend *Eifert*, *Netzwerkdurchsetzungsgesetz und Plattformregulierung*, in: *Eifert/Gostomzyk* (Hrsg.), *Netzwerkrecht*, S. 9, 21 ff.; kein Verstoß gegen Europarecht sehend *Höch* K&R 2017, 289 (291).

Privilegierungen des Art. 14 E-Commerce-RiL unterläuft. Hierbei ist vor allem relevant, ob die Fristen des NetzDG die Sperrung des Zugangs oder die Löschung der Information „unverzüglich ab Kenntnisnahme“ in Art. 14 zulässig konkretisieren oder unzulässig modifizieren. Die Kritiker*innen halten die Pauschalisierung als solche, aber auch die Anknüpfung des NetzDG an die Beschwerde statt an die Kenntnis der Information und ihrer Rechtswidrigkeit für unzulässig.⁷ Allerdings ist zu berücksichtigen, dass eine mögliche Abweichung auch stark davon abhängt, welche Anforderungen nach dem NetzDG an die Beschwerde zu stellen sind (siehe näher dazu Teil 3 B.).

Soweit davon ausgegangen wird, dass sich das NetzDG nicht im Rahmen der Art. 14, 15 E-Commerce-RiL hält, kommt es auf dessen Vereinbarkeit mit Art. 3 an. Hierbei geht es zentral um die Frage, ob ein „bestimmter Dienst der Informationsgesellschaft“ i. S. d. Art. 3 Abs. 4 nur ein individueller Anbieter sein kann, oder auch eine nach allgemeinen Merkmalen beschriebene bestimmte Gruppe solcher Anbieter.⁸

Diese unionsrechtlichen Fragen wurden nach den häufig auf Gutachten basierenden Aussagen im Rahmen des Erlasses des NetzDG soweit ersichtlich nicht weiter vertieft. Auch wurden von unionsrechtlicher Seite auf die Notifikation des Gesetzes hin keine Schritte unternommen. Dies dürfte zentral mit der weiteren Entwicklung in der Europäischen Union zusammenhängen, die hier nicht umfassend, aber exemplarisch in ihrer Linie skizziert werden soll.

2. Weitere Rechtsentwicklung in der EU

Zum Zeitpunkt des Erlasses des NetzDG spiegelte die E-Commerce-RiL schon einen erkennbar unterkomplexen Grundansatz wider. Ihre Regelungen waren auch als Technologieförderung entstanden, bei der die Verantwortlichkeiten der Anbieter zugunsten ihrer Entwicklungsmöglichkeiten pauschal begrenzt wurden.⁹ Beim Erlass des NetzDG war auch auf europäischer Ebene selbstverständlich, dass den mittlerweile teilweise marktmächtigen und immer stärker die öffentliche Kommunikation prägenden Anbietern sozialer Netzwerke mit ihrer veränderten Rolle zunehmend Verantwortung insbesondere bei der Bekämpfung von sog. Hate Speech zukommt.

Allerdings setzte die EU hier zunächst vor allem auf freiwillige Selbstverpflichtungen der Anbieter, Mitteilungen, Empfehlungen und gemeinsame Foren.¹⁰ Bemerkenswert ist dabei, dass schon der im Rahmen des EU-Internetforums entstandene Verhaltenskodex der IT-Unternehmen, welcher ausdrücklich auf die Ermutigung zur Einrichtung von Verhaltenskodizes in Art. 16 der E-Commerce-RiL gestützt wird, erhebliche Parallelen zu den Regelungen des NetzDG aufweist.¹¹ Dies gilt namentlich für eine Prüfpflicht im Anschluss an gültige Meldungen durch eingerichtete Überprüfungssteams, eine Frist, die Mehrheit der gültigen Meldungen in Bezug auf die Entfernung illegaler Hate Speech in weniger als 24 Stunden zu prüfen und den Zugang zu ihnen gegebenenfalls zu entfernen oder zu deaktivieren sowie Transparenzpflichten und eine Kommunikation mit den Nutzer*innen. Dem Verhaltenskodex schließen sich immer mehr Unternehmen an. Er wird durch die EU-Kommission überwacht.¹² Neben diesen Kodex ist zusätzlich 2018 ein Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation getreten.¹³

⁷ Statt vieler siehe *Spindler ZUM 2017*, 473 (479 ff.); *Wimmers/Heymann AfP 2017*, 93 (96 f.).

⁸ Kritisch dazu *Spindler ZUM 2017*, 473 (476).

⁹ Vgl. *Spindler ZUM 1996*, 533; *ders./Schmitz, TMG*, 2. Aufl. 2018, Vor §§ 7-10 TMG Rn. 33 ff.; *Eifert*, Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz und Plattformregulierung, in: *Eifert/Gostomzyk (Hrsg.), Netzwerkrecht*, S. 9, 11.

¹⁰ Vgl. nur Mitteilung der Kommission, Umgang mit illegalen Online-Inhalten. Mehr Verantwortung für Online-Plattformen v. 28.9.2017, COM (2017) 555 final mit der Darstellung aller Ansätze auf S. 3 ff.

¹¹ Verhaltenskodex für die Bekämpfung illegaler Hassreden im Internet vom Mai 2016, https://ec.europa.eu/info/policies/justice-and-fundamental-rights/combating-discrimination/racism-and-xenophobia/eu-code-conduct-counteracting-illegal-hate-speech-online_de#theeucodeofconduct, zul. abgerufen am 17.02.2020).

¹² Vgl. zuletzt den vierten Evaluationsbericht zur Einhaltung und Umsetzung der Vereinbarungen für 2018, https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/code_of_conduct_factsheet_7_web.pdf (zul. abgerufen am 17.02.2020); der Evaluationsbericht dürfte insbesondere mit Blick auf die angegebenen Löschraten jedoch nur eine geringe Aussagekraft entfalten, da dem Bericht eine äußerst kleine Anzahl an gemeldeter Inhalte (in Deutschland z. B. lediglich knapp 200) und nur Meldungen von Beschwerdestellen zu Grunde liegen und nicht hinreichend berücksichtigt wird, wenn ein Inhalt erst nach mehrfachen (erfolglosen) Meldungen hin gelöscht wurde.

¹³ Vgl. EU Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation, <https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/code-practice-disinformation> (zul. abgerufen am 17.02.2020).

Bei diesen freiwilligen Maßnahmen wurden allerdings auch deren Grenzen in Bezug auf den erfassten Anbieterkreis sowie den Umfang und die Geschwindigkeit der Fortschritte deutlich.¹⁴ Nicht zuletzt deshalb liegen auf der unionalen Ebene mittlerweile zahlreiche Rechtsetzungsvorhaben vor, auch wenn sie sich bislang noch nicht zu einem kohärenten Ansatz zusammenfügen. Dabei handelt es sich bislang nicht um horizontale, sondern nur um sektorspezifische oder spezielle Maßnahmen. Diese markieren aber bereits deutlich einen Umbau der Verantwortungsstruktur für Plattformbetreiber und lassen eine Reihe gemeinsamer Elemente erkennen.

Mit der 2018 erfolgten Änderung der AVMD-Richtlinie¹⁵ müssen Video-Sharing-Anbieter gem. Art. 28b „unbeschadet der Art. 12 bis 15“ der E-Commerce-RiL angemessene Maßnahmen treffen, um die Allgemeinheit u. a. vor nutzergenerierten Hass-Videos und bestimmten strafrechtlich relevanten Inhalten zu schützen (Abs. 1) sowie ein transparentes, leicht zu handhabendes und wirksames Beschwerdeverfahren einrichten und betreiben (Abs. 3 d), i)). Ferner müssen die Mitgliedsstaaten ein außergerichtliches Rechtsbehelfsverfahren zur Verfügung stellen (Abs. 7). Durchgängig wird dabei auf Möglichkeiten der Koregulierung verwiesen.

Die Verantwortlichkeit von Plattformbetreibern für Urheberrechtsverstöße wurde 2019 mit der Urheberrechtsrichtlinie (2019/790) fortentwickelt.¹⁶ Auf die intensiven Diskussionen um ihre Regelungen kann und muss hier nicht näher eingegangen werden. Festzuhalten ist aber, dass in Art. 17 eine differenzierte Ausgestaltung der Verantwortlichkeit der Diensteanbieter unter Einschluss von Beschwerde- und Rechtsbehelfsverfahren sowie daran anschließenden unverzüglichen Prüfpflichten durch Menschen erfolgt und dabei in Abs. 3 auch ausdrücklich die Haftungsprivilegierung des Art. 14 Abs. 1 E-Commerce-RiL bei öffentlicher Zugänglichmachung von Inhalten verdrängt wird.

Hinsichtlich der Regulierung von Kommunikationsinhalten liegt der Vorschlag der Kommission für eine Verordnung zur Regulierung bei terroristischen Online-Inhalten¹⁷ vor. Dieser Entwurf verdeutlicht, dass an der Haftungsprivilegierung der Art. 14 und 15 der E-Commerce-Richtlinie zwar grundsätzlich festgehalten wird, aber – soweit erforderlich – gefahrenspezifisch abweichende Regelungen unter Berücksichtigung der Grundrechte erfolgen können.¹⁸ So fordert der Entwurf von den Hostingdiensteanbietern allgemeine Sorgfaltspflichten im Sinne geeigneter, angemessener und verhältnismäßiger Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Inhalte (Art. 2), die gegebenenfalls auch proaktive Maßnahmen umfassen können (Art. 6, 9) und über die jährlich ein Transparenzbericht informiert (Art. 8). Die Inhaltskontrolle soll bei den terroristischen Inhalten nach dem Entwurf letztlich im Zusammenspiel von Behörden und eigenen Maßnahmen der Diensteanbieter erfolgen (vgl. Art. 4 ff., Art. 13). Die Diensteanbieter treffen Unterrichts- und Übermittlungspflichten gegenüber den nationalen Strafverfolgungsbehörden (vgl. nur Art. 13 Abs. 4) und die staatlichen Behörden können ihrerseits (elektronische) Meldungen von Inhalten vornehmen. Diese werden von den Anbietern dann an den Nutzungsbedingungen gemessen und ggf. entfernt und die Behörden über das Ergebnis unverzüglich informiert (Art. 5). Die Behörden können aber auch selbst Löschungs- oder Sperrungsanordnungen treffen, die innerhalb von 24 Stunden von den Diensteanbietern umzusetzen sind (Art. 4). Diese Kooperation von Anbietern und Behörden wird effektiviert durch Anforderungen an die Ausgestaltung von Kontaktstellen (Art. 14) und die Benennung von gesetzlichen Vertretern (Art. 16) auf Seiten der Anbieter sowie die Pflicht zur angemessenen Ausstattung der Behörden (Art. 12) auf Seiten der Mitgliedstaaten. Für die Inhalteanbieter, deren Inhalte gelöscht werden, sieht der Vorschlag deren Information, eine Begründungspflicht der (Dienste-)Anbieter einschließlich des Hinweises auf die Anfechtungsmöglichkeit bei Anfrage (Art. 11), einen Beschwerdemechanismus bei den Anbietern (Art. 10) und bei unberechtigter Löschung eine Wiederherstellungspflicht (Art. 10 Abs. 2) vor.

¹⁴ Vgl. stellvertretend die Begründung zum Vorschlag der Kommission für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte, COM(2018) 640 final 2018/0331(COD), S. 1 f.

¹⁵ Vgl. Richtlinie (EU) 2018/1808 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. November 2018 zur Änderung der Richtlinie 2010/13/EU zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste) im Hinblick auf sich verändernde Marktgegebenheiten, Abl. L 303 v. 28.11.2018, S. 69.

¹⁶ Richtlinie (EU) 2019/790 des Europäischen Parlaments und des Rates v. 17.4.2019 über das Urheberrecht und die verwandten Schutzrechte im digitalen Binnenmarkt und zur Änderung der Richtlinien 96/9/EG und 2001/29/EG, Abl. L 130 v. 17.5.2019, S. 92.

¹⁷ Vorschlag der Kommission für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Verhinderung der Verbreitung terroristischer Online-Inhalte, COM(2018) 640 final 2018/0331(COD).

¹⁸ Vgl. Begründung des Vorschlags, S. 3.

Diese Entwicklung weist eine sich zunehmend gefahrenspezifisch ausdifferenzierende Verantwortungsstruktur aus, in der sich Sorgfaltspflichten der Anbieter einschließlich des Einsatzes algorithmischer Verfahren, ein interessenausgleichendes Beschwerdemanagement, Löschpflichten von Inhalten, Transparenzanforderungen und ein kooperatives Vorgehen von Anbietern und Behörden als wichtige Elemente herausbilden.¹⁹

Eine Rahmenregelung des Bereichs dürfte mit dem Gesetz über Digitale Dienste (Digital Services Act) erfolgen, an dem die EU-Kommission derzeit arbeitet. Nach den bisher bekannt gewordenen Inhalten werden seine Regelungen auf der Linie der „Empfehlungen für wirksame Maßnahmen im Umgang mit illegalen Online-Inhalten“ liegen und entsprechend auf die voranstehend herausgearbeiteten Bausteine zurückgreifen.²⁰

Die Entwicklung auf Unionsebene wird begleitet (und im Interesse einheitlicher Regeln im Binnenmarkt sicher auch beschleunigt) durch neue Regelungen über die Verantwortlichkeit von Netzwerkanbietern auch in anderen Mitgliedstaaten. In Frankreich befindet sich die „Loi Avia“²¹ zur Bekämpfung von Hate Speech im Sinne entsprechender rechtswidriger Inhalte zur Zeit im Gesetzgebungsverfahren. Sie enthält die Pflicht zur Bereitstellung eines Beschwerdemanagementverfahrens, Transparenzpflichten, eine durch Beschwerde ausgelöste Löschpflicht der Netzwerkanbieter (mit einer 24-Stunden-Frist für offensichtlich rechtswidrige Inhalte) und Sanktionen bei Verstößen. Im Vereinigten Königreich befindet sich ein Vorschlag der Regierung im Diskussionsprozess (Online Harms White Paper²²).

Insgesamt zeigt sich, dass das NetzDG ungeachtet seiner unionsrechtlichen Bewertung im Einzelnen als Vorreiter der weiteren Entwicklung auf unionaler Ebene angesehen werden kann. Das unionale Instrumentarium weist beträchtliche Übereinstimmungen mit seinen Ansätzen aus und die französische Regelung ist ganz offenkundig am NetzDG orientiert. Die Erfahrungen mit dem NetzDG können entsprechend in die Weiterentwicklung des Unionsrechts eingespeist werden. Es ist davon auszugehen, dass es zunehmend detaillierter durch Unionsrecht überformt werden wird.

II. Verfassungsrecht

1. Verfassungsrechtliche Diskussionspunkte

Das NetzDG wurde von Beginn an in der Literatur und von Verbänden massiv verfassungsrechtlich kritisiert. Dabei wurden zahlreiche verfassungsrechtliche Verstöße behauptet, insbesondere Verstöße gegen die Kompetenzbestimmungen, den Bestimmtheitsgrundsatz, die Verhältnismäßigkeit (im Rahmen des Eingriffs in die Berufsfreiheit der Anbieter), die Meinungsfreiheit, den rechtsstaatlichen Justizgewährungsanspruch und das Gleichbehandlungsgebot.²³

Im Zentrum der Kritik standen dabei die Kompetenzfrage angesichts des Bezugs der Regelungen auf mediale Inhalte, ein angenommener Verstoß gegen die Justizgewährleistung wegen der „Privatisierung der Rechtsverfolgung“ durch die Löschpflicht privater Anbieter für rechtswidrige Inhalte sowie die angenommene Verletzung der Meinungsfreiheit durch die Gefahr des Overblockings, also der systematischen Löschung auch rechtmäßiger Inhalte unter dem Eindruck insbesondere der bußgeldbewehrten Löschpflichten.

¹⁹ Detailliert zur Entwicklung auf europäischer Ebene mit Blick auf die Urheberrechtsrichtlinie (2019/790) und dem Non-Paper der EU-Kommission zur Überarbeitung der E-Commerce-Richtlinie siehe *Wagner*, GRUR 2020 Heft 4 und 5 (i.E.), der in der Entwicklung auf europäischer Ebene ebenfalls zwar noch kein klares Bild erkennt, wohl aber einen eindeutigen Trend in Richtung der Intensivierung der Verantwortlichkeit der Plattformen sieht.

²⁰ Vgl. nur <https://netzpolitik.org/2019/leaked-document-eu-commission-mulls-new-law-to-regulate-online-platforms/> (zul. abgerufen am 20.02.2020).

²¹ Abrufbar unter <http://www.assemblee-nationale.fr/15/pdf/ta/ta0310.pdf> (zul. abgerufen am 20.02.2020).

²² Abrufbar unter: <https://www.gov.uk/government/consultations/online-harms-white-paper/online-harms-white-paper> (zul. abgerufen am 20.02.2020).

²³ Siehe *Ladeur/Gostomzyk*, Gutachten für die BitKom, 2017; *dies.* K&R 2017, 390; *Feldmann* K&R 2017, 292; *Gersdorf* MMR 2017, 439 (446 f.); *Liesching* MMR 2018, 26; *Nolte* ZUM 2017, 552; *Spindler* K&R 2017, 533; *Müller-Franken* AfP 2018, 1; *Wimmers/Heymann* AfP 2017, 93; *Heckmann/Wimmers* CR 2017, 310; *Koreng* GRUR-Prax 2017, 203 (204 f.); *Guggenberger* ZRP 2017, 98; *ders.* NJW 2017, 2577 (2581 f.); *Hain/Ferrau/Brings-Wiesen* K&R 2017, 433 f.; *Hong*, Verfassungsblog vom 09.01.2018, <https://verfassungsblog.de/das-netzdg-und-die-vermutung-fuer-die-freiheit-der-rede/> (zul. abgerufen am 20.02.2020); *Warg* DÖV 2018, 473; *Kalscheuer/Hornung* NVwZ 2017, 1721 (1723).

Andere Stimmen in der Literatur argumentierten für die Verfassungsmäßigkeit in diesen zentralen Punkten und verwiesen in der Kompetenzfrage insbesondere auf die Regulierung der spezifischen Gefahren dieses Wirtschaftszweiges hinsichtlich der Einhaltung allgemeiner Gesetze, hinsichtlich der Meinungsfreiheit auf ein mögliches Verständnis der Prüfpflichten als Vermeidung von Under- wie Overblocking sowie hinsichtlich der Justizgewährung auf die Wahrnehmung eigener Rechtspflichten durch die Anbieter und den unberührt bleibenden Rechtsweg.²⁴

Eine gerichtliche Klärung dieser Fragen ist nicht erfolgt. Im Rahmen dieser Evaluation kann es nicht um eine rechtsgutachterliche Beantwortung dieser Fragen gehen. Es kann nur beobachtet werden, dass die Kritikwelle beim Erlass des Gesetzes sich nicht als breite Kritik verstetigte oder sogar verfestigte und sich die Diskussion eher von der fundamentalen Kritik weg und hin zu konkreten Fragen der Umgestaltung oder Fortentwicklung des Gesetzes zu bewegen scheint.²⁵ In der Frage des Overblockings haben sich in der Praxis auch keine belastbaren Anhaltspunkte für eine Realisierung der angenommenen Gefährdungen ergeben (vgl. Teil 3 B. II. 11.).

Hier soll nur kurz auf strukturelle Herausforderungen hingewiesen werden, die im Zuge der Diskussion um das NetzDG deutlich wurden und auf denen auch zukünftig ein Augenmerk liegen dürfte. Sie betreffen die Kompetenzen und die Justierung des grundrechtlichen Interessenausgleichs.

Nicht näher eingegangen wird auf Fragen wie die verfassungsrechtliche Bestimmtheit, die nicht mit dem Gegenstand oder Instrumentarium des NetzDG als solchem zusammenhängen, sondern nach den allgemeinen, gerade bei der Bestimmtheit im Übrigen recht weiten Maßstäben zu beurteilen sind. Ausdrücklich ist insoweit aber darauf hinzuweisen, dass Hinweise auf „Unklarheiten“ im NetzDG in dieser Evaluation nur darauf verweisen, dass mehrere Interpretationen des Gesetzestextes plausibel möglich sind und noch keine entsprechende Klärung durch Rechtsprechung oder Rechtswissenschaft stattgefunden hat. Es ist grundsätzlich normal, dass Gesetze mehrere Auslegungsmöglichkeiten zulassen und im Zuge der Rechtsanwendung konkretisiert werden. In diesem Bericht geht es nur darum, die Unklarheiten zu markieren, an denen zu entscheiden wäre, ob und inwieweit eine schnelle Rechtssicherheit durch gesetzliche oder untergesetzliche Konkretisierungen erreicht oder auf die weitere Rechtsanwendung vertraut werden soll. Der verfassungsrechtliche Bestimmtheitsmaßstab wird mit diesen Aussagen ausdrücklich nicht in Bezug genommen.

2. Strukturelle Herausforderungen im Lichte des NetzDG

a) Kompetenzen

Im Bereich der Kompetenzen aktualisiert das NetzDG das schon lange politisch umstrittene Verhältnis der Bundes- zu den Landeskompetenzen im Bereich der Telemedien. Nach anfänglicher Regelungsdualität von Bund und Ländern in diesem Bereich einigten sich beide, dass die allgemeinen Anforderungen an Telemedien im Telemediengesetz des Bundes geregelt werden (in dem sich schließlich auch die Verantwortungsregelungen in Umsetzung der E-Commerce-RiL befinden) und die Länder die inhaltlich ausgestaltenden Regelungen, insbesondere alle journalistisch-redaktionellen Regelungen, vornehmen. Die Einordnung von Regelungen, die zwar inhaltsbezogen sind, aber nur die Einhaltung der allgemeinen Gesetze und nicht die Vielfalt als Voraussetzung öffentlicher Meinungsbildung sicherstellen, wird nun offenbar unterschiedlich wahrgenommen. Auch im Abschlussbericht der Bund-Länder-Kommission zur Medienkonvergenz²⁶ wurden Landesregelungen immer nur mit Bezug zur Vielfaltssicherung der Angebote und damit zur positiven Ausgestaltung der Medienordnung angesprochen. Soweit es in diesem Bericht um andere Regelungen für Intermediäre ging, betrafen sie Regelungen auf europäischer Ebene.

²⁴ Vgl. *Schiff* MMR 2018, 366; *Eifert*, *Netzwerkdurchsetzungsgesetz und Plattformregulierung*, in: *Eifert/ Gostomzyk* (Hrsg.), *Netzwerkrecht*, S. 9 ff.; *Lang* AöR 143 (2018), 220; *Schwartzmann* GRUR-Prax 2017, 317; einige Vorwürfe entkräftend auch *Pfeiffer* AfP 2018, 14.

²⁵ Indizien dafür sind die Stellungnahmen der Sachverständigen bei der öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz am 15.5.2019 zum Thema *Netzwerkdurchsetzungsgesetz* (<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2019/kw20-pa-recht-netzwerkdurchsetzungsgesetz-636616>) (zul. abgerufen am 20.02.2020) sowie die zahlreichen Bewertungen des NetzDG in der jüngeren Zeit (vgl. Bibliographie) sowie die Inhalte der medialen Berichterstattung.

²⁶ Vgl. <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/997532/473870/07ba875e860ada4556526641bd9151b6/2016-06-14-medienkonvergenz-bericht-blk-data.pdf?download=1> (zul. abgerufen am 20.02.2020).

Da die verfassungsrechtlichen Kompetenzen unverfügbar sind,²⁷ vermögen politische Vereinbarungen die Kompetenzfrage nicht zu lösen. Die Unsicherheit zeigt aber auf, dass die verfassungsgerichtlich mit Blick auf die Abgrenzung der Telekommunikationskompetenz des Bundes gegenüber dem Rundfunk vorgenommene Konturierung der Kompetenzen hier keine abschließende Antwort bieten kann. Der Begriff des „Rundfunks“ wird zwar auch durch das BVerfG weit ausgelegt,²⁸ aber dabei geht es regelmäßig um den sachlichen Schutzbereich der Rundfunkfreiheit und die Reichweite möglicher Ausgestaltung einer positiven Medienordnung, nicht aber um die Kompetenzabgrenzung von Bund und Ländern oder die Überwachung der Einhaltung allgemeiner Gesetze.

b) Grundrechte

Hinsichtlich der Grundrechte wurden mit der wachsenden Bedeutung der sozialen Medien und den Veränderungen der öffentlichen Kommunikation, insbesondere der Verbreitung und dem instrumentellen Einsatz von sog. Hate Speech, erhebliche grundsätzliche Fragen aufgeworfen. Auf der Ebene der Maßstäbe ist zu fragen, ob der bestehende, verfassungsrechtlich fein austarierte Ausgleich insbesondere zwischen Meinungsfreiheit und Allgemeinem Persönlichkeitsrecht neu justiert werden muss und ob dies gegebenenfalls generell oder medien-spezifisch zu erfolgen hätte.

Auf der Ebene der Instrumente ist zu fragen, welche Ansatzpunkte in sozialen Netzwerken für eine Sicherung des angemessenen Ausgleichs dieser Grundrechte adressiert werden sollen und wie eine grundrechtskonforme Ausgestaltung aussieht. Dies betrifft technische Fragen mit Blick auf die Regulierung einer schädigenden Eigendynamik der Kommunikation in sozialen Netzwerken,²⁹ die Einwirkung der Grundrechte auf die selbst gesetzten Regeln der Netzwerke (Gemeinschaftsstandards)³⁰ sowie die angemessene Ausgestaltung der Verfahren und Prüfpflichten für die Netzwerkanbieter.³¹

Weil die rechtlichen Prüfungen von Kommunikationsinhalten bei den Netzwerkanbietern regelmäßig häufiger und früher erfolgen als bei den staatlichen Gerichten, diese Prüfungen aber jedenfalls auch am Maßstab des staatlichen Rechts erfolgen müssen, ist die Herstellung einer angemessenen Rechtssicherheit für die Netzwerkanbieter ebenfalls eine strukturelle Herausforderung. Dabei muss zugleich gesichert bleiben, dass die Fortentwicklung der Maßstäbe und damit der grundrechtliche Interessenausgleich zugleich vor allem den staatlichen Gerichten überlassen ist.

Alle diese Fragen sind grundrechtliche Fragen. Inwieweit hier allerdings zukünftig jeweils europäische oder grundgesetzliche Grundrechte anzuwenden sind, hängt davon ab, wie stark die Regulierung der sozialen Netzwerke europäisch oder national erfolgen wird.

B. Medienschau

Das NetzDG wurde im Vorfeld seines Erlasses und in den darauffolgenden Monaten von nahezu allen Medien äußerst kritisch betrachtet. Neben der Kritik einer überhasteten und vorschnellen Beschlussfassung ohne ausreichende Beteiligung der Öffentlichkeit wurde nahezu einhellig die Verpflichtung der Netzwerkanbieter zur Löschung der strafbaren Inhalte auf ihren Plattformen beanstandet. Als zentraler Vorwurf wurde insbesondere die Gefahr des Overblockings, also der Löschung zulässiger Meinungsäußerungen, hervorgehoben, wodurch das NetzDG den freien Meinungs-austausch erheblich beschränke. In der Kombination aus starrer Löschverpflichtung mit kurzen Fristen und drohenden Bußgeldern bei Verstößen gegen die Löschpflicht sah man einen Anreiz für Overblocking. Unter dem Schlagwort „Privatisierung der Rechtsdurchsetzung“ wurde zudem kritisiert, dass das NetzDG die Verantwortung über die Entscheidung rechtswidriger Inhalte von Gerichten auf Private übertrage und damit die Entscheidungsmacht über zulässige Inhalte den ohnehin bereits marktmächtigen Akteuren überantworte. Demgegenüber wurde die ebenfalls im NetzDG eingeführte Stärkung der Rechtsdurchsetzung durch die Pflicht zur Benennung eines Zustellungsbevollmächtigten und einer empfangsberechtigten Auskunftsperson (§ 5 NetzDG) überwiegend positiv aufgenommen.

²⁷ Vgl. statt aller BVerfGE 119, 331 (Job-Center).

²⁸ Vgl. stellvertretend für alle den Überblick bei Dreier/Schulze-Fielitz, GG, 3. Aufl. 2013, Art. 5 Abs. 1, 2 Rn. 99 ff.

²⁹ Vgl. nur Eifert, Regulierung von Dynamik und dynamische Regulierung als netzwerkgerechtes Recht – Eine Skizze am Beispiel von Hate Speech in sozialen Netzwerken, Working paper No. 4 (<https://www.rewi.hu-berlin.de/de/lfoe/rdt/pub/working-paper-no-4>) (zul. abgerufen am 20.02.2020).

³⁰ Vgl. unten Teil 3 A. I.

³¹ Vgl. nur oben die Skizze der Bausteine einer sich abzeichnenden europäischen Regulierung.

Lediglich vereinzelte Stimmen nahmen das NetzDG gegen die Kritik als „Notlösung“ oder „ersten Aufschlag“ in Schutz. Ein regulatorischer Vorstoß zur effektiven Bekämpfung strafbarer Inhalte auf Plattformen wurde von diesen Stimmen als längst überfällig angesehen, da die Netzwerkanbieter dem Problem zuvor nicht selbst wirksam entgegengetreten seien. Die zuvor praktizierte Selbstregulierung habe ersichtlich nicht funktioniert. Unter Betonung der beschränkten Bußgeldandrohung auf systemische Verstöße konzedierten sie zwar im Grundsatz die Gefahr des Overblockings, sahen diese jedoch als bewusst überzeichnet dargestellt. Auch den Einwand der Privatisierung der Rechtsdurchsetzung erachteten sie als nicht durchgreifend, da staatliche Stellen ihre Zuständigkeit behielten und die Inpflichtnahme der Netzwerkanbieter als Mitverursacher nicht außergewöhnlich sei.

Nach der anfänglich intensiven und teils hitzig geführten Diskussion über das NetzDG ließ der mediale Fokus etwas nach. Es erfolgte aber regelmäßig eine verstärkt anlassbezogene Berichterstattung. Ausgangspunkte waren unmittelbare NetzDG-bezogene Ereignisse wie Sperren prominenter Accounts, die Veröffentlichung der Transparenzberichte der Netzwerkanbieter oder kriminelle Taten, die mit Hate Speech als Regelungsgegenstand des NetzDG in Verbindung gebracht wurden. Im Einzelnen:

Anlässlich einiger medienwirksamer Sperrungen von Beiträgen und Accounts, wie z. B. die Sperrung des Titanic-Accounts bei Twitter wegen einer Persiflage auf Beatrix von Storch oder die Sperrung des Twitter-Accounts von Beatrix von Storch und die Sperrung eines Facebook-Postings von ihr in Reaktion auf in Arabisch verfasste Neujahreswünsche der Kölner Polizei, flammte die grundsätzliche Kritik am NetzDG Anfang 2018 noch einmal auf. Abgesehen davon verschob sich die mediale Aufmerksamkeit zunehmend weg von der grundsätzlichen Kritik am NetzDG hin zur konkreten Beobachtung und Bewertung der tatsächlichen Umsetzung des Gesetzes durch die Netzwerkanbieter. Auffällig ist, dass die Berichterstattung im Umfang und – mit einigen Ausnahmen – in der Tiefe deutlich hinter der anfänglichen Berichterstattung über die möglichen Nachteile und Gefahren des NetzDG zurückblieb. Thematisiert wurden dabei vor allem die ersten Runden der halbjährlich zu veröffentlichenden Transparenzberichte der Netzwerkanbieter. Hierbei standen insbesondere die sehr unterschiedlichen Beschwerdezahlen im Vergleich der Netzwerkanbieter, die teils überraschend geringen Löschquoten und der Befund, dass einige Netzwerkanbieter viel stärker Löschungen über Gemeinschaftsstandards als über NetzDG vornehmen, im Fokus. Dies veranlasste einige zum kritischen Hinterfragen der ursprünglich angenommenen Gefahr des Overblockings. Begleitend wurden ebenso die personellen und organisatorischen Bemühungen der Netzwerkanbieter zur Umsetzung des NetzDG thematisiert, teils auch durch Besuche in neu eingerichteten Löschzentren. Schnell geriet auch die Ausgestaltung der Beschwerdewege für Nutzer*innen in den Fokus. Dabei wurden erneut die extrem unterschiedliche Ausgestaltung der Beschwerdewege bei den Netzwerkanbietern beschrieben und die teils erheblichen Hürden für Nutzer*innen zum Auffinden und / oder Abgeben der Beschwerde angesprochen.

Das NetzDG geriet anlässlich des Mordes am Kasseler Regierungspräsident Walter Lübcke und der Veröffentlichung zahlreicher Hasskommentare hierzu auf den Plattformen der Netzwerkanbieter ab Mitte 2019 wieder in den Fokus medialer Berichterstattung. In Reaktion auf diesen Mord und den Anschlag auf eine Synagoge in Halle stellte die Bundesregierung ein Maßnahmenpaket zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskriminalität vor, in dem auch Änderungen des NetzDG, insbesondere die Einführung einer Meldepflicht der Netzwerkanbieter für gewisse Straftatbestände an das BKA, vorgesehen waren. Die Justizministerkonferenz forderte eine Verbesserung der Auskunft- und Strafverfolgungsmöglichkeiten der Staatsanwaltschaften. Auch wenn die Vorschläge im Einzelnen durch Medien teilweise negativ beurteilt wurden, war insgesamt doch eine gewisse Verlagerung der Perspektive zu beobachten. Der Fokus medialer Berichterstattung verschob sich zunehmend weg von grundsätzlicher Kritik am NetzDG hin zur Relevanz der Verfolgung strafrechtlicher Inhalte im Netz. Im Zuge dessen wurde vermehrt und intensiver die bisherige Arbeitsweise der Strafverfolgungsbehörden thematisiert, wobei insbesondere die Tätigkeit der Schwerpunktstaatsanwaltschaften und deren Relevanz positiv hervorgehoben wurden. Ebenfalls wurde die Effektivierung der Strafverfolgung, insbesondere durch verbesserte Auskunftsrechte und die Behebung von Personalengpässen, angemahnt.

Teil 3: Evaluation der einzelnen Regelungen des NetzDG

A. Das NetzDG und die Gemeinschaftsstandards

I. Was sind Gemeinschaftsstandards?

Alle Netzwerkanbieter haben als Teil ihrer oder neben ihren Allgemeinen Nutzungsbedingungen Gemeinschaftsstandards (Community Standards) ausgestaltet. Bei diesen handelt es sich um privatrechtliche Vereinbarungen, die mit Nutzung der Plattform in Form Allgemeiner Geschäftsbedingungen (§§ 305 ff. BGB) Bestandteil des zwischen Netzwerkanbieter und Nutzer*in geschlossenen Nutzungsvertrags werden.³² Gemeinschaftsstandards beinhalten in der Regel spezifische Ge- und Verbote, wie z. B. das Verbot, gewalttätige Inhalte, Spam, Hate Speech oder sexuell explizite Inhalte zu posten. Nur selten enthalten sie einen umfassenden Hinweis darauf, dass illegale Inhalte nicht geduldet werden.³³ Abgesehen von etwaigen grundrechtlichen Überformungen des privatrechtlichen Verhältnisses zwischen Netzwerkanbieter und Nutzer*innen (dazu sogleich) steht Netzwerkanbietern im Rahmen des geltenden AGB-Rechts (§§ 305 ff. BGB) frei, wie sie die Gemeinschaftsstandards ausgestalten. Dabei können sie grundsätzlich auch solche Inhalte auf ihrer Plattform verbieten, die weder rechtswidrig i. S. d. § 1 Abs. 3 NetzDG noch aus anderen Gründen (etwa wegen Verstoßes gegen Urheberrecht) rechtswidrig sind, etwa weil es sich um sog. „Not Safe For Work Content“ handelt. Dies sind Inhalte, bei deren Auftauchen man nicht von Arbeitskolleg*innen oder der Öffentlichkeit beobachtet werden möchte, etwa Pornographie.³⁴

Ob und inwieweit die Netzwerkanbieter bei der Ausgestaltung und Anwendung von Gemeinschaftsstandards die Grundrechte der Nutzer*innen bzw. der Betroffenen zu wahren haben, ist noch umstritten. Für die Evaluation des NetzDG ist diese Frage zentral: Das Verhältnis des NetzDG zu Gemeinschaftsstandards lässt sich nur beurteilen und ggf. nachjustieren, wenn feststeht, inwiefern die Vorgaben des NetzDG sich von zulässigen Gemeinschaftsstandards der Netzwerkanbieter unterscheiden. Davon hängt wiederum ab, ob für die Netzwerkanbieter Anreize bestehen, durch vorrangige Anwendung von Gemeinschaftsstandards den Vorgaben des NetzDG auszuweichen.

Eine weitgehende grundrechtliche Überformung würde etwa bedeuten, dass Netzwerkanbieter beim Löschen von Inhalten, die gegen ihre Gemeinschaftsstandards verstoßen, die Grundrechte der Poster*innen, d. h. insbesondere die durch Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG garantierte Meinungsfreiheit und eventuell auch das Gleichheitsgebot des Art. 3 Abs. 1 GG³⁵, berücksichtigen müssten. Überwäge das grundrechtlich geschützte Interesse an der Nichtlöschung des Beitrags das ebenfalls grundrechtlich geschützte Interesse des Netzwerkanbieters (etwa aus Eigentum, Art. 14 GG, Berufsfreiheit, Art. 12 GG, und Privatautonomie, Art. 2 Abs. 1 GG; jeweils i. V. m. Art. 19 Abs. 3 GG³⁶) und / oder Dritter (etwa aus dem Allgemeinen Persönlichkeitsrecht, Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG) an der Löschung, dürfte der Netzwerkanbieter den Beitrag trotz Verstoßes gegen die

³² Siehe etwa OLG Dresden, Beschl. v. 08.08.2018 - 4 W 577/18 -, juris, Rn. 17; OLG München, Beschl. v. 17.09.2018 - 18 W 1383/18 -, juris, Rn. 20, 36; *Elsaß/Labusga/Tichy* CR 4/2017, 234 (237).

³³ Change.org: „Keine Gesetzesverletzung – Sie können mittels Change.org ein Bewusstsein in Bezug auf bestimmte Gesetze vermitteln, die Sie ändern möchten, jedoch sehen wir uns nicht als eine Plattform für illegale Aktivitäten. Stellen Sie sicher, dass Ihre Nutzung von Change.org gegen keinerlei geltende, nationale Gesetze verstößt, u. a. gegen Gesetze zum Schutz der Rechte anderer Menschen. Stellen Sie unter anderem sicher, dass Sie Beweise für alle Behauptungen, die Sie vorbringen, vorlegen können, da wir Inhalte entfernen müssen, die verleumderisch sind.“ Facebook verbietet „Inhalte, die folgende kriminelle Handlungen, die von dir oder von dir in Verbindung stehenden Personen begangen wurden, darstellen, zugeben oder begünstigen: Körperverletzung, Gewalt gegenüber Tieren; Ausnahmen: Jagen, Angeln, religiöse Opferungen oder Zubereitung/Verarbeitung von Nahrungsmitteln, Wilderei oder Verkauf gefährdeter Tierarten oder ihrer Körperteile, Tierkampfveranstaltungen, Diebstahl, Vandalismus oder Sachbeschädigung, Be-
trag, Menschenhandel gemäß Abschnitt 2, Sexuelle Gewalt oder Ausbeutung, einschließlich sexueller Nötigung, wie in Abschnitt 7 und Abschnitt 8 beschrieben.“

³⁴ So bei Reddit: „Content that contains nudity, pornography, or profanity, which a reasonable viewer may not want to be seen accessing in a public or formal setting such as in a workplace should be tagged as NSFW. This tag can be applied to individual pieces of content or to entire communities.“

³⁵ Siehe dazu BVerfGE 148, 267, Rn. 39 ff. (Stadionverbot).

³⁶ Zur Grundrechtsträgerschaft sozialer Netzwerke vgl. *Müller-Terpitz*, Soziale Netzwerke als Gegenstand des geltenden Rechts. Eine rechtssystematische Einordnung, in: Eifert/Gostomzyk (Hrsg.), *Netzwerkrechts*, S. 45, 51 ff.; *Gostomzyk*, Grundrechtsträgerschaft für soziale Netzwerke? Der Anwendungsbereich des Art. 19 Abs. 3 GG, in: ebd., S. 109 ff.; *Ingold*, Grundrechtsträgerschaft sozialer Netzwerke!, in: ebd., S. 125 ff.

Gemeinschaftsstandards nicht entfernen. Die Frage nach der grundrechtlichen Überformung gestaltet sich besonders komplex, wenn das betroffene Grundrechtsverhältnis dreipolig ist: Ist etwa ein Inhalt herabsetzend ohne die Beleidigungsschwelle (§ 185 StGB) zu überschreiten, so sind die Grundrechte von Poster*in (Meinungsfreiheit), Betroffenen (Allgemeines Persönlichkeitsrecht) und Netzwerkanbieter (Eigentum, Berufs- und Vertragsfreiheit) zu berücksichtigen.

Grundsätzlich binden Grundrechte unmittelbar nur den Staat (Art. 1 Abs. 3 GG). Private müssen die Grundrechte ihrer Vertragspartner*innen demgegenüber grundsätzlich nicht wahren. Grundrechte können jedoch mittelbar auf Privatrechtsverhältnisse einwirken.³⁷ Entscheiden etwa staatliche Gerichte über ein Privatrechtsverhältnis, so haben sie dabei insbesondere bei der Auslegung unbestimmter Rechtsbegriffe und der Anwendung von Generalklauseln die Grundrechte zu berücksichtigen (sog. mittelbare Drittwirkung; Ausstrahlung ins Privatrecht).³⁸ Auf diesem Wege „können Private [...] unbeschadet ihrer eigenen Grundrechte ähnlich oder auch genauso weit durch die Grundrechte in Pflicht genommen werden, insbesondere, wenn sie in tatsächlicher Hinsicht in eine vergleichbare Pflichten- oder Garantenstellung hineinwachsen wie traditionell der Staat.“³⁹ Private, die aufgrund eigener Entscheidung Veranstaltungen zur Verfügung stellen, die einem großen Publikum ohne Ansehen der Person geöffnet werden und für die Betroffenen in erheblichem Umfang über die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben entscheiden, unterliegen gleichheitsrechtlichen Anforderungen aus Art. 3 Abs. 1 GG.⁴⁰ Dies gilt umso mehr, wenn die private Infrastruktur „in erheblichem Umfang über die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben entscheidet“.⁴¹ Inwieweit dies nun auch für große Internetplattformen gilt, die zwar in privater Hand sind, auf denen aber ein erheblicher Teil des öffentlichen Diskurses ausgetragen wird, ist noch nicht abschließend geklärt.⁴²

In der fachgerichtlichen Rechtsprechung werden unterschiedliche Ansichten vertreten. Teile der Rechtsprechung fokussieren ausgehend von einer starken Grundrechtsbindung auf die Meinungsfreiheit der Nutzer*innen und sehen es als generell unzulässig an, eine „zulässige Meinungsäußerung“ auf Grundlage von Gemeinschaftsstandards zu löschen.⁴³ „Zulässige Meinungsäußerung“ in diesem Sinne ist dabei wohl jede Meinungsäußerung, die vom Schutzbereich des Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG erfasst ist und nicht gegen die allgemeinen Gesetze i. S. d. Art. 5 Abs. 2 GG (die eine Abwägung mit den Grundrechten potenziell Verletzter bereits beinhalten) verstößt. Entgegenstehende Grundrechte der Netzwerkanbieter werden bei der Frage nach der Zulässigkeit nach diesem Verständnis jedenfalls in den Entscheidungsgründen regelmäßig nicht berücksichtigt.

Die einschlägige Rechtsprechung der meisten Oberlandesgerichte berücksichtigt dagegen stärker die Grundrechte der Netzwerkanbieter und leitet daraus einen breiteren Spielraum für die Gemeinschaftsstandards ab.⁴⁴ Das bedeutet, dass Netzwerkanbieter auch von Art. 5 Abs. 1 Satz 1 GG geschützte Inhalte löschen dürfen, die nicht gegen die allgemeinen Gesetze verstoßen. Inwieweit diese (grundrechtlich geschützte) Freiheit der Netzwerkanbieter durch die Grundrechte der Nutzer*innen begrenzt wird, hänge insbesondere von der Wirkmacht des Netzwerks⁴⁵ und dem Anspruch desselben, einen Kommunikationsraum für eine Vielzahl unterschiedlicher Menschen und Themen zu bieten,⁴⁶ ab. Schließlich seien auch auf Anbieterseite Grundrechte zu berücksichtigen, insbesondere

³⁷ BVerfGE 7, 198 (Lüth); 42, 143, 148; 89, 214, 229; 103, 89, 100; 137, 273, 313 Rn. 109; st. Rspr.

³⁸ Ebd.

³⁹ BVerfGE 128, 226, 248 (Fraport).

⁴⁰ BVerfGE 148, 267, 283 f. (Stadionverbot).

⁴¹ Ebd.

⁴² So auch BVerfG, einstweilige Anordnung v. 22.05.2019 - 1 BvQ 42/19 -, juris, Rn. 15 („Der III. Weg“). Einige Bundestagsabgeordnete und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen forderten in ihrem Antrag vom 22.11.2018 die Bundesregierung auf, „eine rechtliche Einschätzung zur Grundrechtsbindung für Betreiber sozialer Netzwerke und zu den Auswirkungen auf die Gemeinschaftsstandards vorzulegen“, Bundestagsdrucksache 19/5950, S. 4.

⁴³ OLG München, Beschl. v. 24.08.2018 – 18 W 1294/18 -, juris, Rn. 30; OLG München, Beschl. v. 17.09.2018 – 18 W 1383/18 -, juris, Rn. 28 ff.; LG Frankfurt a.M., Beschl. v. 14.05.2018 - 2-03 O 182/18 – juris, Rn. 16; LG Bamberg, Urt. v. 18.10.2018 - 2 O 248/18 -, juris, Rn. 78, 86.

⁴⁴ OLG Dresden, Beschl. v. 08.08.2018 - 4 W 577/18 -, juris, Rn. 23; OLG Stuttgart Beschl. v. 06.09.2018 - 4 W 63/18 -, juris, Rn. 73 f.; OLG Karlsruhe Beschl. v. 28.02.2019 - 6 W 81/18 -, juris, Rn. 55.

⁴⁵ OLG Dresden, Beschl. v. 08.08.2018 - 4 W 577/18 -, juris, Rn. 24; OLG Stuttgart Beschl. v. 06.09.2018 - 4 W 63/18 -, juris, Rn. 73; OLG Karlsruhe Beschl. v. 28.02.2019 - 6 W 81/18 -, juris, Rn. 55.

⁴⁶ OLG Dresden, Beschl. v. 08.08.2018 - 4 W 577/18 -, juris, Rn. 24.

deren sog. „virtuelles Hausrecht“.⁴⁷ Zudem wird auf die Vertragsfreiheit der Netzwerkanbieter verwiesen.⁴⁸ Nicht zuletzt sei auch die berechtigte Gefahr für den Netzwerkanbieter, selbst gem. § 4 NetzDG oder als mittelbarer Störer in Anspruch genommen zu werden, in die Abwägung einzustellen.⁴⁹

Die Oberlandesgerichte setzen dem Löschen bzw. Sperren von Beiträgen, die nicht gegen die allgemeinen Gesetze verstoßen, jedoch auch Grenzen: Das Entfernen von Inhalten bedürfe eines sachlichen Grundes⁵⁰ und dürfe sich nicht gegen bestimmte Meinungen richten.⁵¹ Sanktionen dürften nicht willkürlich festgesetzt werden und müssten verhältnismäßig sein, d. h. Nutzer*innen dürften nicht vorschnell und dauerhaft gesperrt werden.⁵²

Auch in der Rechtswissenschaft wird mehrheitlich von einer weitgehenden grundrechtlichen Bindung jedenfalls derjenigen Netzwerkanbieter ausgegangen, die nahezu eine Monopolstellung hinsichtlich der Eröffnung von Kommunikationsräumen innehaben, wobei sich die Ansichten zum Grad der Bindung unterscheiden.⁵³ Selbst für Netzwerke mit einer großen Anzahl an Nutzer*innen und weitreichendem Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung gilt aber, dass sie ihr Verhalten im Ausgangspunkt nicht in gleichem Maß an Grundrechten von Nutzer*innen und Betroffenen ausrichten müssen wie der Staat, da sie, anders als der Staat, selbst grundrechtsberechtigt sind.⁵⁴ Während der Staat Grundrechtskonflikte Privater im Wege praktischer Konkordanz in *optimalen* Ausgleich bringen muss, tritt bei Netzwerkanbietern zu den beiden Privaten ein je nach Einzelfall zu bemessender Spielraum auf Grund ihrer Grundrechte hinzu.

II. Das Verhältnis des NetzDG zum Beschwerdemanagement nach Gemeinschaftsstandards

Das NetzDG ließ und lässt diese Gemeinschaftsstandards unberührt. Es erfasst hinsichtlich des in ihm geregelten Beschwerdemanagements nur Beschwerden über die in § 1 Abs. 3 NetzDG definierten rechtswidrigen Inhalte und damit sogar nur über einen Ausschnitt rechtswidriger Inhalte.⁵⁵ Sein begrenztes Ziel ist die effektive Bekämpfung der mittels § 1 Abs. 3 NetzDG definierten Hasskriminalität und strafrechtlich relevanten Fake News. Erkennbar sollten Umfang und Geschwindigkeit der Löschung dieser als besonders gravierend erkannten Inhalte erhöht und eine Transparenz über den Umgang mit ihnen hergestellt werden.

Für das Verhältnis dieses Compliance-Systems nach NetzDG zum sonstigen Beschwerdemanagement, etwa für Beschwerden wegen Verstoßes gegen Gemeinschaftsstandards, enthält das NetzDG keine ausdrücklichen Regelungen. In der Sache ergänzen sich beide grundsätzlich. Denn im Zusammenspiel mit der allgemeinen Störerhaftung kann das sonstige Beschwerdemanagement eine Löschung rechtswidriger Inhalte jenseits der Tatbestände des § 1 Abs. 3 NetzDG sichern und insofern auch den Schutz der Rechtsordnung ergänzen. Der primäre Bezugspunkt des allgemeinen Beschwerdemanagements sind allerdings die jeweiligen Gemeinschaftsstandards (s. o.). Diese Nutzungsbedingungen enthalten – wie oben dargestellt – regelmäßig eigene Standards für verbotene Hate Speech etc., während sich eine ausdrückliche vertragliche Pflicht zur Einhaltung der Gesetze nur selten findet. Der Prüfungsmaßstab für das allgemeine Beschwerdemanagement der Netzwerkanbieter überschneidet sich also mit jenem des NetzDG, ist aber regelmäßig nicht mit ihm identisch und insgesamt erheblich umfangreicher.

⁴⁷ Dieses beruhe auf dem Eigentumsrecht bzw. dem Recht zum Besitz des Anbieters an der Hardware, auf der die Beiträge von Nutzer*innen gespeichert werden. Zum virtuellen Hausrecht s. nur OLG Hamburg, NJW 2007, 3361; OLG Hamm, MMR 2008, 175; Kunz, Rechtsfragen des Ausschlusses aus Internetforen, 2005; Kohl, Die Haftung der Betreiber von Kommunikationsforen im Internet und virtuelles Hausrecht, 2007; Piras, Virtuelles Hausrecht?, 2016.

⁴⁸ Siehe nur OLG Dresden, Beschl. v. 08.08.2018 - 4 W 577/18 -, juris, Rn. 14; OLG München, Beschl. v. 17.09.2018 - 18 W 1383/18 -, juris, Rn. 17.

⁴⁹ OLG Stuttgart Beschl. v. 06.09.2018 - 4 W 63/18 -, juris, Rn. 74.

⁵⁰ OLG Karlsruhe Beschl. v. 28.02.2019 - 6 W 81/18 -, juris, Rn. 55.

⁵¹ OLG Dresden, Beschl. v. 08.08.2018 - 4 W 577/18 -, juris, Rn., 25.

⁵² Ebd.; In der Literatur wird daneben ein sachlicher Grund für jede Abweichung der Löschpraxis von gesetzlichen Standards gefordert. Standards dürften zudem nicht diskriminierend sein oder angewendet werden. Siehe Eifert, Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz und Plattformregulierung, in: Eifert/Gostomzyk (Hrsg.), Netzwerkrecht, S. 9, 29 f.

⁵³ Siehe nur Eifert, Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz und Plattformregulierung, in: Eifert/Gostomzyk (Hrsg.), Netzwerkrecht, S. 9, 27 ff.; Elsaß/Labusga/Tichy CR 2017, 234 (239); Lang AöR 143 (2018), 220 (241 ff., insb. 245); Mayen ZHR 182 (2018), 1 ff.; Peukert MMR 2018, 572 (575).

⁵⁴ So auch D. Holznel CR 2019, 518 (520).

⁵⁵ Vgl. auch Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 12.

Weil das Compliance-Regime des NetzDG grundsätzlich neben den anderen Beschwerden steht, bemisst sich seine Reichweite jeweils nach seinen konkreten, den Netzwerkanbietern auferlegten Pflichten. Zentraler Bezugspunkt für die Pflichten nach NetzDG sind dabei die „Beschwerden über rechtswidrige Inhalte“.⁵⁶ Für diese muss ein wirksames und transparentes Verfahren vorgehalten werden, das den näher spezifizierten Anforderungen des § 3 Abs. 2 NetzDG entspricht, also v.a. die Einhaltung der Lösch-/Sperrfristen sicherstellt (§ 3 Abs. 2 Nr. 2 und 3 NetzDG), aber auch die Qualitätssicherungsmaßnahmen (§ 3 Abs. 4 NetzDG) und Dokumentationspflichten (§ 3 Abs. 3 NetzDG) erfüllt. An diese „Beschwerden über rechtswidrige Inhalte“ knüpfen auch zahlreiche Transparenzpflichten ausdrücklich oder erkennbar an (§ 2 Abs. 2 Nr. 2-4, 6-9 NetzDG).

Unklar ist allerdings, wann eine solche „Beschwerde über rechtswidrige Inhalte“ vorliegt. Denn zwei Bezugspunkte kommen für die Qualifikation der Beschwerden in Betracht: Es könnte entweder eine inhaltliche Bezugnahme der Beschwerde auf eine Verletzung der über § 1 Abs. 3 NetzDG i. V. m. den Normen des StGB geschützten Rechtsgüter entscheidend sein oder aber formal die Benutzung eines Meldewegs, der ausdrücklich für diese rechtswidrigen Inhalte eingerichtet wurde („Meldung nach NetzDG“ bzw. die Inanspruchnahme eines so gekennzeichneten Meldewegs).⁵⁷ Zu dieser Frage gibt es, soweit ersichtlich, weder Gerichtsurteile noch nähere Erörterungen im Schrifttum. Sie ist aber, wie nachfolgend deutlich wird, praktisch von hoher Relevanz.

Hier sollen die Auslegungsvarianten zunächst aus einer rein gesetzesbezogenen Perspektive dargestellt werden, um anschließend vor diesem Hintergrund die Praxis der Netzwerkanbieter einzubeziehen.

Für eine Anknüpfung an die inhaltliche Bezugnahme der Beschwerden spricht, dass mit dem NetzDG gerade die hierdurch bezeichneten besonders problematischen Inhalte erfasst, angemessen geprüft und hinreichend schnell gelöscht werden sollten. Voraussetzung wäre dann allein die Darlegung, dass ein Beitrag einen rechtswidrigen Inhalt im Sinne des § 1 Abs. 3 NetzDG darstellt. Grundsätzlich wäre es gleichgültig, welcher Beschwerdeweg von den Nutzer*innen gewählt wurde, wobei allerdings die entsprechende Darlegung bei der Nutzung eines genau für diese Inhalte eingerichteten Beschwerdewegs schon durch die Wahl des Beschwerdewegs nahe gelegt wird, während sie bei der Nutzung anderer Wege explizit, etwa durch entsprechende Kommentare, vorzunehmen wäre. Näher zu klären wären alleine Inhalt und Reichweite solcher Darlegungslasten (vgl. auch unten B. II. 2.). Offenkundig ist allerdings, dass dies zu einer erheblichen Belastung für die Netzwerkanbieter führte, weil sie die Meldungen unabhängig vom Meldeweg inhaltlich qualifizieren und dann alle entsprechend einschlägigen Beschwerden (jedenfalls auch) dem NetzDG-Regime unterwerfen müssten.

Für eine (jedenfalls zunächst) formale Anknüpfung an den Meldeweg kann demgegenüber die ausdrückliche Vorgabe eines solchen Meldewegs angeführt werden, wobei man dem Gesetzgeber hierfür unterstellen muss, dass es ihm dabei nicht nur um die Erleichterung von Beschwerden insgesamt ging, sondern eben um einen Meldeweg, der auf die vom NetzDG in Bezug genommenen Inhalte abgestimmt ist. Vor allem sprechen für eine formale Anknüpfung die Rechtssicherheit und die leichtere Handhabbarkeit für die Netzwerkanbieter. Denn für die Anforderungen an die Darlegungslast könnte immer die Wahl des dafür eingerichteten Beschwerdewegs einbezogen werden. Die Netzwerkanbieter müssten von vornherein nur für Beschwerden auf diesem Meldeweg die Anforderungen des NetzDG einhalten. Offenkundig ist allerdings, dass die Vorgaben des NetzDG dann von der Wahl des Meldeweges durch die Nutzer*innen und nicht von der Art des relevanten Inhalts abhingen. Und ebenso offenkundig würden die Angaben in den Transparenzberichten über Beschwerdezahlen und -gründe sowie Löschquoten etc. sich nur auf die Meldungen dieses speziellen Meldeweges beziehen und kein Bild über die Beschwerdelage insgesamt vermitteln. Schließlich entstünde ein Anreiz, den Meldeweg für solche Beschwerden unattraktiver zu machen als jenen für (die unregulierten) Beschwerden über Verstöße gegen Gemeinschaftsstandards.

Wie groß der tatsächliche Unterschied zwischen einer Anknüpfung an den Inhalt der Beschwerde einerseits und den formalen Beschwerdeweg andererseits ist, hängt letztlich davon ab, in welchem Umfang die Nutzer*innen für die vom NetzDG einbezogenen Inhalte auch den Beschwerdeweg nach NetzDG wählen. Hier liegen keine

⁵⁶ Es gibt allerdings auch Pflichten jenseits dieser Anknüpfung, so insbesondere die Berichtspflicht gem. § 2 Abs. 2 Nr. 1 und die Pflichten gem. § 5 NetzDG. Hier geht es jedoch um das Beschwerdemanagement, das durchgehend an die Beschwerden über rechtswidrige Inhalte anknüpft.

⁵⁷ Der bei „rechtswidrigen Inhalten“ ebenfalls mögliche Bezugspunkt des alleine objektiven Charakters des gemeldeten Inhalts kommt hingegen nicht in Betracht, weil die „Beschwerde über einen rechtswidrigen Inhalt“ schon begrifflich an die Beschwerde anknüpft und die materiell zu Grunde liegende Störerhaftung auch grundsätzlich eine Darlegung der Rechtswidrigkeit verlangt – auch wenn das NetzDG letztlich allein wegen des objektiv besonders verletzenden Inhalts auf die schnelle und umfassende Löschung der Beiträge zielt.

Zahlen vor und wären auch nur mittels einer umfassenden Auswertung aller Meldungen auf dem Beschwerdeweg für Gemeinschaftsstandards zu gewinnen. Unter Plausibilitäts Gesichtspunkten dürfte die Treffgenauigkeit zumindest gegenwärtig aber eher gering sein. Denn es dürfte den Beschwerdepersonen regelmäßig um die Veranlassung einer Prüfung unabhängig von den rechtlichen Grundlagen gehen, sodass bei denjenigen, die gegenüber der Unterscheidung indifferent sind, vielleicht sogar eine Präferenz für den bereits bekannten Meldeweg in Sachen Gemeinschaftsstandards besteht. Diejenigen, denen die Unterscheidung bekannt ist, könnten wegen ihres Interesses an einer weltweiten statt nur inländischen Sperrung bzw. Löschung ebenfalls die Meldung nach Gemeinschaftsstandards vorziehen.

Für eine gezielte Nutzung des Meldewegs als Weichenstellung für differenzierte Anforderungen der Netzwerkanbieter wären realistischerweise zwei Anforderungen einzuhalten: eine Platzierung der Meldewege unmittelbar nebeneinander und eine hinreichende Information der Nutzer*innen über die Unterschiede zwischen beiden. Wären diese Anforderungen gewahrt, spiegelte eine formale und leicht handhabbare Anknüpfung aller Verpflichtungen des NetzDG an den Beschwerdeweg die bewussten Entscheidungen der Nutzer*innen für ein bestimmtes Compliance-Regime wider. Dies beließe zwar die Zuordnung von Inhalten zu Compliance-Regimen weiter bei den Nutzer*innen, angesichts des Umfangs der Kommunikation in den sozialen Medien ist eine Sicherung rechtmäßiger Zustände ohne bedeutungsvolle Rolle der Nutzer*innen aber auch kaum möglich.

Schließlich ist auch eine Kombination der beiden Qualifizierungsarten in dem Sinne möglich, dass solange an den Inhalt der Beschwerde anzuknüpfen ist, wie die Beschwerdewege nicht gleichrangig sind. Dies ließe nicht nur den bei formaler Betrachtungsweise bestehenden Anreiz zur unattraktiven Ausgestaltung der Meldewege für NetzDG-Beschwerden entfallen, sondern setzte zugleich umgekehrt einen starken Anreiz zur Einrichtung gleichrangiger Beschwerdewege.

Der Gesetzgeber sollte angesichts dieser bestehenden Unklarheit den Anknüpfungspunkt für die Qualifikation als „Beschwerde über rechtswidrige Inhalte“ im Sinne des NetzDG konkretisieren. Dabei dürfte eine formale Anknüpfung bei entsprechender Absicherung eines diskriminierungsfreien und verständlichen Nebeneinanders der Beschwerdewege am praktikabelsten sein.

Besondere Schwierigkeiten treten auf, wenn man die Praxis des Beschwerdemanagements bei den Netzwerkanbietern einbezieht.

Denn in der Praxis der Netzwerkanbieter werden zwar meist getrennte Beschwerdewege eingerichtet, die anschließenden Prüfverfahren nach NetzDG und jene nach den allgemeinen Beschwerdesystemen aber nicht nebeneinander durchlaufen, sondern miteinander verschlungen. Die inhaltliche Prüfung der Beschwerden erfolgt überwiegend nach einem einheitlichen Schema. Die meisten Netzwerkanbieter prüfen unabhängig davon, ob eine Meldung über den NetzDG-Meldeweg oder den Gemeinschaftsstandard-Meldeweg⁵⁸ erfolgt, zunächst eine mögliche Verletzung der Gemeinschaftsstandards. Liegt eine solche vor, werden die Inhalte gelöscht – und zwar regelmäßig weltweit. Liegt kein Verstoß gegen die Gemeinschaftsstandards vor, erfolgt anschließend eine Prüfung am Maßstab des NetzDG regelmäßig nur dann, wenn die Beschwerde über den NetzDG-Meldeweg erfolgte. Wird im Zuge dieser Prüfung das Vorliegen eines in seinem Sinne rechtswidrigen Inhalts festgestellt, erfolgt die Sperrung des Inhaltes regelmäßig nur in Deutschland.

Das Vorgehen der Netzwerkanbieter weist zunächst aus, dass die Netzwerkanbieter überwiegend eine formale Qualifikation der „Beschwerde über rechtswidrige Inhalte“ vornehmen. Denn allein diese Beschwerden werden am Maßstab des NetzDG gemessen, wenn keine Löschung nach Gemeinschaftsstandards erfolgte. Hinsichtlich der Inhalte-Prüfung kann dies dazu führen, dass Inhalte, die über den Gemeinschaftsstandards-Meldeweg gemeldet werden und nach diesen Standards zulässig sind, aber dennoch rechtswidrige Inhalte gem. NetzDG darstellen, nicht als solche erkannt und deshalb nicht rechtzeitig gelöscht werden. Dies kann etwa beim Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen der Fall sein (§ 1 Abs. 3 NetzDG i. V. m. § 86a StGB).

Vor allem führt die Verschränkung aber dazu, dass für solche Inhalte, die bereits auf der ersten Prüfstufe als

⁵⁸ Der Gemeinschaftsstandard-Meldeweg wird teilweise als „Flagging-Meldeweg“ bezeichnet, so etwa vom BfJ in Bußgeldverfahren. „Flagging“ ist jedoch ein sehr uneinheitlich genutzter Begriff: Teilweise wird unter Flagging-Meldung materiell jede Meldung verstanden, die einen Verstoß gegen Gemeinschaftsstandards rügt (im Unterschied zu einer Meldung, die einen rechtswidrigen Inhalt i. S. d. § 1 Abs. 3 NetzDG rügt). Teilweise wird unter Flagging-Meldung formal jede Meldung verstanden, die unmittelbar beim Inhalt platziert ist (im Gegensatz zu einem Meldeformular, das sich zentral etwa im Impressum befindet), unabhängig vom Beschwerdeggrund. Teilweise wird „Flagging-Meldung“ als Oberbegriff für alle Beschwerden verstanden. Im Folgenden wird daher der Begriff „Gemeinschaftsstandards-Meldeweg“ genutzt, um auszudrücken, dass es sich um einen Meldeweg handelt, mit dem Nutzer*innen einen Verstoß gegen Gemeinschaftsstandards melden. Der Begriff „Flagging-Meldeweg“ wird nur genutzt, wenn auf Äußerungen des BfJ Bezug genommen wird.

Verstoß gegen die Gemeinschaftsstandards gelöscht oder gesperrt werden, die Übereinstimmung mit den Anforderungen des NetzDG teilweise unklar ist. Die Inhalte wurden zwar im Ergebnis gelöscht. Die Reichweite der Entfernung ist sogar bei der Löschung nach Gemeinschaftsstandards regelmäßig größer (weltweit) als bei einer Löschung nach NetzDG (Deutschland). Unklar bleibt allerdings, ob und inwieweit im Verfahren die anderen Anforderungen an das Compliance-Regime des NetzDG eingehalten wurden, also ggf. die Fristen, vor allem aber das Verfahren einschließlich seiner Qualitätssicherungen und die Beweissicherung. Weil das Vorgehen erkennbar darauf zielt, zunächst das allgemeine Beschwerdemanagement zur Anwendung zu bringen und eventuelle Sonderpflichten nach NetzDG quantitativ zu beschränken, dürfte die Übereinstimmung zumindest bei den qualitativen Anforderungen an Organisation und Verfahren der Inhaltsprüfung weitgehend davon abhängen, inwieweit dieses allgemeine Beschwerdemanagement ohnehin mit den Anforderungen des NetzDG übereinstimmt. Eine abweichende Zusammensetzung der Prüfteams oder ihrer Vorgehensweise für „Beschwerden über rechtswidrige Inhalte“ gem. NetzDG unterliefe den Sinn einer vergleichbaren und einheitlichen Überprüfung aller Beschwerden am Maßstab der Gemeinschaftsstandards. Hinsichtlich der Löschfristen kann eine Priorisierung der Beschwerden über den NetzDG-Meldeweg dagegen auch innerhalb des einheitlichen Vorgehens erfolgen und die Einhaltung der Vorgaben des NetzDG sicherstellen.

Ein externes Monitoring der Vorgaben des NetzDG setzt voraus, dass die „Beschwerden über rechtswidrige Inhalte“ hinsichtlich des ursprünglichen Beschwerdewegs (formales Verständnis) bzw. des Beschwerdeinhalts (Anknüpfung an die Darlegung) markiert werden, dadurch in ihrer Behandlung nachvollziehbar bleiben und diese dann an den Vorgaben des NetzDG gemessen werden können.

Dem gestuften Vorgehen der Netzwerkanbieter liegt erkennbar der Gedanke zu Grunde, dass es auf die Pflichten aus dem NetzDG nicht ankommen könne, wenn ein Inhalt ohnehin schon aus anderen Gründen, namentlich wegen eines Verstoßes gegen Gemeinschaftsstandards, rechtmäßig gelöscht oder gesperrt wird. Dies läuft allerdings letztlich auf einen Vorrang des allgemeinen Beschwerdemanagements gegenüber dem Compliance-System des NetzDG hinaus, das dem Ausgangspunkt des gesetzlichen Nebeneinanders nicht entspricht. Ein in Augen des BfJ extremes derartiges Vorgehen führte zum laufenden Bußgeldverfahren gegen Facebook. Die bei allen Anbietern sehr viel höheren Löschzahlen wegen Verstößen gegen die Gemeinschaftsstandards gegenüber Verstößen gegen das NetzDG verdeutlichen aber ebenfalls die Problemlage.

Diese Betrachtung zeigt, dass der Gesetzgeber nicht nur den Anknüpfungspunkt der „Beschwerde über rechtswidrige Inhalte“ konkretisieren sollte, sondern auch eine Bestimmung des Verhältnisses der Beschwerdemanagement-Systeme zueinander oder allgemeiner Mindestanforderungen zu prüfen wären. Denn auf der einen Seite ist der genannte Grundgedanke, der dem abgeschichteten Prüfverfahren vieler Netzwerkanbieter zu Grunde liegt, plausibel. Auf der anderen Seite verlagern sich damit die Prüfvorgänge stark in jenen Bereich, der zunächst durch die privatautonom gesetzten Gemeinschaftsstandards geprägt ist und in noch ungeklärter Reichweite erst langsam durch die fallweise, fachgerichtliche Kontrolle am Maßstab der mittelbaren Drittwirkung der Grundrechte überformt werden wird. Jedenfalls muss sich der Gesetzgeber aber immer bewusst sein, dass alle organisatorischen und verfahrensrechtlichen Sicherungen des Interessensausgleichs im NetzDG von vornherein nur die von diesem Gesetz erfassten Verfahren betreffen. Dies gilt auch mit Blick auf eventuelle Wiederherstellungsansprüche (s. u. Teil 4 I.). Und je höher die Anforderungen nach dem NetzDG sind, desto größer ist der Anreiz für die Netzwerkanbieter, die Beschwerden in das weniger stark regulierte System der Beschwerden nach Gemeinschaftsstandards zu lenken.

Darüber hinaus hat das abgeschichtete Vorgehen der Netzwerkanbieter auch Auswirkungen für die Angaben in den Transparenzberichten. Soweit sich die Angaben auf Zahlen und Beschwerdegründe beziehen (§ 2 Abs. 2 Nr. 3, 6 NetzDG), sind die Angaben grundsätzlich möglich, allerdings davon abhängig, nach welchem Kriterium die Qualifizierung als „Beschwerde über rechtswidrige Inhalte“ erfolgt. Soweit es aber um Angaben geht, die eine inhaltliche Bewertung am Maßstab des NetzDG erforderlich machen, namentlich die Angabe gem. § 2 Abs. 2 Nr. 7 NetzDG (ob ein Fall des § 3 Abs 2 Nr. 3 lit. a NetzDG vorlag, also ein Fall, bei dem „die Entscheidung über die Rechtswidrigkeit des Inhalts (!) von der Unwahrheit einer Tatsachenbehauptung...“ o.ä. abhing) und man naheliegenderweise davon ausgeht, dass hier unter der „Rechtswidrigkeit“ eine solche gem. § 1 Abs. 3 NetzDG gemeint ist, läuft diese Anforderung beim gestuften Vorgehen zumindest teilweise ins Leere. Denn bei allen Inhalten, die bereits wegen Verstoßes gegen Gemeinschaftsstandards gelöscht wurden, wird eine solche Prüfung auf die Rechtmäßigkeit des Inhalts gem. NetzDG ja gar nicht mehr vorgenommen.

B. § 3 NetzDG – Beschwerdemanagement

I. Einleitung

§ 3 NetzDG regelt in Abs. 1-3 mit dem *Beschwerdeverfahren* über rechtswidrige Inhalte das Herzstück des Gesetzes. Gesetzgeberisches Ziel des Beschwerdeverfahrens ist, dass den gesetzlichen Verpflichtungen, rechtswidrige Inhalte zu entfernen, schnell und umfassend nachgekommen wird.⁵⁹ Daneben werden in Abs. 4 Regelungen zur Organisation und Infrastruktur des Beschwerdemanagements bei den Netzwerkanbietern getroffen. Abs. 5 ermöglicht die Überwachung der Beschwerdeverfahren durch eine beauftragte Stelle. Abs. 6-9 regeln die Anerkennung von Einrichtungen der Regulierten Selbstregulierung. Die gesetzlichen Pflichten aus § 3 sind gem. § 4 Abs. 1 Nr. 2-6 NetzDG bußgeldbewehrt.

Inwieweit die Netzwerkanbieter den Anforderungen aus § 3 NetzDG nachkommen, lässt sich mit den dieser Evaluation zur Verfügung stehenden Mitteln nur teilweise beantworten. Insbesondere das netzwerkinterne Prüfverfahren ist von außen nicht einsichtig. Gleiches gilt für den Ablauf interner Schulungs- und Betreuungsangebote. Auch die Ausgestaltung der Meldewege ließ sich nicht für alle Netzwerkanbieter in allen Einzelheiten nachvollziehen, da je nachdem, von welchem Endgerät aus man meldet und ob man angemeldete*r Nutzer*in ist oder nicht, eine große Anzahl von Meldewegen existiert. Soweit Primärquellen nicht erreichbar waren, beruhen alle Erkenntnisse zu netzwerkinternen Abläufen auf den Antworten aus den im Rahmen dieser Evaluation erstellten Fragebögen, da dies die aktuellsten vorliegenden Angaben sind. In zweiter Linie wurde auf die letzten Transparenzberichte der Netzwerkanbieter zurückgegriffen. Dies sind in der Regel die Transparenzberichte über das erste Halbjahr 2019. Soweit auch diese keine hinreichenden Erkenntnisse boten, wurde auf den ersten Bericht der Monitoringstelle⁶⁰ nach § 3 Abs. 5 NetzDG (Testzyklus erstes Halbjahr 2019) zurückgegriffen.

Im Folgenden werden die Regelungen des § 3 NetzDG im Einzelnen jeweils in einem ersten Schritt daraufhin untersucht, welchen Maßstab sie vorgeben. In einem zweiten Schritt werden jeweils der Umgang der Praxis – also aller von uns befragten Akteur*innen, der Rechtsprechung und der Wissenschaft – mit den gesetzlichen Vorgaben dargestellt und mögliche Reformen und ihre Konsequenzen aufgezeigt.

II. Beschwerdeverfahren, Abs. 1 und 2

§ 3 Abs. 1 und 2 NetzDG treffen Anforderungen an die Ausgestaltung des Beschwerde- und Prüfverfahrens durch Netzwerkanbieter einschließlich etwaiger Entfernung von rechtswidrigen Inhalten, unabhängig davon, ob es sich um eigene oder fremde Inhalte des Netzwerks handelt.⁶¹

1. § 3 Abs. 1 Satz 2 NetzDG: Übermittlung von Beschwerden über rechtswidrige Inhalte durch leicht erkennbares, unmittelbar erreichbares, ständig verfügbares Verfahren

a) Maßstab des NetzDG

Bezugspunkt der Anforderungen an das Übermittlungsverfahren sind „Beschwerden über rechtswidrige Inhalte“. Hier ist wiederum das ungeklärte Verhältnis des NetzDG zum Verfahren nach Gemeinschaftsstandards entscheidend: Mit „Beschwerden über rechtswidrige Inhalte“ können Beschwerden gemeint sein, die auf einem ausdrücklich auf Entfernung nach NetzDG hinzielenden Meldeweg gemeldet werden oder die sich – unabhängig vom Meldeweg – auf rechtswidrige Inhalte i. S. d. § 1 Abs. 3 NetzDG beziehen (s. dazu ausführlich oben A. II.).

Die Trias „leicht erkennbar, unmittelbar erreichbar und ständig verfügbar“ findet sich ebenso in § 2 Abs. 1 Satz 2 NetzDG. „Leicht erkennbar“ und „unmittelbar erreichbar“ muss ferner gem. § 5 Abs. 1 Satz 1 NetzDG auch die Angabe des Zustellungsbevollmächtigten auf der Plattform sein. Laut Gesetzesbegründung entsprechen „leicht erkennbar“, „unmittelbar erreichbar“ und „ständig verfügbar“ den gleichlautenden Begriffen in § 5 Abs. 1 TMG.⁶² Daher sind die dazu und zum dieselben Begriffe verwendenden § 7 Abs. 1 Satz 3 JMStV entwickelten Kriterien bei der Auslegung zu berücksichtigen. Die Begriffe sind in allen drei Normen einheitlich aus der Nutzer*innenperspektive zu bestimmen. Je nach konkretem Verwendungskontext führt diese Perspektive aber zu unterschiedlichen Ableitungen, sodass die wortgleichen Vorgaben im Ergebnis nicht inhaltsgleich

⁵⁹ Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 21.

⁶⁰ Bericht zum 1. Testzyklus vom 01.01.2019–30.06.2019.

⁶¹ Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 21.

⁶² Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 22; Bundestagsdrucksache 18/13013, S. 23.

auszulegen sind.

In § 3 Abs. 1 Satz 2 NetzDG beziehen sich die Anforderungen „leicht erkennbar, unmittelbar erreichbar und ständig verfügbar“ auf das Verfahren zur Übermittlung von Beschwerden über rechtswidrige Inhalte. Sie sollen damit dazu beitragen, dass alle Personen, die auf rechtswidrige Inhalte stoßen, diese niedrigschwellig und ohne großen Aufwand melden können.

aa) Leicht erkennbar

Leichte Erkennbarkeit erfordert eine für durchschnittliche Nutzer*innen einfache und optisch effektive Wahrnehmbarkeit.⁶³ Das ist bei Verwendung kleinerer Schrift nicht der Fall.⁶⁴ Zudem muss der Anbieter hinreichend klare Begriffe verwenden, durch die durchschnittliche Nutzer*innen unmissverständlich auf die von ihnen gesuchte Angabe hingewiesen werden.⁶⁵ Nach einer Ansicht setzt dies eine Bezeichnung voraus, die sich ausdrücklich auf das NetzDG bezieht (wie etwa „NetzDG-Beschwerden“).⁶⁶ Dem ließe sich entgegen, dass eine Bezeichnung mit „NetzDG“ die leichte Erkennbarkeit für alle diejenigen durchschnittlichen Nutzer*innen gerade hindert, die Bezeichnung, Funktion und Anwendungsbereich NetzDG nicht kennen. Im Ergebnis lassen sich hier noch keine klaren Vorgaben feststellen.

„Leichte Erkennbarkeit“ bezieht sich allein auf den Meldeweg nach NetzDG. Sie entfällt grundsätzlich nicht, wenn es zwei Meldewege gibt – einerseits für die Meldung wegen Verstoßes gegen Gemeinschaftsstandards, andererseits für die Meldung wegen rechtswidrigen Inhaltes i. S. d. § 1 Abs. 3 NetzDG. Dies gilt selbst dann, wenn die Meldung nach Gemeinschaftsstandards über einen zweiten Meldeweg *noch leichter* zu erkennen bzw. näher an den Inhalten platziert ist als die NetzDG-Meldung. Gegenteiliges lässt sich aus § 3 Abs. 1 Satz 2 NetzDG grundsätzlich nicht folgern, da der Gesetzgeber das Verhältnis zu Gemeinschaftsstandards nicht geregelt hat (s. o. A. II.). Etwas anderes gilt nur dann, wenn die Meldung nach Gemeinschaftsstandards so stark in den Vordergrund der Aufmerksamkeit gerückt wird, dass die NetzDG-Meldung in der Gesamtwahrnehmung nicht mehr als ein alternativer Meldeweg erkannt wird.

bb) Unmittelbar erreichbar

Unmittelbare Erreichbarkeit setzt die Zugangsmöglichkeit zum Beschwerdeverfahren ohne wesentliche Zwischenschritte voraus.⁶⁷ Die überwiegende Meinung in Rechtsprechung und Literatur hält die Anforderung i. R. d. § 5 TMG für gewahrt, wenn die Beschwerde mit zwei Klicks von der Startseite aus erreichbar ist.⁶⁸ Die Nutzer*innenperspektive des § 5 TMG ist mit der des § 3 NetzDG jedoch nur teilweise vergleichbar, da die in § 5 TMG genannten allgemeinen Informationen von Nutzer*innen in der Regel von der Startseite aus gesucht werden, während die Beschwerde über einen rechtswidrigen Inhalt auch in der Nähe des Inhalts gesucht werden kann. Aus dem Wortlaut lässt sich jedoch wohl nicht ableiten, dass der Meldebutton unmittelbar neben den einzelnen Inhalt platziert werden muss. Sofern Netzwerkanbieter ein zentrales NetzDG-Beschwerdeformular vorhalten, lässt sich der Maßstab des § 5 TMG auf § 3 NetzDG übertragen. Ist der Meldebutton dagegen direkt bei den jeweiligen Inhalten platziert, kommt es auf die Klickzahl vom zu meldenden Inhalt aus an. Ein übermäßig langes Scrollen darf in beiden Fällen nicht erforderlich sein.⁶⁹

cc) Ständig verfügbar

Ständig verfügbar ist das Übermittlungsverfahren, wenn es jederzeit, also rund um die Uhr und an jedem Wochentag, möglich ist, Beschwerden zu übermitteln, wobei kurze technische Unterbrechungen (z. B. wegen Wartungsarbeiten) unschädlich sind.⁷⁰

⁶³ Spindler/Schmitz/Liesching, TMG, 2. Aufl. 2018, § 5 TMG Rn. 27 f. m.w.N.

⁶⁴ Spindler/Schmitz/Liesching, TMG, 2. Aufl. 2018, § 5 TMG Rn. 27 m.w.N.

⁶⁵ Spindler/Schmitz/Liesching, TMG, 2. Aufl. 2018, § 5 TMG Rn. 28 ff. m.w.N.

⁶⁶ Spindler/Schmitz/Liesching, TMG, 2. Aufl. 2018, § 3 NetzDG Rn. 7.

⁶⁷ Entsprechend für § 5 TMG Spindler/Schmitz/Liesching, TMG, 2. Aufl. 2018, § 5 TMG Rn. 34.

⁶⁸ Für § 5 TMG Spindler/Schmitz/Liesching, TMG, 2. Aufl. 2018, § 5 TMG Rn. 36 m.w.N.

⁶⁹ Für § 5 TMG Spindler/Schmitz/Liesching, TMG, 2. Aufl. 2018, § 5 TMG Rn. 37 m.w.N.

⁷⁰ Für § 5 TMG Spindler/Schmitz/Liesching, TMG, 2. Aufl. 2018, § 5 TMG Rn. 40 m.w.N.

b) Praxis**aa) Leicht erkennbar und unmittelbar erreichbar**

Alle Netzwerke, zu denen insoweit Informationen vorliegen, haben mindestens einen Meldeweg eingerichtet, über den man jedenfalls auch Beschwerden nach NetzDG anbringen kann.⁷¹ Erkennbarkeit und Erreichbarkeit variieren zwischen den Netzwerkanbietern stark. Das Meldeformular ist teilweise zentral von der Startseite aus, teilweise direkt von den einzelnen Inhalten aus zu erreichen; bei einigen Netzwerkanbietern stehen beide Optionen zur Verfügung.

Das Meldeformular nach NetzDG ist bei allen untersuchten Netzwerken, die dazu Angaben in ihrem Transparenzbericht machen,⁷² mit „Meldung nach NetzDG“ / „fällt unter das Netzwerkdurchsetzungsgesetz“ o.ä., nicht mit „Beschwerde über einen rechtswidrigen Inhalt“ o.ä. benannt. Dies setzt also stets voraus, dass Nutzer*innen wissen, was das NetzDG ist und welche Inhalte von dessen Anwendungsbereich erfasst sind.

bb) Insbesondere: Ausgestaltung des NetzDG-Meldewegs im Verhältnis zur Meldung nach Gemeinschaftsstandards

Auch die Ausgestaltung des NetzDG-Meldewegs im Verhältnis zur Meldung nach netzwerkeigenen Gemeinschaftsstandards variiert erheblich. Alle Netzwerkanbieter, zu denen Informationen vorliegen, haben zwei unterschiedliche Meldewege ausgestaltet;⁷³ Beschwerdeführer*innen haben also die Wahl, ob sie einen Inhalt als rechtswidrig i. S. d. § 1 Abs. 3 NetzDG oder wegen Verstoßes gegen Gemeinschaftsstandards melden.

Die Meldewege nach NetzDG und wegen Verstoßes gegen Gemeinschaftsstandards sind nicht überall gleichrangig platziert. Teilweise kann man aus einem bei den Inhalten platzierten Dropdown-Menü auswählen, ob man einen Verstoß gegen Gemeinschaftsstandards oder i. S. d. NetzDG meldet. Bei anderen Netzwerkanbietern können angemeldete Nutzer*innen innerhalb des allgemeinen „Melden“-Links, der sich unmittelbar bei den Inhalten befindet, mit dem insbesondere Verstöße gegen Gemeinschaftsstandards gemeldet werden können, durch Setzen eines Häkchens nach NetzDG melden. Daneben existiert ein eigenständiges NetzDG-Meldeformular, das sich im Hilfebereich und damit nicht unmittelbar bei den Inhalten befindet.⁷⁴ Bei einer dritten Gruppe von Netzwerkanbietern dagegen gibt es innerhalb des allgemeinen „Melden“-Links, der bei den Inhalten platziert ist, soweit ersichtlich keine Möglichkeit, einen rechtswidrigen Inhalt i. S. d. NetzDG zu melden.⁷⁵ Das NetzDG-Meldeformular befindet sich jeweils im Hilfebereich⁷⁶ und ist damit deutlich schwieriger aufzufinden als der allgemeine „Melden“-Link. Diese letztgenannte Praxis wird von einigen der befragten Rechtsanwält*innen, NGOs, Berufsverbänden und sonstigen Verbänden explizit gerügt. Auch aus Sicht des BfJ ist es jedenfalls dann nicht zulässig, die Meldung wegen Verstoßes gegen Gemeinschaftsstandards deutlich näher an den Inhalten zu platzieren als die NetzDG-Beschwerde, wenn die Gemeinschaftsstandard-Beschwerden nicht im Transparenzbericht erscheinen. Dies ergibt sich aus dem noch nicht rechtskräftigen Bußgeldbescheid gegen die Facebook Ireland Ltd. vom 2. Juli 2019: Dort geht das BfJ davon aus, dass die Anzahl der über den Gemeinschaftsstandards-Meldeweg eingegangenen Beschwerden über rechtswidrige Inhalte nach NetzDG beachtlich sei, diese im Transparenzbericht aber nicht genannt werden. Die Darstellung im veröffentlichten Bericht sei insofern unvollständig.⁷⁷ Das BfJ setzt also voraus, dass die Veröffentlichungspflicht des § 2 Abs. 2 Nr. 3, 7 NetzDG nur dann an den Meldeweg anknüpfen kann, wenn Nutzer*innen eine bewusste Entscheidung zwischen zwei unterschiedlichen Meldewegen treffen können. Eine solche bewusste Entscheidung erfordert aus Sicht des BfJ die gleichrangige Erreichbarkeit der Melderegime.

Für die Praxis folgen aus den weitmaschigen und damit zunächst freiheitsschonenden Vorgaben zur Ausgestaltung der Meldewege erhebliche Unsicherheiten. Dies gilt insbesondere für das ungeklärte Verhältnis der Melderegime zueinander. Eine stärkere Standardisierung der Vorgaben, etwa durch untergesetzliche Regelung,

⁷¹ Change.org, Facebook, Instagram, SoundCloud, Twitter und YouTube (Transparenzberichte 1/2019).

⁷² Change.org, Facebook, Instagram, Reddit, Twitter, YouTube.

⁷³ Zwei unterschiedliche Meldewege bei Change.org, Facebook, Instagram, SoundCloud, Twitter und YouTube.

⁷⁴ Twitter (Bericht Monitoringstelle 1. Testzyklus, S. 31 ff.), YouTube Transparenzbericht 1/2019, S. 11.

⁷⁵ Facebook und Instagram (Bericht Monitoringstelle 1. Testzyklus, S. 3, 18).

⁷⁶ Bericht Monitoringstelle 1. Testzyklus, S. 7, 22.

⁷⁷ PM des BfJ vom 3.7.2019, abrufbar unter <https://www.bundesjustizamt.de/DE/Presse/Archiv/2019/20190702.html> (zul. abgerufen am 20.02.2020).

wäre wünschenswert. Sie schaffte höhere Rechtssicherheit für die Netzanbieter und erleichterte den Nutzer*innen die Orientierung bei den unterschiedlichen Anbietern.

cc) Ständig verfügbar

Dafür, dass die NetzDG-Meldefomulare der Netzanbieter nicht ständig verfügbar i. S. d. § 3 Abs. 1 Satz 1 NetzDG sind, liegen keinerlei Anhaltspunkte vor.

2. § 3 Abs. 1 NetzDG: Inhaltliche und formelle Anforderungen an die Beschwerde

a) Maßstab des NetzDG

Das NetzDG enthält keine ausdrücklichen rechtlichen Anforderungen an den Inhalt der Beschwerde. Es ist daher zu klären, ob und inwieweit die „Beschwerde über einen rechtswidrigen Inhalt“ voraussetzt, dass Beschwerdeführer*innen einerseits alle für die Beurteilung relevanten Tatsachen, andererseits Rechtsansichten vortragen, die begründen, dass und ggf. warum und inwiefern es sich um einen rechtswidrigen Inhalt nach NetzDG handelt.

Anforderungen an die *Darlegung und Substantiierung* der behaupteten Inhalte sind mit Blick auf die dadurch ausgelöste Prüfpflicht zu bestimmen. Da die materielle Prüfpflicht nicht durch das NetzDG, sondern durch die Störerhaftung begründet wird, ist von den Maßstäben der allgemeinen Störerhaftung auszugehen: Entscheidend ist, welche Informationen vorliegen müssen, damit die Netzanbieter Kenntnis von einem (potenziell) rechtswidrigen Inhalt haben.⁷⁸

Nach den *Grundsätzen der allgemeinen Störerhaftung* muss die Beschwerde so konkret gefasst sein, dass Adressat*innen des Hinweises den Rechtsverstoß unschwer – das heißt ohne eingehende rechtliche oder tatsächliche Überprüfung – feststellen können.⁷⁹ Das Ausmaß des Prüfungsaufwandes hängt dabei von den Umständen des Einzelfalls ab, insbesondere vom Gewicht der angezeigten Rechtsverletzungen auf der einen und den Erkenntnismöglichkeiten des Anbieters auf der anderen Seite.⁸⁰ Der Netzanbieter darf die ihm vorliegenden oder zugänglichen Informationen nicht ignorieren, sondern muss sie auswerten und dabei die sich aufdrängenden Schlüsse ziehen.⁸¹ Aus diesen Maßstäben der allgemeinen Störerhaftung folgt also, dass Beschwerdeführer*innen alle Tatsachen angeben müssen, die zur Prüfung der Rechtswidrigkeit des Inhalts nötig sind. Umgekehrt folgt daraus nicht, dass Beschwerdeführer*innen genaue Angaben zur rechtlichen Subsumtion unter einen bestimmten Straftatbestand abverlangt werden dürfen, solange der Netzanbieter ohne eingehende rechtliche Überprüfung erkennen kann, welche der in § 1 Abs. 3 NetzDG genannten Straftatbestände in Betracht kommen.

Ob die Darlegungs- und Substantiierungslasten der allgemeinen Störerhaftung durch die Vorgaben des NetzDG modifiziert werden, ist unklar. Jedenfalls müssen die Netzanbieter eine rechtliche Prüfung nach NetzDG auch dann leisten, wenn diese sich als schwierig gestaltet und mit erheblichem Aufwand verbunden ist. Dies folgt aus dem Gesetzeszweck des NetzDG, die Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken zu verbessern, und aus den Anforderungen an das Prüfverfahren durch das NetzDG. Dieses verlangt von Netzanbietern in § 3 Abs. 4 Satz 3 NetzDG gerade, dass regelmäßig geschulte Personen zur Prüfung der Beschwerden eingesetzt werden. Auch die Möglichkeit, die Entscheidung in schwierigen Fällen an eine Einrichtung der Regulierten Selbstregulierung zu übertragen, spricht dafür, dass das NetzDG den Netzanbietern eine beträchtliche Verantwortung bei der rechtlichen Beurteilung zuweist.

Daraus könnte man folgern, dass eine konkrete rechtliche Einordnung des gemeldeten Inhalts durch Beschwerdeführer*innen nicht verlangt werden darf. Es kann schließlich nicht vorausgesetzt werden, dass rechtliche Laien etwa den Unterschied zwischen Beleidigung, übler Nachrede und Verleumdung kennen und einen Sachverhalt richtig subsumieren. Sollen sie dennoch zwischen verschiedenen Straftatbeständen eine Auswahl treffen, so könnte sie dies von der Meldung abschrecken. Die Netzanbieter sind jedoch gem. § 2 Abs. 2 Nr. 3 NetzDG verpflichtet, im Transparenzbericht die Beschwerden aufgeschlüsselt nach Beschwer-

⁷⁸ A.A. wohl B. Holzner ZUM 2017, 615 (620), der daraus, dass das NetzDG keine Substantiierungslasten auferlegt, auf ein „Spannungsverhältnis“ zur Prüf- und Lösfrist der Netzanbieter schließt.

⁷⁹ MüKo-BGB/Wagner, 7. Aufl. 2017, § 823 Rn. 746; BGHZ 191, 19 Rn. 28.

⁸⁰ BGHZ 191, 19 Rn. 28; BGHZ 191, 219 Rn. 26; BGH NJW 2012, 2345 Rn. 18.

⁸¹ MüKo-BGB/Wagner, 7. Aufl. 2017, § 823 Rn. 744 m.w.N.

degrund anzugeben. Dem können sie nicht nachkommen, wenn sie nicht wissen, aus welchem Grund Beschwerdeführer*innen die Inhalte gemeldet haben. Wollte man der Abschreckungswirkung einer genauen rechtlichen Einordnung durch Beschwerdeführer*innen entgegenwirken, dürfte man von Netzerkanbietern nicht die Angabe eines konkreten Beschwerdegrundes im Transparenzbericht verlangen. Zudem wäre eine Modifikation der Darlegungs- und Beweislast genauer an der Privilegierung des Art. 14 E-Commerce-RiL zu messen. Eine Vermittlung zwischen den gegenläufigen Interessen könnte die Bildung von aussagekräftigen Kategorien von Beschwerdegründen sein, die für Nutzer*innen intuitiv zugänglich sind und deshalb keine Abschreckungswirkung entfalten und zugleich dennoch einen Aufschluss über die Verteilung der Beschwerden zwischen inhaltlichen Problembereichen geben. Die Praxis weist teilweise bereits in eine solche Richtung (siehe nachfolgend).

Formelle Informationsanforderungen bei der Beschwerde sind zulässig, soweit sie notwendig sind, um das Prüfverfahren abzuwickeln. Daraus, dass Beschwerdeführer*innen über die Entscheidung gem. § 3 Abs. 2 Nr. 5 NetzDG zu informieren sind, folgt, dass Kontaktdaten erfragt werden dürfen, soweit sie dem Netzerkanbieter nicht bereits vorliegen. Ebenso darf die Angabe der URL des gemeldeten Inhalts verlangt werden, wenn sich die Meldemöglichkeit nicht direkt bei diesem, sondern zentral z. B. über ein Meldeformular im Impressum befindet, da der Netzerkanbieter sonst nicht oder nur mit großem Aufwand feststellen kann, um welchen Inhalt es überhaupt geht. Wegen ihrer Abschreckungswirkung sind solche formellen Anforderungen dagegen nach NetzDG hochproblematisch, die für die Bearbeitung der Beschwerde durch den Netzerkanbieter nicht notwendig sind. Dazu gehören etwa Angaben zum Beruf von Beschwerdeführer*innen. Bei der Erhebung nicht notwendiger persönlicher Daten sind zudem die datenschutzrechtlichen Vorgaben zu beachten.

b) Praxis

Einige Netzerkanbieter stellen über die für die Wahrnehmung ihrer gesetzlichen Pflichten notwendigen Informationen hinaus Anforderungen inhaltlicher oder formeller Art, die wegen ihrer Abschreckungswirkung dem Gesetzeszweck zuwiderlaufen.

aa) Anforderungen inhaltlicher Art

Die meisten Netzerkanbieter fordern Beschwerdeführer*innen auf, zu erläutern, warum es sich aus ihrer Sicht um einen rechtswidrigen Inhalt handelt. Angaben dazu sind jedoch nicht bei allen Netzwerken verpflichtend. Soweit damit Ausführungen zu den tatsächlichen Umständen und nicht zu Rechtsansichten erfragt werden, ist diese Praxis der Netzerkanbieter zur Erfüllung ihrer Prüfpflichten nicht zu beanstanden.

Mehrere Netzwerke fordern die Beschwerdeführer auf, Angaben dazu zu machen, welcher konkrete Straftatbestand aus ihrer Sicht verletzt ist.⁸² Dies wird von einigen Rechtsanwält*innen, NGOs, Berufsverbänden und sonstigen Verbänden ausdrücklich kritisiert. Es ist jedoch unklar, wie die Netzerkanbieter mit der Abfrage konkret einschlägiger Straftatbestände umgehen – zwei mögliche Ausgestaltungen der Netzerkanbieter sind zu unterscheiden:

(1) Die eingeforderten Angaben zu aus Sicht des Beschwerdeführers erfüllten Straftatbeständen können einerseits lediglich dazu dienen, dem Beschwerdeführer den Ernst einer Meldung nach NetzDG zu verdeutlichen, die Beschwerde besser zu verstehen und (auch bei Erfüllung der Transparenzpflichten aus § 2 Abs. 2 Nr. 3 NetzDG) einzuordnen und den Einstieg in die rechtliche Prüfung durch den Netzerkanbieter zu vereinfachen.

⁸² So etwa praktiziert von Twitter (Transparenzbericht 1/2019) und Facebook (Transparenzbericht 1/2019). Anders dagegen YouTube (Transparenzbericht 1/2019): „Der durchschnittliche Beschwerdeführer wird als juristischer Laie überfordert sein, wenn er mit einer Vielzahl von zudem komplexen Einzelatbeständen des Strafrechts konfrontiert und so gegebenenfalls sogar von einer Meldung abgeschreckt wird. Er wird die einschlägigen Straftatbestände in der Regel nicht kennen und wird nicht in der Lage sein, bei der Einreichung seiner NetzDG Beschwerde jeweils den bzw. die richtigen Tatbestände anzugeben. Zudem können gemeldete Inhalte mehr als einen der aufgelisteten Straftatbestände verletzen. So wird beispielsweise ein Video, mit dem neue Mitglieder oder Unterstützer einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung (§§ 129, 129a StGB) geworben werden sollen, üblicherweise zugleich Symbole wie etwa eine Flagge verwenden, die gegebenenfalls nach §§ 86, 86a StGB strafbar sind; zusätzlich könnte sogar der Tatbestand einer Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat gemäß § 89a StGB erfüllt sein. Um das Beschwerdeverfahren zu vereinfachen und die Beschwerdeführer bei der Einreichung ihrer Beschwerden nach dem NetzDG zu unterstützen, haben wir daher für das NetzDG-Meldeverfahren sieben Inhaltskategorien gebildet, die die 21 einschlägigen Straftatbestände erfassen, in einer allgemeinverständlichen Weise abbilden und kategorisieren. Damit erreichen wir zugleich, juristische Straftatbestände, die sehr abstrakt sind und einen oft weiten Anwendungsbereich aufweisen, für juristische Laien greifbarer zu machen.“ (Im Anschluss Auflistung der von YouTube gebildeten Kategorien mit jeweils umfassten Straftatbeständen.)

Der Netzwerkanbieter prüft die Beschwerde dann aber dennoch auf alle in § 1 Abs. 3 NetzDG genannten in Betracht kommenden Tatbestände.

(2) Andererseits ist eine Ausgestaltung denkbar, die die Prüfung durch die Netzwerkanbieter auf die vom Beschwerdeführer genannten Straftatbestände beschränkt.

Angesichts des noch unklaren Umfangs der Darlegungs- und Substantiierungslasten der Beschwerdeführer*innen sind hier unterschiedliche Ausgestaltungen möglich. Die zweite Alternative steht jedoch erkennbar in Spannung zum zentralen Gesetzeszweck der Löschung gemeldeter rechtswidriger Inhalte.

bb) Angaben formeller Art

Der Blick auf die Praxis der Netzwerkanbieter ergibt ein gemischtes Bild: Bei einem Netzwerkanbieter werden zahlreiche nicht notwendige Angaben zur eigenen Person verlangt, etwa als Pflichtangabe der Name und Anschrift sowie eine gültige Mailadresse, optional die Angabe des Arbeitgebers und eine genaue Berufsbezeichnung.⁸³ Andere Netzwerkanbieter fordern nur für das Prüfverfahren notwendige Angaben ein, soweit diese nicht bereits vorliegen: einen Link zum Inhalt selbst, Name und Kontaktdaten. Teilweise wird eine Erklärung, dass die Angaben in der Meldung wahr und vollständig sind, gefordert. Die Abfrage nicht notwendiger Angaben ist problematisch.

3. Beschwerdeweg: Belehrungen durch die Netzwerkanbieter

Wegen ihrer *Abschreckungswirkung* sind je nach Ausgestaltung Warnungen von Netzwerkanbietern vor Absenden der Beschwerde problematisch. Wird sehr nachdrücklich vor Absenden der Beschwerde gewarnt, kann der Eindruck entstehen, Netzwerkanbieter wollten sich ihrer Prüflast entledigen, statt die Beschwerdeführer*innen zu schützen. Problematisch können in diesem Zusammenhang etwa sein: der Hinweis von Netzwerkanbietern, bei falscher Bezeichnung machten sich Beschwerdeführer*innen ggf. selbst strafbar oder könnten aus der Community ausgeschlossen werden, oder die Empfehlung, ggf. eine*n Rechtsanwält*in hinzuzuziehen. Dasselbe gilt für den Hinweis, bei „falschen“ Meldungen könne sich die Wahrscheinlichkeit verringern, dass zukünftige Meldungen überprüft oder akzeptiert werden.

Bei einigen Netzwerkanbietern finden sich Warnungen, denen Abschreckungswirkung zukommt oder je nach Kontext zukommen kann. So etwa werden Beschwerdeführer*innen bei einem Netzwerkanbieter vor einem Ausschluss aus der Community gewarnt.⁸⁴ Ein anderer Netzwerkanbieter empfiehlt, ggf. eine*n Rechtsanwält*in hinzuzuziehen.⁸⁵ Ein Netzwerkanbieter belehrt: „Ich verstehe, dass sich durch die Einsendung unvollständiger, ungültiger oder falscher Meldungen die Wahrscheinlichkeit verringern kann, dass diese Meldung (sowie zukünftige Meldungen) von den (...) Systemen überprüft oder akzeptiert werden.“⁸⁶ Unvollständige, ungültige oder falsche Meldungen reduzieren weder die Störerhaftung von Intermediären in zukünftigen Fällen noch verschieben sie die Darlegungslast zulasten von Beschwerdeführer*innen. Entsprechende Hinweise sind daher sehr problematisch.

Teils geäußerte Befürchtungen einer hohen Zahl *missbräuchlicher Meldungen*, also solcher Meldungen, die erkennbar oder angesichts der Eindeutigkeit höchstwahrscheinlich in Kenntnis der Rechtmäßigkeit des Inhalts gemacht werden, etwa um Poster*innen gemeldeter Inhalte zu schikanieren oder den Arbeitsaufwand der Netzwerkanbieter zu erhöhen, haben sich laut Angaben der Netzwerkanbieter nicht realisiert. Eine Schätzung sei schwierig. Ein Netzwerkanbieter gibt an, dass zwar viele Meldungen sich auf Inhalte bezögen, die nicht rechtswidrig seien (1. Halbjahr 2019: 76,62 %), dass zumeist aber keine Hinweise auf Missbrauch vorlägen. Soweit ersichtlich, hatten missbräuchliche Meldungen bisher keine Konsequenzen für die Beschwerdeführer*innen. Ein Netzwerkanbieter weist jedoch darauf hin, dass missbräuchliche Meldungen für kleinere Netzwerkanbieter problematisch sein könnten und sieht dort eine Gefahr von Overblocking (zu Overblocking s. B. II. 11.).

⁸³ Facebook (Bericht Monitoringstelle 1. Testzyklus, S. 8).

⁸⁴ Twitter laut Bericht Monitoringstelle 1. Testzyklus.

⁸⁵ Facebook laut Bericht Monitoringstelle 1. Testzyklus.

⁸⁶ Twitter laut Bericht Monitoringstelle 1. Testzyklus.

4. § 3 Abs. 1 NetzDG: Beschwerdeführer*innen

§ 3 Abs. 1 Satz 2 NetzDG beschränkt die in Abs. 2 ausdifferenzierten Anforderungen an das Beschwerdeverfahren auf „Nutzer“. Dieser Begriff entspricht laut Gesetzgebung dem Nutzerbegriff in § 2 Satz 1 Nr. 3 TMG⁸⁷ und erfasst damit „jede natürliche oder juristische Person, die Telemedien nutzt, insbesondere um Informationen zu erlangen oder zugänglich zu machen“. Nutzer kann folglich auch sein, wer selbst nicht registriert ist.⁸⁸ Nicht erfasst sind dagegen Dritte, insbesondere Betroffene rechtswidriger Inhalte (z. B. Tatopfer von Straftaten gegen die persönliche Ehre wie etwa Beleidigungen), solange sie selbst nicht auf Inhalte zugreifen und damit (registrierte oder nicht-registrierte) Nutzer*innen des sozialen Netzwerks werden.

Neben Nutzer*innen können auch Beschwerdestellen Inhalte nach NetzDG melden, wie sich aus § 2 Abs. 2 Nr. 3, 7 und 8 NetzDG ergibt. Hinweise zu Aufgaben und Stellung der Beschwerdestellen finden sich in den Gesetzesmaterialien nicht.

Alle Netzwerkanbieter haben Beschwerdeverfahren sowohl für registrierte als auch für nicht registrierte Nutzer*innen eingerichtet. Dazu, wie viele Beschwerden jeweils übermittelt werden, liegen keine Angaben vor.

Als Beschwerdestellen sind Eco – Verband der Internetwirtschaft e. V.,⁸⁹ jugendschutz.net⁹⁰ und FSM⁹¹ in Erscheinung getreten. Der Anteil von Beschwerden durch Beschwerdestellen unterscheidet sich unter den Netzwerkanbietern stark: Beschwerden von Beschwerdestellen machen zwischen null Prozent und einem Drittel der Beschwerden aus.⁹² Dabei weist ein Netzwerkanbieter darauf hin, dass diese Zahlen auf der Angabe der Beschwerdeführer*innen beruhen und die Richtigkeit dieser Angabe vom Netzwerkanbieter nicht überprüft werden kann.⁹³

Die Abhilfequote bei Beschwerden von Beschwerdestellen ist etwas höher als bei Beschwerden durch Einzelpersonen. Beschwerden von Beschwerdestellen wird in 18,08 % der Fälle und damit bei vielen Netzwerkanbietern etwas häufiger stattgegeben als Beschwerden von Einzelpersonen (Stattgabe 14,05 %).⁹⁴ Als Grund wird angegeben, Beschwerdestellen meldeten nicht rechtsmissbräuchlich. Es erscheint jedenfalls plausibel, dass wegen größerer Erfahrung und Rechtskenntnisse der Beschwerdestellen weniger Inhalte gemeldet werden, die nur aus Laiensicht rechtswidrig zu sein scheinen. Zudem könnte hinzukommen, dass Meldungen von Beschwerdestellen von einigen Netzwerkanbietern ernster genommen und sorgfältiger geprüft werden. Bei einem Netzwerkanbieter gibt es allerdings laut Angaben im Fragebogen keine nennenswerten Unterschiede zwischen Entfernungen auf Beschwerden von Einzelpersonen und von Beschwerdestellen. Im Zeitraum von Januar bis Juni 2019 seien 24,5 % der von Nutzer*innen als rechtswidrig gemeldeten Inhalte entfernt worden, bei den von Beschwerdestellen gemeldeten Inhalten seien es 20,1 %, also sogar etwas weniger.

Die Beschwerdestellen sind damit wichtige Akteure zur Erreichung des gesetzgeberischen Zwecks des NetzDG.

5. § 3 Abs. 1 Satz 1 NetzDG: rechtswidrige Inhalte

Der Begriff „rechtswidriger Inhalt“ ist in § 1 Abs. 3 NetzDG legaldefiniert. Danach sind dies Inhalte, die einen der genannten Tatbestände erfüllen und nicht gerechtfertigt sind. Auf die Schuld des*der Poster*in kommt es also nicht an. Soweit in der Literatur ein Bruch mit der herkömmlichen Strafrechtsdogmatik kritisiert wird, da nach dieser nur Taten, nicht aber Inhalte strafbar sein könnten,⁹⁵ soll dies einen Verstoß der Regelung gegen das verfassungsrechtliche Bestimmtheitsgebot belegen.⁹⁶ Da die Einhaltung verfassungsrechtlicher Maßstäbe nicht Bestandteil dieser Evaluation ist, ist hier nur zu beleuchten, ob und wie der Begriff „rechtswidrige Inhalte“ sich in der Praxis operationalisieren lässt. Das NetzDG ist von vornherein kein Teil des Strafrechts, sondern

⁸⁷ Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 18.

⁸⁸ So auch Spindler/Schmitz/Liesching, TMG, 2. Aufl. 2018, § 1 NetzDG Rn. 53.

⁸⁹ ZEIT online, Netzwerkdurchsetzungsgesetz findet kaum Anwendung, 12.03.2019, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-03/netzdg-netzwerkdurchsetzungsgesetz-jahresbericht-eco-beschwerdestelle?print>, (zul. abgerufen am 20.02.2020).

⁹⁰ Spindler/Schmitz/Liesching, TMG, 2. Aufl. 2018, § 2 NetzDG Rn. 17.

⁹¹ Twitter Transparenzbericht 1/2019.

⁹² Change.org 0 %, Facebook rund 18,2 %, Instagram rund 20,5 %, Reddit rund 3,5 %, Youtube rund 32,5 % (jeweils laut Transparenzbericht 1/2019).

⁹³ YouTube Transparenzbericht 1/2019, S. 3.

⁹⁴ Stattgabequoten im 1. Halbjahr 2019 unter Einbeziehung von Change.org, Facebook, Instagram, Reddit, Twitter und YouTube; vgl. Anhang.

⁹⁵ Spindler/Schmitz/Liesching, TMG, 2. Aufl. 2018, § 1 NetzDG Rn. 73.

⁹⁶ Ebd.

setzt auf der allgemeinen zivilrechtlichen Störerhaftung auf. Wie auch sonst im Rahmen der Störerhaftung löst jeder objektiv rechtswidrige Beitrag die Prüf- und Entfernungspflicht aus, unabhängig davon, ob der subjektive Tatbestand erfüllt ist. Mit der Aufzählung bestimmter Straftatbestände in § 1 Abs. 3 NetzDG wollte der Gesetzgeber nicht suggerieren, dass sich die Poster*innen gemeldeter Inhalte nach diesen strafbar gemacht haben müssen, um Pflichten der Netzwerkanbieter auszulösen. Vielmehr dient § 1 Abs. 3 NetzDG dazu, den Anwendungsbereich des NetzDG auf Inhalte mit großem Schädigungspotential zu beschränken.

Dafür, dass der Begriff des rechtswidrigen Inhalts in der Praxis etwa wegen einer Prüfung des subjektiven Tatbestands zu Schwierigkeiten bei der Subsumtion führt, sind keine Anhaltspunkte ersichtlich. Dies könnte daran liegen, dass die Netzwerkanbieter den subjektiven Tatbestand außer Betracht lassen, oder daran, dass sie bei Verwirklichung des objektiven Tatbestands der in § 1 Abs. 3 NetzDG aufgeführten Delikte in der Regel auf das Vorliegen des subjektiven Tatbestands schließen können.

6. § 3 Abs. 1 Satz 1 NetzDG: wirksames und transparentes Verfahren für den Umgang mit Beschwerden

§ 3 Abs. 1 Satz 1 NetzDG verpflichtet die Netzwerkanbieter zu einem wirksamen und transparenten Verfahren für den Umgang mit Beschwerden.

Die Anforderung „wirksam“ wird durch § 3 Abs. 2 und 3 NetzDG konkretisiert, die Anforderung „transparent“ durch §§ 2, 3 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 Nr. 3a und Nr. 5 NetzDG abgesichert.⁹⁷ Die Konkretisierungen bzw. Absicherungen sind jedoch nicht zwingend abschließend zu verstehen. Eine Praxis der Netzwerkanbieter, die der Wirksamkeit oder Transparenz in einer Weise widerspräche, die in §§ 2, 3 NetzDG nicht explizit angesprochen ist, wäre ebenfalls gesetzeswidrig. So lässt sich aus der Anforderung „wirksam“ etwa ableiten, dass das Beschwerde- und das Prüfverfahren in einer Sprache angeboten werden müssen, die von den meisten potenziellen Nutzer*innen im Inland verstanden wird. Dies ist jedenfalls die Sprache, in der die Plattforminfrastruktur in Deutschland zur Verfügung steht und genutzt wird, in der Regel also Deutsch bzw. Englisch. Darüber hinaus lassen sich aus den beiden Tatbestandsmerkmalen keine Anforderungen an die Ausgestaltung des Prüfverfahrens ableiten.

Die meisten Netzwerkanbieter bieten ein deutschsprachiges Beschwerde- und Prüfverfahren an. Es gibt aber Ausnahmen: So erfolgen etwa bei einem Netzwerkanbieter Antworten auf eine Beschwerde hin teils auf Deutsch, teils auf Englisch,⁹⁸ obwohl die Plattform in einer deutschen Version genutzt werden kann. Bei einer englischsprachigen Plattform erfolgt der Zugang zum NetzDG-Meldeformular nur in englischer Sprache, das Formular selbst ist aber auf Deutsch,⁹⁹ sodass Beschwerdeführer*innen auch davon ausgehen können, es auf Deutsch ausfüllen zu dürfen.

Darüber hinaus wird die Praxis bei den jeweiligen konkretisierenden Tatbestandsmerkmalen dargestellt.

7. § 3 Abs. 2 Nr. 1 NetzDG: unverzügliche Kenntnisnahme und Prüfung

a) „unverzüglich Kenntnis nimmt“

Nach § 3 Abs. 2 Nr. 1 NetzDG muss der Netzwerkanbieter unverzüglich von der Beschwerde Kenntnis nehmen und diese prüfen. Versteht man „unverzüglich“ als „ohne schuldhaftes Zögern“ und im Lichte von § 3 Abs. 2 Nr. 2 NetzDG, der eine Entfernung unter bestimmten Umständen schon innerhalb von 24 Stunden verlangt, wird „unverzüglich“ hier für die Kenntnisnahme einen Zeitraum von in der Regel nicht mehr als 24 Stunden meinen; für die Prüfung einen Zeitraum von in der Regel bis zu sieben Tagen (vgl. § 3 Abs. 2 Nr. 3 NetzDG).

Ob die Netzwerkanbieter stets unverzüglich Kenntnis nehmen, lässt sich nicht überprüfen (anders aber, ob sie in den vorgegebenen Fristen über die Beschwerde entscheiden (s. u.)).

⁹⁷ Ähnlich Spindler/Schmitz/Liesching, TMG, 2. Aufl. 2018, § 1 NetzDG Rn. 3.

⁹⁸ Facebook (Bericht Monitoringstelle 1. Testzyklus, S. 8 f).

⁹⁹ Reddit Transparenzbericht 1/2019, Kap. 2A.

b) „prüft, ob der in der Beschwerde gemeldete Inhalt rechtswidrig und zu entfernen oder der Zugang zu ihm zu sperren ist“

aa) Prüfverfahren: Verhältnis von NetzDG und Gemeinschaftsstandards

Das NetzDG stellt keine konkreten Anforderungen auf, wie das Prüfverfahren selbst ausgestaltet sein muss. Insbesondere verhält es sich nicht ausdrücklich dazu, inwiefern bei einer Meldung nach NetzDG zunächst das allgemeine Prüfverfahren von Meldungen nach Gemeinschaftsstandards durchlaufen und der Inhalt schon auf dieser Grundlage entfernt werden darf (allg. zum Verhältnis des NetzDG zu Gemeinschaftsstandards s. o. A. II.).

Nimmt man als vorrangiges gesetzgeberisches Ziel einer NetzDG-Beschwerde die Entfernung aller gem. § 1 Abs. 3 NetzDG rechtswidrigen Beiträge oder geht man von einer Nachrangigkeit eines NetzDG-konformen Prüfverfahrens auch bei „Beschwerden über rechtswidrige Inhalte“ gem. NetzDG aus, so wird dieses Ziel auch erreicht, wenn die Netzwerkanbieter vorrangig nach Gemeinschaftsstandards prüfen und ggf. entfernen. Betrachtet man als Ziel einer NetzDG-Beschwerde hingegen, formell ein Prüfverfahren nach § 3 NetzDG mit allen daran gestellten Anforderungen auszulösen, so stellt für diese ein vorgeschaltetes Prüfverfahren entsprechend den Meldungen nach Gemeinschaftsstandards auch (oder sogar gerade) im Falle der Löschung eine zumindest partielle Umgehung des NetzDG dar.

Denn im Ansatz keine Rolle spielen bei einem Prüfverfahren wegen Verletzung der Gemeinschaftsstandards die im NetzDG gesetzlich verankerten Garantien für die Beschwerdeführer*innen, namentlich die Fristen aus § 3 Abs. 2 Nr. 2 und 3 NetzDG, die Benachrichtigungspflicht aus § 3 Abs. 2 Nr. 5 NetzDG sowie insbesondere die gesetzlichen Verfahrensanforderungen, die einen angemessenen Interessenausgleich zwischen Betroffenen und Poster*innen (§ 3 Abs. 2 Nr. 3 lit. a NetzDG) oder bestimmte Qualitätsanforderungen an die Prüfung (§ 3 Abs. 4 NetzDG) sicherstellen sollen.

Einige dieser Pflichten können grundsätzlich von den Netzwerkanbietern auch bei einer vorrangigen Prüfung entsprechend der Beschwerden über die Verletzung von Gemeinschaftsstandards eingehalten werden. So können die NetzDG-Fristen unabhängig vom Löschrund eingehalten werden, soweit sie prioritär behandelt, auch bei Beschwerden gegen Gemeinschaftsstandards ohnehin eingehalten oder noch im Rahmen der Frist bei Übereinstimmung mit den Gemeinschaftsstandards eigenständig mit Blick auf das NetzDG geprüft werden. Die Informations- und Begründungspflicht des § 3 Abs. 2 Nr. 5 NetzDG oder die Beweissicherungspflichten laufen nicht leer, wenn entsprechende Mitteilungen oder Sicherungen auch bei Bejahung eines Verstoßes gegen Gemeinschaftsstandards vorgenommen werden. Die Qualitätssicherungen gem. § 3 Abs. 4 NetzDG sind freilich nur eingehalten, wenn sie entweder auch im Meldeverfahren wegen Verstoßes gegen Gemeinschaftsstandards eingehalten werden oder bei „Beschwerden über rechtswidrige Inhalte“ i. S. d. NetzDG eine nachgelagerte, eigene Prüfung erfolgt.

Die meisten Netzwerkanbieter prüfen auch ausdrücklich wegen Verstoßes gegen das NetzDG gemeldete Inhalte zunächst auf einen Verstoß gegen ihre jeweiligen Gemeinschaftsstandards. Nur wenn ein solcher nicht vorliegt, wird in einem zweiten Schritt geprüft, ob der Inhalt rechtswidrig i. S. d. § 1 Abs. 3 NetzDG ist¹⁰⁰ – damit aktualisieren sich hier bei den nach Gemeinschaftsstandards gelöschten oder gesperrten Inhalten regelmäßig die vorangehend genannten Abweichungen von Vorgaben des NetzDG. Ein Netzwerkanbieter dagegen prüft eine Beschwerde erst auf Rechtswidrigkeit i. S. d. NetzDG, dann auf Verstoß gegen Gemeinschaftsstandards.¹⁰¹

Ob ausdrücklich als rechtswidrige Inhalte i. S. d. § 1 Abs. 3 NetzDG gemeldete Inhalte von den Netzwerkanbietern teilweise ungeprüft blieben, lässt sich nicht ermitteln. Zwar hat die Monitoringstelle nach § 3 Abs. 5 NetzDG entsprechende Zahlen von Beschwerden, auf die keine Reaktion erfolgte, erhoben. Allerdings wird hier nicht zwischen Beschwerden nach NetzDG und Beschwerden wegen Verstoßes gegen Gemeinschaftsstandards differenziert. Da viele Netzwerkanbieter Beschwerdeführer*innen bei Prüfung nach Gemeinschaftsstandards nicht benachrichtigen, könnte sich die Zahl der vermeintlich ignorierten Meldungen auch daraus ergeben, dass allein auf einen Verstoß gegen Gemeinschaftsstandards hin gemeldete und geprüfte Inhalte nicht entfernt wurden, weil sie aus Sicht des Netzwerkanbieters nicht gegen Gemeinschaftsstandards verstießen.

¹⁰⁰ So ausdrücklich Facebook und Instagram im jeweiligen Transparenzbericht 1/2019, S. 3; Reddit Transparenzbericht 1/2019, Kap. 2 B; Twitter Transparenzbericht 1/2019; Youtube Transparenzbericht 1/2019, S. 18.

¹⁰¹ Change.org Transparenzbericht 1/2019.

bb) Ausgestaltung der Prüfung nach NetzDG

Das NetzDG macht keine näheren Vorgaben zur Ausgestaltung des Prüfverfahrens im Einzelnen.

Soweit aus den Transparenzberichten ersichtlich, haben die Netzwerkanbieter für „Beschwerden über rechtswidrige Inhalte“ alle ein *gestuftes Prüfverfahren* mit mehreren Eskalationsstufen eingerichtet: In der Regel erfolgt zunächst eine Prüfung durch interne oder externe Sachbearbeiter*innen, bei Schwierigkeiten wird dann die Rechtsabteilung und anschließend ggf. noch eine externe Rechtsanwaltskanzlei tätig. Welche Stufen unternehmensintern erfolgen und welche an Externe delegiert werden, unterscheidet sich je nach Netzwerkanbieter.¹⁰² Bei einer Gruppe von Netzwerkanbietern sind die für NetzDG-Beschwerden zuständigen Personen dieselben wie die für Verstöße gegen Gemeinschaftsstandards Zuständigen,¹⁰³ bei den anderen Netzwerkanbietern sind dagegen unterschiedliche Bearbeitungsteams zuständig.¹⁰⁴ Unterschiedliche Bearbeitungsteams werfen bei einem gestuften Prüfverfahren die zuvor genannten Fragen auf.

8. § 3 Abs. 2 Nr. 2 NetzDG: Entfernung / Sperrung offensichtlich rechtswidriger Inhalte innerhalb von 24 Std.**a) Differenzierung zwischen „offensichtlich rechtswidrig“ und „rechtswidrig“**

Das NetzDG differenziert zwischen „offensichtlich rechtswidrigen Inhalt(en)“, § 3 Abs. 2 Nr. 2 NetzDG, die innerhalb von 24 Stunden zu entfernen bzw. zu sperren sind, und (bloß) „rechtswidrigen Inhalt(en)“, § 3 Abs. 2 Nr. 3 NetzDG, die innerhalb von in der Regel sieben Tagen zu entfernen bzw. zu sperren sind.

Zweck der Differenzierung ist, evident rechtswidrige Inhalte so schnell wie möglich zu entfernen.¹⁰⁵ Diese stellen häufig zugleich besonders schwere Rechtsgutsverletzungen dar. Aus der Offensichtlichkeit des Verstoßes folgt in der Regel eine besondere Missachtung der rechtlichen Grenzen.¹⁰⁶ Andererseits soll eine sorgfältige Prüfung der Netzwerkanbieter gewährleistet werden, soweit dies erforderlich ist.¹⁰⁷

In der juristischen Literatur wird diskutiert, wann Offensichtlichkeit vorliegt und ob die Netzwerkanbieter eine Unterscheidung zwischen offensichtlich rechtswidrigen Inhalten und bloß rechtswidrigen Inhalten überhaupt treffen können.

Laut Gesetzesbegründung liegt Offensichtlichkeit vor, wenn keine vertiefte Prüfung erforderlich ist, insbesondere bei evidenten Fällen von Hasskriminalität und Gewaltverherrlichung.¹⁰⁸ Dass Offensichtlichkeit angesichts der Kontextgebundenheit von Äußerungen und der in der Regel daraus resultierenden komplexen Grundrechtsabwägung je vorliegt, wird von Teilen der Literatur und der Praxis bestritten.¹⁰⁹ Hier ließe sich einwenden, dass etwa Fälle eindeutiger Formalbeleidigungen,¹¹⁰ bewusst unwahrer strafbarer Tatsachenbehauptungen oder „plumper“ und eindeutiger Holocaust-Leugnung (§ 130 Abs. 3 StGB), die keine umfassende Abwägung nach

¹⁰² Bei Change.org etwa wird jeder Beschwerdegegenstand zunächst von einem deutschen Team beurteilt; in schwierigen Fällen wird zunächst im deutschen Team und mit dem globalen Policy Team beraten und im Zweifel externer Rechtsrat eingeholt (Change.org Transparenzbericht 1/2019, Kap. 3.1.). Bei Facebook und Instagram werden NetzDG-Beschwerden, die nicht bereits wegen Verstoßes gegen Gemeinschaftsstandards gelöscht wurden, zunächst durch Mitglieder von Partnerunternehmen in Dublin und Austin überprüft. In schwierigen Fällen wird die Beschwerde an einen Facebook-Mitarbeiter weitergeleitet. Kommt auch dieser zu keinem eindeutigen Ergebnis, wird der Rat externer deutscher Rechtsanwälte eingeholt (Facebook bzw. Instagram Transparenzbericht 1. Halbjahr 2019, Kap. 4A.). Bei Twitter werden Beschwerden nach NetzDG teils von internen, teils von externen Personen geprüft (Twitter Transparenzbericht 1. Halbjahr 2019). Bei YouTube ist zuerst ein Sachbearbeiter mit der Beschwerde erfasst, der diese bei Bedarf einem Senior Content Reviewer übergibt. Komplexe Beschwerden gehen zunächst an die YouTube-Rechtsabteilung, dann ggf. an die Google Germany GmbH-Rechtsabteilung und anschließend bei Bedarf an eine externe Rechtsanwaltskanzlei (YouTube Transparenzbericht 1/2019, S. 19).

¹⁰³ Change.org Transparenzbericht 1/2019.

¹⁰⁴ YouTube Transparenzbericht 1/2019, S. 21.

¹⁰⁵ Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 22.

¹⁰⁶ Vgl. auch *Eifert*, Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz und Plattformregulierung, in: *Eifert/Gostomzyk* (Hrsg.), *Netzwerkrecht*, S. 9, 17.

¹⁰⁷ Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 23.

¹⁰⁸ Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 22.

¹⁰⁹ *Spindler/Schmitz/Liesching*, *TMG*, 2. Aufl. 2018, § 3 NetzDG Rn. 14 f.; ebenso eine Schwerpunkt-StA im Fragebogen.

¹¹⁰ So auch *Höch K&R* 2017, 289 (291).

sich ziehen, auch angesichts der grundsätzlich meinungsfreundlichen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts¹¹¹ möglich sind.¹¹² Grundsätzlich ist die Offensichtlichkeit jedenfalls ein übliches juristisches Differenzierungskriterium.¹¹³

Für die Frage, ob der Inhalt offensichtlich rechtswidrig ist, kommt es nach Systematik, Sinn und Zweck auf die Sicht einer*s durchschnittlich geschulten Prüfer*in an.¹¹⁴ Daraus ergibt sich, dass Inhalte in seltenen Sprachen, die niemand im Prüfteam beherrscht, selbst dann nicht offensichtlich rechtswidrig sind, wenn ihre Bewertung leicht fiele, wäre der Inhalt in deutscher Sprache.

In der Praxis muss sich die genaue Abgrenzung zwischen offensichtlich rechtswidrigen und nicht offensichtlich rechtswidrigen Inhalten noch herausbilden. Das Kriterium der „Offensichtlichkeit“ wird unterschiedlich bewertet. Bedenkt man, dass den Transparenzberichten der Netzwerkanbieter zufolge der weitaus größte Teil der entfernten Inhalte innerhalb der 24-Stunden-Frist des § 3 Abs. 2 Nr. 2 NetzDG entfernt wird,¹¹⁵ verliert die Unterscheidung an Brisanz: Ob all diese Inhalte von den Netzwerkanbietern als „offensichtlich rechtswidrig“ eingestuft werden oder ob alle Beschwerden ohne Differenzierung in der Regel innerhalb von 24 Stunden bearbeitet werden, ist aus diesen Zahlen unmittelbar nicht ersichtlich. Soweit Netzwerkanbieter zum Anteil offensichtlich rechtswidriger Inhalte in den Fragebögen Angaben gemacht haben, unterscheiden sich diese sehr: Ein Netzwerkanbieter gibt den Anteil offensichtlich rechtswidriger Inhalte mit 95 % an, ein anderer mit 8,69 %.

Die befragten Rechtsanwält*innen, NGOs, Berufsverbände und sonstigen Verbände halten überwiegend die Unterscheidung zwischen „rechtswidrig“ und „offensichtlich rechtswidrig“ für praktikabel und sachgerecht. Die befragten Netzwerkanbieter halten die Unterscheidung dagegen einhellig für schwierig. Ein Netzwerkanbieter weist darauf hin, dass viele auf den ersten Blick „heftige“ Äußerungen oft keinesfalls rechtswidrig seien. Ein anderer gibt an, abhängig vom Rechtsbereich seien offensichtlich rechtswidrige Inhalte häufiger oder seltener. Während in einigen Rechtsbereichen der Anteil der etwaig offensichtlich rechtswidrigen Inhalte besonders hoch zu sein scheine, etwa im Bereich der Pornographie, sei der Anteil in anderen Bereichen, etwa bei Persönlichkeitsrechtsverletzungen, besonders niedrig.

b) Kollision mit der Störerhaftung?

In der Literatur wird befürchtet, die 24-Stunden-Frist könne mit der vom BGH etablierten Störerhaftung kollidieren, die den Netzwerkanbieter verpflichte, vor der Entscheidung über Entfernen bzw. Sperrung des Inhalts Stellungnahmen des Nutzers wie des Beschwerdeführers einzuholen.¹¹⁶ Eine solche Verpflichtung besteht jedoch nur, wenn die Einordnung des Inhalts aus Sicht des Netzwerkanbieters gerade nicht auf der Hand liegt.¹¹⁷ In diesem Fall handelt es sich auch nicht um einen offensichtlich rechtswidrigen Inhalt i. S. d. § 3 Abs. 2 Nr. 2 NetzDG, sodass die Befürchtung eines Widerspruchs zur Störerhaftung unbegründet ist.

c) Frist von 24 Stunden für offensichtlich rechtswidrige Inhalte ausreichend?

Die Einschätzungen der Akteur*innen zur Länge der Frist fallen differenziert aus. Die 24-Stunden-Frist wird von den befragten Rechtsanwält*innen mehrheitlich für ausreichend lang erachtet. Laut einer befragten NGO ist die Frist von 24 Stunden für einige Inhalte sogar zu lang: Etwa bei Kinderpornographie sei eine unverzügliche Entfernung bzw. Sperrung geboten.

Die Netzwerkanbieter stehen der 24-Stunden-Frist skeptischer gegenüber: Zwar konnte ein Netzwerkanbieter nach eigenen Angaben die Entfernungsfrist des § 3 Abs. 2 Nr. 2 NetzDG bisher für offensichtlich rechtswidrige Inhalte stets einhalten. Ein anderer Netzwerkanbieter weist im Fragebogen darauf hin, dass die Entfernungs-pflichten des NetzDG insbesondere bei langen Inhalten wie etwa Podcasts schwer zu erfüllen seien. Problematisch seien auch Meldungen am Wochenende; da sei zwar ein Bereitschaftsdienst eingerichtet, es sei aber

¹¹¹ Vgl. nur BVerfGE 61, 1, 9; 85, 1, 15; 90, 241, 247.

¹¹² Im Ergebnis so auch *Nolte* ZUM 2017, 552 (556).

¹¹³ So auch *Schwartmann* GRUR-Prax 2017, 317 f.

¹¹⁴ A.A. *Spindler/Schmitz/Liesching*, TMG, 2. Aufl. 2018, § 3 NetzDG Rn. 14, der auf den „unbefangenen Beobachter“ abstellt, welcher ohne juristische Kenntnisse über die Offensichtlichkeit nicht entscheiden könne.

¹¹⁵ Etwa Facebook Transparenzbericht 2/2018: rund 70,3 % innerhalb von 24 Std.; Facebook 1/2019: rund 76,4 %; YouTube Transparenzbericht 1/2019: rund 87,8 % innerhalb von 24 Std.; Change.org Transparenzbericht 1/2019: 98,8 % innerhalb von 24 Std.

¹¹⁶ So *Spindler/Schmitz/Liesching*, TMG, 2. Aufl. 2018, § 3 NetzDG Rn. 17 unter Hinweis auf BGHZ 191, 219.

¹¹⁷ BGH, Versäumnisurt. v. 25.10.2011 – VI ZR 93/10 - juris, Rn. 25; *MüKo-BGB/Wagner*, 7. Aufl. 2017, § 823 Rn. 751.

schwierig, am Wochenende eine zweite Meinung einzuholen oder bei Inhalten in fremden Sprachen Übersetzer*innen zu erreichen (bei Inhalten in seltenen Sprachen liegt allerdings keine Offensichtlichkeit vor, s. o.). Angesichts dessen schlägt ein dritter Netzwerkanbieter vor, die starren Fristen durch „unverzüglich“ (ohne schuldhaftes Zögern) zu ersetzen. Eine entsprechende erhebliche Flexibilisierung würde jedoch den Vollzugaufwand für das BfJ bedeutend erhöhen.

Die 24-Stunden-Frist scheint damit grundsätzlich jedenfalls praktikabel. Probleme können sich in Ausnahmefällen ergeben, in denen sehr lange Inhalte zu prüfen sind: Je länger die Sichtung des Inhalts dauert, desto mehr verliert die 24-Stunden-Frist ihren Charakter als Prüf- und Entscheidungsfrist. Bei solchen Inhalten wäre aber auch ein Hinweis auf den oder die relevanten Zeitpunkt(e) des Inhalt als Bestandteil der Darlegungslast denkbar.

d) Differenzierung zwischen Löschung und Sperrung

Das NetzDG stellt Netzwerkanbietern frei, ob sie rechtswidrige Inhalte i. S. d. § 1 Abs. 3 NetzDG entfernen, also löschen, oder sie sperren. Insoweit ist jede Entscheidung der Netzwerkanbieter gesetzeskonform. Bei Löschung ist der Inhalt weltweit nicht mehr abrufbar. Bei Sperrung kann lediglich aus dem Inland nicht mehr auf den Inhalt zugegriffen werden.

Soweit ersichtlich, richten sich bestehende Differenzierungen der Netzwerkanbieter danach, ob es sich allein um einen Verstoß gegen das NetzDG handelt (dann Sperrung) oder (auch) gegen Gemeinschaftsstandards (dann Löschung).¹¹⁸ Einige Netzwerkanbieter differenzieren nicht zwischen Löschung und Sperrung. Rechtswidrige Inhalte werden dort stets gelöscht, nicht gesperrt.¹¹⁹ Die Differenzierungsmöglichkeit des NetzDG erweist sich damit insbesondere für große global agierende Netzwerkanbieter als attraktiv. Soweit von ihr durch Sperrungen von Inhalten Gebrauch gemacht wird, wird diese dafür genutzt, die Entscheidung über den Zugang zu gemeldeten Inhalten jurisdiktionsabhängig zu treffen.

9. § 3 Abs. 2 Nr. 3 NetzDG: Entfernung / Sperrung unverzüglich (in der Regel nach sieben Tagen)

Ist ein Inhalt nicht offensichtlich rechtswidrig i. S. d. § 3 Abs. 2 Nr. 2 NetzDG, aber rechtswidrig, ist er gem. § 3 Abs. 2 Nr. 3 NetzDG in der Regel innerhalb von sieben Tagen nach Eingang der Beschwerde zu entfernen. Bedenkt man das Interesse der Betroffenen rechtswidriger Inhalte an möglichst unverzüglicher Entfernung, scheint eine Regelfrist von sieben Tagen angemessen. Geht man davon aus, dass in Fällen eines besonderen zeitlichen Rechercheaufwandes eine Ausnahme gem. § 3 Abs. 2 Nr. 3 lit. a NetzDG möglich ist, wird die Frist Einhaltung im Ergebnis zur Kapazitätsfrage. Sie verlangt von den Anbietern, zum Schutz der bedrohten Rechtsgüter die finanziellen und personellen Ressourcen für eine hinreichend schnelle Bearbeitung aller entsprechenden Beschwerden nach Eingang vorzuhalten.

In der Literatur wird teilweise pauschal in Frage gestellt, dass eine Frist von sieben Tagen ausreicht, um auch komplexe Sachverhalte zu prüfen und über die Rechtmäßigkeit bzw. Rechtswidrigkeit zu entscheiden.¹²⁰

Die Einschätzungen aus der Praxis sind differenzierter: Die befragten Rechtsanwält*innen halten die Siebentagesfrist mehrheitlich für ausreichend. Die Netzwerkanbieter kommen mit der Siebentagesfrist in den meisten Fällen gut zurecht. Sie weisen auf die Schwierigkeiten der Einhaltung in Sonderfällen hin, machen aber in der Breite keinen übermäßigen Ressourcenaufwand geltend. Schwierigkeiten können sich laut einem Anbieter aus technischen Problemen, komplexen Sachverhalten, bei denen externer Rat einzuholen ist, oder seltenen Sprachen ergeben. Die Beurteilung sei auch in Fällen schwierig, in denen es sich um lange Podcasts handele oder um fremdsprachige, etwa arabische Inhalte.

Die von den Netzwerkanbietern genannten Problemfälle werden teilweise durch die Ausnahmeregelung des § 3 Abs. 2 Nr. 3 lit. a und lit. b NetzDG abgefangen: Danach darf die Regelfrist von sieben Tagen überschritten werden, wenn tatsächliche Umstände zu ermitteln sind und ggf. dem Nutzer Gelegenheit zur Stellungnahme

¹¹⁸ Reddit Transparenzbericht 1/2019, Kap. 2B; YouTube Transparenzbericht 1/2019, S. 1; dagegen heißt es auf S. 18: „Im Rahmen unseres Prüfverfahrens prüft unser spezialisiertes NetzDG Team (...) den beanstandeten Inhalt auch anhand unserer weltweit geltenden Community-Richtlinien und sperrt (Hervorhebung durch die Verf.) ihn weltweit im Falle eines Verstoßes“; auf S. 19 heißt es dagegen wieder: „global entfernt oder lokal gesperrt“.

¹¹⁹ Change.org Transparenzbericht 1/2019, Kap. 3.1; SoundCloud Transparenzbericht 2018.

¹²⁰ Heckmann/Wimmers CR 2017, 310 (314).

eingerräumt wird oder wenn das soziale Netzwerk die Entscheidung einer Einrichtung der Regulierten Selbstregulierung überträgt. Notwendige Sachverhaltsermittlungen, zu der auch die Übersetzung aus einer im Prüfteam nicht beherrschten Fremdsprache gehört, erlauben danach eine Überschreitung der Frist.

Lit. a und b sind dabei nicht nur nach dem Wortlaut des § 3 Abs. 2 Nr. 3 NetzDG, sondern auch nach Sinn und Zweck abschließend zu verstehen: Sonst bestünde die Gefahr, dass die Siebentagesfrist, die grundsätzlich auch für schwierige Fälle ausreichen muss (s. o.), regelmäßig unter Verweis auf die schwierige Bewertung des Inhalts überschritten würde. Die Gesetzesmaterialien sorgen hier scheinbar für Unklarheit, wenn es heißt, eine Überschreitung der Regelfrist komme auch dann in Betracht, wenn „das soziale Netzwerk innerhalb von sieben Tagen eine abschließende Entscheidung nicht mit der angemessenen Sorgfalt treffen kann“, weil die strafrechtliche Relevanz eines Inhalts schwierig zu bewerten ist.¹²¹ Dies ist aber wohl nur als Verweis auf die Ausnahmetatbestände der lit. a und lit. b zu verstehen.¹²² In welchen Fällen darüber hinaus Bedarf für die Überschreitung der Siebentagesfrist bestehen könnte, ist nicht ersichtlich. Insbesondere die von einem Netzwerkanbieter vorgebrachten technischen Schwierigkeiten fallen in die Sphäre des Anbieters; sie sollten in der Regel vor Ablauf der Wochenfrist behoben werden können.

Laut den Transparenzberichten der Netzwerkanbieter wird die Siebentagesfrist größtenteils nur selten überschritten.¹²³ Dies bestätigt die Einschätzung, dass die Frist für das Gros der Fälle angemessen ist.

10. Beschwerdeanzahl und Anzahl stattgebender Entscheidungen

a) Absolute Beschwerdeanzahl

Die absoluten Zahlen der bei den Netzwerkanbietern im ersten Halbjahr 2019 eingegangenen NetzDG-Beschwerden unterscheiden sich stark: Laut Angaben in den Transparenzberichten gingen bei einigen Netzwerkanbietern eine dreistellige, bei anderen eine sechsstellige Anzahl an Beschwerden ein.¹²⁴ Insgesamt ist die Beschwerdezahl zwischen dem ersten Halbjahr 2018 und dem ersten Halbjahr 2019 stark gestiegen: von rund 485.000 auf rund 806.000.¹²⁵

Die sehr unterschiedlichen absoluten Beschwerdezahlen dürften von verschiedenen Faktoren abhängen, etwa von der unterschiedlichen Größe der Netzwerke, unterschiedlichen Nutzerklientelen oder unterschiedlichem Engagement der Beschwerdestellen. Welcher Faktor welchen Einfluss auf die Beschwerdezahlen der jeweiligen Netzwerkanbieter hat, kann hier nicht ermittelt werden. Jedenfalls dürfte auch die Ausgestaltung der Meldewege und das Verhältnis zur Prüfung wegen Verstoßes gegen Gemeinschaftsstandards (s. dazu A. II.) für die absolute Zahl der Meldungen, wie in den Transparenzberichten angegeben, eine Rolle spielen. In einigen Transparenzberichten tauchen nur diejenigen Inhalte auf, die nicht schon nach Gemeinschaftsstandards entfernt wurden, selbst wenn sie als NetzDG-Beschwerde gemeldet wurden oder unabhängig vom Meldeweg als rechtswidrig i. S. d. § 1 Abs. 3 NetzDG dargelegt wurden. Ein solches Verhalten rügt das BfJ gegenüber der Facebook Ireland Ltd. mit noch nicht rechtskräftigem Bußgeldbescheid vom 2. Juli 2019: Der gerügte Transparenzbericht führe nur einen Bruchteil der Beschwerden über rechtswidrige Inhalte i. S. d. NetzDG auf, da Nutzer*innen auf ein Flagging wegen Verstoßes gegen Gemeinschaftsstandards gelenkt würden und diese Beschwerden nicht im Transparenzbericht enthalten seien.¹²⁶

Rückschlüsse darauf, wie viele Straftaten i. S. d. § 1 Abs. 3 NetzDG auf vom Anwendungsbereich des NetzDG erfassten Plattformen insgesamt begangen werden, lassen sich deswegen nicht ziehen. Auch in welchem Ausmaß das NetzDG zum Entfernen rechtswidriger Inhalte aus dem Netz beiträgt, ist damit nicht zu beziffern. Einer solchen Erfassung stünde jedoch ohnehin schon entgegen, dass jedenfalls bei manchen Anbietern erhebliche Anteile der Löschungen nach Gemeinschaftsstandards ohne vorherige Meldung auf Grundlage proaktiver eigener Suchalgorithmen erfolgen. Das NetzDG hat aber möglicherweise dazu beigetragen, dass Netzwerkanbieter ihre Gemeinschaftsstandards konkretisiert und deren Durchsetzung intensiviert haben, gerade weil eine Prüfung

¹²¹ Bundestagsdrucksache 18/13013, S. 20.

¹²² A.A. Spindler/Schmitz/Liesching, TMG, 2. Aufl. 2018, § 3 NetzDG Rn. 19.

¹²³ Etwa Change.org Transparenzbericht 1/2019: 0 %; Instagram Transparenzbericht 1/2019: rund 15,79 %; YouTube Transparenzbericht 1/2019: rund 1,73 %.

¹²⁴ Change.org 948 Beschwerden, Facebook 500 Beschwerden, Instagram 146 Beschwerden betreffend 252 gemeldete Inhalte, Reddit 173 Beschwerden, Twitter 499.346 Beschwerden und YouTube 304.425 Beschwerden.

¹²⁵ Unter Einbeziehung von Change.org, Facebook, Google+, Instagram, Reddit, Twitter und YouTube; vgl. Anhang.

¹²⁶ Pressemitteilung des BfJ vom 3. Juli 2019, abrufbar unter <https://www.bundesjustizamt.de/DE/Presse/Archiv/2019/20190702.html> (zul. abgerufen am 20.02.2020).

und Löschung nach Gemeinschaftsstandards jedenfalls aus Sicht einiger Netzwerkanbieter dazu führt, dass das NetzDG-Regime mit seinen Bußgeldvorschriften keine Anwendung findet.

Die insgesamt stark angestiegenen Beschwerdezahlen lassen sich unterschiedlich und jedenfalls nicht nur damit erklären, dass mehr rechtswidrige Inhalte gepostet werden: Denkbar ist, dass die Netzwerkanbieter die Zugänglichkeit der NetzDG-Meldung verbessert haben. Denkbar ist ebenso, dass das NetzDG insgesamt bekannter geworden ist und mehr Menschen rechtswidrige Inhalte melden.

b) Relative Anzahl von Löschungen bzw. Sperrungen im Verhältnis zum Beschwerdeaufkommen

Der Anteil von erfolgreichen NetzDG-Beschwerden, die also zur Entfernung jedenfalls eines Teils der gemeldeten Inhalte führen, ist im Berichtszeitraum Januar bis Juni 2019 ebenfalls sehr unterschiedlich hoch: Er beträgt je nach Netzwerkanbieter zwischen weniger als einem Zehntel und knapp zwei Dritteln.¹²⁷ Insgesamt ist er zwischen dem 1. Halbjahr 2018 und dem 1. Halbjahr leicht gesunken, von rund 17,94 % auf rund 14,66 %.¹²⁸

Wie sich der insgesamt geringe Anteil erfolgreicher NetzDG-Beschwerden erklären lässt, kann hier nicht ermittelt werden. Angesichts der oben geschilderten Erfahrungen der Netzwerkanbieter liegt die Erklärung, es werde häufig missbräuchlich gemeldet, fern. Der geringe Anteil könnte auf ein Underblocking hindeuten. Angesichts der nicht nur für juristische Laien teilweise sehr schwierigen Subsumtion von Inhalten unter die in § 1 Abs. 3 NetzDG aufgeführten Tatbestände kann die hohe Diskrepanz zwischen gemeldeten und daraufhin entfernten Inhalten jedoch auch damit erklärt werden, dass Beschwerdeführer*innen zahlreiche Inhalte für rechtswidrig halten, deren Äußerung jedoch von der Meinungsfreiheit noch gedeckt ist. Aus diesen Zahlen lässt sich daher weder der Rückschluss ziehen, das Beschwerdeverfahren werde systematisch missbraucht, noch, das Prüfverfahren der Netzwerkanbieter funktioniere unzureichend.

11. Strukturelle juristische Fehlbewertungen: Over- und Underblocking

a) Anreizstruktur

Eine eindeutige Beurteilung, ob das NetzDG die Netzwerkanbieter zu strukturellen juristischen Fehlbewertungen in Gestalt von *Overblocking* (Entfernen rechtmäßiger Inhalte) oder *Underblocking* (Unterlassen des Entfernens rechtswidriger Inhalte) verleitet, setzte eine umfassende inhaltliche Überprüfung voraus. Eine solche ist im Rahmen dieser Evaluation mangels überprüfbarer Entscheidungsmaterials nicht leistbar. Dargestellt werden können hier aber die vom NetzDG gesetzte Anreizstruktur und die Einschätzung der Akteur*innen.

Der Gesetzgeber hat jedenfalls die Gefahr des Overblockings gesehen und ist davon ausgegangen, dass sieben Tage für eine sorgfältige Prüfung, ggf. unter Einholung externer Expertise, ausreichen, um strukturellen Fehlbewertungen vorzubeugen.¹²⁹

aa) Vorgefundene faktische und ökonomische Anreize

Bedenkt man das ökonomische Interesse der Netzwerkanbieter an einer möglichst hohen Anzahl von Nutzer*innen als Datenlieferant*innen und Werbeempfänger*innen, ist sowohl der Ruf, das Netzwerk überblocke und unterdrücke damit zulässige Meinungsäußerungen, als auch der, es unterblocke und dulde damit Hate Speech, schädlich und daher nicht im Interesse des Netzwerkanbieters.¹³⁰ Während fälschlicherweise nicht entfernte Inhalte jedoch präsent bleiben und leicht ins Visier der Öffentlichkeit geraten können, wird die fälschliche Entfernung von Inhalten nur bekannt, wenn die Poster*innen die Öffentlichkeit aktivieren. Dies spricht für einen leichten Anreiz zugunsten der Entfernung von Inhalten im Ausgangspunkt.¹³¹

¹²⁷ Change.org rund 8,6 %; Facebook rund 31,8 %; Instagram rund 26,0 %; Reddit rund 63,6 %; Twitter rund 9,4 %; YouTube rund 23,4 %.

¹²⁸ Unter Einbeziehung von Change.org, Facebook, Twitter und YouTube; vgl. Anhang.

¹²⁹ Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 23.

¹³⁰ So jedenfalls i. E. auch D. Holznapel CR 2019, 518 (524); Eifert, Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz und Plattformregulierung, in: Eifert/Gostomzyk (Hrsg.), *Netzwerkrecht*, S. 9, 34; Peifer AfP 2018, 14 (19).

¹³¹ Eifert, Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz und Plattformregulierung, in: Eifert/Gostomzyk (Hrsg.), *Netzwerkrecht*, S. 9, 34; Elsaß/Labusga/Tichy CR 2017, 234 (235); Koreng GRUR-Prax 2017, 203 (204 f.); Liesching MMR 2018, 26 (27 f.); a.A. Lang AöR 143 (2018), 220 (236): Da sich die Netzwerke durch Werbeeinnahmen finanzieren und diese mit der Zahl der Inhalte korrelieren, bestehe

bb) Durch das NetzDG gesetzte Anreize

Gem. § 4 Abs. 1 Nr. 3 NetzDG handelt ordnungswidrig, wer entgegen § 3 Abs. 1 Satz 2 NetzDG ein dort genanntes Verfahren nicht oder nicht richtig zur Verfügung stellt. Ein Verfahren ist nach Wortlautauslegung sowie unter Berücksichtigung von Sinn und Zweck des Gesetzes sowohl dann nicht oder nicht richtig zur Verfügung gestellt, wenn systemisch zu viel entfernt wird (Overblocking), als auch im gegenteiligen Fall (Underblocking).¹³² Die Bußgeldleitlinien des BMJV beziehen nicht ausdrücklich Stellung dazu, ob Bußgelder auch bei systemischem Overblocking verhängt werden können. Inhaltlich in Bezug genommen wird nur das Underblocking,¹³³ wobei die Bußgeldverhängung wegen Overblocking an keiner Stelle ausgeschlossen wird. Das NetzDG selbst schafft damit keinen größeren Anreiz, Inhalte im Zweifel zu entfernen, als im Zweifel nicht zu entfernen.¹³⁴ Bei in der Öffentlichkeit diskutierten Fällen des Overblockings wurde der Inhalt soweit ersichtlich wegen Verstoßes gegen Gemeinschaftsstandards, nicht gegen das NetzDG entfernt (siehe dazu Teil 2 B.).¹³⁵ Eine andere Frage ist es, inwieweit die Bußgeldandrohungen des NetzDG dazu anreizen, gegebenenfalls verstärkt auf Grundlage der Gemeinschaftsstandards zu löschen. Dies erscheint durchaus plausibel, kann aber mit dem vorliegenden Material nicht näher aufgeklärt werden und führt ohnehin zum Verhältnis der Gemeinschaftsstandards zum NetzDG zurück (vgl. oben A.).

b) Praxis

In Expert*innenkreisen lässt sich fast einhellig die Einschätzung vernehmen, dass sich die anfänglichen Befürchtungen eines Overblockings nicht bestätigt haben.¹³⁶ Einige Rechtsanwält*innen, NGOs, Berufsverbände und sonstige Verbände schätzen die Gefahr von Underblocking, andere die von Overblocking als größer ein.

Empirisch lässt sich ein Overblocking nicht belegen. Daraus, dass einige Netzwerkanbieter laut Monitoringstelle nicht auf alle Beschwerden überhaupt reagieren,¹³⁷ sowie aus den im Bericht der Monitoringstelle nach § 3 Abs. 5 NetzDG genannten Fallbeispielen, in denen etwaig rechtswidrige Inhalte nicht weiter geprüft wurden,¹³⁸ lässt sich (wenn überhaupt, s. oben B II. 7. b) aa)) allenfalls auf ein Underblocking schließen. Auch dies lässt sich mangels verlässlicher Daten aber nicht belegen.

In der Literatur wird bemängelt, dass das Risiko einer falschen Einordnung teils sehr komplexer Sachverhalte beim Netzwerkanbieter liege.¹³⁹ Dem ist jedoch entgegenzuhalten, dass ein Risiko für die Netzwerkanbieter nur aus der Bußgeldbewehrung eines systemischen Verstoßes gegen Pflichten aus § 3 NetzDG herrühren kann, ein solcher systemischer Verstoß aber nicht vorliegt, soweit die Netzwerkanbieter ihren Pflichten durch den Einsatz geschulten Personals, das strukturell richtige rechtliche Bewertungen trifft, nachkommen: Laut den Bußgeldleitlinien des BMJV „können nur schuldhafte Verstöße gegen die organisatorische Vorgabe, ein Verfahren im Sinne des § 3 Absatz 1 Satz 1 NetzDG (Umgang mit Beschwerden) vorzuhalten, zu einem Bußgeld führen (§ 4 Absatz 1 NetzDG). Bleibt die rechtliche Bewertung bezüglich eines bestimmten Inhalts trotz zumutbarer Anstrengungen des Beschwerdemanagements im Einzelfall zweifelhaft, kann dem Netzwerk wegen der fehlerhaften Behandlung entsprechender Inhalte nachträglich kein Schuldvorwurf gemacht werden. Hierzu gehören

ein Anreiz, möglichst viele Inhalte stehenzulassen. Dazu komme die kulturelle Prägung amerikanischer Netzwerke, die die Meinungsfreiheit sehr weit gewährleiste. Stellt man auf die kulturelle Prägung amerikanischer Netzwerke ab, so darf man aber die im Vergleich zu Europa strengere Zensurpraxis hinsichtlich etwa sexuell expliziter oder Schimpfworte enthaltender Inhalte in den amerikanischen Medien nicht außer Acht lassen.

¹³² Eifert, Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz und Plattformregulierung, in: Eifert/Gostomzyk (Hrsg.), *Netzwerkrecht*, S. 9, 35 f.; Schiff, MMR 2018, 366 (369); so wohl auch Frenzel JuS 2017, 414 (415); a.A. jdf. implizit Feldmann K&R 2017, 292 (295); Nolte ZUM 2017, 552 (558); Wimmers/Heymann, AfP 2017, 93 (98); explizit Hong <https://verfassungsblog.de/das-netzdg-und-die-vermutung-fuer-die-freiheit-der-rede/> (zul. abgerufen am 20.02.2020); Lang AöR 143 (2018), 220 (234).

¹³³ Leitlinien vom 22.03.2018, abrufbar unter: https://www.bmjv.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Fokusthemen/NetzDG_Bu%C3%9Fgeldleitlinien.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (zul. abgerufen am 20.02.2020), S. 7 f., z.B.: „dass bestimmte rechtswidrige Inhalte nicht gesperrt oder nicht gelöscht werden“ „systematisch keine rechtswidrigen Inhalte gelöscht oder gesperrt werden“ (S. 8; Hervorhebungen durch die Verf.).

¹³⁴ a. A. Guggenberger NJW 2017, 2577; B. Holznagel ZUM 2017, 615 (623).

¹³⁵ D. Holznagel CR 2019, 518 (519, 523).

¹³⁶ So einhellige Meinung beim Expert Workshop des CEP vom 29.11.2019, Berlin; Ergebnis der Befragung von Rechtsanwält*innen, NGOs, Berufsverbänden und sonstigen Verbänden; für Hate Speech D. Holznagel CR 2019, 518, 520 (523).

¹³⁷ S. oben B. II. 7. b) aa).

¹³⁸ S. als Bsp. nur Datenblatt Erster Testzyklus, Report BFJCRM-936, S. 1107.

¹³⁹ Spindler/Schmitz/Liesching, TMG, 2. Aufl. 2018, § 3 NetzDG Rn. 20.

Fälle, in welchen widersprechende Entscheidungen von Instanzgerichten vorliegen und es somit an einer höchstrichterlichen Klärung fehlt. Hierzu gehören auch Fälle, in welchen die Einschätzung der Rechtslage aus anderen Gründen rechtlich schwierig ist, etwa bei scharfen Äußerungen im politischen Meinungskampf oder satirischen Beiträgen, die sich an der Grenze zur Strafbarkeit bewegen.¹⁴⁰ Eine unbillige Abwälzung des Risikos falscher Einordnung einzelner komplexer Fälle auf die Netzwerkanbieter ist bei Berücksichtigung dieser Leitlinie fernliegend. Die Netzwerkanbieter haben es dagegen selbst in der Hand, durch Befolgung der gesetzlichen Pflichten, insbesondere den Einsatz kompetenten Personals in ausreichendem Maße, das Risiko struktureller Fehlbewertungen zu minimieren.

c) Zwischenergebnis Over- und Underblocking

Das NetzDG schafft weder einseitige Anreize für Overblocking noch für Underblocking. Die politische und mediale Diskussion war jedoch von Anfang an sehr auf die Gefahr des Overblockings fokussiert (s. dazu Teil 2 B.). Dies spiegelt sich auch in den Bußgeldleitlinien des BMJV wider, die allein Underblocking, nicht aber Overblocking explizit adressieren. Jedoch haben weder Netzwerkanbieter noch NGOs, Berufsverbände und sonstige Verbände noch die Medien bisher berichtet, dass sich die Befürchtungen vor systematischem Overblocking realisiert hätten (vgl. auch oben Teil 2 B.). Die ursprünglich weit verbreitete Annahme, das NetzDG führe zu systematischem Overblocking, bleibt damit ohne umfassende inhaltliche Evaluation bloße Spekulation und erscheint angesichts mangelnder Hinweise aus den sensibilisierten Kreisen der Betroffenen oder der beobachtenden Medien unplausibel.

12. § 3 Abs. 2 Nr. 3 lit. a NetzDG: Anhörungsrechte vor der Entscheidung

Nach § 3 Abs. 2 Nr. 3 lit. a NetzDG kann der Netzwerkanbieter den von der Löschung bzw. Sperrung betroffenen Nutzer*innen vor der Entscheidung Gelegenheit zur Stellungnahme geben, wenn die Entscheidung über die Rechtswidrigkeit des Inhalts von der Unwahrheit einer Tatsachenbehauptung oder erkennbar von anderen tatsächlichen Umständen abhängt. Es handelt sich also um ein rein fakultatives Anhörungsrecht, das zudem schon aus Zeitgründen nur bei nicht offensichtlich rechtswidrigen Inhalten gewährt werden kann.

Die nur fakultative Anhörung vor der Entscheidung wird in der Literatur teils als unzureichend kritisiert.¹⁴¹ Eine darüber hinausgehende Pflicht, die Beschwerde an den*die Poster*in weiterzuleiten, kann aber für Fälle, in denen der Netzwerkanbieter mit einer Beanstandung konfrontiert ist, die richtig oder falsch sein kann, schon aus der sich aus der allgemeinen Störerhaftung ergebenden Pflicht zur Sachverhaltsermittlung folgen.¹⁴²

Von der Anhörungsmöglichkeit wird in der Praxis wenig Gebrauch gemacht. Einige Netzwerkanbieter haben im ersten Halbjahr 2019 gar keine Stellungnahmen eingeholt.¹⁴³ Dies begründet ein Netzwerkanbieter damit, dass die Mehrheit der NetzDG-Beschwerden schon unsubstantiiert sei.¹⁴⁴ Ein großer Netzwerkanbieter hat in demselben Zeitraum 17 Mal die Stellungnahme nach § 3 Abs. 2 Nr. 3a NetzDG eingeholt.¹⁴⁵ Ein anderer großer Netzwerkanbieter nennt keine Zahlen, erwähnt aber die Kommunikation mit Nutzer*innen bei der Prüfung, ob eine Verleumdung vorliegt.¹⁴⁶ Ein weiterer Netzwerkanbieter führt in seinem Bericht aus, dass er in den im Berichtszeitraum eingetretenen sechs Fallkonstellationen, die sich unter § 3 Abs. 2 Nr. 3 lit. a

¹⁴⁰ Leitlinien vom 22.03.2018, S. 8, abrufbar unter: [https://www.bmjbv.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Fokusthemen/NetzDG_Bußgeldleitlinien.pdf?__blob=publicationFile&v=3](https://www.bmjbv.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Fokusthemen/NetzDG_Bu%C3%9Fgeldleitlinien.pdf?__blob=publicationFile&v=3) (zul. abgerufen am 20.02.2020).

¹⁴¹ Hain/Ferreau/Brings-Wiesen K&R 2017, 433 (435); Schiff MMR 2018, 366 (368); Steinbach JZ 2017, 653 (660).

¹⁴² So für die allgemeine Störerhaftung BGH, Versäumnisurt. v. 25.10.2011 – VI ZR 93/10 - juris, Rn. 25 ff; dazu schon Eifert, Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz und Plattformregulierung, in: Eifert/Gostomzyk (Hrsg.), Netzwerkrecht, S. 9, 37.

¹⁴³ Change.org, YouTube (Transparenzberichte 1/2019).

¹⁴⁴ YouTube Transparenzbericht 1/2019, S. 7; „unsubstantiiert“ bezieht sich in diesem Zusammenhang jedoch nicht auf eine Prüfpflicht nach NetzDG überhaupt erst auslösende Darlegungs- und Substantiierungslasten, sondern darauf, dass YouTube auch nach Bitte um weiterführende Informationen nicht über genügend Kenntnisse des Sachverhalts verfügt, um über die Rechtswidrigkeit des Inhalts zu entscheiden.

¹⁴⁵ Twitter Transparenzbericht 1/2019.

¹⁴⁶ Facebook Transparenzbericht 1/2019, Kap. 9B: „Wir kommunizieren auch mit Nutzern, deren Inhalt als verleumderisch gemeldet wird, um zusätzliche Fakten oder Nachweise einzuholen, wenn dies für die Beurteilung der Rechtswidrigkeit des Inhalts erforderlich ist.“

NetzDG subsumieren ließen, deshalb von der Möglichkeit abgesehen habe, die Nutzer*innen zu Stellungnahme aufzufordern, weil die Beschwerdeführer*innen ihrerseits auf klärende Nachfragen des Netzwerkanbieters zuvor nicht reagiert hätten.¹⁴⁷

Die befragten Rechtsanwält*innen, NGOs, Berufsverbände und sonstigen Verbände sprechen sich unter Verweis auf den Schutz der Meinungsfreiheit mehrheitlich für eine Ausweitung der Anhörungsrechte von Poster*innen gemeldeter Inhalte aus.

Angesichts der geringen Zahlen fakultativer Anhörungen und der unklaren richterrechtlichen Vorgaben aus der allgemeinen Störerhaftung ist jedenfalls für Fälle nicht-offensichtlicher Rechtswidrigkeit die Einführung einer obligatorischen Anhörung von Poster*innen vor der Entscheidung zu erwägen, um eine möglichst umfassende Tatsachengrundlage für die von Netzwerkanbietern zu treffende Abwägungsentscheidung zu garantieren.¹⁴⁸

13. Erneute Überprüfung durch den Netzwerkanbieter (ggf. auf Replik des*der Beschwerdeführer*in)

§ 3 NetzDG schreibt nicht vor, dass innerhalb des Netzwerks mehrere „Instanzen“ mit der Beschwerde befasst sein müssen. Einige Netzwerkanbieter überprüfen ihre Entscheidungen dennoch teilweise intern, sei es auf erneute Intervention des*der Beschwerdeführer*in hin, sei es im Rahmen eigener Kontrollen.

Die Netzwerkanbieter erhalten, soweit Informationen vorliegen, auf eine Beschwerdeablehnung hin nur gelegentlich Rückmeldungen von Beschwerdeführer*innen. Bei einem Netzwerkanbieter erhalten Poster*innen laut Angaben im Fragebogen grundsätzlich eine entsprechende Nachricht mit einem Link zu einem Antragsformular auf Überprüfung der Entscheidung, wenn Inhalte aufgrund einer NetzDG-Beschwerde gelöscht werden. Ein anderer Netzwerkanbieter gibt an, in der Regel davon abzusehen, sich zu rechtfertigen und es bei der ersten, ablehnenden Benachrichtigung zu belassen.

Ein Netzwerkanbieter gibt an, er revidiere Entscheidungen selten und wenn, dann nach rein interner Kontrolle. Bei einem anderen kommt es laut Fragebogen nach nochmaliger interner Überprüfung in weniger als 1 % der Fälle zu einer Änderung der Entscheidung. Ein dritter Netzwerkanbieter berichtet, es lägen keine Daten zu der Frage vor, wie oft Entscheidungen nach interner Kontrolle revidiert würden. Man führe aber regelmäßig interne Qualitätskontrollen durch, um sicherzustellen, dass die Durchsetzung der Gemeinschaftsrichtlinien und die rechtliche Prüfung nach dem NetzDG korrekt durchgeführt werden. Selbstverständlich würden auch alle eingehenden Löschungsersuchen sorgfältig geprüft, wenn diese als erneute Beschwerde von denselben Beschwerdeführer*innen kommen oder neue Anträge auf Entfernung desselben Inhalts sind, allerdings von einer*m anderen Beschwerdeführer*in. Im Schnitt seien im Rahmen von Qualitätssicherungsmaßnahmen in den letzten Berichtszeiträumen im Schnitt ungefähr 30 % der geprüften Inhalte der Vorwoche erneut überprüft worden.

Dass jedenfalls einige Netzwerkanbieter im Rahmen umfassender interner Qualitätskontrollen ihre Entscheidungen überprüfen und gegebenenfalls revidieren, zeugt von den Anstrengungen dieser Netzwerkanbieter, ihren Pflichten aus allgemeiner Störerhaftung und NetzDG umfassend nachzukommen.

14. § 3 Abs. 2 Nr. 4 NetzDG: Sicherung zu Beweis Zwecken / Speicherung

Nach § 3 Abs. 2 Nr. 4 NetzDG müssen Netzwerkanbieter im Falle der Entfernung den Inhalt zu Beweis Zwecken sichern und zu diesem Zweck für die Dauer von zehn Wochen innerhalb des Geltungsbereichs der Richtlinien 2000/31/EG und 2010/13/EU speichern. Verfassungs- und Europarechtskonformität dieser Regelung sind umstritten.¹⁴⁹

Die befragten Staatsanwaltschaften halten die Zehnwochenfrist überwiegend für zu kurz, jedenfalls, soweit die Inhalte im EU-Ausland gespeichert und deswegen Rechtshilfeersuchen erforderlich würden. Vor diesem Hintergrund ist eine Verlängerung der Speicherfrist zu erwägen. Dabei sind die datenschutzrechtlichen Vorgaben, insbesondere der datenschutzrechtliche Erforderlichkeitsgrundsatz, zu beachten.¹⁵⁰

Darauf, dass die Speicherfrist nicht eingehalten würde, liegen keine Hinweise vor.

¹⁴⁷ Reddit Transparenzbericht 1/2019, S. 8.

¹⁴⁸ So schon *Eifert*, Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz und Plattformregulierung, in: *Eifert/Gostomzyk* (Hrsg.), *Netzwerkrecht*, S. 9, 37.

¹⁴⁹ *Wimmers/Heymann AfP* 2017, 93 (100 f.).

¹⁵⁰ Siehe dazu *Wimmers/Heymann AfP* 2017, 93 (100).

15. § 3 Abs. 2 Nr. 5 NetzDG: Informations- und Begründungspflicht

Gem. § 3 Abs. 2 Nr. 5 NetzDG muss der Netzwerkanbieter Beschwerdeführer*innen und betroffene Nutzer*innen über jede Entscheidung unverzüglich informieren und seine Entscheidung begründen. Die durch das NetzDG erstmals eingeführte Informations- und Begründungspflicht soll laut Gesetzentwurf sicherstellen, „dass ein Nutzer, der gegen die Entfernung oder Sperrung eines für ihn gespeicherten Inhalts vorgehen will, die geeigneten rechtlichen Schritte (...) zeitnah einleiten kann.“¹⁵¹ Vom Wortlaut nicht erfasst sind Betroffene rechtswidriger Inhalte, also Tatopfer, die weder Beschwerdeführer*innen noch Nutzer*innen sind. Diese könnten zwar gerade bei Antragsdelikten wie § 185 StGB (vgl. § 194 Abs. 1 Satz 1 StGB) bei Nichtabhilfe ein Interesse an der Begründung haben; in der Regel werden dem Netzwerkanbieter jedoch keine Kontaktdaten vorliegen.

Die Begründung kann laut Gesetzentwurf in Multiple-Choice-Form gegeben werden.¹⁵² Sie soll allein der Kenntnis über die Entscheidung und ihr Ergebnis, nicht der Einschätzung von Erfolgsaussichten eines gerichtlichen Vorgehens dienen.

Nach eigenen Angaben der Netzwerkanbieter haben alle ein Verfahren eingerichtet, das die Benachrichtigung und Begründung nach § 3 Abs. 2 Nr. 5 NetzDG sicherstellt. Soweit die Netzwerkanbieter in ihren Transparenzberichten Angaben zur Benachrichtigung nach § 3 Abs. 2 Nr. 5 NetzDG machen, wird nach Prüfung der Beschwerde stets der*die Beschwerdeführer*in informiert und die Entscheidung begründet. Die Benachrichtigung erfolgt in der Regel per Mail oder über das beim Netzwerkanbieter eingerichtete Postfach.¹⁵³ Während ein Anbieter laut Fragebogen seine Entscheidung unter Angabe des rechtlichen Grundes begründet, gehen andere jedenfalls bei Ablehnung nicht auf konkret geprüfte Tatbestände ein. So heißt es bei einem Netzwerkanbieter laut Fragebogen, dass „wir keinen ausreichenden Anlass für eine Einschränkung der beanstandeten URLs feststellen“ konnten.

Die Informations- und Begründungspflicht erweist sich damit als ein Gewinn für Nutzer*innen insbesondere gegenüber einer NetzDG-unabhängigen Prüfung allein auf Vereinbarkeit mit Gemeinschaftsstandards hin, die nicht bei allen Netzwerkanbietern mit Information und Begründung einhergeht (zum Problem bei einer vorrangigen Prüfung entsprechend der Beschwerden wegen Verstoßes gegen Gemeinschaftsstandards siehe oben B. II. 7. b) aa)).

16. § 3 Abs. 3 NetzDG: Dokumentation der Beschwerden und Abhilfemaßnahmen

Die Dokumentationspflicht des § 3 Abs. 3 NetzDG dient einerseits dem Monitoring nach § 3 Abs. 5 NetzDG (s. dazu B. IV.), andererseits der Beweissicherung für ein sich etwaig anschließendes gerichtliches Verfahren über die Rechtmäßigkeit einer Löschung.¹⁵⁴ Inwieweit der Gesetzeszweck erfüllt werden kann, ist jedoch fraglich: Da es an einer Ermächtigungsgrundlage der Monitoringstelle auf Herausgabe der gesicherten Daten fehlt, diese aber in der Regel gem. Art. 6 Abs. 1 DSGVO nötig ist, soweit die Dokumentation personenbezogene Daten (Dritter) enthält, kann diese auf die Dokumentation nicht zugreifen.¹⁵⁵

Dazu, ob der Dokumentationspflicht nachgekommen wird, liegen keine Erkenntnisse vor.

III. § 3 Abs. 4 NetzDG: Qualitätssicherung innerhalb des Netzwerkanbieters

1. § 3 Abs. 4 Satz 1 NetzDG: monatliche Kontrollen durch Leitung

§ 3 Abs. 4 Satz 1 NetzDG verpflichtet die Leitung der Netzwerkanbieter, den Umgang mit Beschwerden durch monatliche Kontrollen zu überwachen. Unklar ist, wer mit „Leitung“ gemeint ist; der Gesetzentwurf spricht wenig aussagekräftig von „hochrangig“ / „von höchster Stelle“.¹⁵⁶ Nach Sinn und Zweck muss die Kontrolle jedenfalls durch deutschsprachige Personen erfolgen, nicht also durch die in der Regel im Ausland ansässige

¹⁵¹ Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 23; vgl. auch BVerfG 1 BvR 2314/18 - juris, Rn. 6.

¹⁵² Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 23.

¹⁵³ Change.org Transparenzbericht 1/2019, Kap. 3.1: Begründung per Mail; Facebook Transparenzbericht 1/2019, Kap. 9A: per Mail oder bei angemeldeten Nutzern über das Facebook-Support-Postfach; Instagram Transparenzbericht 1/2019, Kap. 9A: per Mail; Reddit Transparenzbericht 1/2019, Kap. 2C: per Mail; Twitter Transparenzbericht 1/2019: per Mail.

¹⁵⁴ Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 23.

¹⁵⁵ Darauf weist Spindler/Schmitz/Liesching, TMG, 2. Aufl. 2018, § 3 NetzDG Rn. 34 hin.

¹⁵⁶ Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 23; Spindler K&R 2017, 533 (536): „die gesellschaftsrechtlich vertretungsberechtigten, aber auch geschäftsführungsberechtigten Organe“.

Konzernleitung der Netzerkanbieter. Eine Überprüfung kann ferner sinnvoll nur durch juristisch geschulte Mitarbeiter*innen erfolgen.

Wie die Kontrollen ausgestaltet sind, ist gesetzlich nicht genauer spezifiziert und liegt damit im Ermessen der Netzerkanbieter. Der Zweck, organisatorische Unzulänglichkeiten im Sinne des § 3 Abs. 4 Satz 2 NetzDG oder sonstige Fehler aufzudecken, muss aber erfüllt werden.

Zwar haben die Netzerkanbieter, soweit Angaben vorliegen, *Qualitätssicherungssysteme* eingerichtet. Die Position der mit den monatlichen Kontrollen befassten Personen innerhalb des Unternehmens bleibt jedoch meist unklar. Angaben zu monatlichen Kontrollen durch die Leitung sind nicht Teil der Transparenzpflichten des § 2 NetzDG, sodass die Netzerkanbieter in den Transparenzberichten in der Regel keine entsprechenden Ausführungen machen. Aus Fragebögen und Transparenzberichten ergibt sich, dass bei einem Anbieter ein monatlicher Bericht an das Management (General Counsel) erstattet wird. Ein anderer Anbieter gibt an, das Management aus dem Policy- bzw. Moderationsteam kontrolliere regelmäßig den Umgang mit Beschwerden. Fälle würden gemeinsam besprochen und durchgegangen. Ebenso werde der Meldevorgang regelmäßig überprüft. Ein dritter Anbieter setzt zur Qualitätssicherung leitende Mitarbeitende des globalen Supportteams ein, ohne dass deutlich wird, ob diese Teil der Leitung des Unternehmens sind. Ein weiterer Anbieter setzt ein mit der Qualitätsprüfung befasstes Team ein – auch hier ist unklar, ob den Teammitgliedern leitende Funktionen zukommen.

2. § 3 Abs. 4 Satz 2 NetzDG: Beseitigung organisatorischer Unzulänglichkeiten

Gem. § 3 Abs. 4 Satz 2 NetzDG müssen organisatorische Unzulänglichkeiten im Umgang mit eingegangenen Beschwerden unverzüglich beseitigt werden. Was „unverzüglich“ bedeutet, hängt von Art und Ausmaß der Unzulänglichkeiten ab und lässt sich daher im Rahmen des § 3 Abs. 4 Satz 2 NetzDG nicht genauer spezifizieren.

Der Begriff „organisatorische Unzulänglichkeiten“ wird im Gesetzentwurf nicht erklärt. Aus der Gesetzessystematik ergibt sich, dass diese alle strukturellen Hindernisse im Umgang mit Beschwerden betreffen, die sich durch verbesserte Organisation und Arbeitsprozesse bei den Netzerkanbietern beheben lassen.

Ob organisatorische Unzulänglichkeiten unverzüglich beseitigt werden, lässt sich mit den Mitteln dieser Evaluation nicht überprüfen. Allein von zwei Netzerkanbietern liegen Angaben aus den Fragebögen vor: Organisatorische Unzulänglichkeiten seien bislang nicht festgestellt worden. Gegenteilige Angaben sind von den Netzerkanbietern allerdings angesichts drohender Bußgelder auch nicht zu erwarten.

3. § 3 Abs. 4 Satz 3 NetzDG: Schulungs- und Betreuungsangebote

Die von § 3 Abs. 4 Satz 3 NetzDG geforderten halbjährlichen Schulungs- und Betreuungsangebote sollen laut Gesetzentwurf der unter Umständen psychisch sehr belastenden Tätigkeit der Bearbeiter*innen von Beschwerden Rechnung tragen.¹⁵⁷ Inhaltliche Anforderungen an die Angebote stellt das Gesetz nicht auf. Es fordert auch nicht, dass die Teilnahme an den Angeboten für Bearbeiter*innen obligatorisch ist.¹⁵⁸ Aus dem Gesetzeszweck folgt aber, dass die Schulungen nicht stets dieselben Inhalte vermitteln dürfen, sondern auch neue Inhalte enthalten müssen.¹⁵⁹

Die Pflicht, halbjährlich Schulungs- und Betreuungsangebote anzubieten, wird von den Netzerkanbietern¹⁶⁰ (soweit Informationen vorliegen) befolgt. Die Ausgestaltung des Schulungsangebots unterscheidet sich jedoch. Vielfach ist die Teilnahme verpflichtend.¹⁶¹

Ein Netzerkanbieter gibt im Fragebogen an, Schulungen hätten meist wechselnde Inhalte, weil unterschiedliche externe Personen (eine Beraterin für die Umsetzung des NetzDG, ein Anwalt) involviert seien. Zwei weitere Netzerkanbieter¹⁶² geben an, Gegenstand der Angebote seien u.a. Wiederholungen und Aktualisierungen zu

¹⁵⁷ Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 24.

¹⁵⁸ So auch *Spindler K&R* 2017, 533 (536 f.), nicht regelmäßige Teilnahme weise aber auf organisatorische Unzulänglichkeiten hin.

¹⁵⁹ So auch *Spindler/Schmitz/Liesching*, TMG, 2. Aufl. 2018, § 3 NetzDG Rn. 37.

¹⁶⁰ Change.org, Facebook, Instagram, YouTube (Transparenzberichte 1/2019).

¹⁶¹ So wohl bei Change.org, YouTube (Transparenzberichte 1/2019).

¹⁶² Facebook, Instagram Transparenzberichte 1/2019.

operativen Best Practices. Die Schulungen eines weiteren Anbieters haben aktuelle Rechtsprechung und Gesetzgebung zum Inhalt. Ein Anbieter¹⁶³ bietet neben den halbjährlichen Pflichtschulungen, die der Auffrischung rechtlicher Kenntnisse zum NetzDG dienen, juristische *ad hoc*-Schulungen nach Bedarf an.

Daneben bieten die Netzwerkanbieter¹⁶⁴ psychologische Betreuung an, wobei der Umfang des Angebots wohl unterschiedlich ausfällt: Teils ist vage von „Zugang zu Ressourcen hinsichtlich ihrer Gesundheit und ihrem Wohlergehen“¹⁶⁵ die Rede. Ein anderer Netzwerkanbieter¹⁶⁶ berichtet von umfangreicher Betreuung und psychologischer Unterstützung durch ein Team von deutschsprachigen Psycholog*innen, Therapeut*innen und Trainer*innen. Das NetzDG-Team habe außerdem rund um die Uhr Zugang zu Beratungen über eine Support-Hotline. Daneben stelle dieser Anbieter auch Einrichtungen zur Verfügung, die das Wohlbefinden unterstützen, wie z. B. Ruheräume.

Soweit ersichtlich, haben damit alle Netzwerkanbieter Schulungs- und Betreuungsangebote eingerichtet. Die weitmaschigen gesetzlichen Vorgaben bieten Netzwerkanbietern die Möglichkeit, die Angebote abhängig von der Größe des Netzwerks und den Bedürfnissen der Mitarbeitenden auszugestalten. Ein Standard hat sich bislang in keiner Weise herausgebildet.

IV. § 3 Abs. 5 NetzDG: Monitoring durch beauftragte Stelle

§ 3 Abs. 5 NetzDG ermöglicht die Überwachung des Beschwerdeverfahrens durch eine vom BfJ benannte Stelle. Damit soll erkennbar sichergestellt werden, dass ungeachtet der für die Netzwerkanbieter erheblichen gesetzlichen Gestaltungsspielräume im Ergebnis effektive Beschwerdeverfahren eingerichtet werden.

Benannte Stelle ist seit dem 1. Januar 2019 die Intelligent Data Analytics GmbH & Co. KG. Der Vertrag ist auf zwei Jahre geschlossen und kann einmalig um 24 Monate verlängert werden.¹⁶⁷ Laut Ausschreibung überwacht die benannte Stelle den Umgang sozialer Netzwerke mit Beschwerden über rechtswidrige Inhalte zweimal im Jahr jeweils für sechs Monate und berichtet dem BfJ. Dabei legt das BfJ fest, welche Netzwerkanbieter überwacht werden und welche Verstöße einzubeziehen sind. Die benannte Stelle sucht gezielt nach rechtswidrigen Inhalten, meldet diese und dokumentiert das daraufhin in Gang gesetzte Verfahren.¹⁶⁸ Die benannte Stelle hat bisher einen Bericht vorgelegt, der den Zeitraum 1. Januar bis 30. Juni 2019 erfasst. Dieser Bericht ist bisher nicht veröffentlicht. In dem Bericht wurden die Netzwerkanbieter Facebook, Instagram, Twitter und Youtube auf ihren Umgang mit Beschwerden über Verstöße gegen §§ 131, 140, 185, 186 StGB geprüft. Der Bericht und die umfangreichen Anlagen vermitteln einen guten Überblick über die jeweilige Ausgestaltung der Meldewege und Verlauf sowie Ergebnis der stichprobenartig durchgeführten Prüfverfahren.

Insgesamt befindet sich das Monitoring aber noch in einem Entwicklungsprozess. Abschließende Urteile sind daher noch nicht möglich.

V. Einrichtungen der Regulierten Selbstregulierung, § 3 Abs. 6 bis 9 NetzDG

§ 3 Abs. 6 bis 9 NetzDG ermöglichen die Anerkennung von Einrichtungen der Regulierten Selbstregulierung, der die Netzwerkanbieter gem. § 3 Abs. 2 Nr. 3 lit. b NetzDG die Entscheidung über Beschwerden übertragen können. Durch diese Einrichtungen wird der Aufbau netzwerkübergreifender Expertise ermöglicht. Sie können für eine stärkere Gleichbehandlung vergleichbarer Fälle unterschiedlicher Netzwerkanbieter sorgen und sicherstellen, dass auch kleine Netzwerkanbieter durch Ressourcenbündelung ein Prüfverfahren entsprechend den gesetzlichen Vorgaben anbieten können. Daneben wirkt die Regulierte Selbstregulierung dem Eindruck entgegen, soziale Netzwerke hätten allein die Entscheidungsmacht über Löschungen.¹⁶⁹

Das BfJ hat auf Antrag vom Dezember 2018 am 9. Januar 2020 die Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia e. V. (FSM) als erste Einrichtung der Regulierten Selbstregulierung mit Wirkung zum 13. Januar 2020 anerkannt. Beteiligt sind zwei große Unternehmen. Es kann daher zurzeit noch nicht bewertet werden, ob und inwieweit solche Einrichtungen ihre Zwecke erfüllen. Die Ursachen für das relativ lange Anerkennungsverfahren werden

¹⁶³ YouTube Transparenzbericht 1/2019, S. 22.

¹⁶⁴ Facebook Transparenzbericht 1/2019, S. 8; Instagram Transparenzbericht 1/2019, S. 9; Reddit Transparenzbericht 1/2019; Kap. 4B; Twitter Transparenzbericht 1/2019; YouTube Transparenzbericht 1/2019, S. 22 f.

¹⁶⁵ Twitter Transparenzbericht 1/2019.

¹⁶⁶ YouTube Transparenzbericht 1/2019, S. 22 f.

¹⁶⁷ So Angaben des BfJ im Fragebogen.

¹⁶⁸ <https://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:364801-2018:TEXT:DE:HTML> (zul. abgerufen am 20.02.2020).

¹⁶⁹ So die CDU/CSU-Fraktion, Bundestagsdrucksache 18/13013, S. 18.

von Netzerkanbietern und BfJ unterschiedlich eingeschätzt. Ein Netzerkanbieter macht die unklaren gesetzlichen Vorgaben des NetzDG zur tatsächlichen Ausgestaltung der Selbstregulierung für die zeitlichen Verzögerungen bei der Einrichtung verantwortlich. Ein anderer Netzerkanbieter merkt an, die Einbindung der Plattformen in die Diskussion um die Ausgestaltung der Einrichtung der Regulierten Selbstregulierung im Vorfeld ihrer Einrichtung wäre hilfreich. Ein weiterer Netzerkanbieter kritisiert ebenfalls „die fehlende Dialogbereitschaft des Bundesamtes“, die die Erarbeitung von anzuwendenden Verfahrensweisen im Rahmen einer Selbstregulierung erschwere und es Anbietern kaum möglich mache, sich im Voraus auf die Selbstregulierung vorzubereiten. Aus Sicht des BfJ liegen die Gründe für das lange Anerkennungsverfahren dagegen vorwiegend bei den beteiligten Netzerkanbietern, die wegen umfassender Rücksprachen mit den in den USA ansässigen Unternehmenszentralen mehrfach Fristverlängerungen beantragt hätten.

Ein Netzerkanbieter fordert, es müsse klargestellt werden, dass soziale Netzwerke bei der Weiterleitung von Beschwerden an Einrichtungen der Regulierten Selbstregulierung gem. § 3 Abs. 2 Nr. 3 lit. b NetzDG nicht hafteten.¹⁷⁰ Eine Klarstellung diene der Rechtssicherheit. Solange die Haftungsfreistellung nicht eindeutig geregelt sei, bleibe der Anreiz für eine solche Weiterleitung gering.

Nicht alle Netzerkanbieter sind an der Einrichtung einer Regulierten Selbstregulierung interessiert. Ein Netzerkanbieter ist noch unsicher und fürchtet hohe Kosten. Ein anderer Anbieter ist bereits entschieden, von der Möglichkeit der Übertragung keinen Gebrauch zu machen. Ob und für welche Anbieter sich das System bewährt, bleibt abzuwarten.

VI. § 3 NetzDG im Spiegel der Rechtsprechung

In den – sehr wenigen – auf § 3 NetzDG rekurrierenden veröffentlichten Gerichtsentscheidungen fällt auf, dass stets ein Wiedereinstellen entfernter Inhalte bzw. die Aufhebung einer Sperrung begehrt wird, nicht umgekehrt die Durchsetzung der Entfernung eines Inhalts.¹⁷¹ Dies kann darauf hinweisen, dass der Umgang mit § 3 NetzDG durch die Netzerkanbieter aus Sicht der Beschwerdeführer*innen so gut funktioniert (d. h. der Beschwerde entweder stattgegeben oder sie mit nachvollziehbarer Begründung abgelehnt wird), dass es kaum zu streitigen Verfahren wegen Nichtentfernung kommt. Diese Interpretation ist jedoch nicht zwingend – es kann zahlreiche andere Gründe dafür geben, warum eher gegen die Entfernung eines gemeldeten Inhalts vorgegangen wird als im umgekehrten Fall von Beschwerdeführer*innen oder Betroffenen gegen die Erfolglosigkeit der NetzDG-Beschwerde, etwa drohende hohe Kosten (vgl. dazu E. VII. 2.).

VII. (Unbeabsichtigte) (positive wie negative) Nebenwirkungen des § 3 NetzDG

Wie bereits mehrfach deutlich wurde, ist das Verhältnis des NetzDG zu Gemeinschaftsstandards unklar (s. A. II.). Gerade wegen der Überschneidungspunkte beider Rechtsregime ist jedoch anzunehmen, dass das NetzDG auch Auswirkungen auf die Durchsetzung der Gemeinschaftsstandards der Netzwerke hat. Dies gilt jedenfalls für alle Netzerkanbieter, die zweistufig zuerst einen Verstoß gegen Gemeinschaftsstandards und dann das Vorliegen eines rechtswidrigen Inhalts i. S. d. § 1 Abs. 3 NetzDG prüfen. Um die Einhaltung der Fristen des § 3 Abs. 2 Nr. 2, 3 NetzDG zu garantieren, müssen diese Netzerkanbieter den vorgelagerten Schritt, also die Einhaltung ihrer Gemeinschaftsstandards, jedenfalls in der Frist des § 3 Abs. 2 Nr. 2 NetzDG prüfen. Dies ist jedenfalls insoweit eine begrüßenswerte Nebenfolge des Erlasses des NetzDG, als die Durchsetzung von Gemeinschaftsstandards denselben Zielen dient wie das NetzDG, also insbesondere, aggressiver, verletzender und hasserfüllter Debattenkultur im Internet Einhalt zu gebieten.¹⁷² Es verschärft jedoch zugleich die Frage nach deren Ausgestaltung in einer den mittelbaren Grundrechtswirkungen Rechnung tragenden Form (s. dazu A. I.). Dass der Erlass des NetzDG tatsächlich zu einer verbesserten Durchsetzung von Gemeinschaftsstandards geführt hat, kann in diesem Rahmen allerdings empirisch nicht belegt werden.

Laut der Schwerpunktstaatsanwaltschaft ZAC NRW werden seit Inkrafttreten des NetzDG mehr Ermittlungsverfahren zur Verfolgung strafbarer Inhalte im Netz eingeleitet. Dies dürfte auf die Weiterleitung von Inhalten durch das BfJ und auf die erhöhte Aufmerksamkeit für diesen Bereich zurückzuführen sein, die ihrerseits u. a. durch die Diskussion um das NetzDG hervorgerufen wurde.

¹⁷⁰ Diese Rechtsansicht ergibt sich schon aus den Gesetzgebungsmaterialien, vgl. Bundestagsdrucksache 18/13013, S. 21.

¹⁷¹ So BVerfG, Nichtannahmebeschl. v. 23.04.2019, –1 BvR 2314/18 –, juris; LG Bonn, Beschl. v. 30.08.2018 – 10 O 291/18 –, juris; die Frage, ob das fälschliche Entfernen eines Inhalts eine vorsätzliche sittenwidrige Schädigung i. S. d. § 826 BGB darstellt, verneinend OLG Dresden, Beschl. v. 11.06.2019 – 4 U 760/19 –, juris.

¹⁷² So Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 1.

VIII. Abschließende Bewertung des § 3 NetzDG und Verbesserungsvorschläge

Die rechtliche Evaluation des § 3 NetzDG ergibt ein überwiegend positives Bild. Netzwerkanbieter lehnen die Regelung nicht prinzipiell ab; viele betonen ihr Interesse, gegen Hasskriminalität im Netz vorzugehen. Alle hier untersuchten Netzwerkanbieter haben sowohl ein Verfahren zur Übermittlung von Beschwerden über rechtswidrige Inhalte als auch ein Prüfverfahren eingerichtet. Für ein systematisches Overblocking gibt es keine Anhaltspunkte. Eine Monitoringstelle nach § 3 Abs. 5 NetzDG ist inzwischen beauftragt und hat ihre Arbeit aufgenommen.

Bisher ist nicht sichergestellt, dass alle Beschwerden nach NetzDG von allen Netzwerkanbietern ordnungsgemäß bearbeitet werden. Das ungeklärte Verhältnis der Pflichten nach NetzDG zu der Durchsetzung von plattformeigenen Gemeinschaftsstandards führt in § 3 NetzDG zu Unklarheiten dahingehend, wie Meldeformulare auszugestaltet sind, wann eine Beschwerde i. S. d. § 3 Abs. 1 NetzDG vorliegt und welche gesetzlichen Pflichten des NetzDG bei der breiten Schnittmenge von Verstößen gegen Gemeinschaftsstandards und „rechtswidrigen Inhalten“ i. S. d. § 1 Abs. 3 NetzDG insbesondere hinsichtlich der Prüfverfahren und ihrer Qualitätssicherung zwingend sind. Erhebliche Verzögerungen gab es im Verfahren zur Anerkennung einer Einrichtung der Regulierten Selbstregulierung i. S. d. § 3 Abs. 6 bis 9 NetzDG. Die Wirkungen eines solchen Systems lassen sich deshalb noch nicht beurteilen.

Soweit hier problematische Praktiken von einzelnen Netzwerkanbietern festgestellt wurden, sind keine strukturellen Ursachen dafür im NetzDG festzumachen. Es geht in diesen Punkten um die Durchsetzung der Anforderungen des NetzDG oder deren Klarstellung, nicht aber um dessen Wirkungslosigkeit oder fundamentalen Änderungsbedarf.

Insgesamt sollte bei § 3 NetzDG das Augenmerk auf folgende Punkte gelegt werden:

- das Verhältnis des NetzDG zu Gemeinschaftsstandards hinsichtlich der Ausgestaltung der Meldewege und des Prüfverfahrens sollte geklärt werden
- eine Verlängerung der Pflichten zur Beweissicherung wäre zu prüfen
- eine Erweiterung der fakultativen Anhörung nach § 3 Abs. 2 Nr. 3 lit. a NetzDG um obligatorische Anhörungen jedenfalls für Fälle, in denen die Rechtswidrigkeit eines Inhalts nicht offensichtlich und die Entscheidung kontextabhängig ist, wäre zu prüfen

C. § 2 NetzDG – Transparenzberichte

Die folgenden Abschnitte der Evaluation betrachten die Auswirkungen der durch § 2 NetzDG statuierten Berichtspflicht auf die Veröffentlichungspraxis von Transparenzberichten durch die Netzwerkanbieter. Die Evaluation stützt sich hierbei auf die bisher im Bundesanzeiger veröffentlichten Transparenzberichte der Netzwerkanbieter sowie die Rückmeldungen auf versendete Fragebögen (siehe zur Methodik bereits in Teil 1). Ziel der Evaluation ist es auch in diesem Abschnitt nicht, die Compliance einzelner Netzwerkanbieter mit den Anforderungen des § 2 NetzDG im Einzelnen abschließend zu beurteilen, sondern einen Gesamteindruck der bisherigen Veröffentlichungspraxis zu gewinnen und diese in Bezug auf die gesetzgeberischen Zielvorstellungen und Anordnungen zu bewerten.

Auf Grundlage der anhand der Gesetzesmaterialien rekonstruierten Zwecksetzung des Gesetzgebers (unter I.) wird zunächst auf die allgemeine Berichtspflicht (unter II.) und die an die Berichterstattung gestellten informativen Mindestanforderungen (unter III.) eingegangen, bevor nach einer Auswertung der Stellungnahmen der an der Evaluation beteiligten Kreise (unter IV.) eine abschließende Bewertung und Empfehlung hinsichtlich der Berichtspflicht des § 2 NetzDG formuliert wird (unter V.).

I. Gesetzgeberisches Ziel der Berichtspflicht

Mit Einführung der Berichtspflicht des § 2 NetzDG verfolgt der Gesetzgeber das Ziel, die Transparenz über die tatsächliche Anzahl und den netzwerkinternen Umgang mit Beschwerden über rechtswidrige Inhalte gegenüber der bislang fakultativen Berichtspraxis der Netzwerkanbieter zu erhöhen. Insoweit geht der Gesetzgeber von dem Befund aus, dass sich der früheren Berichtspraxis der reichweitenstarken Netzwerkanbieter weder Angaben über die Gesamtzahl der Beschwerden, die Anzahl der von privaten Nutzer*innen gemeldeten Beschwer-

den, den Zeitraum der Löschung bzw. Sperrung gemeldeter Inhalte noch über die Zusammensetzung und Qualifikation der zuständigen Bearbeitungsteams entnehmen ließen.¹⁷³ Die durch § 2 NetzDG statuierte regelmäßige Berichtspflicht soll vor diesem Hintergrund nicht nur das gebotene Maß an „Transparenz für die breite Öffentlichkeit“ und ein „aussagekräftiges und umfassendes Bild“ über den Umgang der Netzwerkanbieter mit Beschwerden herstellen, sondern ausdrücklich auch die Grundlage für eine wirksame Gesetzesfolgenabschätzung sowie Informationen über das tatsächliche Ausmaß des Problems rechtswidriger Inhalte auf Plattformen liefern und insoweit eine aussagekräftige „Evaluation des Umgangs mit Beschwerden über Hasskriminalität und andere strafbare Inhalte“ ermöglichen.¹⁷⁴ Durch die Pflicht zur regelmäßigen Erstellung und Veröffentlichung soll nach dem Willen des Gesetzgebers „eine feste Struktur und ein systematischer Prozess für die Evaluation des Umgangs mit Beschwerden aufgesetzt werden“.¹⁷⁵ Zu diesem Zweck statuiert § 2 NetzDG in seinem Absatz 1 nicht nur eine allgemeine Berichtspflicht, sondern legt in Absatz 2 eine Reihe konkreter Aspekte fest, auf die die Netzwerkanbieter in ihren Berichten einzugehen haben.

II. Allgemeine Berichtspflicht (§ 2 Abs. 1 NetzDG)

1. Auslösender Tatbestand: Netzwerkanbieter erhält mehr als 100 Beschwerden über rechtswidrige Inhalte

Als einschränkendes Tatbestandsmerkmal hat der Gesetzgeber auf Beschlussempfehlung des Bundestagsausschusses für Recht und Verbraucherschutz in § 2 Abs. 1 Satz 1 NetzDG bestimmt, dass nur solche Netzwerkanbieter von der Berichtspflicht erfasst werden, die im Kalenderjahr mehr als 100 Beschwerden über rechtswidrige Inhalte erhalten haben.¹⁷⁶ Damit soll nach Auffassung des Rechtsausschusses die Berichtspflicht für Anbieter entfallen, bei denen rechtswidrige Inhalte im Sinne von § 1 Abs. 3 NetzDG „nur eine untergeordnete Rolle spielen“.¹⁷⁷ Mit dieser Einschränkung soll zudem dem Verhältnisgrundsatz Rechnung getragen und sollen „kleinere Netzwerke oder Start-ups“ von der Belastung freigestellt werden.¹⁷⁸

In der Literatur wird die Frage aufgeworfen, ob es für die Zahl von 100 Beschwerden allein auf die Zahl der eingereichten Beschwerden oder auf die Zahl der eingereichten *und* nach einer tatsächlichen Inhaltsprüfung *begründeten* Beschwerden ankommen soll. Für die letzte Position wird angeführt, dass es ansonsten den Nutzer*innen bzw. Beschwerdeführer*innen freistehe, durch willkürliche oder vielfache Behauptungen der Verwirklichung von Straftatbeständen die Schwelle des § 2 Abs. 1 NetzDG leerlaufen zu lassen.¹⁷⁹ Der Wortlaut und der Gesetzeszweck, der gerade auf die Transparenz hinsichtlich des Umgangs der Netzwerkanbieter mit Beschwerden über rechtswidrige Inhalte zielt, sowie die ausdrückliche Differenzierung zwischen eingegangenen Beschwerden und Anzahl der Löschungen (§ 2 Abs. 2 Nr. 3, 7 NetzDG) in den Berichtsanforderungen dürften hingegen eher für eine Auslegung sprechen, die auf das tatsächliche Beschwerdeaufkommen abstellt.¹⁸⁰ Wie oben festgestellt (vgl. Teil 3 B. II. 3.), scheinen missbräuchliche Beschwerden auch in der bisherigen Praxis kein größeres Problem darzustellen.

Für ein effektives Monitoring führt dieser Schwellenwert zu erheblichen Schwierigkeiten. Für unternehmensexterne Stellen, insbesondere das BfJ als Bußgeldbehörde, sind die Erkenntnismöglichkeiten hinsichtlich der tatsächlichen Anzahl der eingehenden Beschwerden äußerst begrenzt, da hierzu regelmäßig keine öffentlich zugänglichen Informationen existieren. Gerade die Transparenzberichte sollen vor diesem Hintergrund dazu dienen, entsprechende Informationen erst publik zu machen. Veröffentlicht ein Netzwerk indessen unter Missachtung der Berichtspflichten von vornherein keinen Transparenzbericht, so ist der Nachweis von mindestens 100 Beschwerden über rechtswidrige Inhalte im Kalenderjahr nur schwer zu führen. Auf diese Problematik weist das BfJ als zuständige Bußgeldbehörde im Fragebogen auch ausdrücklich hin.

¹⁷³ Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 20.

¹⁷⁴ Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 20.

¹⁷⁵ Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 20.

¹⁷⁶ Bundestagsdrucksache 18/13013, S. 19.

¹⁷⁷ Bundestagsdrucksache 18/13013, S. 19.

¹⁷⁸ Bundestagsdrucksache 18/13013, S. 19.

¹⁷⁹ Spindler/Schmitz/Liesching, TMG, 2. Aufl. 2018, § 2 NetzDG Rn. 5; Liesching ZUM 2017, 809 (815).

¹⁸⁰ Im Ergebnis ebenso Spindler K&R 2017, 533 (537).

Das Problem verschärft sich, wenn man in Rechnung stellt, dass diese Einschränkung der Berichtspflicht auch den falschen Anreiz bei der nutzerfreundlichen Ausgestaltung des Beschwerdesystems setzt. Denn über die Ausgestaltung des Meldeweges können die Netzwerkanbieter erheblichen Einfluss auf die Anzahl der eingehenden Beschwerden ausüben. Insbesondere wenn man davon ausginge, dass bei Netzwerkanbietern, die einen gesonderten Meldeweg vorhalten, erst 100 eingehende Beschwerden über diesen gesondert ausgewiesenen Meldeweg die Berichtspflicht auslösen (siehe zur Frage der Ausgestaltung des Meldeweges bereits in Teil 3 A. II. sowie in Teil 4 B. II.), bestünde ein erheblicher Anreiz für die Netzwerkanbieter, diesen Meldeweg für die Nutzer*innen bewusst unattraktiv auszugestalten und sie statt dessen auf den Meldeweg hinsichtlich eines Verstoßes gegen Gemeinschaftsstandards zu lenken. Die 100-Beschwerde-Regelung reizt damit zum Umgehungsversuch an.¹⁸¹ Ohne die Veröffentlichungspflicht lässt sich aber wiederum kaum nachvollziehen, ob die Netzwerkanbieter ihr Beschwerdesystem in einer Art und Weise ausgestaltet haben, die geeignet ist oder gar darauf zielt, den Berichtspflichten des NetzDG zu entgehen. Die Kosten an Transparenz, die von einer an der Beschwerdeanzahl anknüpfenden tatbestandlichen Einschränkung der Berichtspflicht ausgehen, sind daher erheblich.

In Anbetracht der Tatsache, dass die Pflichten nach § 2 NetzDG gemäß § 1 Abs. 2 NetzDG ohnehin erst für Netzwerkanbieter ab einer Nutzerzahl von zwei Millionen gelten, sollte der Gesetzgeber kritisch prüfen, ob die tatbestandliche Einschränkung in § 2 Abs. 1 NetzDG tatsächlich erforderlich ist, um „kleinere Netzwerke und Start-ups“ nicht übermäßig zu belasten bzw. ob Mechanismen eingeführt werden sollen, die jedenfalls die Zahl der Beschwerden überprüfbar machen.

2. Berichtspflicht nach § 2 Abs. 1 NetzDG als Rechtsfolge

a) Halbjährige Veröffentlichung eines deutschsprachigen Berichts im Bundesanzeiger und auf der eigenen Homepage spätestens einen Monat nach Ende eines Halbjahres

§ 2 Abs. 1 Satz 1 NetzDG verpflichtet die Netzwerkanbieter zur Veröffentlichung eines *deutschsprachigen* Berichts über dem Umgang mit Beschwerden über rechtswidrige Inhalte auf ihren Plattformen. Der Bericht muss den inhaltlichen Anforderungen des § 2 Abs. 2 NetzDG genügen.¹⁸² Als Berichtszeitraum sieht das Gesetz einen sechsmonatigen Berichtsturnus vor.¹⁸³ Der Bericht ist nach § 2 Abs. 1 Satz 1 NetzDG *innerhalb eines Monats* nach Ende des jeweiligen Berichtshalbjahres sowohl im *Bundesanzeiger* als auch auf der *eigenen Homepage* zu veröffentlichen.¹⁸⁴

Im Rahmen der Evaluation lässt sich mangels hinreichender Informationen nicht der genaue Kreis der Netzwerkanbieter ermitteln, die zur Abgabe eines Berichtes zu den jeweiligen Berichtsräumen gesetzlich verpflichtet waren. Bewerten lässt sich daher nur die erkennbar gewordene Berichtspraxis (zur Methodik Teil 1 B.).

Die Gesamtzahl der für einen jeweiligen Berichtszeitraum im Bundesanzeiger veröffentlichten Transparenzberichte ist seit Inkrafttreten des NetzDG bislang kontinuierlich angestiegen. Für den ersten Berichtsraum 1. Januar 2018 bis 30. Juni 2018 haben fünf Netzwerkanbieter¹⁸⁵ NetzDG-Berichte im Bundesanzeiger und auf ihrer

¹⁸¹ Hierin liegt eine gewisse Parallele zu dem paradoxen Effekt der Störerdogmatik, bei der in ähnlicher Weise die Voraussetzung einer Kenntnis der rechtswidrigen Inhalte zu einer Bevorteilung jener Anbieter führt, die sich effektiv vor einer eigenen Kenntnisnahme schützen, vgl. hierzu nur *Spindler*, Rechtliche Verantwortlichkeit nach Maßgabe technischer Kontrollmöglichkeiten? Das Beispiel der Verantwortlichkeit von Internet-Providern, in: Eifert/Hofmann-Riem (Hrsg.), Innovation, Recht und öffentliche Kommunikation, S. 67, 79 f.

¹⁸² Hierzu sogleich gesondert unter III.

¹⁸³ In Bezug auf den Berichtszeitraum hatte der ursprüngliche Gesetzesentwurf der Bundesregierung noch eine vierteljährliche Veröffentlichungspflicht vorgesehen (vgl. Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 20). Dieser Berichtsturnus wurde jedoch auf Vorschlag des Bundesrats und der Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses des Bundestags auf *sechs Monate* ausgeweitet, um den durch die Berichtspflicht ausgelösten bürokratischen Aufwand in zumutbaren Grenzen zu halten und den Anbietern eine sorgfältige Evaluation zu ermöglichen (vgl. Bundestagsdrucksache 18/13013, S. 19; Bundestagsdrucksache 18/12727, S. 20).

¹⁸⁴ Mit der zusätzlichen Veröffentlichungspflicht im Bundesanzeiger wollte der Gesetzgeber einen inländischen Anknüpfungspunkt für die Bußgeldtatbestände gewährleisten sowie sich an den Maßgaben des Regierungsentwurfs eines CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetzes (Bundestagsdrucksache 18/9982) orientieren, vgl. hierzu Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 20.

¹⁸⁵ Change.org, Facebook, Google+, Twitter, YouTube.

Homepage veröffentlicht. Für den Berichtszeitraum 1. Juli 2018 bis 31. Dezember 2018 liegen NetzDG-Berichte von sechs Netzerkanbiern¹⁸⁶, für den Berichtszeitraum 1. Januar bis 30. Juni 2019 von sieben Netzerkanbiern¹⁸⁷ vor. Alle im Bundesanzeiger veröffentlichten Transparenzberichte sind in deutscher Sprache abgefasst und inhaltsgleich auch auf der jeweiligen Homepage der Anbieter abrufbar,¹⁸⁸ in einem Fall jedoch nur der zeitlich letzte Bericht.¹⁸⁹

Die Veröffentlichungsfrist wird von den Netzerkanbiern bisher überwiegend, aber nicht ausnahmslos eingehalten. In einem Fall wurde die Frist um einen Tag,¹⁹⁰ in zwei Fällen um zwei Tage überschritten.¹⁹¹ Für den Berichtszeitraum 1. Januar 2019 bis 30. Juni 2019 hat ein Netzerkanbieter seinen Bericht im Bundesanzeiger allerdings erst am 16. August 2019 und damit mit einer über zweiwöchigen Verspätung veröffentlicht.¹⁹²

b) Besondere Transparenzpflicht für die Veröffentlichung auf der Homepage

Für die Veröffentlichung des Berichts auf der eigenen Homepage normiert das NetzDG in § 2 Abs. 1 Satz 2 NetzDG zusätzliche Transparenzanforderungen: Der dort veröffentlichte Bericht muss *leicht erkennbar, unmittelbar erreichbar* und *ständig verfügbar* sein. Mit dieser Formulierung orientiert sich der Gesetzgeber an § 5 Abs. 1 TMG sowie § 7 Abs. 1 Satz 3 JMStV.¹⁹³ Sie ist parallel zur Trias in § 3 NetzDG und ähnelt den Anforderungen in § 5 NetzDG. Auf die in diesen Kontexten entwickelten Maßstäbe kann im Ausgangspunkt auch zur Ausfüllung des sich aus § 2 Abs. 1 Satz 2 NetzDG ergebenden Pflichtenprogramms zurückgegriffen werden, soweit bei der Konkretisierung den kontextspezifischen Besonderheiten der Berichtsveröffentlichungspflicht hinreichend Rechnung getragen wird. Auch hier sind die Maßstabsanforderungen bei allen Regelungen aus der Nutzer*innenperspektive zu bestimmen (vgl. auch B. II. 1.). *Leicht erkennbar* ist die Veröffentlichung daher nur dann, wenn der Bericht bzw. der Ort seiner Abrufbarkeit für die durchschnittlichen Nutzer*innen optisch leicht wahrnehmbar sind. Insbesondere darf der Bericht auf der Homepage des Anbieters nicht derart platziert werden, dass ein vorheriges übermäßiges Scrollen erforderlich ist, um auf ihn zu stoßen.¹⁹⁴ Eine leichte Erkennbarkeit setzt zudem voraus, dass der Netzerkanbieter bei der zur sinnvollen Gliederung der Seiten erforderlichen Verwendung weiterführender, durch entsprechende Oberbegriffe gekennzeichnete Links eine Terminologie wählt, die für die durchschnittlichen Nutzer*innen auch als Hinweis auf die Veröffentlichung des Transparenzberichtes verstanden wird.¹⁹⁵ *Unmittelbare Erreichbarkeit* setzt demgegenüber voraus, dass den Nutzer*innen der Zugang zu den Transparenzberichten ohne wesentliche Zwischenschritte ermöglicht wird. Auch im Hinblick auf die Veröffentlichung der Transparenzberichte dürften die Anforderungen jedenfalls dann gewahrt sein, wenn der Zugang mit zwei Klicks von der Startseite aus erreichbar ist.¹⁹⁶ Ausreichend dürfte zudem sein, dass die Möglichkeit besteht, durch Anklicken eines entsprechenden Links eine Seite mit dem abrufbaren Transparenzbericht aufzurufen, soweit die vom Netzerkanbieter gewählten Linkbegriffe unmissverständlich sind und die Nutzer*innen ohne großen gedanklichen Aufwand erkennen können, auf welchem Pfad sie zu dem Transparenzbericht gelangen. *Ständig verfügbar* ist die Berichtsveröffentlichung dann, wenn jeder*e Nutzer*in mit einer deutschen IP-Adresse im Grundsatz zu jeder Zeit, also rund um die Uhr und an jedem Wochentag, von seinem Inhalt Kenntnis nehmen kann. Eine technisch bedingte kurzfristige Unterbrechung der Kenntnismöglichkeit begründet hingegen noch keinen Verstoß gegen § 2 Abs. 1 Satz 2 NetzDG.¹⁹⁷

¹⁸⁶ Change.org, Facebook, Google+, SoundCloud, Twitter, YouTube.

¹⁸⁷ Change.org, Facebook, Google+, Instagram, Reddit, Twitter, YouTube.

¹⁸⁸ Zur diesbezüglich spezifischen Transparenzanforderung des § 2 Abs. 1 S. 2 NetzDG sogleich noch gesondert unter b).

¹⁸⁹ Change.org.

¹⁹⁰ SoundCloud für Berichtszeitraum 2/2018 am 01.02.2019.

¹⁹¹ Change.org für Berichtszeitraum 1/2018 am 02.08.2018; Instagram für Berichtszeitraum 1/2019 am 02.08.2019.

¹⁹² Reddit für Berichtszeitraum 1/2019 am 16.08.2018.

¹⁹³ Hierzu auch Spindler K&R 2017, 533 (537); Spindler/Schmitz/Liesching, TMG, 2. Aufl. 2018, § 2 NetzDG Rn. 8.

¹⁹⁴ Angelehnt an OLG Hamburg, Beschl. v. 20.11.2002 – 5 W 80/02 –, juris, Rn. 15 (zu § 6 TDG a.F.).

¹⁹⁵ Angelehnt an OLG Hamburg, Beschl. v. 20.11.2002 – 5 W 80/02 –, juris, Rn. 15 (zu § 6 TDG a.F.).

¹⁹⁶ Spindler/Schmitz/Liesching, TMG, 2. Aufl. 2018, § 5 TMG Rn. 34, 36 m.w.N.; zwei Klicks als zulässig erachtend BGH, MMR 2007, 40, 41.

¹⁹⁷ Angelehnt an OLG Düsseldorf, Urt. v. 04.11.2008 – I-20 U 125/08 –, juris, Rn. 18 (zu § 5 TDG); Spindler/Schmitz/Liesching, TMG, 2. Aufl. 2018, § 2 NetzDG Rn. 8.

Legt man diese Maßstäbe zu Grunde, sind gegenwärtig nicht alle Veröffentlichungen von Transparenzberichten unproblematisch.¹⁹⁸ Die homepageeigene Veröffentlichungspraxis der Netzwerkanbieter weist eine große Bandbreite auf. Dem Transparenzgebot wird umfassend Rechnung getragen, wenn wie im Falle von zwei Netzwerkanbietern der Transparenzbericht unter dem Verlinkungsbegriff „NetzDG Transparenzbericht“ bereits auf der Ausgangsseite dauerhaft vorgehalten wird, so dass er mit einem Klick für die Nutzer*innen inhaltlich vollständig verfügbar ist.¹⁹⁹ Ausreichend dürfte ebenfalls sein, den Bericht mit zwei Klicks unter dem ersten Verlinkungsbegriff „Impressum“ vorzuhalten.²⁰⁰ Weniger eindeutig ist hingegen die Fallkonstellation zu beurteilen, wenn wie im Fall von zwei Netzwerkanbietern den Nutzer*innen der Bericht zwar erst nach vier Klicks zugänglich gemacht wird, in der Verlinkungsstruktur aber jeweils der Begriff „NetzDG“ enthalten ist.²⁰¹ Die leichte Erkennbarkeit und unmittelbare Erreichbarkeit wird in den beiden konkreten Fällen zusätzlich noch durch die Notwendigkeit des Scrollens der Seiten sowie in einem Fall²⁰² durch eine zwischendurch verwendete kleinere Schrift zusätzlich eingeschränkt. Dies gilt in gesteigertem Maße für Netzwerkanbieter, die ihren Bericht erst nach sieben Klicks und unter einer Linkstruktur ohne hinreichende begriffliche Anhaltspunkte auf den NetzDG-Bericht zugänglich machen.²⁰³ Eine solche Veröffentlichung auf der Homepage kann kaum mehr als „leicht erkennbar“ und „unmittelbar zugänglich“ i. S. d. § 2 Abs. 1 Satz 2 NetzDG bezeichnet werden.

III. Inhaltliche Anforderungen an die Berichte (§ 2 Abs. 2 NetzDG)

§ 2 Abs. 2 NetzDG zählt eine Reihe von Aspekten auf, zu denen die Netzwerkanbieter in ihren Transparenzberichten Informationen veröffentlichen müssen.²⁰⁴ Sie dienen der Gewährleistung eines informatorischen Mindestgehalts und werden im Folgenden in der gesetzlich genannten Reihenfolge behandelt. Eine einheitliche formale Struktur der Transparenzberichte wird den Netzwerkanbietern durch die Reihenfolge des § 2 Abs. 2 NetzDG aber nicht verbindlich vorgegeben. Während ein Teil der Netzwerkanbieter ihre Berichte ebenfalls anhand der in § 2 Abs. 2 NetzDG vorgesehenen Aspekte gliedert, orientiert die Mehrzahl der Netzwerkanbieter ihren Bericht in formaler Hinsicht nicht an den einzelnen Nummern des § 2 Abs. 2 NetzDG, sondern wählt einen freieren Zugriff. Das Fehlen einer gesetzlichen Strukturierungsvorgabe schlägt sich daher schon auf formaler Ebene in einer erschwerten Vergleichbarkeit der Transparenzberichte nieder.

1. Allgemeine Ausführungen des Anbieters zu seinen Anstrengungen, strafbare Handlungen auf den Plattformen zu unterbinden (§ 2 Abs. 2 Nr. 1 NetzDG)

§ 2 Abs. 2 Nr. 1 NetzDG verpflichtet die Netzwerkanbieter dazu, in ihren Transparenzberichten ihre Bemühungen hinsichtlich des Unterbindens „strafbare(r) Handlungen“ auf den Plattformen zu beschreiben. Dies soll in Form von „allgemeinen“ Ausführungen geschehen, was hinsichtlich der zu erwartenden konkreten Informationsdichte einen einführenden Überblickscharakter indiziert. Anhand der Entwurfsbegründung lässt sich erschließen, dass die Funktion der Ausführungen zu den „allgemeinen Anstrengungen des Anbieters“ darin besteht, die Nutzer*innen in die Lage zu versetzen, sich ein Bild darüber zu machen, ob und auf welche Weise die Netzwerkanbieter ihre „gesteigerte gesellschaftliche Verantwortung“ mit Blick auf die Verbreitung strafbarer Inhalte auch tatsächlich wahrnehmen.²⁰⁵

¹⁹⁸ Der Auswertung liegt ein Abruf der jeweiligen Homepage am 10. Dezember 2019 zu Grunde.

¹⁹⁹ YouTube, Change.org.

²⁰⁰ Twitter.

²⁰¹ Facebook, Instagram.

²⁰² Instagram.

²⁰³ Reddit (Konkret: „Help“ – „Rules and Reporting“ – „Account and Community“ – „View more“ – „Network Enforcement Act („NetzDG“) Reporting“ – „More information about Reddit’s handling of NetzDG reports“ – „Reddit NetzDG Report January to June 2019“).

²⁰⁴ Zum Teil werden diese Berichtspflichten aufgrund der umfassenden Bußgeldbewehrung nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 NetzDG als zu unbestimmt und wegen des Verstoßes gegen Art. 20 Abs. 3, 103 Abs. 2 GG als verfassungswidrig angesehen, vgl. etwa *Ladeur/Gostomzyk* K&R 2017, 390 (391 f).

²⁰⁵ Vgl. Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 20.

Unklar bleibt durch den gewählten Gesetzeswortlaut allerdings, ob sich die Darstellung der Anstrengungen im Bericht allein auf das Bemühen zur Unterbindung „rechtswidriger Inhalte“ i. S. d. § 1 Abs. 3 NetzDG beschränken kann, oder ob sie sich auf *alle* strafbaren Handlungen nach nationalem Recht bezieht.²⁰⁶ Wortlaut und Normzweck sprechen für eine Auslegung, die sich auf die Anstrengungen zur Unterbindung aller strafbaren Handlungen bezieht. Die Nutzer*innen müssten aufgrund der Angaben in dem Bericht somit zumindest einen allgemeinen Eindruck davon erhalten können, ob und welche Maßnahmen der Anbieter trifft, um die Verbreitung von „Hasskriminalität und anderen strafbaren Inhalten“²⁰⁷ auf den Plattformen zu unterbinden. Über eine stärker systematisch orientierte Auslegung des Gesetzes ließe sich jedoch auch der Zusammenhang zwischen § 2 Abs. 2 Nr. 1 mit § 3 Abs. 1 und § 1 Abs. 3 NetzDG betonen und damit die Berichtspflicht auf das Bemühen zur Bekämpfung „strafbarer Handlungen“ i. S. d. § 1 Abs. 3 NetzDG begrenzen.

Die Netzwerkanbieter wählen in der bisherigen Berichtspraxis diesbezüglich überwiegend einen weiteren Ansatz und nutzen die „allgemeinen Ausführungen“ dazu, einen groben Überblick über ihren Umgang mit strafbaren Inhalten und dem Phänomen von Hate Speech bzw. terroristischen oder kriminellen Instrumentalisierungsversuchen im Allgemeinen zu geben. Regelmäßig wird hierbei die maßgebliche Bedeutung der jeweiligen Gemeinschaftsstandards hervorgehoben und das Verhältnis von Gemeinschaftsstandards zu der Überprüfung nach NetzDG knapp beschrieben. Insbesondere mit Blick auf die Unterbindung von terroristischen und kinderpornographischen Inhalten verweisen die Netzwerkanbieter im Rahmen der allgemeinen Ausführungen regelmäßig zudem eigens auf ihr *proaktives Vorgehen* durch Einsatz von technischen Mitteln (z. B. automatisierter Bilderkennung), ggf. in Kombination mit speziell geschultem Personal.²⁰⁸

Allerdings unterscheidet sich der Informationsgehalt der „allgemeinen Ausführungen“ in den Transparenzberichten zwischen den verschiedenen Netzwerkanbietern zum Teil erheblich. Im Falle eines Netzwerkanbieters lassen sich den Transparenzberichten über alle drei Berichtszeiträume hinweg wenig substantielle allgemeine Ausführungen entnehmen, die über seine bloße Motivlage hinsichtlich der Unterbindung rechtswidriger Inhalte hinausgehen.²⁰⁹ In einem anderen Fall weist der Bericht eines Netzwerkanbieters für den Berichtszeitraum 1/2018 ebenfalls keinerlei substantielle Ausführungen über Anstrengungen auf, jedoch hat dieser Netzwerkanbieter seine Berichte in den nachfolgenden Berichtsrounden diesbezüglich sukzessive erweitert.²¹⁰ Eine solche inhaltliche Erweiterung lässt sich bisweilen auch bei den Berichtsangaben solcher Netzwerkanbieter beobachten, die bereits in der ersten Berichtsrunde eingehender ihren Umgang mit Beschwerden nach Gemeinschaftsstandards und NetzDG dargelegt haben. Die Ergänzungen können dabei gleichzeitig quantitativ geringfügig und doch von entscheidendem Informationswert für die Nutzer*innen sein. So lässt sich beispielsweise im Fall eines Netzwerkanbieters erst seinem dritten Transparenzbericht unter der Rubrik „Allgemeine Ausführungen“ der ausdrückliche Hinweis darauf entnehmen, dass eine über den Gemeinschaftsstandard-Beschwerdeweg eingelegte Beschwerde *nicht* dazu führt, dass der gerügte Inhalt einer rechtlichen Prüfung unterzogen wird.²¹¹

2. Darstellung der Mechanismen zur Übermittlung von Beschwerden über rechtswidrige Inhalte und der Entscheidungskriterien für Maßnahmen (§ 2 Abs. 2 Nr. 2 NetzDG)

Nach § 2 Abs. 2 Nr. 2 NetzDG muss der Bericht eine Darstellung der Mechanismen zur Übermittlung von Beschwerden über rechtswidrige Inhalte und der Entscheidungskriterien für ihre Löschung/Sperrung beinhalten. Nach der Entwurfsbegründung soll anhand der Angaben nachvollzogen werden, ob und auf welche Weise die Netzwerkanbieter tatsächlich ein wirksames Beschwerdemanagement einrichten und ob die Netzwerkan-

²⁰⁶ Einzelne Stimmen in der Literatur gehen insoweit von einem Verstoß gegen den Bestimmtheitsgrundsatz aus, vgl. Spindler/Schmitz/*Liesching*, TMG, 2. Aufl. 2018, § 2 NetzDG Rn. 12: Aus Nr. 1 soll daher keine inhaltliche Berichtspflicht folgen, welche die Netzwerkanbieter Rechnung tragen müssen.

²⁰⁷ Vgl. Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 20.

²⁰⁸ Vgl. Google+, Facebook, Instagram, SoundCloud, YouTube.

²⁰⁹ Google+; der Dienst wurde Angaben des Netzwerkanbieters zum 02.04.2019 eingestellt.

²¹⁰ Twitter.

²¹¹ Facebook.

bieter „rechtswidrige Inhalte anhand nationaler Strafvorschriften oder anhand ihrer Gemeinschaftsstandards löschen oder sperren“²¹². Erforderlich sind konkrete Angaben über die technische, organisatorische und gestalterische Umsetzung des Beschwerdemechanismus, insbesondere über die konkrete Ausgestaltung des Melde- und internen Verarbeitungsweges bis hin zu den abstrakten Maßstäben der Entscheidungen.²¹³

a) Mechanismen der Beschwerdeübermittlung

Als eine der zentralen Berichtsansforderungen wird der Mechanismus zur Übermittlung von Beschwerden über rechtswidrige Inhalte in den Transparenzberichten von allen Netzwerkanbietern dargestellt, allerdings mit sehr unterschiedlichem Detaillierungsgrad. Drei Netzwerkanbieter beschränken sich bei der Darstellung auf die Mechanismen zur Übermittlung von Beschwerden nach dem NetzDG.²¹⁴ Zwei Netzwerkanbieter stellen auch die Mechanismen der Beschwerdemöglichkeit nach Gemeinschaftsstandards oder nicht vom NetzDG erfassten Rechtsverstößen ausführlicher dar.²¹⁵ Soweit ein Netzwerkanbieter im Hinblick auf Beschwerden nach NetzDG mehrere Meldeoptionen (z. B. integriert ins sog. Flagging oder über ein gesondertes Formular im Impressum) vorsieht bzw. unterschiedliche Beschwerdewege für angemeldete und nicht angemeldete Nutzer vorhält, lassen sich den Berichten auch diesbezüglich regelmäßig entsprechende Angaben entnehmen. Drei Netzwerkanbieter greifen zur Unterstützung ihrer Beschreibungen auf Screenshots als Visualisierungsmittel zurück.²¹⁶

Deutlich geringer fällt demgegenüber im Regelfall die Informationsdichte hinsichtlich des genauen internen Verarbeitungsweges aus. Zwar halten auch diesbezüglich einige Anbieter konkrete Informationen in ihren Transparenzberichten bereit, ebenso häufig wird nach der Beschreibung des Meldeweges jedoch sogleich auf die Entscheidungskriterien selbst eingegangen. Seinen Grund könnte dies in der spezifischen Formulierung des § 2 Abs. 2 Nr. 2 NetzDG haben, der einen Bericht über das organisatorische Zwischenstadium vom Zeitpunkt der Meldung bis zur Entscheidung zwar implizit voraussetzt, nicht jedoch ausdrücklich aufführt. Zudem gilt es bei der Auswertung der Berichte zu beachten, dass ein Teil der Netzwerkanbieter im Kontext der Ausführungen zu den Berichtspflichten über die Personalorganisation aus § 2 Abs. 2 Nr. 4 NetzDG auch weitergehende Darstellungen zur Organisation des Prüfablaufs bereithalten (hierzu noch unter C. 4.).

b) Entscheidungskriterien

Hinsichtlich der Entscheidungskriterien stellen alle Netzwerkanbieter in ihren Transparenzberichten die *besondere Bedeutung ihrer Gemeinschaftsstandards* heraus. Fast alle Netzwerkanbieter geben an, eingehende Beschwerden über rechtswidrige Inhalte einem zweistufigen Prüfungsverfahren zu unterziehen, bei dem eine Beschwerde selbst bei Inanspruchnahme eines eigenständigen NetzDG-Meldeweges zunächst vorrangig an den netzwerkeigenen Gemeinschaftsstandards geprüft wird. Erst wenn sich diesbezüglich kein Verstoß feststellen lässt, erfolgt eine Prüfung unmittelbar an den rechtlichen Maßstäben der in § 1 Abs. 3 NetzDG genannten Straftatbestände. Ein Netzwerk hat nach seinen Angaben im Transparenzbericht die rechtlichen Maßstäbe der in § 1 Abs. 3 NetzDG genannten Straftatbestände mittels eines anwaltlich ausgearbeiteten Kriterienkataloges vollumfänglich in seine Gemeinschaftsstandards integriert, sodass hier eine zweistufige Prüfung entfällt.²¹⁷ Zwei Beispiele aus diesem Kriterienkatalog wurden in den Transparenzbericht dieses Anbieters zu Illustrationszwecken aufgenommen.²¹⁸

Abgesehen hiervon bleibt es jedoch bei allen Netzwerkanbietern im Kern bei der abstrakten Benennung der jeweiligen Maßstabsschicht. Lediglich ein Netzwerkanbieter fügt seinem Transparenzbericht regelmäßig ausgewählte konkrete Beispiele aus seiner Entscheidungspraxis bei, um diese bezüglich NetzDG-Beschwerden anschaulich zu machen.²¹⁹ Zu den Kategorien, zu denen Beispiele gegeben werden, gehören: „Rechtlich nicht

²¹² Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 20.

²¹³ Spindler/Schmitz/*Liesching*, TMG, 2. Aufl. 2018, § 2 NetzDG Rn. 13.

²¹⁴ Facebook, Instagram, Twitter.

²¹⁵ Google+, YouTube.

²¹⁶ Change.org, Reddit, Twitter.

²¹⁷ Change.org.

²¹⁸ Vgl. Change.org, Transparenzbericht 1/2019.

²¹⁹ Vgl. YouTube, Transparenzbericht 1/2019: <https://storage.googleapis.com/transparencyreport/legal/netzdg/YT-NetzDG-TR-Bundesanzeiger-latest.pdf>, S. 24 bis 26. (zul. abgerufen am 20.02.2020).

relevante Beschwerden“, „Fälle, die von einer externen Strafrechtskanzlei geprüft wurden“, „Kontextbeispiele“, „Bildung/Dokumentation/Wissenschaft/Kunst“, „Verleumdung/Beleidigung“.

3. Anzahl der im Berichtszeitraum eingegangenen Beschwerden über rechtswidrige Inhalte (§ 2 Abs. 2 Nr. 3 NetzDG)

Nach § 2 Abs. 2 Nr. 3 NetzDG müssen die Berichte Auskunft über die *Anzahl* der im Berichtszeitraum *eingegangenen Beschwerden über rechtswidrige Inhalte* geben. Dies muss aufgeschlüsselt nach Beschwerden von Beschwerdestellen und Beschwerden von Nutzer*innen sowie nach dem *Beschwerdegrund* erfolgen. Die Angabe der Anzahl der eingegangenen Beschwerden soll nach dem Willen des Gesetzgebers auch hier im „Interesse der Transparenz und der Evaluation“ erfolgen.²²⁰ In Bezug auf die Auskunftspflicht über die Anzahl lassen sich zwei Unklarheiten hinsichtlich des Umfangs der in die Meldezahl einzubeziehenden Beschwerden identifizieren, die für die Verwirklichung des gesetzgeberischen Transparenzzieles von unmittelbarer Relevanz sind:

Die erste Unklarheit betrifft die in der Literatur aufgeworfene Frage, ob die Netzwerkanbieter nur solche eingegangenen Beschwerden in den Bericht aufzunehmen haben, die sich nach ihrer Bewertung auch *tatsächlich* als materiell begründet erwiesen haben, oder ob sich die Auskunftspflicht ausnahmslos auf jede eingegangene Beschwerde mit der *Behauptung* einer Rechtsverletzung i. S. d. § 1 Abs. 3 NetzDG bezieht. Soweit man den Auskunftszweck insoweit primär in der objektiven Aufklärung über Umfang und Reichweite des Problems rechtswidriger Inhalte in sozialen Netzwerken sieht, mag dies auf den ersten Blick dafür sprechen, die Meldepflicht auf Beschwerden zu beschränken, die sich nach einer Prüfung durch die Netzwerkanbieter tatsächlich auf rechtswidrige Inhalte beziehen.²²¹ Im Wortlaut findet eine solche einschränkende Auslegung jedoch keinen Anhaltspunkt. Der sich aus der Entwurfsbegründung ergebende Gesetzeszweck, Transparenz gerade hinsichtlich des Umgangs der Netzwerkanbieter mit Beschwerden von Nutzer*innen herzustellen, würde durch sie weitgehend unterlaufen. Schließlich ergibt sich auch aus der systematischen Gesamtbetrachtung der Berichtspflichten, insbesondere mit Blick auf den ausdrücklich und eigens auf die Prüffolgen bezogenen § 2 Abs. 2 Nr. 7 NetzDG, dass die Netzwerkanbieter in Bezug auf die Anzahl der eingegangenen Beschwerden i. S. d. § 2 Abs. 2 Nr. 3 NetzDG grundsätzlich alle bei ihnen eingegangenen Beschwerden in die Zählung einbeziehen müssen. Ob sie sich dabei auf die Zählung der Beschwerden beschränken können, die über den gesondert für Beschwerden nach NetzDG eingerichteten Meldeweg eingegangen sind, oder ob sie darüber hinaus auch sicherstellen müssen, dass unabhängig vom Meldeweg alle Beschwerden gezählt werden, bei denen die Nutzer*innen in der Sache einen konkreten Inhalt als „rechtswidrigen Inhalt“ im Sinne des § 1 Abs. 3 NetzDG anzeigen, hängt maßgeblich von der Auslegung ab, die hinsichtlich der Ausgestaltungspflichten der Netzwerkanbieter im Kontext des Beschwerdemanagements vertreten wird (vgl. hierzu Teil 3 A. II.).

Zweitens ist unklar, ob Nutzer*innen bei ihren Beschwerden *ausdrücklich* die Rechtswidrigkeit des Inhalts nach einem der in § 1 Abs. 3 NetzDG genannten Straftatbestände behaupten müssen, oder ob es für eine „Beschwerde über rechtswidrige Inhalte“ genügt, dass die Nutzer*innen sich beim Netzwerkanbieter pauschal (ggf. auch über den Beschwerdeweg nach Gemeinschaftsstandards) über einen konkreten Inhalt beschweren, der nach ihrer Ansicht gesperrt bzw. gelöscht werden sollte und dessen Rechtswidrigkeit implizit behauptet wird. Die hierauf gegebene Antwort entscheidet maßgeblich über die Möglichkeit des Netzwerkanbieters, die Nutzer*innen für Beschwerden nach NetzDG auf einen spezifisch eingerichteten Beschwerdeweg zu verweisen und das sich aus dem NetzDG ergebende Pflichtenprogramm allein durch eine entsprechende Ausgestaltung dieses spezifischen Beschwerdeweges erfüllen zu können (vgl. auch Teil 3 A. II.). Denn nur soweit der Netzwerkanbieter den Nutzer*innen als Eintrittsschwelle in das Prüfungsverfahren nach NetzDG zumindest die *formale* Behauptungslast auferlegen kann, dass ein bestimmter Inhalt nach den in § 1 Abs. 3 NetzDG genannten Straftatbeständen rechtswidrig ist, kann er durch Bereitstellen eines getrennten Beschwerdeweges sein bisheriges Beschwerdeverfahren nach Gemeinschaftsstandards gegenüber den Sonderanforderungen des NetzDG immunisieren. Mit Blick auf die dem NetzDG zu Grunde liegende allgemeine Störerhaftung liegt eine Behauptungslast sehr nahe.

Auch wenn man die formale Behauptung der Rechtswidrigkeit eines konkreten Inhaltes nach den Tatbeständen des § 1 Abs. 3 NetzDG als Eintrittsschwelle für die Auslösung einer NetzDG-relevanten Beschwerde zu Grunde

²²⁰ Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 20.

²²¹ Für eine Begrenzung auf Beschwerden, die nach der Bewertung des Netzwerkanbieters tatsächlich einen der in § 1 Abs. 3 NetzDG genannten Straftatbestand verwirklichen und nicht gerechtfertigt sind, Spindler/Schmitz/Liesching, TMG, 2. Aufl. 2018, § 2 NetzDG Rn. 16.

legt, ist davon unabhängig über die materielle Darlegungslast zu entscheiden. Hier sind die konkreten Anforderungen aus der allgemeinen Störerhaftung unscharf. Mit Blick auf das NetzDG spräche der Gesetzeszweck, rechtswidrige Inhalte schnell aus dem Netz zu entfernen, eher dagegen, dass die Netzwerkanbieter den Nutzer*innen durch die Ausgestaltung des Beschwerdeverfahrens weitergehende Darlegungs- oder gar Subsumtionsobliegenheiten auferlegen können, die sie hinsichtlich der eigenen Prüfungslasten entlasteten. Mehr als die subjektive Behauptung, dass es sich bei einem konkreten Inhalt um einen „rechtswidrigen Inhalt“ im Sinne des NetzDG handelt, dürfte man von Nutzer*innen daher nicht verlangen, soll eine möglichst effektive Verwirklichung des Gesetzeszwecks nicht gefährdet werden (vgl. auch B. II. 2.).

Unabhängig davon dürfte die Ausgestaltung eines eigenständigen Meldeweges auch nur dann den Transparenzanforderungen des NetzDG genügen, wenn für die Nutzer*innen die unterschiedlichen Funktionen und Konsequenzen der beiden Meldewege hinreichend deutlich gemacht worden sind und die Nutzer*innen nicht durch die technische Ausgestaltung dazu veranlasst werden, statt einer Beschwerde nach NetzDG vorrangig eine Beschwerde nach Gemeinschaftsstandards einzulegen. Während diese Fragen im Kern maßgeblich das Pflichtenprogramm bei der Ausgestaltung des Beschwerdemanagements im Kontext des § 3 NetzDG betreffen und daher dort behandelt wurden (unter B. II.), gilt es hier, die Folgen für die Berichtspflichten nach § 2 Abs. 2 NetzDG in den Blick zu nehmen: Geht man von einer allein formalen Anknüpfung an den Meldeweg aus, müssen nur die hierüber eingegangenen Beschwerden ausgewiesen werden. Dies setzte jedoch den oben genannten Anreiz für einen möglichst unattraktiven Meldeweg. Hält man eine solche Anknüpfung nur für zulässig, wenn gleichrangige Meldewege bestehen (vgl. oben Teil 3 A. II.), lässt sich die Erfüllung einer Berichtspflicht nach § 2 Abs. 2 Nr. 3 NetzDG durch die Netzwerkanbieter bei Angabe der Anzahl der eingegangenen NetzDG Beschwerden abschließend nur mit Blick auf die von ihnen konkret gewählte Ausgestaltung des Beschwerdesystems und die Gleichrangigkeit ggf. verschiedener Meldewege aus Sicht der Nutzer*innen bewerten.

In seinem am 2. Juli 2019 ergangenen, aber noch nicht rechtskräftigen Bußgeldbescheid an Facebook betreffend den Transparenzbericht für die erste Jahreshälfte 2018 scheint das BfJ insoweit ebenfalls die Rechtsauffassung zu vertreten, dass *jedenfalls* dann alle Beschwerden über rechtswidrige Inhalte zu erfassen und unabhängig vom Meldeweg im Bericht aufzuführen sind, wenn die Abgrenzung zwischen den beiden Meldewegen für die Nutzer*innen nicht hinreichend transparent und eindeutig ist.²²² Facebook hatte mit dem sog. Flagging-Meldeweg für Beschwerden nach Gemeinschaftsstandards und einem sogenannten NetzDG-Meldeformular zwei getrennte Meldewege für Beschwerden eingerichtet. Nutzer*innen, die eine Beschwerde über einen strafbaren Inhalt im Sinne des NetzDG einreichen wollten, wurden jedoch nach Auffassung des BfJ faktisch auf den Flagging-Meldeweg gelenkt, da das Nebeneinander von Flagging-Meldeweg und NetzDG-Formular bei Facebook nicht ausreichend transparent und das NetzDG-Formular zu versteckt gewesen sei.²²³ Das BfJ geht davon aus, dass die Anzahl der über den weithin bekannten Flagging-Meldeweg eingegangenen Beschwerden für die Meldepflicht beachtlich und die Darstellung im veröffentlichten Bericht insofern unvollständig ist. Wenn Netzwerkanbieter mehrere Meldewege vorhalten, müssten diese für die Nutzer*innen transparent und eindeutig sein und dortige Eingänge grundsätzlich im Transparenzbericht abgebildet werden.²²⁴

a) Anzahl sowie Aufschlüsselung nach Beschwerdegrund

Betrachtet man die veröffentlichten Transparenzberichte, so enthalten auf den ersten Blick alle Berichte gleichermaßen Angaben über die Anzahl der eingegangenen Beschwerden sowie eine entsprechende Aufschlüsselung nach Beschwerdegrund und Beschwerdeführer (Nutzer*innen/Beschwerdestelle). Der zweite Blick offenbart dann jedoch im Detail eine große Variationsbreite in der Interpretation der Meldepflicht; der Gesetzeswortlaut ist hier uneindeutig. Im Zentrum steht hier die Frage, ob die Zahl der Beschwerdemeldungen oder die Zahl der zu prüfenden Inhalte maßgeblich ist. Während § 2 Abs. 2 Nr. 3 NetzDG mit der Formulierung „eingegangene Beschwerden“ durchaus ein formales Beschwerdeverständnis zulässt, welches an den einzelnen Beschwerdevorgang und nicht an die Anzahl der innerhalb eines Beschwerdevorgangs gerügten Inhalte anknüpft, spricht die zugleich angeordnete Aufschlüsselungsverpflichtung nach dem Beschwerdegrund eher für ein Verständnis, welches die Anzahl der Beschwerden mit der Anzahl der gerügten Inhalte gleichsetzt. Der hierdurch eröffnete

²²² Pressemitteilung des BfJ vom 03.07.2019.

²²³ Pressemitteilung des BfJ vom 03.07.2019.

²²⁴ Pressemitteilung des BfJ vom 03.07.2019.

Interpretationsspielraum wirkt sich nicht nur auf die Vergleichbarkeit der Zahlen zwischen den einzelnen Netzwerksanbietern negativ aus, sondern beeinträchtigt bisweilen auch die Transparenz der Angaben innerhalb einzelner Transparenzberichte.

Zwei Netzerkanbieter²²⁵ geben als Beschwerdezahl die absolute Anzahl der über das NetzDG-Meldeformular übermittelten Beschwerden an, berücksichtigen dabei jedoch nicht, ob in einer Beschwerde mehrere Inhalte gerügt werden. Bei der Aufschlüsselung nach dem Beschwerdegrund wird dann zwar dem Umstand Rechnung getragen, dass von Nutzer*innen in einer Beschwerde mehrere Rechtsverstöße gerügt werden können, jedoch bleibt auch hier offen, inwieweit sich der durch die Berücksichtigung von mehreren Beschwerdegründen ergebende Überschuss gegenüber der formellen Gesamtzahl an Beschwerdeeingängen allein aus der multiplen Rechtswidrigkeit *eines* Inhalts oder der gleichzeitigen Rüge *mehrerer* Inhalte ergibt. Die Anzahl der von Nutzer*innen innerhalb eines Berichtszeitraums als rechtswidrig i. S. d. § 1 Abs. 3 NetzDG gerügten Inhalte lassen sich den in Tabellenform hervorgehobenen Angaben zur Anzahl der NetzDG-Beschwerden damit gerade nicht entnehmen. Lediglich im Fließtext wird beiläufig auch die tatsächliche Anzahl der als rechtswidrig gerügten Inhalte erwähnt, die jeweils erheblich über der Gesamtzahl der genannten Beschwerden lag. So wurde beispielsweise im letzten Transparenzbericht eines dieser Netzerkanbieter die Gesamtzahl der eingegangenen Beschwerden mit 647 beziffert, während sich die durch die Nutzer*innen mittels einer NetzDG-Beschwerde markierten rechtswidrigen Inhalte nach eigenen Angaben auf 1050 Inhalte belief.²²⁶ Bei beiden Netzerkanbietern fällt zudem auf, dass die Anzahl der gemeldeten Beschwerden signifikant hinter den Beschwerdezahlen der anderen Netzerkanbieter mit vergleichbarem Nutzeraufkommen zurückbleibt. Dies führt zu der Vermutung, dass durch die ausgestaltungsbezogene Privilegierung des Beschwerdeweges hinsichtlich eines Verstoßes gegen Gemeinschaftsstandards ein Teil des Beschwerdeaufkommens hinsichtlich rechtswidriger Inhalte i. S. d. § 1 Abs. 3 NetzDG auf diesen Beschwerdeweg zumindest faktisch umgeleitet wird. Soweit die Netzerkanbieter sich dann aber darauf beschränken, das Beschwerdeaufkommen nach ihrem NetzDG-Formular anzugeben, lässt sich den Berichten kein adäquates Bild über das tatsächliche Beschwerdeaufkommen im Hinblick auf rechtswidrige Inhalte im Sinne des § 1 Abs. 3 NetzDG entnehmen.

Ein anders gelagertes Transparenz- bzw. Vergleichbarkeitsproblem hinsichtlich des Berichtsinhalts des § 2 Abs. 2 Nr. 3 NetzDG, das aber gleichfalls auf die Rückkopplungseffekte zwischen der Ausgestaltung des Beschwerdeverfahrens und der Erfüllung der Berichtspflichten verweist, stellt sich hinsichtlich der geforderten Aufschlüsselung nach dem Beschwerdegrund. Die Unbestimmtheit, in welchem Ausmaß sich aus dem NetzDG bei der Ausgestaltung des Beschwerdemanagements objektive Prüfpflichten herleiten lassen, die nicht an eine subjektive Darlegung der Nutzer*innen anknüpfen, spiegelt sich im Kontext des § 2 Abs. 2 Nr. 3 NetzDG in der Frage, inwieweit sich die Berichtspflicht auf den von Nutzer*innen subjektiv vorgebrachten Beschwerdegrund oder eine objektivierte Einordnung des Beschwerdeanliegens bezieht. So melden zwei Netzerkanbieter als Beschwerdezahlen zwar nicht allein die formalen Beschwerdeeingänge nach ihrem NetzDG-Beschwerdeweg, sondern die tatsächliche Anzahl der hierdurch insgesamt als rechtswidrig gemeldeten Inhalte.²²⁷ Allerdings erfolgt hier die Aufschlüsselung nach dem Beschwerdegrund im Transparenzbericht nicht nach den einzelnen Straftatbeständen, sondern nach größeren Kategorien wie zum Beispiel „Hassrede oder politischer Extremismus“ / „Terrorismus oder verfassungswidrige Inhalte“ / „Persönlichkeitsrechtsverletzung oder Beleidigung“ / „Privatsphäre“ / „Gewalt“ etc. Hierin spiegelt sich das im Kontext der Ausgestaltung des Beschwerdeverfahrens grundsätzlich begrüßenswerte Anliegen wider, den Nutzer*innen eine vereinfachte Meldung ohne schwierige Subsumtion unter einzelne Tatbestände zu ermöglichen. Folgt man aber dem Grundansatz, im Kontext des § 2 Abs. 2 Nr. 3 NetzDG auf die subjektive Perspektive der Beschwerdeführer abzustellen, um möglichst alle erhobenen Beschwerden als Eingangsdaten zu erfassen, und entlastet man zugleich die Nutzer*innen von der Obliegenheit, eine zumindest formale Zuordnung des gerügten Inhaltes zu einem bestimmten Tatbestand zu erklären, stellt sich mit Blick auf die Berichtspflicht des § 2 Abs. 2 Nr. 3 NetzDG die Frage, ob man dem Netzerkanbieter tatsächlich eine eigenständige vorläufige Vorkategorisierungspflicht auferlegen möchte, damit normspezifischere Angaben über die jeweilig erhobene Anzahl an Beschwerden in den Transparenzberichten abgerufen werden können. Die Folge hiervon wäre dann aber, dass der Netzerkanbieter, der einen für die Nutzer*innen niedrigschwelligeren Beschwerdeweg ausgestaltet, hierdurch für sich zusätzlich Vorkategorisierungslasten generieren würde, die ihren Zweck allein in der Erfüllung der Berichtspflicht des § 2 Abs. 2 Nr. 3 NetzDG finden würden, was einen erheblichen negativen Anreiz für ein eigentlich erwünschtes Verhalten

²²⁵ Facebook, Twitter.

²²⁶ Facebook.

²²⁷ Google+, YouTube.

darstellen dürfte. Deutlich wird hieran, dass der Gesetzeszweck der Einrichtung eines niedrighschwelligen Beschwerdeweges und effizienten Beschwerdemanagements sich nicht immer spannungsfrei zu dem mit der Berichtspflicht zumindest mitanvisierten Informationsziel über den Verbreitungsgrad rechtswidriger Inhalte in Netzwerken und ihren Umgang mit ihnen verwirklichen lässt. Soweit man dieses Spannungsverhältnis zugunsten des Ziels eines effektiven und niedrighschwelligen Beschwerdeverfahrens auflösen will, bietet sich eine weite Auslegung der Berichtspflicht über den „Beschwerdegrund“ an. Dieser würde dann nicht zwingend eine Aufschlüsselung nach den Straftatbeständen, sondern lediglich nach groben Kategorien verlangen. Der Gesetzgeber sollte eine entsprechende Klarstellung in Erwägung ziehen.

Zwei Netzerkanbieter melden schließlich als Anzahl der eingegangenen Beschwerden alle mit spezifischem Verweis auf das NetzDG gerügten Inhalte und schlüsseln diese auch nach den einzelnen Tatbeständen des § 1 Abs. 3 NetzDG auf. Im Falle eines weiteren Netzerkanbieters lässt sich dem Bericht nicht entnehmen, ob sich die Anzahl auf die jeweils einzeln eingegangenen Beschwerden über das NetzDG-Meldeformular oder auf die in diesen Beschwerden gerügten Inhalte bezieht.

Nur ein Netzerkanbieter gab in seinem Transparenzbericht explizit an, dass eine Klassifizierung zwar in erster Linie über die in dem Beschwerdeformular durch die Beschwerdeführer*innen ausgewählte Kategorien erfolge, dass jedoch auch jede eingehende Beschwerde durch ein Team gesichtet und gegebenenfalls dem Beschwerdegegenstand entsprechend korrekt eingeordnet werde, um fehlerhafte Einordnungen durch Nutzer*innen zu korrigieren.²²⁸

b) Aufschlüsselung zwischen Nutzer*innen und Beschwerdestellen

Alle Transparenzberichte nehmen eine Aufschlüsselung der Beschwerden nach Nutzer*innen und Beschwerdestellen vor. Nicht alle Netzerkanbieter überprüfen jedoch, ob die Beschwerden auch tatsächlich von Beschwerdestellen abgegeben werden. Erfasst werden dann auch Fälle, in denen Nutzer*innen sich als Beschwerdestelle ausgeben, etwa um eine (vermeintlich) höhere Priorität oder Prüfungsintensität auf Seiten des Netzerkanbieters zu erreichen. Ein gesteigerter Informationswert ließe sich der Berichtspflicht daher insoweit nur entnehmen, wenn man im Kontext des Anforderungsprogramms an die Ausgestaltung des Beschwerdemanagements den Netzerkanbietern eine Pflicht auferlegen würde, durch entsprechende Verifizierungen dafür Sorge zu tragen, dass Beschwerden von Beschwerdestellen auch nur von solchen eingelegt werden können. Ob sich eine solche Pflicht dem NetzDG in seiner jetzigen Form entnehmen lässt, muss zumindest als offen bezeichnet werden. Auch hier empfiehlt sich eine Klarstellung durch den Gesetzgeber.

4. Berichtsinhalte bezüglich des Prüfpersonals (§ 2 Abs. 2 Nr. 4 NetzDG)

Nach Auffassung des Gesetzgebers ist für eine hinreichend effektive Beschwerdebearbeitung „ein qualifiziertes Bearbeitungsteam unerlässlich“.²²⁹ Daher verpflichtet § 2 Abs. 2 Nr. 4 NetzDG die Anbieter, über die Organisation, personelle Ausstattung sowie fachliche und sprachliche Kompetenz der für die Bearbeitung von Beschwerden zuständigen Arbeitseinheiten in ihrem Transparenzbericht Rechenschaft zu geben. Die Berichte müssen dementsprechend Informationen über die organisatorische Strukturierung, die Anzahl der Arbeitseinheiten sowie deren durch Bildungsabschlüsse oder sonstige Schulungszertifikate nachweisbare Fach- und Sprachkompetenz enthalten. Um ein transparentes und somit nachvollziehbares Beschwerdeverfahren zu gewährleisten, sind nach § 2 Abs. 2 Nr. 4 NetzDG alle internen und externen Arbeitseinheiten, die Beschwerden bearbeiten, vollständig zu benennen.²³⁰ Der Gesetzgeber wollte auf diese Weise sicherstellen, dass auch „die Anforderungen an die Qualifikationen externer Arbeitseinheiten erfüllt werden“.²³¹ Neben der Qualifikation ging es dem Gesetzgeber bei der Verpflichtung zu Schulung und Betreuung zugleich auch um den Schutz der Mitarbeiter*innen in Anbetracht der „hohen physischen Belastungen“ und den „ständig neuen Herausforderungen“.²³² Auch insoweit dient die Berichtspflicht der Überprüfbarkeit der Umsetzung des materiellen Anforderungsprogramms.

²²⁸ Change.org, Transparenzbericht 1/2019, S. 6.

²²⁹ Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 21.

²³⁰ Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 21.

²³¹ Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 21.

²³² Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 21.

a) Organisation und Personalausstattung

Die Transparenzberichte ergeben hier ein heterogenes Bild. Der Detaillierungsgrad der Schilderungen über die Organisation und die Personalzusammensetzung der Beschwerdeteams schwankt zwischen den einzelnen Netzerkanbietern erheblich. Während sich bei mehreren Netzerkanbietern eine deutliche Verbesserung des Berichts zwischen der ersten und dritten Berichtsrunde feststellen lässt, die sich in einer entsprechenden Steigerung der Informationsdichte widerspiegelt, dürften auch die in der dritten Berichtsrunde im Juli 2019 veröffentlichten Transparenzberichte nach wie vor nicht alle den sich aus § 2 Abs. 2 Nr. 4 NetzDG ergebenden Anforderungen vollumfänglich genügen. So lassen sich in zwei Fällen den Transparenzberichten schon keine hinreichend spezifischen Angaben über die genaue personelle Ausstattung und Zusammensetzung der Beschwerdeteams oder über die fachliche Qualifikation der beteiligten Personen entnehmen.²³³ Eine der gesetzgeberischen Vorstellung entsprechende Einschätzung der Qualität des Beschwerdemanagements lässt sich hier mangels hinreichend konkreter Angaben schon im Ansatz nicht treffen.

Die Mehrzahl der Transparenzberichte vermittelt jedoch zumindest in den Grundzügen, teilweise auch darüber hinaus, einen konkreten Eindruck von der Organisation, der Anzahl sowie den Bildungsabschlüssen und sprachlichen Kompetenzen des mit der Prüfung beauftragten Personals sowie seiner Fortbildung und Schulung. Soweit die Netzerkanbieter auf ein gestuftes Prüfungsverfahren zurückgreifen, bei denen eingehende Beschwerden erst an den Gemeinschaftsstandards gemessen werden, spiegelt sich dies in der Organisationsstruktur bisweilen in der gestuften Abfolge unterschiedlicher Beschwerdeteams wider (vgl. zu den Problemen Teil 3 A. II.). Soweit insbesondere die großen Netzerkanbieter für die Prüfung von NetzDG-Beschwerden eigenständige Prüfungsteams bilden, nehmen sie hierbei in weitem Umfang externe Dienstleister in Anspruch. Zwei Netzerkanbieter geben an, bei der Prüfung der NetzDG-Beschwerden vollständig auf das Prüfteam eines externen Dienstleisters zurückzugreifen.²³⁴ Ein Netzerkanbieter liefert in seinem Bericht keine Angaben über das genaue Verhältnis zwischen internem und externem Prüfpersonal.²³⁵ Hinsichtlich der Anzahl der mit NetzDG-Beschwerden befassten Personen wird in den Berichten regelmäßig betont, dass die Anzahl flexibel zum tatsächlichen Beschwerdeaufkommen gehalten wird, sodass bei geringem Beschwerdeaufkommen nur ein kleiner Teil der genannten Mitarbeiter*innenanzahl tatsächlich zum Einsatz komme.

b) Schulungen

In allen Transparenzberichten wird von eigenständigen Schulungen der mit NetzDG-Beschwerden befassten Mitarbeiter*innen berichtet, unabhängig davon, ob eigenständige NetzDG-Beschwerdeteams gebildet werden oder die Prüfung in erster Linie den Mitarbeiter*innen eines allgemeinen Beschwerdeteams überlassen bleibt. Die Schulungen erfolgen nach Angabe in den Berichten dabei teils durch unternehmensinterne Jurist*innen, teils unter Rückgriff auf externe Rechtsanwält*innen, Rechtsprofessor*innen oder Berater*innen. Drei Netzerkanbieter berichten zudem über ihre internen Qualitätssicherungsprozesse.²³⁶ Dabei geben zwei Anbieter an, dass im dritten Berichtszeitraum abhängig vom Volumen der Beschwerdeeingänge im Schnitt 30 % bzw. 70 % der geprüften Inhalte erneut überprüft wurden, um zu gewährleisten, dass das NetzDG-Team wie vorgesehen funktioniere. Während sich einem Teil der Berichte durchaus konkrete Angaben über Schulungsintervalle, Aufbereitung des Lehrmaterials (z. B. strafatspezifische Kriterienkataloge, die von einer externen Kanzlei erstellt wurden) und Lehrpersonal entnehmen lassen, beschränken sich auch hier ein großer Teil der Berichte allein auf abstrakt bleibende Aussagen mit geringem Informationswert.

c) Betreuungsangebote

Nahezu alle Berichte aus der letzten Berichtsrunde enthalten Angaben zu psychologischen Betreuungs- und Beratungsangeboten für Mitarbeiter*innen, die mit der Bewertung von NetzDG-Beschwerden beauftragt sind. Ein Bericht erschöpft sich jedoch in der pauschalen Aussage, dass Mitarbeiter*innen „Zugang zu Ressourcen hinsichtlich ihrer Gesundheit und ihrem Wohlergehen“ haben.²³⁷ Soweit die Berichte konkretere Angaben enthalten, variiert die Bandbreite des Angebots auch in Abhängigkeit zur Größe des jeweiligen Netzerkanbieters.

²³³ Twitter, Reddit.

²³⁴ Google+, YouTube.

²³⁵ Twitter.

²³⁶ Google+, Twitter, YouTube.

²³⁷ Twitter.

Regelmäßig verweisen die Berichte beispielsweise auf unternehmensseitige Angebote in Form von psychologischer Unterstützung durch entsprechend ausgebildete Therapeut*innen, auf Gruppen- und Einzeltherapiesitzungen, Gruppencoaching und Beratungen über Support-Hotlines. In einem Fall wird von der Bereitstellung entsprechender Handy-Apps berichtet, die den Teams Zugang zu Experten, Coaches und Tools für das emotionale Wohlbefinden geben sollen und das sonstige psychologische Beratungsangebot ergänzen. Wie hoch- bzw. niedrighschwellig die Angebote jedoch ausgestaltet sind und ob sie tatsächlich geeignet sind, den vom Gesetzgeber erwarteten hohen Belastungen des Beschwerdeprüfungspersonals gerecht zu werden, lässt sich aufgrund des hohen Abstraktionsgrades der Angaben regelmäßig nicht beurteilen.

5. Mitgliedschaft in Branchenverbänden (§ 2 Abs. 2 Nr. 5 NetzDG)

Nach § 2 Abs. 2 Nr. 5 NetzDG müssen die Diensteanbieter in ihrem Bericht darlegen, ob sie Mitglied in einem Branchenverband sind und ob dieser Branchenverband eine Beschwerdestelle für Meldungen von Hasskriminalität und anderen strafbaren Inhalten in sozialen Netzwerken vorsieht. Ist eine Beschwerdestelle vorhanden, soll dieser Umstand nach der Entwurfsbegründung im Falle einer Bußgeldbewehrung strafmildernd berücksichtigt werden können.²³⁸

Von den insgesamt acht Netzwerkanbietern, die bisher für mindestens einen Berichtszeitraum einen Transparenzbericht abgegeben haben, sind nach eigenen Angaben²³⁹ drei Netzwerkanbieter in keinem Branchenverband Mitglied.²⁴⁰ Für die übrigen fünf Anbieter gilt nach den Aussagen in den Transparenzberichten: Vier Netzwerkanbieter sind im Branchenverband „Eco - Verband der Internetwirtschaft e. V.“ vertreten, bei dem eine interne Beschwerdestelle existiert.²⁴¹ Vier Netzwerkanbieter sind im Branchenverband „Bitkom – Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V.“ vertreten, in dem keine interne Beschwerdestelle existiert.²⁴² Zwei Netzwerkanbieter sind im Branchenverband „BVDW – Bundesverband Digitale Wirtschaft e. V.“ vertreten, bei dem keine interne Beschwerdestelle existiert.²⁴³ Darüber hinaus bestehen nach eigenen Angaben von fünf Netzwerkanbietern Mitgliedschafts- bzw. Kooperationsbeziehungen zu „Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter e. V.“,²⁴⁴ von vier Netzwerkanbietern zu „Deutschland sicher im Netz e. V.“²⁴⁵, sowie von zwei Netzwerkanbietern zu „Jugendschutz.net“.²⁴⁶

6. Konsultation externer Stellen (§ 2 Abs. 2 Nr. 6 NetzDG)

Die Transparenzberichte müssen nach § 2 Abs. 2 Nr. 6 NetzDG auch die Anzahl der Beschwerden angeben, bei denen eine externe Stelle konsultiert wurde, um die Entscheidung vorzubereiten. Soweit dies nach Auffassung des Gesetzgebers dazu dienen soll, ein „aussagekräftiges Gesamtbild“ auch hinsichtlich der Anzahl der Beschwerden zu generieren, bei denen „die internen Ressourcen der Anbieter“ aus Gründen des Umfangs oder der Komplexität der Beschwerde „nicht ausreichend sind“, ist der Gesetzeswortlaut in der Tendenz überschießend.²⁴⁷ Denn die Berichtspflicht erfasst in ihrer jetzigen Fassung auch die Konsultationen externer Stellen, die nicht auf eine fehlende Ressourcenausstattung, sondern auf andere Motivlagen der Netzwerkanbieter zurückzuführen sind.²⁴⁸ Die überschießende Tendenz ist dem übergeordneten Gesetzeszweck einer erhöhten Transparenz im Umgang mit Beschwerden jedoch förderlich und insoweit unproblematisch. Allerdings lassen sich aufgrund der überschießenden Formulierung Rückschlüsse auf die interne Ressourcenausstattung der Netzwerkanbieter aus den Angaben nach § 2 Abs. 2 Nr. 6 NetzDG nur bedingt ziehen. Klar umfasst sind von dem Begriff „externe Stellen“ aufgrund des Gesetzeszweckes in jedem Fall externe Anwaltskanzleien.

²³⁸ Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 21.

²³⁹ Bei der nachfolgenden Aufstellung sind Mehrfachmitgliedschaften berücksichtigt.

²⁴⁰ Change.org, Reddit, SoundCloud.

²⁴¹ Facebook; Google+, Twitter, YouTube.

²⁴² Facebook, Google+, Twitter, YouTube.

²⁴³ Facebook, Twitter.

²⁴⁴ Google+, Facebook, Instagram, Twitter, YouTube.

²⁴⁵ Google+, Facebook, Instagram, YouTube.

²⁴⁶ Instagram, Twitter.

²⁴⁷ Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 21.

²⁴⁸ In diesem Sinne auch Spindler/Schmitz/Liesching, TMG, 2. Aufl. 2018, § 2 NetzDG Rn. 24.

Drei Netzwerkanbieter geben an, bisher in keinem Fall externe Berater eingeschaltet zu haben.²⁴⁹ Die übrigen Netzwerkanbieter geben ihren Berichten an, in schwierigen Fällen auf den Rat externer deutscher Anwaltskanzleien zurückzugreifen und nennen jeweils die Zahl der Fälle, in denen eine Konsultation zur Vorbereitung der Entscheidung im Berichtszeitraum erfolgte. Die Fallzahlen verbleiben hierbei durchgehend im niedrigen zweistelligen Bereich und bilden nur einen sehr geringen Anteil am jeweiligen Gesamtbeschwerdeaufkommen der Netzwerkanbieter.

7. Anzahl der Beschwerden, die im Berichtszeitraum zur Löschung oder Sperrung des beanstandeten Inhalts führten (§ 2 Abs. 2 Nr. 7 NetzDG)

Durch § 2 Abs. 2 Nr. 7 NetzDG werden die Netzwerkanbieter dazu verpflichtet, die Anzahl der Beschwerden auszuweisen, die im Berichtszeitraum zur Löschung oder Sperrung des beanstandeten Inhalts geführt haben. Dabei haben sie die Anzahl nach dem Beschwerdegrund aufzuschlüsseln sowie danach, ob die Beschwerden von Beschwerdestellen oder von Nutzer*innen eingereicht wurden. Unklar bleibt aufgrund des Gesetzeswortlautes jedoch, ob die Aufschlüsselung nach dem Beschwerdegrund ebenfalls eine Aufschlüsselung nach den unterschiedlichen Beschwerdeführer*innen beinhalten muss oder nicht.

Zudem müssen die Netzwerkanbieter in ihren Berichten angeben, wie oft im Falle der Löschung bzw. Sperrung ein Fall des § 3 Abs. 2 Nr. 3 lit. a NetzDG vorlag²⁵⁰ und ob in diesem Fall eine Weiterleitung an den*die Nutzer*in erfolgt ist. Schließlich muss der Bericht Angaben darüber enthalten, in wie vielen Fällen mit Lösch- bzw. Sperrfolgen eine Übertragung an eine anerkannte Einrichtung der Regulierten Selbstregulierung nach § 3 Abs. 2 Nr.3 lit. b NetzDG erfolgt ist.

a) Anzahl der zur Löschung/Sperrung führenden Beschwerden, aufgeschlüsselt nach Beschwerdegrund

Alle Transparenzberichte enthalten in Tabellenform nach dem Beschwerdegrund aufgeschlüsselte Angaben über die Anzahl der Beschwerden, die zur Löschung oder Sperrung von Inhalten geführt haben. Wie bereits im Kontext der Meldung über die Anzahl an eingehenden Beschwerden, wirken sich jedoch auch hier die unterschiedliche Interpretation des Beschwerdebegriffs bzw. die Folgen von Kategorisierungsentscheidungen der Netzwerkanbieter im Rahmen der Ausgestaltung des Beschwerdeverfahrens einschränkend auf deren Vergleichbarkeit aus.

Jedenfalls vier Netzwerkanbieter²⁵¹ legen auch im Rahmen der Angaben des § 2 Abs. 3 Nr. 7 und 8 NetzDG ausdrücklich die von den Beschwerdeführer*innen selbst genannten Beschwerdegründe zugrunde und nicht die Maßstäbe bzw. Tatbestände, nach denen der Inhalt letztlich als rechtswidrig eingestuft und gelöscht wurde. Im Hintergrund könnte hier neben einer entsprechenden Offenheit des Wortlauts wohl auch die Erwägung stehen, dass nur auf diese Weise bei der Löschung anhand von Gemeinschaftsstandards nicht noch eine rechtliche Subsumtion anhand der Tatbestände des § 1 Abs. 3 NetzDG durchzuführen ist. Dies wäre jedoch eine notwendige Voraussetzung, wenn man im Kontext des § 2 Abs. 3 Nr. 7 NetzDG die Berichtspflicht dahingehend deuten würde, dass mit dem „Beschwerdegrund“ der objektive Beanstandungsgrund zu verstehen sei. Die Netzwerkanbieter können sich hier in der Tat auch auf den Wortlaut der Norm stützen, der auf den „Beschwerde-“ und nicht auf den „Lösch- bzw. Sperrgrund“ abstellt und diesbezüglich dem § 2 Abs. 2 Nr. 3 NetzDG entspricht. Die Folge ist dann jedoch, dass etwa eine Beschwerde wegen Volksverhetzung selbst dann unter der Kategorie „Volksverhetzung“ zu einem Löscheintrag führte, wenn der Inhalt im Ergebnis vom Netzwerkanbieter zwar nicht als Volksverhetzung, wohl aber als „Beleidigung“ eingestuft und gelöscht würde. Objektive Schlussfolgerungen zur Verbreitung bestimmter Straftaten lassen sich dann aus Angaben in den Transparenzberichten nur sehr bedingt entnehmen.

²⁴⁹ Change.org, Reddit, SoundCloud.

²⁵⁰ Nach § 3 Abs. 2 Nr. 3 lit. a NetzDG kann die Regellöschfrist von sieben Tagen überschritten werden, wenn die Entscheidung über die Rechtswidrigkeit des Inhalts von der Unwahrheit einer Tatsachenbehauptung oder erkennbar von anderen tatsächlichen Umständen abhängt. In diesem Fall kann dem Nutzer vor der Entscheidung Gelegenheit zur Stellungnahme zu der Beschwerde geben werden.

²⁵¹ Vgl. Facebook, Google+, Instagram, YouTube.

b) Aufschlüsselung nach Beschwerdeführer*innen

Alle Transparenzberichte enthalten eine Aufschlüsselung nach Nutzer*innen/Beschwerdestellen. Regelmäßig erfolgt die Aufschlüsselung insoweit nicht allein hinsichtlich der Anzahl, sondern auch hinsichtlich des Grundes der Löschung. Auch hier gilt es bei der Auswertung der Transparenzberichte jedoch in Rechnung zu stellen, dass nicht alle Netzwerkanbieter ihre Meldewege so ausgestalten, dass die Beschwerdestelleneigenschaft jeweils stets sicher verifiziert wird. Der Aussagegehalt ist in diesen Fällen begrenzt. Zwei Netzwerkanbieter weisen jedoch auch eigens das Verhältnis zwischen gemeldeten und entfernten Inhalten von *verifizierten* Beschwerdestellen aus.²⁵²

c) Fall des § 3 Abs. 2 Nr. 3 lit. a NetzDG sowie Stellungnahmeangebot an Nutzer*innen

Alle Netzwerkanbieter veröffentlichen in ihren Berichten Zahlen darüber, wie oft im Falle einer Löschung/Sper rung ein Fall vorlag, in welchem die Entscheidung über die Rechtswidrigkeit eines Inhalts von der Unwahrheit der Tatsachenbehauptung oder erkennbar von anderen tatsächlichen Umständen abhing (§ 3 Abs. 2 Nr. 3 lit. a NetzDG). Im Falle zweier Netzwerkanbieter wird jedoch aufgrund der entsprechenden Formulierung im Transparenzbericht nicht hinreichend klar, ob tatsächlich *alle* Fälle des § 3 Abs. 2 Nr. 3 lit. a NetzDG angegeben wurden, oder nur die, bei denen Nutzer*innen zusätzlich die Möglichkeit zur Stellungnahme gegeben wurde.²⁵³

Alle Netzwerkanbieter geben zudem an, in wie vielen Fällen die Nutzer*innen vor der Entscheidung Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wurde. Dabei geben jedoch lediglich zwei Netzwerkanbieter an, in drei bzw. in siebzehn Fällen des § 3 Abs. 2 Nr. 3 lit. a NetzDG Nutzer*innen vor der Entscheidung Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben zu haben. Ein Netzwerkanbieter führt in seinem Bericht aus, dass er in den im Berichtszeitraum eingetretenen sechs Fallkonstellationen, die sich unter § 3 Abs. 2 Nr. 3 lit. a NetzDG subsumieren ließen, deshalb von der Möglichkeit abgesehen habe, die Nutzer*innen zu Stellungnahme aufzufordern, weil die Beschwerdeführer*innen ihrerseits auf klärende Nachfragen des Netzwerkanbieters zuvor nicht reagiert hätten.²⁵⁴

d) Übertragung an anerkannte Einrichtung der Regulierten Selbstregulierung

Alle Netzwerkanbieter geben in ihren Transparenzberichten an, bisher *keinen* Fall an eine anerkannte Einrichtung der Regulierten Selbstregulierung übertragen zu haben (zu den Gründen unter B. V.).

e) Überobligatorische Informationen durch einzelne Netzwerkanbieter

Die Transparenzberichte zweier Netzwerkanbieter enthalten zusätzlich eine informative Gegenüberstellung der Inhalte, die nach einer NetzDG-Beschwerde aufgrund eines Verstoßes gegen die Gemeinschaftsrichtlinien weltweit entfernt wurden, und der Inhalte, die nur lokal aufgrund des NetzDG gesperrt wurden.²⁵⁵ In Anbetracht der großen Bedeutung, die den Beurteilungsmaßstäben nach Gemeinschaftsstandards von den Netzwerkanbietern auch im Kontext des Beschwerdemanagements nach NetzDG zugemessen wird, wäre es aufschlussreich, entsprechende Informationen auch von den anderen Netzwerkanbietern zu erhalten. Der Gesetzgeber sollte daher erwägen, ob er den der Katalog der Berichtspflichten nicht für alle Anbieter um diese Angabe erweitern möchte.

8. Zeit zwischen Beschwerdeeingang und Löschung/Sperrung des rechtswidrigen Inhalts (§ 2 Abs. 2 Nr. 8 NetzDG)

Um überprüfen zu können, ob die in § 3 Abs. 2 Nr. 2 und 3 NetzDG vorgegebenen Regelbearbeitungszeiten eingehalten werden, verpflichtet § 2 Abs. 2 Nr. 8 NetzDG die Netzwerkanbieter dazu, in ihren Berichten auch die Bearbeitungszeit zwischen Beschwerdeeingang und Löschung oder Sperrung des rechtswidrigen Inhalts anzugeben. Auch hier hat die Angabe aufgeschlüsselt nach Beschwerdegrund und nach Beschwerdeführer*innen zu erfolgen. Darüber hinaus ist die Bearbeitungszeit in Zeitspannen von „innerhalb von 24 Stunden“, „innerhalb von 48 Stunden“, „innerhalb einer Woche“ oder „zu einem späteren Zeitpunkt“ anzugeben, um evaluieren zu können, wie effizient die zuständigen Teams die Beschwerden bearbeiten.²⁵⁶

²⁵² Vgl. YouTube (Transparenzbericht 1/2019, S. 6); Google+ (Transparenzbericht 1/2019, S. 3).

²⁵³ Vgl. Change.org (Transparenzbericht 1/2019, S. 12); Facebook (Transparenzbericht 1/2019, S. 11).

²⁵⁴ Vgl. Reddit (Transparenzbericht 1/2019, S. 8).

²⁵⁵ Vgl. YouTube (Transparenzbericht 1/2019, S. 10); Google+ (Transparenzbericht 1/2019, S. 9).

²⁵⁶ Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 21.

Alle Transparenzberichte enthalten in Tabellenform Angaben über die Bearbeitungszeit zwischen Beschwerdeingang und Löschung bzw. Sperrung von Inhalten, aufgeschlüsselt nach Beschwerdeführer*innen sowie gesetzlich spezifiziertem Zeitfenster. Wie bereits im Kontext der Meldung über die Anzahl an eingehenden Beschwerden wirken sich jedoch auch hier die unterschiedliche Interpretation des Beschwerdebegriffs – Zählung der formalen Beschwerden oder der darin gerügten Inhalte – bzw. die Folgen von Kategorisierungsentscheidungen der Netzwerkanbieter im Rahmen der Ausgestaltung des Beschwerdeverfahrens allerdings in entsprechender Weise einschränkend auf die Vergleichbarkeit der gemachten Angaben aus. Ein Netzwerkanbieter²⁵⁷ führt in seinem Bericht über die Anforderungen des NetzDG hinausgehend die zusätzliche Information auf, ob es Fälle gab, in denen gemäß § 3 Abs. 2 Nr. 2 NetzDG mit der zuständigen Strafverfolgungsbehörde ein längerer Zeitraum für die Löschung eines offensichtlich rechtswidrigen Inhalts vereinbart wurde.

9. Maßnahmen zur Unterrichtung der Beschwerdeführer und Nutzer (§ 2 Abs. 2 Nr. 9 NetzDG)

Schließlich muss der Bericht im „Interesse der Transparenz, der Nachvollziehbarkeit und der Güte der Argumente für die Löschung oder Sperrung eines rechtswidrigen Inhalts“²⁵⁸ auch auf die Maßnahmen eingehen, die der Netzwerkanbieter zur Unterrichtung der Beschwerdeführer*innen sowie der Nutzer*innen über die Entscheidung der Beschwerde trifft. Die Berichtspflicht des § 2 Abs. 2 Nr. 9 NetzDG dient damit vor allem dem Nachvollzug, ob die Netzwerkanbieter ihrer Compliance-Verpflichtung aus § 3 Abs. 2 Nr. 5 NetzDG in ausreichendem Maße Rechnung tragen. Trotz dieses klaren Gesetzeszwecks wird in der Literatur unter Verweis auf eine enge Wortlautinterpretation („Maßnahmen zur Unterrichtung“) die Auffassung vertreten, dass die Berichtspflicht sich nur auf Darstellung der Unterrichtsmaßnahmen und nicht auf die Offenlegung der typischen Unterrichtsinhalte selbst beziehe.²⁵⁹ Die Netzwerkanbieter müssten in ihren Berichten dann Informationen über die gewählten Kommunikationswege und Kommunikationszeiträume aufführen, nicht jedoch auf inhaltliche Aspekte der Unterrichtsmaßnahmen eingehen. Zwingend ist eine solche den Gesetzeszweck weitgehend konterkarierende Interpretation jedoch auch in Anbetracht des Wortlauts nicht.²⁶⁰

Die Informationsdichte in den Transparenzberichten fällt auch in Bezug auf die von den Netzwerkanbietern getroffenen Maßnahmen zur Unterrichtung der Beschwerdeführer*innen und Nutzer*innen sehr unterschiedlich aus. Auf der einen Seite enthält die überwiegende Anzahl der Berichte zumindest eine rudimentäre Darstellung der Kommunikationsmaßnahmen in den Grundzügen, aufgeschlüsselt nach der jeweiligen Kommunikation mit den Beschwerdeführer*innen bzw. den Nutzer*innen. In vier Fällen weisen sie zudem Screenshots bzw. textliche Beispiele von Kommunikationsinhalten auf.²⁶¹ Auf der anderen Seite lassen sich einigen Transparenzberichten hingegen keinerlei konkrete Informationen entnehmen, die über die Tatsache, dass die Beschwerdeführer*innen von der Entscheidung bzw. die Nutzer*innen im Falle der Löschung des Inhaltes informiert werden, hinausgehen.²⁶²

Soweit sich den Informationen in den Berichten ein Eindruck von der Kommunikationspraxis entnehmen lässt, ergibt sich auch insoweit nur ein wenig tiefenscharfes Bild. Die Beschwerdeführer*innen erhalten regelmäßig mit Eingang ihrer Beschwerde eine automatisch generierte Mitteilung und ihre Beschwerde eine Referenznummer. Alle Netzwerkanbieter geben an, die Beschwerdeführer*innen über das Ergebnis der Prüfung zu informieren und die Gründe für eine Löschung/Nicht-Löschung des gerügten Inhaltes anzugeben. Allerdings beschränken sich die Netzwerkanbieter zur Begründung der getroffenen Maßnahme mehrheitlich auf den bloßen Verweis auf die abstrakten Gemeinschaftsstandards bzw. die jeweils sekundär geprüften Straftatbestände des § 1 Abs. 3 NetzDG. Die Poster*innen werden hingegen regelmäßig nur dann benachrichtigt, wenn ihr konkreter Inhalt gelöscht bzw. gesperrt wird. Hierbei fällt insbesondere auf, dass nicht alle Netzwerkanbieter den Poster*innen im Falle einer Löschung seines Inhaltes aufgrund einer NetzDG-Beschwerde über den genauen Straftatbestand informieren, welcher der Löschungsentscheidung zugrunde lag.²⁶³ Zur Begründung der Entscheidung werden

²⁵⁷ Vgl. Change.org (Transparenzbericht 1/2019, S. 14).

²⁵⁸ Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 21.

²⁵⁹ Spindler/Schmitz/Liesching, TMG, 2. Aufl. 2018, § 2 NetzDG Rn. 27.

²⁶⁰ Eingehender hierzu Eifert NJW 2017, 1450 (1452 f).

²⁶¹ Vgl. Change.org, Reddit, Twitter, YouTube.

²⁶² Vgl. Change.org (Transparenzbericht 1/2019, S. 6); SoundCloud (Transparenzbericht 2/2018, S. 2).

²⁶³ Vgl. Reddit (Transparenzbericht 1/2019, S. 6); Twitter (Transparenzbericht 1/2019, S. 20).

auch die Nutzer*innen zudem regelmäßig mittels einer Links allein auf die abstrakten Gemeinschaftsstandards bzw. die Rechtslage nach nationalem Recht verwiesen. Soweit anhand der Transparenzberichte erkennbar, enthält die Benachrichtigung des*der Nutzer*in von der Sperrung/Löschung des Inhaltes nur bei einem Netzwerkanbieter einen ausdrücklichen Hinweis auf die Möglichkeit, Widerspruch gegen die Entscheidung einzulegen, sowie einen entsprechenden Link.²⁶⁴

IV. Bewertung der Berichtspflicht durch befragte Netzwerkanbieter, Berufsverbände, sonstige Verbände, NGOs und Rechtsanwält*innen

1. NGOs, Berufsverbände und sonstige Verbände

Die befragten Berufsverbände, Verbände und NGOs beurteilen den Grundansatz, über Berichtspflichten Transparenz über das Lösch- und Beschwerdemanagement herzustellen, ganz überwiegend als richtig und zielführend. Das durch die bisherige Berichtspraxis bereits erreichte Maß an Transparenz wird demgegenüber im Allgemeinen deutlich skeptischer beurteilt, wobei diesbezüglich jedoch bisweilen auch zwischen den Berichten der einzelnen Netzwerkanbieter differenziert wird. Einhellig kritisiert wird die fehlende Vergleichbarkeit zwischen den Transparenzberichten der Netzwerkanbieter untereinander. Dabei wird unter anderem die differierende und nicht immer niedrigschwellige Ausgestaltung der Meldewege als Grund für die unterschiedlichen Beschwerdezahlen diagnostiziert. Darüber hinaus kritisieren mehrere Verbände, dass in den Transparenzberichten Angaben über die jeweiligen Entscheidungskriterien nur unzureichend vorhanden seien. Vermisst wird in diesem Zusammenhang zum Zwecke der Beurteilung der Auswirkungen des NetzDG insbesondere eine Aufschlüsselung dahingehend, welcher Anteil gemeldeter Inhalte nur nach Gemeinschaftsstandards und welcher Anteil nach NetzDG gelöscht wird. Einzelne Verbände kritisieren zudem, dass die Angaben über die Schulung des für die Bearbeitung von Beschwerden zuständigen Personals zu oberflächlich abgehandelt würden.

2. Rechtsanwält*innen

Zurückhaltend stufen auch die befragten Rechtsanwält*innen die Bedeutung und Aussagekraft der bisherigen Transparenzberichte ein. Während ein Teil angab, auf die Transparenzberichte für ihre Arbeit bisher nicht zurückgegriffen zu haben, wird die Bedeutung der Berichte für die Schaffung von Transparenz auch hier von einem überwiegenden Teil der Befragten zumindest im Grundsatz bejaht. Allerdings wird dabei regelmäßig nur den Transparenzberichten eines Teils der Netzwerkanbieter Aussagekraft zugesprochen und die bisweilen nicht nachvollziehbare Aufbereitung und Einteilung der Angaben in den Transparenzberichten anderer Netzwerkanbieter beanstandet. Durchgehend wird zudem die fehlende Vergleichbarkeit der Transparenzberichte zwischen den Netzwerkanbietern kritisiert. Der Informationswert sei diesbezüglich aufgrund der jeweils unterschiedlichen Aufschlüsselungen und Darstellungen der Netzwerkanbieter äußerst begrenzt. Vereinzelt wird darüber hinaus angeregt, die Aufschlüsselung auch nach dem Geschlecht der Betroffenen vorzusehen.

3. Netzwerkanbieter

Alle an der Evaluation teilnehmenden Netzwerkanbieter geben an, dass es durch die Veröffentlichung eines Transparenzberichtes zu keiner messbaren Zunahme oder Abnahme von Beschwerden gekommen sei. Aus Sicht der Netzwerkanbieter stellt der Inhalt der Transparenzberichte jedoch auch weder einen wichtigen Gegenstand ihrer Kommunikation gegenüber der Öffentlichkeit dar, noch spielt er in der Kommunikation der Öffentlichkeit mit den Anbietern bisher eine entscheidende Rolle. Insgesamt schätzen die Netzwerkanbieter die Folgen und Auswirkungen der Transparenzberichte im Allgemeinen dann auch als gering ein. Zwar könnten die Berichte dabei helfen, Vergleiche mit den vorherigen Halbjahren und anderen Plattformen zu ziehen. Jedoch sei gerade aufgrund der individuellen Interpretationen der Anforderungen der Vergleich mit anderen Plattformen anhand der Transparenzberichte nur schwer vergleichbar. Auch aus der Gruppe der Netzwerkanbieter wird daher der Wunsch nach genaueren Angaben durch den Gesetzgeber und stärkerer Kommunikation durch das BfJ geäußert und die Veröffentlichung eines Leitfadens angeregt.

V. Abschließende Bewertung und Verbesserungsanregungen

Die Evaluation der Erfüllung der Berichtspflichten des § 2 NetzDG ergibt ein gemischtes Bild. Während einige Netzwerkanbieter sich erkennbar darum bemühen, den Berichtspflichten und Transparenzziele des NetzDG

²⁶⁴ YouTube.

durch entsprechend umfangreiche und konkrete Angaben hinreichend Rechnung zu tragen und die gebotenen Informationen für die Öffentlichkeit bereitzustellen, scheint ein Teil der Netzerkanbieter den Berichtspflichten des § 2 NetzDG offensichtlich noch nicht den Stellenwert einzuräumen, der ihnen als sanktionsbewehrte Rechtspflicht zukommt. Auch wenn sich als Tendenz festhalten lässt, dass sich die Transparenzberichte einzelner Anbieter von der ersten bis zu dritten Berichtsrunde in ihrem Informationsgehalt deutlich verbessert haben, so ließen sich auch in der dritten Berichtsrunde noch mehrere Transparenzberichte identifizieren, die bei ihren Ausführungen bisweilen auf aussagelose Leerformeln zurückgriffen und die durch § 2 Abs. 2 NetzDG eingeforderten Informationen nicht vollständig enthielten.

Abgesehen hiervon wird die zu Transparenz- und Evaluationszwecken angestrebte Vergleichbarkeit zwischen den Transparenzberichten der Netzerkanbieter untereinander durch zwei Faktoren bislang erheblich gemindert:

Der erste Faktor besteht in den erheblichen Rückkopplungseffekten zwischen der Ausgestaltung des Beschwerdemanagements und den sich hierauf beziehenden Berichtspflichten. Soweit der Gesetzgeber den Netzerkanbietern im Rahmen des § 3 NetzDG einen Gestaltungsspielraum hinsichtlich der Einrichtung der Beschwerdewege und der Ausgestaltung des Beschwerdemanagements eingeräumt hat, wurden bei der Formulierung der von den Berichtsinhalten abzudeckenden Mindestangaben des § 2 Abs. 2 NetzDG erkennbar unzureichend die Folgen berücksichtigt, die sich aus der konkreten Ausgestaltung des jeweiligen Beschwerderegimes ergeben. In welchem Ausmaß die Veröffentlichung der Transparenzberichte die ihr vom Gesetzgeber zugewiesene Funktion der Transparenzsteigerung und Informationsgenerierung auch tatsächlich zu erfüllen kann, hängt wesentlich von der Interpretation der materiellen Pflichten des § 3 NetzDG ab. Gerade am Beispiel der Berichtspflicht über die Anzahl der eingehenden Beschwerden über rechtswidrige Inhalte nach § 2 Abs. 2 Nr. 3 NetzDG ließ sich zeigen, wie sich Unklarheiten hinsichtlich der materiellen Anforderungen im Kontext des § 3 NetzDG zwangsläufig in Folgeunsicherheiten über die Ausdeutung der Berichtspflichten des § 2 Abs. 2 NetzDG niederschlagen. Das bei den Berichtspflichten nach der jetzigen Konzeption bestehende Spannungsverhältnis zwischen einer allgemeinen Informationsgenerierungsfunktion und einer spezifischen Kontrollfunktion über ein effektives Beschwerdemanagement des einzelnen Netzeranbieters lässt sich jedoch nicht ohne Weiteres auflösen, wie sich mit dem Blick auf die Frage nach der Aufschlüsselung der Beschwerdeeingangszahlen nach dem Beschwerdegrund beobachten ließ.

Der zweite Faktor besteht in den fehlenden verbindlichen Formvorgaben hinsichtlich der Gestaltung der Transparenzberichte sowie einer spezifischen inhaltlichen Anleitung, welches Ausmaß an Informationsdichte zur Erfüllung der Berichtspflichten tatsächlich erforderlich ist. Es wäre zu prüfen, ob nicht verbindlichere einheitliche Formvorgaben (z. B. durch einen entsprechenden Musterbericht) für die Erfüllung der Berichtspflicht etwa durch untergesetzliche Regelungen erfolgen sollen.

Erwägenswert wäre zudem, die Aufgabe des BfJ zu erweitern. Das BfJ könnte dann aktiv, etwa durch die Veröffentlichung von Leitlinien oder Empfehlungen, auf die Veröffentlichungspraxis Einfluss nehmen und im konstruktiven Zusammenwirken mit den Netzerkanbietern Strategien für eine erhöhte Aussagekraft und Einheitlichkeit der Transparenzberichte erarbeiten (näher zur Rolle des BfJ siehe unter F.). Als niedrigschwellige transparenzfördernde Maßnahme kann auch eine zentrale und übersichtliche Veröffentlichung aller Transparenzberichte, z. B. auf der Homepage des BfJ, angedacht werden.

Trotz der nicht immer hinreichenden Vergleichbarkeit der Angaben sowie weiteren Verbesserungsbedarfs hat jedoch schon die bisherige Berichtspraxis auf Grundlage des § 2 NetzDG dazu geführt, dass sich die Informationslage hinsichtlich des Beschwerdemanagements der Netzerkanbieter deutlich erhöht hat. Dies wird insbesondere im Vergleich zwischen den Netzerkanbietern deutlich, die bisher einen Bericht veröffentlicht haben, und denen, die dies bisher nicht getan haben, z. B. weil sie bisher nicht die 100-Beschwerden-Schwelle des § 2 Abs. 1 NetzDG überschritten haben. Vor diesem Hintergrund wäre zu prüfen, ob diese Tatbestandsbegrenzung der Berichtspflicht vor dem Hintergrund der ohnehin greifenden Beschränkung des § 1 Abs. 2 NetzDG tatsächlich erforderlich ist.

Erwägenswert erscheint es auch, den Katalog des § 2 Abs. 2 NetzDG um die verpflichtende Anzahl der Auskunftersuchen von Strafverfolgungsbehörden und Privaten über die Bestandsdaten von Nutzer*innen zu ergänzen. Die Berichte sollten in diesem Fall zugleich die Angabe darüber enthalten, in wie vielen dieser Fälle dann tatsächlich inhaltlich die begehrte Auskunft erteilt wurde.

In gleicher Weise könnte der Gesetzgeber erwägen, ob er durch die Ausweitung der Berichtspflicht auf die Maßnahmen des internen Monitorings das verfügbare Datenmaterial für die Beurteilung der Erfüllung der sich aus § 3 Abs. 4 Satz 1 NetzDG ergebenden Pflichten erhöht werden sollte.

D. § 5 NetzDG – Zustellungsbevollmächtigter und empfangsberechtigte Person**I. § 5 Abs. 1 NetzDG – „Zustellungsbevollmächtigter“**

Ausgangspunkt für die Einführung des § 5 Abs. 1 NetzDG war der Befund, dass eine Zustellung an Netzwerkanbieter mangels zustellungsfähiger Adresse in Deutschland oftmals mit erheblichen praktischen Schwierigkeiten verbunden war. Die zur Verfügung stehenden europäischen Zustellungsmechanismen wurden wegen des höheren Zeit- und Kostenaufwandes als nicht gleich schnell und gleich sicher erachtet. Durch die Einführung der Benennungspflicht eines inländischen Zustellungsbevollmächtigten sollte künftig eine schnelle und sichere Zustellung ermöglicht und dadurch die Rechtsdurchsetzung insgesamt verbessert werden.²⁶⁵

1. Gesetzliche Anforderungen und Reichweite

§ 5 Abs. 1 NetzDG verpflichtet in Satz 1 die Netzwerkanbieter, im Inland einen Zustellungsbevollmächtigten zu benennen und auf ihrer Plattform in leicht erkennbarer und unmittelbar erreichbarer Weise auf ihn aufmerksam zu machen. Nach Satz 2 können dann an diese Person Zustellungen in Verfahren nach § 4 NetzDG oder in Gerichtsverfahren vor deutschen Gerichten wegen der Verbreitung rechtswidriger Inhalte bewirkt werden, was nach Satz 3 auch für die Zustellung von Schriftstücken, die solche Verfahren einleiten, gilt.

Die Pflicht aus § 5 Abs. 1 NetzDG gilt für alle Netzwerkanbieter i. S. d. § 1 Abs. 1 NetzDG. Uneindeutig ist, ob von § 5 Abs. 1 NetzDG alle Netzwerkanbieter unabhängig von ihrer Mitgliederzahl im Inland erfasst werden. Die ausdrückliche Befreiung der Netzwerkanbieter mit weniger als zwei Millionen Nutzer*innen (nur) von den §§ 2, 3 NetzDG in § 1 Abs. 2 NetzDG legt nahe, dass die Pflicht des § 5 Abs. 1 NetzDG für alle Netzwerkanbieter unabhängig von ihrer Mitgliederzahl und der Entfaltung einer nennenswerten Tätigkeit im Inland Geltung beansprucht. Mit Blick auf den Zuschnitt des NetzDG auf die in der Öffentlichkeit relevanten und breit vertretenen sozialen Netzwerke,²⁶⁶ der enormen Vielzahl an Netzwerkanbietern unterhalb dieser Schwelle und den sprachlichen Unklarheiten hinsichtlich des Anwendungsbereiches des systematisch nahen § 5 Abs. 2 NetzDG ist nicht ganz klar, ob eine solch weite Pflicht beabsichtigt war.²⁶⁷ Hier könnte der Gesetzgeber den Anwendungsbereich klarstellen.

a) Anforderungen des § 5 Abs. 1 NetzDG an Netzwerkanbieter

Aus § 5 Abs. 1 NetzDG ergeben sich die nachfolgenden gesetzlichen Pflichten für die Netzwerkanbieter:

aa) Person des Zustellungsbevollmächtigten und Benennungsakt – § 5 Abs. 1 Satz 1 Var. 1 NetzDG

Die Netzwerkanbieter sind dazu verpflichtet, einen im Inland ansässigen²⁶⁸ Zustellungsbevollmächtigten zu benennen. Der Wortlaut sowie der Normzweck, eine „schnelle und sichere Zustellungsvariante zur Verfügung zu haben“²⁶⁹, erlauben dem Netzwerkanbieter eine weitgehend freie Entscheidung darüber, wen er zum Zustellungsbevollmächtigten benennt, solange im Ergebnis die Möglichkeit einer Zustellung gewährleistet ist. Dem Netzwerkanbieter steht es insoweit frei, ob er eine interne oder externe natürliche oder juristische Person als Zustellungsbevollmächtigten benennt.²⁷⁰

²⁶⁵ Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 27.

²⁶⁶ Siehe Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 19, wo etwas offener von einer Befreiung der Netzwerkanbieter „von den Pflichten“ die Rede ist.

²⁶⁷ Die Problematik andeutend, aber nicht eindeutig entscheidend Spindler/Schmitz/Liesching, TMG, 2. Aufl. 2018, § 5 NetzDG Rn. 11 zu § 5 Abs. 2 NetzDG: „Vor dem Hintergrund des Normzwecks und des in § 1 Abs. 1 und 2 vorgegebenen Anwendungsbereichs ist daher die Benennungspflicht durch eine rechtsmethodisch zulässige einschränkende Auslegung ebenso wie in § 5 Abs. 1 auf Anbieter sozialer Netzwerke begrenzt.“ Die Pflicht nur auf Netzwerkanbieter nach § 1 Abs. 1, 2 NetzDG beziehend Höch K&R 2017, 289 (290).

²⁶⁸ Missverständlich ist insoweit der Gesetzeswortlaut, nach dem die „Benennung“ im Inland zu erfolgen hat, siehe Spindler/Schmitz/Liesching, TMG, 2. Aufl. 2018, § 5 NetzDG Rn. 5.

²⁶⁹ Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 27.

²⁷⁰ Vgl. Spindler/Schmitz/Liesching, TMG, 2. Aufl. 2018, § 5 NetzDG Rn. 3.

Auch wenn das genaue Zusammenspiel zwischen § 5 Abs. 1 NetzDG mit den allgemeinen Zustellungsvorschriften (siehe dazu unter D. I. 1. b)) unklar ist, ergeben sich jedenfalls aus dem skizzierten Zweck des Gesetzes, zur Überwindung der Schwierigkeiten der europäischen Auslandszustellung eine schnelle und sichere Zustellungsvariante im Inland zur Verfügung zu haben²⁷¹, die konkreten Anforderungen an den Benennungsakt:

Der Netzerkanbieter muss mit der Benennung des Zustellungsbevollmächtigten gewährleisten, dass durch die Zustellung an diesen zugleich eine wirksame Zustellung an den Netzerkanbieter bewirkt wird.²⁷² Soweit in der Literatur angemerkt wird, dass es für eine Benennung des Zustellungsbevollmächtigten keiner „Bevollmächtigung“ bzw. „Vollmacht“ im formellen Sinne bedürfe,²⁷³ dürfte dies wohl nur in Fällen zutreffend sein, in denen *nach den allgemeinen Zustellungsregelungen* (z. B. im Zivilrecht) eine formelle Bevollmächtigung gerade nicht erforderlich ist, um eine Zustellung an den Netzerkanbieter zu bewirken. Wenn Netzerkanbieter beispielsweise ihre *intern ohnehin zuständige Stelle* (so z. B. ihre *inländische Rechtsabteilung*) als Zustellungsbevollmächtigten benennen, dann ist durch die Zustellung an diese in der Regel die Zustellung auch ohne eine formelle Vollmacht nach den allgemeinen Zustellungsregelungen gegenüber dem Netzerkanbieter bewirkt. Wenn der Netzerkanbieter hingegen *externe Dritte* (so z. B. eine *Rechtsanwaltskanzlei*) als Zustellungsbevollmächtigten benennt, so wirkt eine Zustellung an die Rechtsanwaltskanzlei nach den allgemeinen Zustellungsregelungen regelmäßig nur dann gegenüber dem Netzerkanbieter, wenn die Kanzlei entsprechend bevollmächtigt wurde.²⁷⁴

bb) Transparenz der Benennung: Umfang und Art der Darstellung – § 5 Abs. 1 Satz 1 Var. 2 NetzDG

In § 5 Abs. 1 Satz 1 NetzDG werden den Netzerkanbietern konkrete Vorgaben für die transparente Darstellung des benannten inländischen Zustellungsbevollmächtigten gemacht. Auf den Zustellungsbevollmächtigten muss auf der Plattform des Netzerkanbieters in „leicht erkennbarer und unmittelbar erreichbarer Weise aufmerksam“ gemacht werden.

Aus dem Wortlaut selbst wird unmittelbar nur die Pflicht gefolgert, den *Namen* des Zustellungsbevollmächtigten anzugeben.²⁷⁵ Ausgehend von dem skizzierten Sinn und Zweck des Gesetzes, im Ergebnis eine schnelle und sichere inländische Zustelloption zu gewährleisten,²⁷⁶ wofür eine inländische zustellungsfähige Anschrift erforderlich ist, spricht viel dafür, § 5 Abs. 1 Satz 1 NetzDG dahingehend auszulegen, dass auch eine *vollständige und zustellungsfähige Adresse* anzugeben ist.²⁷⁷

Die Trias „leicht erkennbar, unmittelbar erreichbar und ständig verfügbar“ findet sich in § 2 Abs. 1 Satz 2 NetzDG und in § 3 Abs. 1 Satz 2 NetzDG. Im Rahmen des § 5 Abs. 1 Satz 1 NetzDG muss die Angabe des Zustellungsbevollmächtigten auf der Plattform nur „leicht erkennbar“ und „unmittelbar erreichbar“ sein. Aufgrund der Ähnlichkeiten zu den allgemeinen Informationspflichten nach § 5 Abs. 1 TMG und der Bezugnahme durch die Gesetzesbegründung („ähnlich Impressumspflicht“)²⁷⁸ sind die dazu entwickelten Kriterien bei der Auslegung zu berücksichtigen.²⁷⁹ Die Begriffe sind in allen drei Normen einheitlich aus der Nutzer*innenperspektive zu bestimmen. Je nach konkretem Verwendungskontext führt diese Perspektive aber zu unterschiedlichen Ableitungen, sodass die wortgleichen Vorgaben im Ergebnis nicht inhaltsgleich auszulegen sind.

²⁷¹ Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 27.

²⁷² Ähnlich Leitlinien BMJV vom 22.03.2018, abrufbar unter: https://www.bmjv.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Fokusthemen/NetzDG_Bußgeldleitlinien.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (zul. abgerufen am 22.02.2020), S. 9.

²⁷³ Spindler/Schmitz/*Liesching*, TMG, 2. Aufl. 2018, § 5 NetzDG Rn. 4.

²⁷⁴ Ähnlich Leitlinien BMJV vom 22.03.2018, abrufbar unter: https://www.bmjv.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Fokusthemen/NetzDG_Bußgeldleitlinien.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (zul. abgerufen am 22.02.2020), S. 9.

²⁷⁵ So auch Spindler/Schmitz/*Liesching*, TMG, 2. Aufl. 2018, § 5 NetzDG Rn. 4.

²⁷⁶ Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 27.

²⁷⁷ Darauf hinweisend, dass andernfalls der Gesetzeszweck verfehlt würde Spindler/Schmitz/*Liesching*, TMG, 2. Aufl. 2018, § 5 NetzDG Rn. 4.

²⁷⁸ So die Formulierung in Bundestagsdrucksache 18/13013, S. 23.

²⁷⁹ Für § 5 Abs. 1 NetzDG Spindler/Schmitz/*Liesching*, TMG, 2. Aufl. 2018, § 5 NetzDG Rn. 6; *Spindler K&R* 2017, 533 (542).

Leichte Erkennbarkeit erfordert eine für durchschnittliche Nutzer*innen einfache und optisch effektive Wahrnehmbarkeit.²⁸⁰ Das ist bei Verwendung kleinerer Schrift nicht der Fall.²⁸¹ Zudem muss der Anbieter hinreichend klare Begriffe verwenden, durch die durchschnittlichen Nutzer*innen im Rahmen des konkreten Verwendungskontextes unmissverständlich auf die von ihnen gesuchte Angabe hingewiesen werden.²⁸² Da Nutzer*innen bei der Suche nach dem Zustellungsbevollmächtigten auf der Webseite regelmäßig bereits ein rechtliches Vorgehen beabsichtigen und daher den Begriff des Zustellungsbevollmächtigten kennen, dürfte die Verwendung von präzisen Begriffen wie „Zustellungsbevollmächtigter“ oder „NetzDG“ unschädlich sein. Ebenso dürften die im Rahmen von § 5 TMG gebräuchlichen Formulierungen wie „Kontakt“ oder „Impressum“ genügen.

Unmittelbare Erreichbarkeit setzt die Kenntnisnahme des Zustellungsbevollmächtigten ohne wesentliche Zwischenschritte voraus.²⁸³ Die überwiegende Meinung in Rechtsprechung und Literatur hält die Anforderung jedenfalls für gewahrt, wenn der Zugang zu der begehrten Information mit zwei Klicks von der Startseite aus erreichbar ist.²⁸⁴ Ein übermäßig langes Scrollen darf nicht erforderlich sein.²⁸⁵

b) Verhältnis des § 5 Abs. 1 NetzDG zu den Zustellungsvorschriften

So deutlich das Ziel des § 5 Abs. 1 NetzDG hervortritt, durch die Pflicht zur Benennung eines Zustellungsbevollmächtigten eine wirksame Zustellung gegenüber den Netzwerkanbietern zu ermöglichen, so unklar bleibt sein Zusammenspiel mit den allgemeinen Zustellungsvorschriften (z. B. ZPO, Bundes-VwZG, etc.).

Bereits begrifflich knüpft § 5 Abs. 1 NetzDG mit dem „Zustellungsbevollmächtigten“ erkennbar an bestehende Zustellungsvorschriften an (vgl. § 184 ZPO oder § 9 Abs. 3 Bundes-VwZG), worauf auch der Bundesrat im Gesetzgebungsverfahren hingewiesen hat.²⁸⁶ Ob und unter welchen Voraussetzungen eine Zustellung aber tatsächlich Rechtswirkung gegenüber dem Netzwerkanbieter entfaltet, wird von § 5 Abs. 1 NetzDG nicht näher konkretisiert.

Solange und soweit die Netzwerkanbieter einen Zustellungsbevollmächtigten nicht nur benennen, sondern ihn – soweit erforderlich – auch wirksam bevollmächtigen, führt diese Unklarheit zu keinerlei praktischen Auswirkungen. Relevant wird sie jedoch, wenn die Benennungspflicht z. B. durch die Nichtbenennung eines Zustellungsbevollmächtigten verletzt wird. Zahlreiche Zustellungsvorschriften, so z. B. § 184 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 Satz 1 ZPO oder § 9 Abs. 3 Satz 2, 3 VwZG, ordnen für diesen Fall eine *Zustellungsfiktion* an. Danach gilt: Benennt die betroffene Partei entgegen ihrer Pflicht innerhalb der gerichtlich gesetzten Frist keinen inländischen Zustellungsbevollmächtigten, so kann eine wirksame Zustellung allein dadurch bewirkt werden, dass das zuzustellende Schriftstück an die Adresse der Partei zur Post gebracht wird. Die Zustellung gilt dann unabhängig davon als erfolgt und wirksam, ob das Schriftstück tatsächlich bei der Partei angekommen ist oder von dieser angenommen wurde.²⁸⁷ Ob bei einem Verstoß gegen § 5 Abs. 1 NetzDG diese Rechtsfolgen, also die Zustellungsfiktion, eintreten sollen oder lediglich durch die Verhängung eines Bußgeldes nach § 4 NetzDG auf das Abstellen des Verstoßes zur Ermöglichung künftiger Zustellungen hingewirkt werden kann, bleibt unklar. Mindestens ebenso problematisch und unklar bleibt der Umgang mit Fällen, in denen ein Netzwerkanbieter eine Rechtsanwaltskanzlei zwar auf seiner Webseite als Zustellungsbevollmächtigten benennt, ihr jedoch keine Vollmacht für die Entgegennahme von Erklärungen ausstellt.²⁸⁸

²⁸⁰ Spindler/Schmitz/Liesching, TMG, 2. Aufl. 2018, § 5 TMG Rn. 27 f. m.w.N.

²⁸¹ Spindler/Schmitz/Liesching, TMG, 2. Aufl. 2018, § 5 TMG Rn. 27 m.w.N.

²⁸² Spindler/Schmitz/Liesching, TMG, 2. Aufl. 2018, § 5 TMG Rn. 28 ff. m.w.N.

²⁸³ Spindler/Schmitz/Liesching, TMG, 2. Aufl. 2018, § 5 TMG Rn. 40 m.w.N.

²⁸⁴ Spindler/Schmitz/Liesching, TMG, 2. Aufl. 2018, § 5 TMG Rn. 34, 36 m.w.N.; zwei Klicks als zulässig erachtend BGH, MMR 2007, 40, 41.

²⁸⁵ Spindler/Schmitz/Liesching, TMG, 2. Aufl. 2018, § 5 TMG Rn. 37 m.w.N.

²⁸⁶ In seiner Stellungnahme zu der ursprünglichen Fassung des § 5 Abs. 1 NetzDG machte der Bundesrat deutlich, dass die dort vorgesehene Pflicht zur Benennung nur im konkreten Einzelfall „nicht nennenswert über die ohnehin schon in § 184 ZPO enthaltene Regelung zur Benennung eines Zustellungsbevollmächtigten“ hinausgehe, Bundestagsdrucksache 18/12727, S. 24.

²⁸⁷ Zu § 184 Abs. 2 ZPO siehe Zöller/Schultzky, Zivilprozessordnung, 33. Aufl. 2020, § 184 ZPO Rn. 10; siehe auch BGH NJW-RR 96, 387, 388.

²⁸⁸ Mangels wirksamer Vollmacht wäre eine Zustellung an den Zustellungsbevollmächtigten dem Grunde nach nicht gegenüber dem Netzwerkanbieter wirksam, vgl. § 167 BGB i. V. m. §§ 171 ff. ZPO. Zwar liegt in der Benennung des Zustellungsbevollmächtigten im Kontext des § 184 ZPO zugleich als Prozesshandlung die Erteilung einer Zustellungsvollmacht, sodass sich das Problem hier nicht

c) Reichweite des § 5 NetzDG

Die Reichweite der Pflicht zur Benennung eines inländischen Zustellungsbevollmächtigten wird in § 5 Abs. 1 Satz 2, 3 NetzDG in mehrfacher Hinsicht beschränkt.

aa) Beschränkung auf bestimmte Verfahrensarten

Die Pflicht zur Benennung eines inländischen Zustellungsbevollmächtigten ist nach § 5 Abs. 1 Satz 2 NetzDG auf Verfahren nach § 4 NetzDG (Bußgeldverfahren bei Verstößen gegen das NetzDG) sowie Gerichtsverfahren vor deutschen Gerichten beschränkt. Praktisch relevant sind überwiegend zivilgerichtliche Verfahren.

bb) Beschränkung auf Verfahren wegen der „Verbreitung rechtswidriger Inhalte“

Die Pflicht zur Benennung eines inländischen Zustellungsbevollmächtigten ist ausdrücklich in § 5 Abs. 1 Satz 2 NetzDG auf Verfahren wegen der *Verbreitung rechtswidriger Inhalte* beschränkt. Aufgrund des insoweit identischen Wortlautes in § 1 Abs. 3 NetzDG („rechtswidrige Inhalte“) und unter Berücksichtigung der ausdrücklichen Erwähnung des § 1 Abs. 3 NetzDG in der Gesetzesbegründung zu § 5 Abs. 1 NetzDG²⁸⁹ wird allgemein angenommen, dass sich die Pflicht zur Benennung des Zustellungsbevollmächtigten nur auf *Verfahren mit Bezug zu den in § 1 Abs. 3 NetzDG abschließend genannten Straftatbeständen* bezieht.²⁹⁰

In anderen Verfahren, wie z. B. bei zivilrechtlichen Klagen auf Unterlassung und Löschung von Beiträgen wegen einer Rechtsverletzung nach nicht in § 1 Abs. 3 StGB genannten Straftatbeständen oder bei unterhalb des strafbaren Bereichs liegenden Verletzungen des Allgemeinen Persönlichkeitsrechtes, besteht nach aktueller Gesetzesfassung damit keine Pflicht der Netzwerkanbieter, einen inländischen Zustellungsbevollmächtigten zu benennen bzw. durch den benannten Zustellungsbevollmächtigten eine Zustellung zu ermöglichen.²⁹¹ Im Kontext von Wiederherstellungsansprüchen ist von einem Teil der Gerichte jedoch die Tendenz erkennbar, auch außerhalb der Fälle des § 1 Abs. 3 StGB eine Anwendbarkeit des § 5 Abs. 1 NetzDG zu befürworten (siehe umfassend dazu D. I. 1. c)).

Durch das Zusammenspiel des § 5 Abs. 1 NetzDG mit den allgemeinen Zustellungsvorschriften kann es in den Verfahren, die nicht § 5 Abs. 1 NetzDG unterfallen, zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen. Wurde die ohnehin für Zustellungen zuständige inländische Untergliederung oder inländische Rechtsabteilung des Netzwerkanbieters als Zustellungsbevollmächtigter benannt, so dürfte eine Zustellung an diese nach den allgemeinen Zustellungsvorschriften auch in Verfahren außerhalb des Anwendungsbereiches des § 5 Abs. 1 NetzDG regelmäßig wirksam sein. Werden hingegen *Dritte* als Zustellungsbevollmächtigte benannt, so wird die Zustellung nach den allgemeinen Zustellungsvorschriften nur gegenüber dem Netzwerkanbieter bewirkt, solange und soweit der Dritte vom Netzwerkanbieter dazu bevollmächtigt wurde. Begrenzt der Netzwerkanbieter die erteilte Vollmacht auf den Anwendungsbereich des § 5 Abs. 1 NetzDG, so könnte und dürfte der Zustellungsbevollmächtigte die Annahme der Zustellung in anderen Verfahren verweigern und empfangene Dokumente zurückschicken. In diesen Fällen verbliebe also – wie vor der Einführung des § 5 Abs. 1 NetzDG – nur der kostspieligere und kompliziertere Weg der Auslandszustellung am Hauptsitz des Netzwerkanbieters im innereuropäischen oder außereuropäischen Ausland.

stellte (Zöller/Schultzky, Zivilprozessordnung, 33. Aufl. 2020, § 184 ZPO Rn. 5). Allerdings setzt § 184 ZPO – anders als § 5 Abs. 1 NetzDG – sowohl eine Benennung im Einzelfall als auch ein bereits entstandenes Prozessrechtsverhältnis zwischen den Parteien voraus (vgl. § 184 Abs. 1 S. 1 ZPO i. V. m. § 183 Abs. 2-5 ZPO; Zöller/Schultzky, Zivilprozessordnung, 33. Aufl. 2020, § 184 ZPO Rn. 2). Wie diese Unterschiede zu behandeln sind, bleibt unklar. Zudem kann auch im Kontext des § 184 ZPO die mit der Benennung einhergehende Zustellungsvollmacht jederzeit widerrufen werden (Zöller/Schultzky, Zivilprozessordnung, 33. Aufl. 2020, § 184 ZPO Rn. 5). Zwar sieht § 184 Abs. 1 S. 2, Abs. 2 ZPO für diesen Fall dann eine Zustellungsfiktion vor, wenn das zuzustellende Schriftstück direkt an die Partei übersendet wird (Zöller/Schultzky, Zivilprozessordnung, 33. Aufl. 2020, § 184 ZPO Rn. 5). Auch hier bleibt mit Blick auf die Unterschiede zu § 5 Abs. 1 NetzDG aber offen, wie diese zu behandeln sind.

²⁸⁹ Siehe Bundestagsdrucksache 18/13013, S. 23: „zum Zwecke der Einleitung von Verfahren mit Bezug zur Verbreitung rechtswidriger Inhalte im Sinne von § 1 Absatz 3 NetzDG-E“.

²⁹⁰ Spindler/Schmitz/Liesching, TMG, 2. Aufl. 2018, § 5 NetzDG Rn. 1, 8, 9; Spindler K&R 2017, 533 (542).

²⁹¹ So auch Spindler/Schmitz/Liesching, TMG, 2. Aufl. 2018, § 5 NetzDG Rn. 9.

cc) Beschränkung des Anwendungsbereiches auf Löschanträge – keine Geltung bei Wiederherstellungsansprüchen?

In der Rechtsprechung ist gegenwärtig äußerst umstritten, ob § 5 Abs. 1 NetzDG nur den Anspruch auf Löschung von (vermeintlich rechtswidrigen) Inhalten, die von anderen stammen, erfasst oder auch die Kehrseite, der Anspruch auf Wiederherstellung / Entsperrung gelöschter / gesperrter (vermeintlich nicht rechtswidriger) Inhalte, die von dem*der Betroffenen selbst stammen. Aus den bisher ergangenen und öffentlich verfügbaren Gerichtsentscheidungen wird ersichtlich, dass dieser strittigen Frage fast ausschließlich Verfahren zu Grunde liegen, in denen Netzwerkanbieter (vermeintlich rechtswidrige) Inhalte der Nutzer*innen *auf Grundlage ihrer Gemeinschaftsstandards* gelöscht / gesperrt und oftmals zudem Accountsperren für die Nutzer*innen verhängt haben.

Zahlreiche *erstinstanzliche Zivilgerichte* sehen Wiederherstellungsansprüche als von § 5 Abs. 1 NetzDG erfasst an – entweder durch eine weite Auslegung oder analoge Anwendung. Aus der Zusammenschau der §§ 1, 5 NetzDG, der Zielsetzung des Gesetzgebers, Nutzer*innen eine einfache, schnelle und kostengünstige Durchsetzung ihrer Rechte gegenüber dem Netzwerkanbieter zu ermöglichen, und der Vergleichbarkeit der Interessenlage werde deutlich, dass nicht nur der Anspruch auf Löschung, sondern auch dessen Kehrseite, der Anspruch auf Wiederherstellung von zu Unrecht gelöschten Inhalten, mit erfasst werden müsse.²⁹² Gestritten wird allein um die korrekte dogmatische Lösung. Nach den allgemeinen zivilprozessualen Regeln über die Behandlung doppelrelevanter Tatsachen ist es nämlich erforderlich (aber auch ausreichend), dass der*die von der Löschung betroffene Nutzer*in die Voraussetzungen der §§ 1, 3, 5 Abs. 1 NetzDG – also eine Löschung des Beitrages auf Grundlage des NetzDG wegen (vermeintlicher) Rechtswidrigkeit nach § 1 Abs. 3 NetzDG – schlüssig darlegt, d. h. behauptet, um eine Zustellung im Rahmen des § 5 Abs. 1 NetzDG bewirken zu können. Dies war indes in den von den Gerichten entschiedenen Fällen problematisch, da die Netzwerkanbieter den Inhalt auf der Grundlage ihrer Gemeinschaftsstandards und nicht nach den §§ 1, 3 NetzDG gelöscht hatten. Einige Zivilgerichte lösen dieses Problem dahingehend, dass auch in solchen Konstellationen „nicht ausgeschlossen sei, dass die (Löschung) aufgrund der Verwendung automatisierter Löschalgorithmen wegen der Verbreitung rechtswidriger Inhalte (i. S. v. § 1 Abs. 3 NetzDG) erfolgt sei“.²⁹³ Andere Zivilgerichte halten dies für einen Verstoß gegen den Beibringungsgrundsatz, befürworten aber wegen der Vergleichbarkeit der Fälle eine analoge Anwendung von § 5 Abs. 1 NetzDG.²⁹⁴ An dieser Stelle zeigt sich auch im prozessualen Vorgehen das wiederkehrende Problem, wie die Ausgestaltung der Melde-, Prüf-, und Lösungsverfahren der Netzwerkanbieter zwischen Gemeinschaftsstandards und NetzDG Rückwirkungen entfaltet (siehe allgemein zu dem Problem oben Teil 3 A. II. sowie konkret u. a. Teil 3 B. II. 7. b) aa)).

Die *Oberlandesgerichte* sind, soweit aus den öffentlich zugänglichen Entscheidungen ersichtlich, sowohl der weiten Auslegung als auch der analogen Anwendung des § 5 Abs. 1 NetzDG deutlich entgegengetreten. Die Voraussetzungen einer analogen Anwendung, eine vom Gesetzgeber übersehene Regelungslücke und eine vergleichbare Interessenlage, seien bei den Wiederherstellungsansprüchen gerade nicht gegeben. Dies wird damit begründet, dass der Gesetzgeber die Vorschriften des NetzDG auf die Regelung der effektiven und unverzüglichen Löschung rechtswidriger Inhalte beschränkt habe. Die mögliche Kehrseite, die (vermeintlich unzulässige) Löschung von (vermeintlich zulässigen) Inhalten – also das Overblocking – habe der Gesetzgeber trotz fortlaufender Diskussion im Gesetzgebungsverfahren bewusst nicht geregelt.²⁹⁵ Die Konsequenz dieser Auslegung ist, dass die in § 5 Abs. 1 NetzDG enthaltene Pflicht zur Ermöglichung der Zustellung durch die Benennung eines inländischen Zustellungsbevollmächtigten auf Wiederherstellungsansprüche keine Anwendung findet. Sofern Netzwerkanbieter also nicht „freiwillig“ die Zustellung an den Zustellungsbevollmächtigten ermöglichen, müssen die Betroffenen den bereits vor der Einführung des § 5 Abs. 1 NetzDG möglichen Weg der Auslandszustellung beschreiten.

²⁹² LG Stuttgart, Beschl. v. 07.02.2018 - 11 O 22/18 -, juris; LG Bamberg, Beschl. v. 09.08.2018 - 2 O 248/18 -, juris; LG Berlin, Beschl. v. 05.09.2018 - 6 O 209/18 -, juris, bestätigt durch KG Berlin, Beschl. v. 17.10.2018 - 20 W 53/18 -, juris.

²⁹³ LG Berlin, Beschl. v. 05.09.2018 - 6 O 209/18 - (zitiert nach LG Bonn, Beschl. v. 01.10.2018 - 9 O 221/18 -, juris, Zusätze in Klammern durch die Autoren.)

²⁹⁴ LG Bonn, Beschl. v. 01.10.2018 - 9 O 221/18 -, juris.

²⁹⁵ OLG Köln, Beschl. v. 11.01.2019 - 15 W 59/18 -, - 15 W 1/19 -, juris; KG Berlin, Beschl. v. 06.03.2019 - 10 W 192/18 -, juris.

dd) Weitere Beschränkung des Anwendungsbereichs auf Schriftstücke im Rahmen eines laufenden Gerichtsverfahrens (Satz 2) und auf Schriftstücke zur Einleitung eines solchen Verfahrens (Satz 3)

Die Benennung eines inländischen Zustellungsbevollmächtigten ist nach § 5 Abs. 1 Satz 2 NetzDG auf die Zustellung in laufenden Verfahren und nach § 5 Abs. 1 Satz 3 NetzDG auf die Zustellung von solche Verfahren einleitenden Schriftstücken beschränkt. Aus dieser Begrenzung wird gefolgert, dass z. B. vorprozessuale zivilrechtliche Abmahn- und Aufforderungsschreiben, in denen die Löschung eines rechtswidrigen Beitrages begehrt wird, nicht von § 5 Abs. 1 NetzDG erfasst werden.²⁹⁶

2. Umsetzung, Akzeptanz und Praktikabilität

Die Darstellung der bisherigen Benennungs- und Darstellungspraxis der Netzwerkanbieter wird aufgrund des unklaren Adressatenkreises der Norm (siehe dazu D. I. 1.) und der enormen Vielfalt anderer kleiner Netzwerkanbieter auf die im Rahmen der Methodik definierten Netzwerkanbieter beschränkt.

a) Person des Zustellungsbevollmächtigten und Benennungsakt – § 5 Abs. 1 Satz 1 Var. 1 NetzDG

Nach den Angaben der Bundesregierung haben einige Netzwerkanbieter bereits unmittelbar nach dem Inkrafttreten des NetzDG einen inländischen Zustellungsbevollmächtigten benannt.²⁹⁷ Zum Zeitpunkt der Evaluation hat der weit überwiegende Teil der betroffenen Netzwerkanbieter, insbesondere sämtliche großen Netzwerkanbieter, einen inländischen Zustellungsbevollmächtigten benannt.²⁹⁸ Auch die Rechtsanwält*innen, die NGOs, Berufsverbände und sonstige Verbände haben übereinstimmend in den Fragebögen angegeben, dass die Netzwerkanbieter der Benennungspflicht nachgekommen sind. Die Benennungspraxis ist dabei uneinheitlich: Vier Netzwerkanbieter²⁹⁹ geben sich selbst und / oder ihre Rechtsabteilung an; drei Netzwerkanbieter haben inländische Rechtsanwaltskanzleien angegeben³⁰⁰; ein Netzwerkanbieter³⁰¹ hat eine im Inland ansässige GmbH benannt, als Adresse jedoch eine Rechtsanwaltskanzlei.

b) Transparenz der Benennung: Umfang und Art der Darstellung – § 5 Abs. 1 Satz 1 Var. 2 NetzDG

Zum Zeitpunkt der Evaluation haben die Netzwerkanbieter, die einen Zustellungsbevollmächtigten benannt haben, in allen Fällen neben der namentlichen Benennung auch eine vollständige zustellungsfähige Adresse angegeben. In zwei Fällen wurde die Adresse mit c/o angegeben.

Zur Weiterleitung der Nutzer*innen von der Startseite der Netzwerkanbieter auf die Angaben über den Zustellungsbevollmächtigten werden unterschiedliche Terminologien verwendet: Fünf Netzwerkanbieter³⁰² leiten über den Link „Impressum“ auf die Angabe weiter; zwei Netzwerkanbieter³⁰³ verwenden eine Kombinationsbezeichnung aus „Impressum/AGB/NetzDG“ und ein Netzwerkanbieter³⁰⁴ nutzt die Bezeichnung „NetzDG“. Die Weiterleitung auf den Zustellungsbevollmächtigten durch die verwendeten Begriffe ist in allen Fällen optisch einfach und effektiv wahrnehmbar und führt innerhalb von maximal zwei Klicks von der Startseite aus ohne wesentliche Zwischenschritte zu den Angaben über den Zustellungsbevollmächtigten. Lediglich in einem Fall wird der Zustellungsbevollmächtigte in einer vom Rest der Website abweichenden, sehr kleinen Schriftart angegeben; die Angabe bewegt sich aber wohl noch im lesbaren Bereich.

Neben der Angabe des Namens und der Adresse des Zustellungsbevollmächtigten haben die Netzwerkanbieter in unterschiedlicher Breite und Intensität auf die in § 5 Abs. 1 Satz 2, 3 NetzDG enthaltenen Beschränkungen hingewiesen. Der Hinweis erfolgte teilweise unter selektiver Betonung der Beschränkung auf die in § 5 Abs. 1 Satz 2 NetzDG vorgesehenen Verfahrensarten (Bußgeld- und Gerichtsverfahren) und teils unter Hinweis auf

²⁹⁶ Spindler/Schmitz/Liesching, TMG, 2. Aufl. 2018, § 5 NetzDG Rn. 10.

²⁹⁷ Vgl. Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage, Bundestagsdrucksache 19/355 v. 29.12.2017, S. 3.

²⁹⁸ Change.org, Facebook, Instagram, Pinterest, SoundCloud, TikTok, Twitter, YouTube; keine Benennung ist bei Reddit erkennbar.

²⁹⁹ Change.org, Pinterest, SoundCloud, YouTube.

³⁰⁰ Facebook, Instagram, TikTok.

³⁰¹ Twitter.

³⁰² Change.org, Pinterest, SoundCloud, Twitter, YouTube.

³⁰³ Facebook und Instagram.

³⁰⁴ TikTok.

die Beschränkung auf die Verfolgung rechtswidriger Inhalte nach § 1 Abs. 3 NetzDG. Keiner der Hinweise stellt den tatsächlichen Anwendungsbereich des § 5 NetzDG verzerrt dar.

Überwiegend werden von Rechtsanwält*innen, den NGOs, Berufsverbänden und sonstigen Verbänden keine Probleme bei der Transparenz der Darstellung geschildert. Lediglich eine Person hält eine ausreichend transparente Darstellung – ausgehend von der Rechtsansicht, dass eine Auffindbarkeit mittels eines Klicks erforderlich sei – für nicht gegeben.

c) Zustellungspraxis

Für die Analyse der bisherigen Zustellungspraxis ist zwischen dem unstreitigen Anwendungsbereich des § 5 Abs. 1 NetzDG und dem skizzierten streitigen Bereich des § 5 Abs. 1 NetzDG, insbesondere bei der Durchsetzung von Wiederherstellungsansprüchen, zu unterscheiden.

aa) Zustellungspraxis im unstreitigen Anwendungsbereich

Die *NGOs, Berufsverbände und sonstigen Verbände* haben überwiegend angegeben, dass die Zustellungen im unstreitigen Anwendungsbereich des § 5 Abs. 1 NetzDG gelingen.

Auch die *Rechtsanwält*innen* haben weit überwiegend angegeben, dass Zustellungen im unstreitigen Anwendungsbereich des § 5 Abs. 1 NetzDG in aller Regel gelingen.

Aus den *öffentlich zugänglichen Gerichtsentscheidungen* klingt lediglich in einem Verfahren ein Zustellungsproblem bei der Durchsetzung von Löschanträgen wegen (vermeintlich) rechtswidriger Inhalte an.³⁰⁵

bb) Zustellungspraxis im streitigen Anwendungsbereich (Wiederherstellungsverfahren)

Ein Teil der *NGOs, Berufsverbände und sonstigen Verbände* hat darauf hingewiesen, dass die Zustellung schwierig sei, sobald der eindeutige Bereich des § 5 Abs. 1 NetzDG überschritten werde. In diesen Fällen würden sich Netzwerke darauf berufen, insoweit über keinen inländischen Zustellungsbevollmächtigten zu verfügen.

Die *Rechtsanwälte*innen* haben überwiegend angegeben, dass Zustellungen im umstrittenen Anwendungsbereich des § 5 Abs. 1 NetzDG, insbesondere bei der Durchsetzung von Wiederherstellungsansprüchen, weiterhin schwierig seien. Hier würden Auslandssitze bewusst genutzt, um Zustellungen so schwierig wie möglich zu gestalten. Es müsse oft auf den Weg der Auslandszustellung zurückgegriffen werden, den einige Netzwerke zusätzlich erschweren würden, indem sie eine Übersetzung der zuzustellenden Unterlagen verlangten.

Aus den *öffentlich zugänglichen Gerichtsentscheidungen* ergibt sich eine nicht unerhebliche Anzahl an verschiedenen Zustellungsstreitigkeiten bei der Durchsetzung von Ansprüchen auf Wiederherstellung gelöschter Inhalte und auf die Aufhebung von mit der Löschung oft einhergegangenen Account-Sperrungen.³⁰⁶ In den diesen Gerichtsentscheidungen zu Grunde liegenden Verfahren wurde teilweise die Annahme der Zustellung durch den inländischen Zustellungsbevollmächtigten verweigert und über den Anwendungsbereich des § 5 Abs. 1 NetzDG gestritten. Wie bereits dargestellt (s. o. unter D. I. 1. c) cc)), haben insoweit die erstinstanzlichen Gerichte überwiegend eine Anwendung des § 5 Abs. 1 NetzDG – direkt oder analog – befürwortet; die Oberlandesgerichte haben die Anwendung hingegen entweder verneint oder offengelassen. Teilweise wurde die Annahme der Zustellung auch am ausländischen Firmensitz mit Hinweis darauf verweigert, dass die zuzustellenden Dokumente nicht zuvor ins Englische übersetzt wurden. In fast allen Verfahren haben die Gerichte jedoch entschieden, dass eine Übersetzung der Dokumente zur wirksamen Zustellung nicht erforderlich ist.³⁰⁷

³⁰⁵ Siehe LG Hamburg, Beschl. v. 17.09.2018 - 324 O 193/18 -, juris; LG Hamburg, Urt. v. 30.04.2018 - 324 O 51/18 -, juris, ohne ausdrücklichen Bezug zum NetzDG.

³⁰⁶ Soweit ersichtlich: LG Stuttgart, Beschl. v. 06.02.2018 - 11 O 22/18 -, juris; dem nachfolgend OLG Stuttgart, Beschl. v. 13.03.2018 - 4 W 17/18 -, juris; LG Bonn, Beschl. v. 01.10.2018 - 9 O 221/18 -, juris; dem nachfolgend OLG Köln, Beschl. v. 11.01.2019 - 15 W 59/18 - und - 15 W 1/19 -; OLG Dresden, Beschl. v. 06.11.2018 - 4 W 940/18 -, juris; LG Berlin, Beschl. v. 27.09.2018 - 27 O 335/18 -, juris; dem nachfolgend KG Berlin, Beschl. v. 06.03.2019 - 10 W 192/18 -, juris; LG Offenburg, Urt. v. 26.09.2018 - 2 O 310/18 -, juris; OLG Köln, Beschl. v. 09.05.2019 - 15 W 70/18 -, juris; AG Berlin Mitte, Beschl. v. 08.03.2017 - 15 C 364/16 -, juris; LG Heidelberg, Beschl. v. 4.10.2018 - 1 O 71/18 -, juris; LG Heidelberg, Urt. v. 28.08.2018 - 1 O 71/18 -, juris; LG Kempten, Beschl. v. 03.09.2019 - 22 O 590/19; dem nachfolgend OLG München, Beschl. v. 14.10.2019 - 14 W 1170/19, BeckRS 2019, 29850.

³⁰⁷ LG Offenburg, Urt. v. 26.09.2018 - 2 O 310/18 -, juris; OLG Köln, Beschl. v. 09.05.2019 - 15 W 70/18 -, juris; AG Berlin, Beschl. v. 08.03.2017 - 15 C 364/16 -, juris; LG Heidelberg, Beschl. v. 04.10.2018 - 1 O 71/18 -, juris und Urt. v. 28.08.2018 - 1 O 71/18 -, juris; OLG München, Beschl. v. 14.10.2019 - 14 W 1170/19, BeckRS 2019, 29850, entgegen der Vorinstanz LG Kempten, Beschl. v. 03.09.2019 - 22 O 590/19.

d) Einschätzung BfJ

Das BfJ prüft die Einhaltung der Pflichten nach § 5 Abs. 1 NetzDG durch die Netzwerkanbieter sowohl proaktiv als auch auf Beschwerden hin. Seit dem 1. Oktober 2017 hat das BfJ 51 Verfahren wegen möglicher Verstöße gegen die Pflichten nach § 5 Abs. 1 NetzDG eingeleitet, wobei 20 Verfahren auf Beschwerden hin und weitere 31 Verfahren von Amts wegen eingeleitet wurden. Ein Bußgeld wurde bisher noch nicht verhängt. Aus den Angaben des BfJ folgt – da es sich um laufende Bußgeldverfahren handelt – keine genaue Aufschlüsselung, gegen welche Netzwerkanbieter wegen des Verdachtes auf Verstöße gegen § 5 Abs. 1 NetzDG ermittelt wird oder welcher Verstoß konkret untersucht wird.

Deutlich wird jedoch, dass die Durchsetzung der Pflicht zur Benennung eines Zustellungsbevollmächtigten gerade bei im Ausland ansässigen und unter der Schwelle des § 1 Abs. 2 NetzDG liegenden Netzwerkanbietern mit erheblichen Herausforderungen verbunden ist. Für die Einleitung von Bußgeldverfahren müsse das BfJ insoweit für die Zustellung der Anhörungsschreiben die internationale Rechtshilfe in Anspruch nehmen. Da dieses Verfahren bilaterale Abstimmungsprozesse und Übersetzungsdienstleistungen erfordere, sei es enorm zeitaufwändig und beschwerlich und binde viele Ressourcen. Zudem sei das Verfahren mit erheblichen Unsicherheiten belastet, da die zuständige Behörde des ersuchten Staates zunächst prüfe, ob der vorgeworfene Gesetzesverstoß auch nach dessen Rechtsordnung mit einer Sanktion belegt sei. Im Ergebnis falle dem BfJ aus den o. g. Gründen die Durchsetzung des § 5 Abs. 1 NetzDG in der Praxis insoweit schwer. Aufgrund der unüberschaubaren Vielzahl an Netzwerkanbietern unterhalb der Schwelle des § 1 Abs. 2 NetzDG und der potentiell ebenso großen Anzahl möglicher Verstöße, habe das BfJ als Pilotprojekt zunächst sechs in den USA ansässige Netzwerkanbieter herausgegriffen, da der weit überwiegende Anteil an Netzwerkanbietern dort ansässig sei. In diesen sechs Verfahren habe das BfJ wegen Verstößen gegen die Pflicht nach § 5 Abs. 1 NetzDG ein Bußgeldverfahren eingeleitet und versucht, Anhörungsschreiben zuzustellen. Dabei habe das BfJ jeweils Rechtshilfeersuchen an das zuständige US-amerikanische Justizministerium gestellt, die in allen Verfahren auch bewilligt wurden. In fünf Fällen konnte die Zustellung erfolgreich bewirkt werden; in einem Fall scheiterte sie bislang aus tatsächlichen Gründen.

3. Zielerreichung

Die Zielsetzung des § 5 Abs. 1 NetzDG, der Justiz, den Bußgeldbehörden und den Betroffenen eine schnellere und sicherere Zustelloption zur Verfügung zu stellen, um ein effektives rechtliches Einschreiten zu ermöglichen, ist jedenfalls, soweit § 5 Abs. 1 NetzDG unbestritten Anwendung findet, größtenteils erreicht worden. Von den Befragten wird überwiegend angegeben, dass § 5 Abs. 1 NetzDG die Zustellungen in der Praxis erleichtert und insoweit die Rechtsdurchsetzung befördert habe. Auch das BfJ sieht jedenfalls bei den unstrittig vom NetzDG erfassten großen Netzwerkanbietern deutliche Verbesserungen bei der Zustellung von Anhörungsschreiben. Aus den öffentlich zugänglichen Gerichtsentscheidungen lässt sich kein eindeutiger Befund ableiten. Die äußerst geringe Anzahl an Zustellungsstreitigkeiten im unstrittigen Anwendungsbereich des § 5 Abs. 1 NetzDG könnte zum einen dafür sprechen, dass Zustellungen insoweit unproblematisch durchführbar sind. Zum anderen könnte eine Ursache auch darin liegen, dass insgesamt gerichtliche Verfahren zur Durchsetzung von Lösungsansprüchen nicht in nennenswertem Umfang betrieben werden (siehe dazu E. IV. 4.). Deutliche Schwierigkeiten bei der Zustellung von Anhörungsschreiben bei Bußgeldverfahren sieht das BfJ hingegen bei unterhalb der Schwelle des § 1 Abs. 2 NetzDG liegenden Netzwerkanbietern.

Demgegenüber bestehen nach wie vor nachhaltige Probleme bei der Zustellung in Verfahren außerhalb von den in § 1 Abs. 3 NetzDG genannten rechtswidrigen Inhalten sowie bei Zustellungen in Verfahren über Wiederherstellungsansprüche wegen (vermeintlich) rechtswidriger Inhalte. Die Angaben der Befragten und die Vielzahl an divergierenden Gerichtsentscheidungen zeigen, dass § 5 Abs. 1 NetzDG insoweit keine rechtssichere Zustellungsmöglichkeit an den inländischen Zustellungsbevollmächtigten eröffnet. Darüber hinaus lassen sie erkennen, dass der alternative Weg der Auslandszustellung in der Praxis auf Grund eines höheren Kosten- und Zeitaufwandes und der teilweise zusätzlich betriebenen Zugangsvereitelungen³⁰⁸ seitens einiger Netzwerkanbieter erhebliche Hürden mit sich bringen.

³⁰⁸ Siehe dazu LG Offenburg, Urt. v. 26.09.2018 – 2 O 310/18 –, juris, Rn. 37; OLG Köln, Beschl. v. 09.05.2019 – 15 W 70/18; LG Heidelberg, Beschl. v. 4.10.2018 – 1 O 71/18 und Urt. v. 28.08.2018 – 1 O 71/18 –, juris.

4. Konsequenzen und Verbesserungsvorschläge

Im eindeutigen und unbestrittenen Anwendungsbereich des § 5 Abs. 1 NetzDG ist es bereits zu einer nennenswerten Verbesserung der Zustellungen gekommen (s. o.). Zur weiteren Verbesserung der Rechtsdurchsetzung wird vereinzelt von Rechtsanwält*innen gefordert, die Begrenzung des Anwendungsbereiches auf Schriftstücke zur Einleitung von Gerichtsverfahren dahingehend abzumildern, dass auch vorprozessuale zivilrechtliche Abmahnungs- und Aufforderungsschreiben, in denen die Löschung eines rechtswidrigen Beitrages begehrt wird, mit umfasst werden. Ebenso kann überlegt werden, das aktuell noch unklare Zusammenwirken von § 5 Abs. 1 NetzDG mit den allgemeinen Zustellungsvorschriften (siehe dazu D. I. 1. b)) zu präzisieren. Da die Zustellungspraxis aktuell gut funktioniert, ist dies jedoch nicht dringend geboten, sondern wird nur für den Umgang mit künftig möglichen Umgehungen relevant.

Unklarheit besteht hinsichtlich der Frage, ob die Pflichten nach § 5 Abs. 1 NetzDG auch alle Netzwerkanbieter i. S. d. § 1 Abs. 1 NetzDG unterhalb der Mitgliederschwelle des § 1 Abs. 2 NetzDG betreffen. Bei diesen Netzwerkanbietern ist die Zustellung aktuell nach wie vor mit großen Herausforderungen verbunden; die allermeisten haben auch keinen Zustellungsbevollmächtigten benannt. Insbesondere das BfJ hat auch darauf hingewiesen, dass bei diesen Netzwerkanbietern die Durchsetzung der Pflicht nach § 5 Abs. 1 NetzDG durch Bußgeldverfahren mit rechtlichen und tatsächlichen Herausforderungen verbunden sei und ganz erhebliche finanzielle und personelle Ressourcen beanspruche. In Anbetracht der erheblichen Vielzahl kleiner Netzwerkanbieter, deren Herkunft aus unterschiedlichen Ländern, in denen eine Rechtsdurchsetzung teilweise schwierig wird, wäre eine Klärung dieser Frage sinnvoll.

Weitere Unklarheiten bestehen hinsichtlich der Beschränkung des Anwendungsbereiches des § 5 Abs. 1 NetzDG auf Verfahren wegen der Verbreitung rechtswidriger Inhalte. Insbesondere ist unklar, ob sich § 5 Abs. 1 NetzDG auch auf nicht in § 1 Abs. 3 NetzDG genannte rechtswidrige Inhalte und auf Wiederherstellungsansprüche bezieht. In diesen Fällen ist eine rechtssichere Zustellung aktuell noch mit Herausforderungen verbunden. Von Rechtsanwält*innen wird überwiegend gefordert, mit § 5 Abs. 1 NetzDG auch Verfahren über nicht von § 1 Abs. 3 NetzDG betroffene rechtswidrige Inhalte, insbesondere über rechtswidrige (nicht notwendigerweise strafbare) Persönlichkeitsrechtsverletzungen und Wiederherstellungsansprüche, zu erfassen. Vereinzelt wird noch weitergehend gefordert, Netzwerkanbieter dazu zu verpflichten, für sämtliche gegen sie gerichtete Verfahren einen Zustellungsbevollmächtigten zu benennen. Eine Befassung mit dieser Unklarheit und eine entsprechende Anpassung wäre sinnvoll.

II. § 5 Abs. 2 NetzDG – Empfangsberechtigte Person für Auskunftersuchen der Strafverfolgungsbehörden

Die Einführung der Pflicht der Netzwerkanbieter, eine empfangsberechtigte Person für Auskunftersuchen der Strafverfolgungsbehörden zu benennen, ist im Gesamtkontext der bisherigen Praxis strafrechtlicher Verfolgung im Internet zu betrachten.

Zur effektiven Strafverfolgung von Nutzer*innen, die rechtswidrige Inhalte i. S. d. § 1 Abs. 3 NetzDG auf den Plattformen der Netzwerkanbieter veröffentlicht haben, ist es erforderlich, die Identität der Nutzer*innen zu ermitteln. Hierzu bedarf es nach den praktischen Erfahrungen der Staatsanwaltschaften in den meisten Fällen eines Zugriffes auf die beim Netzwerkanbieter hinterlegten Bestandsdaten dieser Nutzer*innen.³⁰⁹ Zu diesen zählen nach § 14 Abs. 1 TMG alle personenbezogene Daten eines*r Nutzers*in, soweit sie für die Begründung, inhaltliche Ausgestaltung oder Änderung eines Vertragsverhältnisses zwischen dem Diensteanbieter und dem*der Nutzer*in über die Nutzung von Telemedien erforderlich sind. Im Kontext der Telemediendiensteanbieter zählen hierunter wohl jedenfalls Name, Anschrift und E-Mail-Adresse.³¹⁰ Zwar können die Nutzer*innen bei der Anmeldung beim Netzwerkanbieter wahrheitswidrige Angaben machen, die ohnehin nicht überprüft werden. Gleichwohl können auch solche wahrheitswidrigen Angaben nach der Erfahrung der Staatsanwaltschaften jedenfalls erste erfolgversprechende Ansätze zur weiteren Ermittlung der Identität liefern.³¹¹

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes ist bei dem Zugriff staatlicher Ermittlungsbehörden

³⁰⁹ *Elsner* MHR 3/2019, 11 (12); *Rebehn* DRiZ 2019, 208 (209).

³¹⁰ *Müller-Broich*, TMG, 1. Aufl. 2012, § 14 TMG Rn. 2; *Spindler/Schmitz/Schmitz*, TMG, 2. Aufl. 2018, § 14 TMG Rn. 9, 12.

³¹¹ *Elsner* MHR 3/2019, 11 (12 f.).

auf Bestandsdaten von Bürger*innen, die bei privaten Anbietern gespeichert sind, streng zwischen der *datenschutzrechtlichen Erlaubnis* zur Übermittlung der begehrten Daten durch den Privaten (sog. „*datenschutzrechtliche Öffnungsklausel*“) und der *Befugnis* der staatlichen Stelle zur Abfrage der Daten bei dem Privaten („*Ermächtigungsgrundlage*“) zu differenzieren.³¹² Das Bundesverfassungsgericht führt dazu aus: „*Der Gesetzgeber muss, bildlich gesprochen, nicht nur die Tür zur Übermittlung von Daten öffnen, sondern auch die Tür zu deren Abfrage. Erst beide Rechtsgrundlagen gemeinsam, die wie eine Doppeltür zusammenwirken müssen, berechtigen zu einem Austausch personenbezogener Daten.*“³¹³

Für die Übermittlung und Abfrage von Bestandsdaten durch staatliche Ermittlungsbehörden bei *Privaten, die geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste erbringen*, hat der Gesetzgeber explizit beide „Türen“ geöffnet: Die §§ 111 ff. TKG bilden – als erste Tür – die datenschutzrechtliche Erlaubnis der Anbieter zur Übermittlung der Bestandsdaten, während – als zweite Tür – § 100j StPO die Befugnis der staatlichen Stelle zur Abfrage der Daten bei dem Privaten regelt. Diese Befugnis der Strafverfolgungsbehörden zur Abfrage der Daten wird in § 100j Abs. 5 StPO von einer korrespondierenden Pflicht der Anbieter zur Erteilung der Auskunft flankiert.

Für die von § 1 NetzDG erfassten *Netzwerkanbieter als Diensteanbieter von Telemedien* gelten diese Regelungen jedoch nicht. Auch hier regelt § 14 Abs. 2 TMG zwar – als erste Tür – die datenschutzrechtliche Erlaubnis für die Netzwerkanbieter zur Übermittlung der Bestandsdaten an staatliche Ermittlungsbehörden. Nach einhelliger Ansicht stellt § 14 Abs. 2 TMG jedoch keine – als zweite Tür fungierende – Ermächtigungsgrundlage für Strafverfolgungsbehörden zur Abfrage dieser Daten dar.³¹⁴ Mangels einer mit § 110j StPO vergleichbaren und präzisen Regelung ist umstritten, ob eine entsprechende Ermächtigungsgrundlage der Ermittlungsbehörden für die Abfrage besteht. Überwiegend werden die allgemeinen Generalermittlungsklauseln des § 161 Abs. 1 und des § 163 Abs. 1 StPO als Ermächtigungsgrundlage angesehen.³¹⁵ Nahezu unstrittig besteht jedoch – anders als bei Telekommunikationsanbietern nach § 110j Abs. 5 StPO – keine korrespondierende Pflicht der Netzwerkanbieter, die Auskunft tatsächlich zu erteilen.³¹⁶

Im Ergebnis erlaubt das bisherige Rechtsregime den Netzwerkanbietern zwar die Übermittlung der Bestandsdaten und den Strafverfolgungsbehörden (wohl) auch deren Abruf; es verpflichtet die Netzwerkanbieter jedoch nicht – im Unterschied zu Telekommunikationsanbietern – zur Übermittlung dieser Daten. Kurz gesagt steht es den Netzwerkanbietern damit weitestgehend frei, ob und inwieweit sie den Ermittlungsbehörden Bestandsdaten übermitteln.

Mit der Einführung des § 5 Abs. 2 NetzDG hat der Gesetzgeber weder ein neues Rechtsregime für die Übermittlung und den Abruf von Bestandsdaten bei den Netzwerkanbietern geschaffen noch eine Übermittlungspflicht für die Bestandsdaten vorgeschrieben. Die durch § 5 Abs. 2 NetzDG eingeführte Verpflichtung der Netzwerke, eine empfangsberechtigte Person im Inland für Auskünfte im Zusammenhang mit Strafverfahren gegen Nutzer*innen der Netzwerke zu benennen, soll sich allein darauf beschränken, die Verfügbarkeit eines inländischen Ansprechpartners sicherzustellen.³¹⁷ Hierdurch soll die Möglichkeit einer freiwilligen und unmittelbaren Kooperation zwischen Strafverfolgungsbehörden und Netzwerkanbietern verbessert werden.³¹⁸

³¹² BVerfG, Beschl. v. 24.1.2012 – 1 BvR 1299/05 –, juris, Rn. 123.

³¹³ BVerfG, Beschl. v. 24.1.2012 – 1 BvR 1299/05 –, juris, Rn. 123.

³¹⁴ Dezidiert VGH München, Beschl. v. 20.08.2019 – 12 ZB 19.333 –, juris, Rn. 32; Spindler/Schmitz/Schmitz, TMG, 2. Aufl. 2018, § 14 TMG Rn. 28 m.w.N. u. 36; Müller-Broich, TMG, 1. Aufl. 2012, Rn. 6; Plath/ Hullen/Roggenkamp, DSGVO/BDSG, 3. Aufl. 2018, § 14 TMG Rn. 17; BGH NJW 2014, 2651 (2652) (allerdings im Verhältnis zwischen Privaten bei bloßer Persönlichkeitsverletzung); vgl. auch Bundestagsdrucksache 16/3078, S. 16.

³¹⁵ MüKo-StPO/Köbel, 1. Aufl. 2016, § 161 StPO Rn. 27 (Ermittlungsbefugnis) m.w.N.; Meyer-Goßner/Schmitt, StPO, 62. Aufl. 2019, § 161 StPO Rn. 2; Wicker MMR 2014, 298 (302) zu Cloud-Anbietern; BVerfG, Beschl. v. 17.02.2009 – 2 BvR 1372/07 –, juris und 2 BvR 1745/07 –, juris (§ 161 Abs. 1 StPO als ausreichend bzgl. der Abfrage von Kreditkartendaten erachtend); BVerfG, Beschl. v. 13.11.2011 – 2 BvR 1124/10 –, juris (bzgl. § 161 StPO und § 14 II TMG); Staatsministerium der Justiz Bayern, Bayr. LT-Drucks. 18/1789, S. 1; auf § 95 StPO abstellend Spindler/Schmitz/Schmitz, TMG, 2. Aufl. 2018, § 14 TMG Rn. 36.

³¹⁶ MüKo-StPO/Köbel, 1. Aufl. 2016, § 161 StPO Rn. 26 f. m.w.N.; siehe auch die Gegenäußerung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates zu § 14 Abs. 2 TMG, Bundestagsdrucksache 16/3135, S. 2 („Bei der Regelung handelt es sich um die datenschutzrechtliche Öffnungsklausel, die dem Diensteanbieter die Verwendung personenbezogener Daten seiner Nutzer zum Zwecke der Auskunftserteilung an Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden ermöglicht. Ob und inwieweit der Diensteanbieter zur Auskunftserteilung verpflichtet sein soll, ist hingegen eine Frage, die das Rechtsverhältnis zwischen dem Diensteanbieter und der Behörde betrifft und dementsprechend in den für dieses Rechtsverhältnis geltenden öffentlich-rechtlichen Vorschriften zu regeln ist.“); uneinheitlich bei Meyer-Goßner/Schmitt, StPO, 62. Aufl. 2019, der dies in § 161 StPO Rn. 2 eher verneint und in § 99 StPO Rn. 16 bejaht.

³¹⁷ Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 27.

³¹⁸ Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 27.

1. Gesetzliche Anforderungen

Ausgehend von diesem Zweck verpflichtet § 5 Abs. 2 NetzDG in Satz 1 die Netzwerkanbieter dazu, eine empfangsberechtigte Person im Inland für Auskunftersuchen einer inländischen Strafverfolgungsbehörde zu benennen. Darüber hinaus werden die Netzwerkanbieter in Satz 2 dazu verpflichtet, innerhalb von 48 Stunden nach Zugang des Auskunftersuchens zu antworten und eine Begründung anzugeben, wenn die ersuchte Auskunft nicht oder nicht vollumfänglich erteilt wird (Satz 3). Die Pflicht zur Benennung einer empfangsberechtigten Person in § 5 Abs. 2 Satz 1 NetzDG ist nicht ausdrücklich auf Netzwerkanbieter i. S. d. NetzDG beschränkt. Aufgrund der erst im weiteren Gesetzgebungsverfahren erfolgten Ausdifferenzierung des § 5 NetzDG in zwei Absätze und der systematischen Nähe von § 5 Abs. 1 und Abs. 2 NetzDG, liegt es jedoch nahe, dass die Pflicht nur auf Netzwerkanbieter i. S. d. NetzDG bezogen ist.³¹⁹ Auch hier ist – parallel zu § 5 Abs. 1 NetzDG (siehe D. I. 1.) – nicht gänzlich klar, ob die Pflicht für sämtliche Netzwerkanbieter, also auch solche unterhalb der Schwelle des § 1 Abs. 2 NetzDG, gelten soll.³²⁰

Im Kern beschränkt sich § 5 Abs. 2 NetzDG weitestgehend auf die Festlegung formeller Anforderungen, um die Netzwerkanbieter zur Kooperation mit den Strafverfolgungsbehörden anzuhalten. Demgegenüber enthält § 5 Abs. 2 NetzDG nach einhelliger Ansicht bewusst nicht die inhaltliche Pflicht zur tatsächlichen Erteilung der begehrten Auskunft.³²¹ Die Gesetzesbegründung macht insoweit deutlich, dass § 5 Abs. 2 NetzDG die Netzwerke nur dazu verpflichtet, „einen ‚Briefkasten‘ im Inland bereitzustellen“ und durch ihn „keine zusätzlichen Auskunftspflichten begründet“ werden.³²²

a) Pflicht zur Benennung einer empfangsberechtigten Person im Inland

Ein entscheidender Unterschied zu § 5 Abs. 1 NetzDG bzgl. der Benennung ist, dass auf die empfangsberechtigte Person nicht in leicht erkennbarer und unmittelbar erreichbarer Weise aufmerksam zu machen ist. Vielmehr genügt es nach dem Wortlaut des Gesetzes, dass die empfangsberechtigte Person erst auf eine konkrete Anfrage einer Strafverfolgungsbehörde hin dieser gegenüber benannt wird. Um eine solche Anfrage aber überhaupt erst zu ermöglichen, dürfte die Vorschrift dahingehend auszulegen sein, dass jedenfalls eine schriftliche oder elektronische Möglichkeit zur Kontaktaufnahme (z. B. Email oder Formular) mit dem Netzwerkanbieter erkennbar anzugeben ist.

Der Wortlaut und Zweck des § 5 Abs. 2 NetzDG stellt es in das Belieben des Netzwerkanbieters, wen er auf die Anfrage hin als empfangsberechtigte Person benennt, solange die benannte Person ihren Sitz im Inland hat. Der Netzwerkanbieter kann daher sowohl interne als auch externe natürliche oder juristische Personen als empfangsberechtigte Person benennen.³²³

Das Gesetz regelt nicht näher, welche inhaltlichen Angaben bzgl. der zu benennenden empfangsberechtigten Person gemacht werden müssen. Offen ist insbesondere, ob eine zustellungsfähige inländische Adresse anzugeben ist. Da zur Stellung des Auskunftersuchens auch elektronische Kommunikationskanäle genügen, dürfte – anders als bei der Zustellung gem. § 5 Abs. 1 NetzDG – die Angabe einer solchen Adresse nicht erforderlich sein.

Der Gesetzeswortlaut legt mit dem Begriff „empfangsberechtigt“ sprachlich nahe, dass die Netzwerkanbieter eine Entgegennahme des Auskunftersuchens durch die zuvor benannte empfangsberechtigte Person selbst ermöglichen müssen. Nach den Bußgeldleitlinien des BMJV soll es hingegen nicht notwendig sein, dass diese das Auskunftersuchen eigenhändig entgegennimmt. Vielmehr reiche ein hinreichend klar und einfach zu handhabender Kommunikationskanal. Es sei daher auch zulässig, dass die Entgegennahme von Auskunftersuchen

³¹⁹ So auch in Spindler/Schmitz/Liesching, TMG, 2. Aufl. 2018, § 5 NetzDG Rn. 11, in der eine rechtsmethodisch zulässige einschränkende Auslegung der Norm vertreten wird.

³²⁰ Die Problematik andeutend, aber nicht eindeutig entscheidend Spindler/Schmitz/Liesching, TMG, 2. Aufl. 2018, § 5 NetzDG Rn. 11: „Vor dem Hintergrund des Normzwecks und des in § 1 Abs. 1 und 2 vorgegebenen Anwendungsbereichs ist daher die Benennungspflicht durch eine rechtsmethodisch zulässige einschränkende Auslegung ebenso wie in § 5 Abs. 1 auf Anbieter sozialer Netzwerke begrenzt.“

³²¹ Spindler/Schmitz/Liesching, TMG, 2. Aufl. 2018, § 5 NetzDG Rn. 13; Spindler K&R 2017, 533 (542).

³²² Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 27.

³²³ Spindler/Schmitz/Liesching, TMG, 2. Aufl. 2018, § 5 NetzDG Rn. 12; siehe auch Leitlinien BMJV vom 22.03.2018, abrufbar unter: https://www.bmjv.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Fokusthemen/NetzDG_Bußgeldleitlinien.pdf?__blob=publication-File&v=3 (zul. abgerufen am 20.02.2020), S. 10.

so ausgestaltet wird, dass die Strafverfolgungsbehörden ihre Ersuchen über sichere und ausreichend transparent zur Verfügung gestellte Online-Formulare oder spezielle Portale für Strafverfolgungsbehörden stellen können.³²⁴ Die Gesetzesbegründung, durch § 5 Abs. 2 NetzDG nur „einen ‚Briefkasten‘ im Inland bereitzustellen“ und dadurch eine zuverlässige und effektive Kommunikationsmöglichkeit zu gewährleisten³²⁵, spricht auch für eine weite Auslegung. Es ist daher naheliegend, aber nicht eindeutig, dass die Verwendung von Online-Formularen oder speziellen Portalen zulässig ist.

Eine Frist zur Benennung der empfangsberechtigten Person gegenüber der anfragenden Strafverfolgungsbehörde ist – anders als für die Beantwortung eines gestellten Auskunftersuchens – nicht vorgesehen.

b) Umfang und Reichweite der Benennungspflicht

Die Benennung muss nur für Auskunftersuchen einer Strafverfolgungsbehörde nach den §§ 14, 15 TMG erfolgen, denen Strafverfahren gegen postende Nutzer*innen des Netzwerkanbieters zu Grunde liegen. Anders als bei § 5 Abs. 1 NetzDG ist weder im Wortlaut noch in der Gesetzesbegründung eine Beschränkung der Benennungspflicht auf Verfahren wegen der in § 1 Abs. 3 NetzDG abschließend genannten rechtswidrigen Inhalte vorgesehen. Offen ist, ob es sich dabei um ein bloßes Redaktionsversehen handelt oder dadurch bewusst der Anwendungsbereich auf alle denkbaren Straftatbestände erweitert werden soll.³²⁶

c) Pflicht zur Antwort und Begründung

Nach § 5 Abs. 2 Satz 2 NetzDG ist das Auskunftersuchen innerhalb von 48 Stunden ab Zugang bei der empfangsberechtigten Person zu beantworten. Für die Einhaltung des Gesetzeszweckes dürfte es dabei unerheblich sein, ob die Antwort von der empfangsberechtigten Person – so der Wortlaut – oder direkt vom Netzwerkanbieter erteilt wird.³²⁷ Wie bereits dargelegt, verlangt die Pflicht zur rechtzeitigen Antwort nach § 5 Abs. 2 Satz 2 NetzDG nicht, dass die begehrte Auskunft, d. h. die Bestandsdaten, tatsächlich erteilt wird (D. II. 1.). Wird die Auskunft nicht oder nicht vollumfänglich erteilt, muss dies begründet werden (§ 5 Abs. 2 Satz 3 NetzDG).

2. Umsetzung, Akzeptanz und Praktikabilität

a) Pflicht zur Benennung einer empfangsberechtigten Person im Inland

Da auf die empfangsberechtigte Person im Inland nicht in „leicht erkennbarer und unmittelbar erreichbarer Weise aufmerksam zu machen“ ist, sondern die Benennung nur auf konkrete Anfrage einer Strafverfolgungsbehörde hin erfolgen muss, kann die Wirkung des Gesetzes insoweit nur aufgrund der Erfahrungen der Staatsanwaltschaften überprüft werden. Die Angabe einer allgemeinen Kontaktadresse, um die empfangsberechtigte Person in Erfahrung bringen zu können, kann demgegenüber durch die Prüfung der Webseiten der Netzwerkanbieter erfolgen.

Ausgehend davon ergibt sich folgendes Bild:

Alle Netzwerkanbieter haben – meist im Impressum – eine allgemeine Kontaktadresse (Email) zur Verfügung gestellt, über die eine konkrete Anfrage zur Mitteilung der empfangsberechtigten Person (jedenfalls theoretisch) erfolgen kann. Darüber hinaus haben drei Netzwerkanbieter³²⁸ auf ihren Webseiten ein spezifisches Online-Anfragesystem für Strafverfolgungsbehörden eingerichtet. Drei weitere Netzwerkanbieter³²⁹ haben – über die gesetzlichen Pflichten hinausgehend – bereits die empfangsberechtigte Person selbst auf ihrer Webseite namentlich benannt.

³²⁴ Vgl. Leitlinien BMJV vom 22.03.2018, abrufbar unter: https://www.bmjv.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Fokusthemen/NetzDG_Bußgeldleitlinien.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (zul. abgerufen am 20.02.2020), S. 9 f.

³²⁵ Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 27.

³²⁶ Zu letzterem tendierend Spindler/Schmitz/Liesching, TMG, 2. Aufl. 2018, § 5 NetzDG Rn. 14 unter Verweis auf die Benennung „strafrechtlich relevanter Inhalte“ und „Briefkasten“ in Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 27.

³²⁷ Spindler/Schmitz/Liesching, TMG, 2. Aufl. 2018, § 5 NetzDG Rn. 15.

³²⁸ Facebook, Instagram und Pinterest.

³²⁹ Twitter ausdrücklich unter Bezugnahme auf § 5 Abs. 2 NetzDG; Tiktok und SoundCloud implizit.

Aus den Einschätzungen und Erfahrungen der ausgewählten Staatsanwaltschaften ergibt sich, dass die Identifikation einer empfangsberechtigten inländischen Person – entweder unmittelbar oder auf konkrete Nachfrage hin – in allen Fällen möglich war.³³⁰ Eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft gibt an, statt der empfangsberechtigten Person in allen Fällen direkt die Auskunftssysteme bzw. Auskunftsplattformen der Netzwerkanbieter zu nutzen.

Das BfJ überwacht die Einhaltung der Pflichten nach § 5 Abs. 2 NetzDG sowohl proaktiv als auch auf Beschwerden hin. Da die Benennung einer empfangsberechtigten Person nur bei Auskunftersuchen einer Strafverfolgungsbehörde erfolgen muss, erhalten nur diese Kenntnis über den Umgang mit der Pflicht durch die Netzwerkanbieter. Insoweit ist das BfJ auf die Weitergabe von Informationen durch die Strafverfolgungsbehörden angewiesen. Seit dem 1. Oktober 2017 hat das BfJ 15 Beschwerden über Verstöße gegen § 5 Abs. 2 NetzDG erhalten und in allen Fällen ein Bußgeldverfahren eingeleitet. Bislang wurde noch kein Bußgeld verhängt. Da die den Bußgeldverfahren zu Grunde liegenden gemeldeten Verstöße nicht näher aufgeschlüsselt sind, ist unklar, ob sie ein Defizit bei der Benennung der empfangsberechtigten Person oder eine mangelnde inhaltliche Auskunftserteilung betreffen.

b) Pflicht zur Antwort und Begründung

Nach übereinstimmenden Angaben der *Staatsanwaltschaften* werden Auskunftersuchen in aller Regel innerhalb der 48-stündigen Frist von den Netzwerkanbietern beantwortet.³³¹ Ebenso einhellig wird jedoch angemerkt, dass als Antwort überwiegend nicht die begehrte Auskunft über die Bestandsdaten erteilt wird. Vielmehr erfolge oftmals eine lediglich formelle und standardisierte Antwort, in der für die Erteilung einer Auskunft auf die Notwendigkeit eines *förmlichen Rechtshilfeersuchens* (Mutual Legal Assistance Treaty – MLAT) verwiesen werde³³² oder die inhaltliche Auskunft mit Verweis darauf abgelehnt werde, dass kein Zugriff auf die Bestandsdaten der Nutzer*innen möglich sei³³³ oder hausinterne Regeln einer Auskunft von vornherein entgegenstünden.

Einige Staatsanwaltschaften zitieren hierzu folgendes Beispiel einer Standardantwort eines Netzwerkanbieters:³³⁴

„Thank you for your correspondence. Under the applicable law and our terms of service, a Mutual Legal Assistance Treaty request or letter rogatory is required to seek information pursuant to your request.“³³⁵

„Danke für Ihre Mitteilung. Nach geltendem Recht und unseren Nutzungsbedingungen ist ein Rechtshilfeersuchen erforderlich, um die Information zu Ihrer Anfrage einzuholen.“³³⁶

c) Praxis der inhaltlichen Auskunftserteilung

aa) Angaben der Netzwerkanbieter

Da die Angabe der eingegangenen behördlichen Auskunftersuchen und deren weitere Behandlung durch die Netzwerkanbieter nicht zu den nach § 2 NetzDG verpflichtend vorgeschriebenen Angaben im Transparenzbericht zählt, haben nur einige Netzwerkanbieter diese Angaben veröffentlicht:

³³⁰ So auch die Einschätzung von *Rebehn* DRiZ 2019, 208 (209).

³³¹ So auch die Einschätzung von *Rebehn* DRiZ 2019, 208 (209).

³³² So auch bei *Rebehn* DRiZ 2019, 208 (209).

³³³ *Elsner* MHR 3/2019, 11 (13).

³³⁴ Facebook.

³³⁵ Standardantwort des Facebook Law Enforcement Response Team, zitiert nach *Elsner* MHR 3/2019, 11 (13).

³³⁶ Zitiert nach *Rebehn* DRiZ 2019, 208 (209).

Twitter³³⁷

Zeitraum	Anzahl behördlicher Auskunfts- ersuchen (Deutschland)	Prozentsatz Auskunfts- erteilung (Deutschland)	Prozentsatz Auskunfts- erteilung (weltweit)	Prozentsatz Auskunfts- erteilung (USA)	Prozentsatz Auskunfts- erteilung (UK)
01.01.2019 – 30.06.2019	458	18 %	/	/	/
01.07.2018 – 31.12.2018	394	27 %	56 %	73 %	75 %
01.01.2018 – 30.06.2018	320	26 %	56 %	76 %	70 %
01.07.2017 – 31.12.2017	237	29 %	55 %	77 %	65 %
01.01.2017 – 30.06.2017	255	38 %	60 %	77 %	79 %
01.07.2016 – 31.12.2016	275	54 %	64 %	82 %	79 %
01.01.2016 – 30.06.2016	111	58 %	69 %	82 %	76 %
01.07.2015 – 31.12.2015	69	55 %	64 %	79 %	76 %
01.01.2015 – 30.06.2015	28	36 %	58 %	80 %	52 %

³³⁷ Angaben von Twitter im Transparency-Report, <https://transparency.twitter.com/de/countries/de.html> (zuletzt abgerufen am 22.02.2020).

Facebook³³⁸

Zeitraum	Anzahl behördlicher Auskunfts- ersuchen (Deutschland)	Prozentsatz Auskunfts- erteilung (Deutschland)	Prozentsatz Auskunfts- erteilung (weltweit)	Prozentsatz Auskunfts- erteilung (USA)	Prozentsatz Auskunfts- erteilung (UK)
01.01.2019 – 30.06.2019	7.302	58 %	73,6 %	88 %	90 %
01.07.2018 – 31.12.2018	6.802	57 %	73,1 %	88 %	91 %
01.01.2018 – 30.06.2018	6.661	59 %	74 %	86 %	91 %
01.07.2017 – 31.12.2017	5.067	60 %	74,8 %	85 %	92 %
01.01.2017 – 30.06.2017	5.211	59 %	74,4 %	85 %	90 %
01.07.2016 – 31.12.2016	4.422	54 %	72,5 %	83,5 %	88,7 %
01.01.2016 – 30.06.2016	3.695	47,5 %	69,9 %	80,7 %	86,6 %
01.07.2015 – 31.12.2015	3.140	42,3 %	67,9 %	81,4 %	82,2 %
01.01.2015 – 30.06.2015	2.344	35,7 %	64 %	78 %	78 %

³³⁸ Angaben von Facebook im Transparenzbericht, <https://transparency.facebook.com/government-data-requests/country/DE> (zuletzt abgerufen am 22.02.2020).

Google³³⁹

Zeitraum	Anzahl behördlicher Auskunftsersuchen (Deutschland)	Prozentsatz Auskunftserteilung (Deutschland)	Prozentsatz Auskunftserteilung (weltweit)	Prozentsatz Auskunftserteilung (USA)	Prozentsatz Auskunftserteilung (UK)
01.01.2019 – 30.06.2019	10.009	68 %	/	/	/
01.07.2018 – 31.12.2018	8.560	59 %	73 %	82 %	84 %
01.01.2018 – 30.06.2018	7.416	60 %	67 %	81 %	73 %
01.07.2017 – 31.12.2017	6.960	58 %	67 %	82 %	74 %
01.01.2017 – 30.06.2017	7.781	56 %	66 %	82 %	73 %
01.07.2016 – 31.12.2016	9.925	45 %	65 %	81 %	71 %
01.01.2016 – 30.06.2016	8.788	59 %	60 %	79 %	71 %
01.07.2015 – 31.12.2015	7.491	57 %	64 %	79 %	71 %
01.01.2015 – 30.06.2015	3.903	58 %	64 %	79 %	72 %

Pinterest

Laut Transparenzberichten gab es keinerlei Anfragen von deutschen Behörden im Berichtszeitraum.³⁴⁰

Reddit

Laut dem Transparenzbericht 2017 sind vier behördliche Auskunftsanträge eingegangen, von denen in einem Fall (einem Notfall) eine Auskunft erteilt wurde. Laut dem Transparenzbericht 2018 sind sechs behördliche Auskunftsanträge eingegangen, von denen in zwei Fällen (zwei Notfällen) eine Auskunft erteilt wurde.³⁴¹

Im Übrigen weist ein Netzwerkanbieter im Fragebogen darauf hin, dass seit dem Inkrafttreten des NetzDG eine Zunahme an Auskunftsersuchen von Strafverfolgungsbehörden im Zusammenhang mit Beleidigungen und Verleumdungen zu verzeichnen sei.

³³⁹ Angaben von Google im Transparenzbericht, https://transparencyreport.google.com/user-data/overview?hl=de&user_requests_report_period=series:requests,accounts;authority:DE;time:&lu=user_requests_report_period (zuletzt abgerufen am 22.02.2020; die dort genannten Daten umfassen wohl das soziale Netzwerk YouTube und Google+ bis zu seiner Einstellung).

³⁴⁰ Angaben von Pinterest im Transparenzbericht, <https://help.pinterest.com/de/article/transparency-report> (zuletzt abgerufen am 22.02.2020).

³⁴¹ Angaben von Reddit im Transparenzbericht, <https://www.redditinc.com/policies/transparency-report> (zuletzt abgerufen am 22.02.2020).

bb) Schlussfolgerungen aus den Angaben der Netzwerkanbieter

Aus den veröffentlichten Angaben der Netzwerkanbieter wird für Deutschland zwar die zunehmende Bedeutung behördlicher Auskunftersuchen über Bestandsdaten der Nutzer*innen deutlich. Soweit aus den veröffentlichten Angaben ersichtlich, ist die Anzahl behördlicher Auskunftersuchen seit 2015 weitestgehend kontinuierlich und teilweise enorm gestiegen. Demgegenüber lassen sich keine klaren Entwicklungstendenzen hinsichtlich der Auskunftspraxis der Netzwerkanbieter ableiten. Ein Netzwerkanbieter³⁴² weist – mit einer Ausnahme – seit 2015 weitestgehend konstante Auskunftsquoten von über 50 % auf. Die Auskunftsquote bei einem weiteren Netzwerkanbieter³⁴³ nahm seit Anfang 2015 kontinuierlich zu und ist seit Mitte 2016 ebenfalls bei über 50 % konstant. Bei einem Netzwerkanbieter³⁴⁴ zeigt sich nach einer anfänglich zunehmenden Auskunftsquote (von 36 % Anfang 2015 bis auf 58 % Mitte 2016) eine konstante Abnahme bis unter das Niveau von 2015.

Als weiterer Befund ist ausweislich der angegebenen Zahlen bemerkenswert, dass bei allen Netzwerkanbietern, die Zahlen veröffentlichen, und in allen Berichtszeiträumen die Auskunftsquote gegenüber deutschen Behörden deutlich unter der weltweiten Auskunftsquote und – noch viel deutlicher – unter den Auskunftsquoten in den Vereinigten Staaten und im Vereinigten Königreich liegt.

Darüber hinaus machen die Netzwerkanbieter, die Zahlen veröffentlichen, zusätzliche Angaben über die Anzahl und die Auskunftsquote bei Auskunftersuchen in „Notfällen“ („emergency requests“). Als Notfälle werden meist solche Fälle verstanden, in denen eine unmittelbare Gefahr für Leib und Leben besteht.³⁴⁵ Auffallend ist dabei, dass die Auskunftsquote bei fast allen Netzwerkanbietern in Notfällen konstant ist und teilweise deutlich über der Auskunftsquote für „normale“ Auskunftersuchen liegt.³⁴⁶

cc) Angaben der Staatsanwaltschaften

Die Angaben der Netzwerkanbieter sind nicht deckungsgleich mit den Erfahrungen und Einschätzungen der ausgewählten Staatsanwaltschaften, die sich auf einen Erfahrungswert von ca. 300 Verfahren beziehen. Die Auskunftsquote wird von einer Staatsanwaltschaft auf unter 10 % geschätzt, von einer anderen mit ca. 5 % angegeben, wobei die Auskünfte überwiegend von nur einem Netzwerk erteilt worden seien.

Von Staatsanwaltschaften wird zudem teilweise die Praxis geschildert, dass viele Netzwerkanbieter, die ihren Hauptsitz im außereuropäischen Ausland haben, Auskünfte auf Anfragen der Staatsanwaltschaften oft nur im Rahmen eines *förmlichen Rechtshilfeersuchens* (*Mutual Legal Assistance Treaties – MLATs*) im Sitzland erteilen. Nach Einschätzung einiger Staatsanwaltschaften bleibe dieses Verfahren sowohl aus rechtlichen als auch praktischen Gründen weitgehend erfolglos, sodass es im Ergebnis nicht zur Strafverfolgung käme. In rechtlicher Hinsicht bestünden erhebliche Hürden bei Rechtshilfeersuchen in den USA. Einem solchen Ersuchen werde nur dann stattgegeben, wenn der strafrechtlich nach deutschem Recht zu verfolgende Inhalt auch nach US-Recht strafbar sei. Nach amerikanischem Verfassungsrecht sei die Meinungsfreiheit besonders weitgehend geschützt. Aus diesem Grund seien zahlreiche in Deutschland strafbare und von § 1 Abs. 3 NetzDG erfasste Inhalte, wie z. B. das öffentliche Verwenden von Kennzeichen und Parolen ehemaliger nationalsozialistischer Organisationen, Volksverhetzung und Holocaustleugnung (§§ 86a, 130 StGB) nach US-Recht nicht strafbar; ein Rechtshilfeersuchen sei insoweit aussichtslos.³⁴⁷ Die Grenze der nach US-Recht zulässigen Meinungsäußerungen sei regelmäßig dann erreicht, wenn die Äußerung eine konkrete und individuelle Bedrohung für eine Person oder

³⁴² Google.

³⁴³ Facebook.

³⁴⁴ Twitter.

³⁴⁵ Exemplarisch bei Reddit: „necessary to prevent imminent and serious bodily harm to a person“, <https://www.redditinc.com/policies/privacy-policy> (zuletzt abgerufen am 22.02.2020); bei Twitter „imminent threat involving danger of death or serious physical injury to a person“, (<https://transparency.twitter.com/en/information-requests.html#information-requests-jan-jun-2019> (zuletzt abgerufen am 22.02.2020)); bei Facebook „unmittelbare Gefahr für Leib und Leben“, <https://transparency.facebook.com/government-data-requests> (zuletzt abgerufen am 22.02.2020).

³⁴⁶ Siehe die angegebenen Zahlen bei Reddit: <https://www.redditinc.com/policies/transparency-report> (zuletzt abgerufen am 22.02.2020); bei Twitter: <https://transparency.twitter.com/en/information-requests.html#information-requests-jan-jun-2019> (zuletzt abgerufen am 22.02.2020); bei Google: https://transparencyreport.google.com/user-data/overview?hl=de&user_requests_report_period=series:requests,accounts;authority:DE;time:&lu=user_requests_report_period (zuletzt abgerufen am 22.02.2020); bei Facebook: <https://transparency.facebook.com/government-data-requests/country/DE> (zuletzt abgerufen am 22.02.2020).

³⁴⁷ *Rebehn* DRiZ 2019, 208 (209); *Elsner* MHR 3/2019, 11 (14 f.).

Personengruppe oder den Aufruf zur Begehung von Straftaten beinhalte („real threat“). Insoweit seien Rechtshilfeersuchen nach §§ 185-187 BGB mangels Erfüllung dieser Voraussetzung oft von vornherein aussichtslos.³⁴⁸ In praktischer Hinsicht stellten die zeitaufwändigen (oft mehrere Monate) und kostenaufwändigen Rechtshilfeersuchen mit Blick auf begrenzte personelle und finanzielle Ressourcen weitere Hürden auf.³⁴⁹ Zudem seien die begehrten Bestandsdaten – mangels gesetzlicher Mindestspeicherfrist – nach Abschluss des mehrmonatigen Rechtshilfeersuchens oftmals entweder bereits gelöscht oder jedenfalls mangels Aktualität weniger brauchbar.³⁵⁰

dd) BfJ

Das BfJ weist darauf hin, dass es keine unmittelbare Kenntnis über den Umgang der Netzwerkanbieter mit von Strafverfolgungsbehörden gestellten Auskunftsersuchen habe. Bislang erhalte es nur vereinzelt und unsystematisch Informationen hierzu. Um einen besseren Überblick über die Praxis zu erlangen, sei das BfJ auf die Bereitschaft zur regelmäßigen Weitergabe von Erfahrungen durch die Strafverfolgungsbehörden angewiesen.

ee) Mögliche Ursachen für divergierende Angaben und Auskunftsquoten

Da weder die Angaben der Netzwerkanbieter noch die Angaben der Staatsanwaltschaften im Rahmen der Evaluation überprüft werden können, bleiben die genauen Ursachen für die große Divergenz der Angaben letztlich unklar.

Eine mögliche Ursache für die divergierenden Angaben ist, dass Netzwerkanbieter bei den von ihnen ermittelten Auskunftsquoten – ausweislich ihrer eigenen Angaben – nicht nur vollständige, sondern auch teilweise Auskunftserteilungen miteinfassen. Denkbar wäre, dass Staatsanwaltschaften demgegenüber nur vollständige Auskünfte erfassen.

Für die im Vergleich zur USA, zum UK und zum weltweiten Durchschnitt geringeren Auskunftsquoten gegenüber Anfragen deutscher Behörden ist als Ursache die nicht existente gesetzliche Auskunftspflicht der Netzwerkanbieter denkbar. Insoweit kann jedoch nicht eingeschätzt werden, ob und inwiefern Netzwerkanbieter in anderen Ländern gesetzlich zur Auskunftserteilung verpflichtet sind.

Als weitere mögliche Ursache ist der unterschiedlich gehandhabte Verweis der Netzwerkanbieter auf förmliche Rechtshilfeersuchen (MLATs) denkbar. Bemerkenswert ist hierbei, dass in anderen europäischen Ländern, in denen der Verweis auf förmliche Rechtshilfeersuchen (MLATs) ebenso möglich ist, teilweise deutlich höhere Auskunftsquoten bestehen. So liegt die Auskunftquote bei behördlichen Anfragen aus dem Vereinigten Königreich bei allen Netzwerkanbietern, die Zahlen veröffentlichen, und in nahezu allen Berichtszeiträumen weit über der Auskunftquote in Deutschland, obwohl auch im Vereinigten Königreich der Verweis auf das förmliche Rechtshilfeersuchen denkbar ist.³⁵¹ Vor diesem Hintergrund erscheint es als möglich, dass die Praxis, ob und inwieweit bei behördlichen Anfragen auf den Weg des förmlichen Rechtshilfeersuchens verwiesen wird, von den Netzwerkanbietern länderspezifisch angepasst wird.

3. Zielerreichung

Das in der Gesetzesbegründung bezeichnete Ziel, durch § 5 Abs. 2 NetzDG sicherzustellen, dass die Netzwerkanbieter „sozusagen einen ‚Briefkasten‘ im Inland bereitstellen“, um die Möglichkeit einer „freiwilligen unmittelbaren Kooperation“³⁵² zu verbessern, wird durch die gesetzliche Regelung weitgehend erreicht. Die Staatsanwaltschaften haben übereinstimmend angegeben, dass auf Nachfrage eine Kontaktperson durch den Netzwerkanbieter benannt wird und diese auch fristgemäß antwortet. Darüber hinaus haben sie überwiegend angegeben, dass infolge des § 5 Abs. 2 NetzDG jedenfalls eine gesteigerte Gesprächs- und Kooperationsbereitschaft der Netzwerkanbieter zu beobachten sei. Zudem wird von einer Staatsanwaltschaft auf die Nutzung der online zur Verfügung gestellten Auskunftssysteme bzw. Auskunftsplattformen der Netzwerkanbieter verwiesen.

Die Strafverfolgung von Hasskriminalität und anderen strafbaren Inhalten in sozialen Netzwerken wird unter

³⁴⁸ *Rebehn* DRiZ 2019, 208 (209); *Elsner* MHR 3/2019, 11 (14 f.).

³⁴⁹ *Elsner* MHR 3/2019, 11 (15).

³⁵⁰ Einschätzung ZAC NRW.

³⁵¹ Vgl. die Aussagen der britischen Regierung: <https://www.gov.uk/government/news/uk-and-us-sign-landmark-data-access-agreement> (zuletzt abgerufen am 22.02.2020).

³⁵² Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 27.

Berücksichtigung der angegebenen Daten der Netzwerkanbieter und den Einschätzungen der Staatsanwaltschaften nur sehr begrenzt effektiviert. Dies liegt zentral daran, dass nach der gegenwärtigen Rechtslage die Netzwerkanbieter weder nach § 5 Abs. 2 NetzDG noch nach § 14 Abs. 2 TMG zur Erteilung der von Strafverfolgungsbehörden beantragten Auskunft verpflichtet, sondern lediglich berechtigt sind. Ausgehend von dieser weitgehenden Freiheit der Netzwerkanbieter, über die Auskunftserteilung selbst zu entscheiden, lässt sich eine abgestufte Wirkung beobachten.

Bei „Notfällen“, in denen möglicherweise auch eine Gefahr für Leib und Leben besteht, ist durchaus eine höhere Bereitschaft der Netzwerkanbieter zu verzeichnen, Auskünfte zu gewähren.

In „normalen“, von § 1 Abs. 3 NetzDG erfassten, Fällen lässt sich aus den von Netzwerkanbietern veröffentlichten Daten keine nennenswerte Auswirkung des NetzDG auf die Anzahl der behördlichen Auskunftersuchen oder die Auskunftquote der Netzwerkanbieter feststellen. Zwar hat die Anzahl der behördlichen Auskunftersuchen seit dieser Zeit kontinuierlich zugenommen; die Zunahme entspricht aber weitgehend bereits der vorherigen Entwicklungstendenz. Die Auskunftquoten haben sich bei zwei Netzwerkanbietern³⁵³ seit Inkrafttreten des NetzDG nicht nennenswert geändert; bei einem weiteren Netzwerkanbieter³⁵⁴ sind sie sogar rückläufig. Aufgrund der Tendenz einiger Netzwerkanbieter, Auskünfte nur im Rahmen eines Rechtshilfersuchens zu gewähren und aufgrund der skizzierten praktischen und rechtlichen Schwierigkeiten dieses Verfahrens sehen die Staatsanwaltschaften die gegenwärtige Rechtslage als nicht ausreichend an, um eine effektive und wirksame Strafverfolgung bei Inhalten nach § 1 Abs. 3 NetzDG auf sozialen Netzwerken zu gewährleisten. Ausgehend von den rechtlichen Defiziten wird vereinzelt die Einschätzung vertreten, dass sich die Möglichkeit der Strafverfolgung nicht nennenswert verbessert habe. Überwiegend wird jedoch eine gewisse Verbesserung, insbesondere aufgrund einer gesteigerten Sensibilität und Gesprächs- und Kooperationsbereitschaft der Netzwerkanbieter, beobachtet.

Besonders schwierig und weitgehend wirkungslos bleiben Auskunftsverfahren bei deutschlandspezifischen Straftatbeständen, wie z. B. das öffentliche Verwenden von Kennzeichen und Parolen ehemaliger nationalsozialistischer Organisationen, Volksverhetzung und Holocaustleugnung (§§ 86a, 130 StGB), da Rechtshilfersuchen hier in den meisten Fällen von vornherein aus rechtlichen Gründen keinen Erfolg haben können.

4. Konsequenzen und Verbesserungsvorschläge

Das NetzDG hat durch § 5 Abs. 2 NetzDG bereits zu einer verbesserten Kommunikationsbeziehung zwischen Strafverfolgungsbehörden und den Netzwerkanbietern geführt.

Ganz entscheidend für die Effektivierung strafrechtlicher Verfolgung und einhellig von Strafverfolgungsbehörden, der Rechtswissenschaft und der kritischen Öffentlichkeit gefordert, ist die Einführung ausdrücklicher gesetzlicher Regelungen, um die Strafverfolgungsbehörden zum Auskunftsverlangen bzgl. der Bestandsdaten der Nutzer*innen zu berechtigen und die Netzwerkanbieter zur entsprechenden Auskunftserteilung zu verpflichten. Als Vorbild für eine solche gesetzliche Regelung kann auf § 100j StPO zurückgegriffen werden, der bereits bei Telekommunikationsdiensteanbietern entsprechende Rechte und Pflichten vorschreibt.

Es kann angedacht werden, die jetzige Regelung, in jedem Einzelfall auf eine konkrete Anfrage einer Strafverfolgungsbehörden hin eine empfangsberechtigte Person zu benennen, weiter zu effektivieren. Eine Verpflichtung, auf die empfangsberechtigte Person – parallel zu § 5 Abs. 1 NetzDG – in leicht erkennbarer und unmittelbar erreichbarer Weise auf der Webseite aufmerksam zu machen, birgt die Gefahr, dass die „Funktionstüchtigkeit“ der empfangsberechtigten Person durch Spam-Nachrichten beeinträchtigt werden kann.³⁵⁵ Dieses Risiko ließe sich minimieren, wenn stattdessen die Bereithaltung eines schnell abrufbaren und einfach zugänglichen Online-Systems für Auskunftersuchen gewählt würde, bei dem zur Sicherstellung einer offiziellen Anfrage z. B. die Eingabe einer offiziellen Email oder Kennung der Strafverfolgungsbehörde gefordert wird. Entsprechende Systeme werden bereits von einigen Netzwerkanbietern bereitgestellt und von Strafverfolgungsbehörden genutzt. Durch eine entsprechende Regelung könnte auch die bisher bestehende Unklarheit der Zulässigkeit eines solchen Systems ausgeräumt werden.

³⁵³ Facebook und Google.

³⁵⁴ Twitter.

³⁵⁵ So die geäußerte Befürchtung in den Leitlinien BMJV vom 22.03.2018, abrufbar unter: https://www.bmjv.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Fokusthemen/NetzDG_Bußgeldleitlinien.pdf?__blob=publicationFile&v=3 (zul. abgerufen am 22.02.2020), S. 11.

Darüber hinausgehend wird vereinzelt gefordert, zur weiteren Effektivierung der Strafverfolgung vergleichbare gesetzliche Regelungen auch für Nutzungsdaten, insbesondere für IP-Adressen, vorzusehen. Hingewiesen wird in diesem Kontext auf die „Wechselwirkung“ mit der Notwendigkeit einer „Vorratsdatenspeicherung von IP-Adressen.“

Parallel zu § 5 Abs. 1 NetzDG wäre auch im Rahmen des § 5 Abs. 2 NetzDG eine Klarstellung dahingehend sinnvoll, ob auch Netzerkanbieter unterhalb der Mitgliederschwelle des § 1 Abs. 2 NetzDG betroffen sind (siehe dazu D. I. 1. und 4.). Da auch bei § 5 Abs. 2 NetzDG unklar ist, ob sich der Anwendungsbereich nur auf die Verbreitung rechtswidriger Inhalte nach § 1 Abs. 3 NetzDG oder auf alle rechtswidrigen (und strafbaren) Inhalte bezieht, wäre auch insoweit eine Befassung mit dieser Unklarheit und ggf. eine Anpassung hilfreich.

Weiter diskutierte Vorschläge zur Verbesserung der Strafverfolgung, die jenseits des NetzDG liegen, sind insbesondere die Notwendigkeit der finanziellen und personellen Aufstockung der Staatsanwaltschaften, die Bildung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften und die Verstärkung der Kooperation untereinander. Weiterhin wird gegenwärtig die Einführung einer Pflicht der Netzerkanbieter zur Übermittlung von (gewissen) gemeldeten rechtswidrigen Inhalten i. S. d. § 1 Abs. 3 NetzDG an das Bundeskriminalamt vorgeschlagen. Zudem wird teilweise betont, dass gerade die Verfolgung strafbarer Inhalte auf den Plattformen der Netzerkanbieter starke spezial- und generalpräventive Wirkung entfaltet und deswegen in besonderem Maße zur Verhinderung des Problems strafbarer Inhalte im Netz beitragen kann.³⁵⁶

E. § 14 Abs. 3 TMG – Auskunftsanspruch

I. Zweck des Gesetzes und Hintergrund

Ziel der Einführung der § 14 Abs. 3-5 TMG³⁵⁷ war es, eine bestehende rechtliche Hürde zur wirksamen Durchsetzung von zivilrechtlichen Ansprüchen der Verletzten gegen die Verletzer*innen wegen rechtswidriger Äußerungen auf Plattformen der Netzerkanbieter zu beseitigen. Durch die Schaffung einer sog. *datenschutzrechtlichen Erlaubnisklausel* in § 14 Abs. 3 TMG, die es dem Netzerkanbieter erlaubt, die Bestandsdaten der Verletzer*innen an Verletzte herauszugeben, sollte im Ergebnis ein wirksamer und durchsetzbarer Anspruch auf die Feststellung der Identität des*der Verletzers*in bei Rechtsverletzungen ermöglicht werden.³⁵⁸

Um den rechtlichen Gehalt und die Wirkung des § 14 Abs. 3-5 TMG zu erfassen, müssen zunächst zwei zentrale Aspekte näher beleuchtet werden: das Rechtsverhältnis, das § 14 Abs. 3-5 TMG adressiert (1.) und das datenschutzrechtliche Spannungsfeld, in dem § 14 Abs. 3-5 TMG sich bewegt (2.).

1. § 14 Abs. 3 TMG als Stärkung der Rechtsdurchsetzung zwischen Verletzten und Verletzer*innen

Zunächst muss die Konstellation, in der § 14 Abs. 3-5 TMG Anwendung findet, in den Blick genommen werden. Postet eine Person (Verletzer*in) einen unter § 1 Abs. 3 NetzDG fallenden rechtswidrigen Beitrag auf der Plattform eines von § 1 Abs. 1 NetzDG erfassten Netzerkanbieters, hat die davon betroffene Person (Verletzte*r) zwei Möglichkeiten der Rechtsdurchsetzung:

Zunächst kann sich der*die Verletzte direkt gegen den Netzerkanbieter wenden und – bei Vorliegen der Voraussetzungen der Störerhaftung – von diesem die Löschung des Beitrages verlangen. Diese *Rechtsbeziehung zwischen Verletztem*r und Netzerkanbieter* nehmen die §§ 3, 5 NetzDG in den Fokus: § 3 NetzDG verpflichtet die Netzerkanbieter ausgehend von den Grundsätzen der Störerhaftung zur effektiven Löschung der § 1 Abs. 3 NetzDG unterfallenden Inhalte, sodass sie ohne eine gerichtliche Durchsetzung durch die*den Verletzte*n gelöscht werden. Um Verletzten im Falle der Nichterfüllung der Löschpflicht nach § 3 NetzDG die eigene gerichtliche Durchsetzung der Löschung gegenüber dem Netzerkanbieter zu erleichtern, sieht § 5 Abs. 1 NetzDG flankierend eine Erleichterung der Zustellungsmöglichkeiten für entsprechende Klagen vor.

Darüber hinaus können sich Verletzte zur gerichtlichen Durchsetzung einer Löschung auch direkt an den*die Verletzer*in wenden und – ggf. bei Vorliegen weiterer Voraussetzungen – zusätzlich Schadensersatz verlangen. Um diese *Ansprüche zwischen Verletzten und Verletzer*in* gerichtlich durchzusetzen, muss jedoch zunächst die Identität des*der Verletzers*in ermittelt werden. Hierzu bedarf es in vielen Fällen eines Zugriffs auf die sog.

³⁵⁶ Rebehn DRiZ 2019, 208 (209).

³⁵⁷ Eingeführt durch Artikel 2 des NetzDG.

³⁵⁸ Bundestagsdrucksache 18/13013, S. 25.

Bestandsdaten des*der Verletzers*in, die bei dem Netzwerkanbieter hinterlegt sind. An dieser Stelle setzt § 14 Abs. 3 bis 5 TMG an, in dem er diesen Datenzugriff datenschutzrechtlich legitimiert und verfahrensrechtlich näher ausgestaltet. Damit betrifft er zwar dem ersten Anschein nach eine rechtliche Beziehung zwischen Verletzten und Netzwerkanbieter, nämlich die Zugriffsmöglichkeit auf die Daten. Im Kern unterstützt er aber nur den eigentlichen Anspruch auf Löschung des Inhaltes zwischen Verletzten und Verletzern*innen.

2. § 14 Abs. 3-5 TMG im datenschutzrechtlichen Spannungsfeld

Nach den Grundsätzen des deutschen und europäischen Datenschutzrechtes steht die Preisgabe von personenbezogenen Daten von Nutzer*innen durch die Netzwerkanbieter gegenüber Dritten unter einem Verbot mit Zulässigkeitstatbeständen, um die Nutzer*innen zu schützen. Die Daten dürfen vom Netzwerkanbieter nur dann an den Dritten herausgegeben werden, wenn die Nutzer*innen darin eingewilligt haben, was unwahrscheinlich ist, oder eine gesetzliche Grundlage dies erlaubt.

Vor Einführung der § 14 Abs. 3 bis 5 TMG bestand keine explizite gesetzliche Erlaubnis zur Preisgabe der Daten. Lediglich diese – durch den BGH 2014³⁵⁹ ausdrücklich festgestellte – Hürde sollte mit der Einführung des § 14 Abs. 3 TMG überwunden werden.³⁶⁰

Die neu eingeführten § 14 Abs. 3 bis 5 TMG dienen also der *teilweisen Öffnung des datenschutzrechtlichen Verbotes*. Die Öffnung ist zum einen inhaltlich auf die Verletzung absolut geschützter Rechte aufgrund rechtswidriger Inhalte, die von § 1 Abs. 3 NetzDG erfasst werden, beschränkt (§ 14 Abs. 3 TMG). Zum anderen enthält sie durch die Bindung der Zulässigkeit der Auskunftserteilung an eine richterliche Entscheidung (§ 14 Abs. 4 TMG) verfahrensrechtliche Sicherungen zum Schutz der Nutzer*innen.

II. Europarechtskonformität und Anwendbarkeit des § 14 Abs. 3 TMG

Seit dem Inkrafttreten der harmonisierenden europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und den darauf bezogenen Änderungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) ist umstritten, ob § 14 Abs. 3 bis 5 TMG vom Anwendungsvorrang der DSGVO oder dem § 24 Abs. 1 Nr. 2 BDSG verdrängt wird. Da die Evaluation die Umsetzung und Auswirkungen des NetzDG zum Gegenstand hat und kein Rechtsgutachten darstellt, werden diese Aspekte hier nur überblicksartig dargestellt.

Nach dem in Art. 5 Abs. 1 lit. b DSGVO enthaltenen Zweckbindungsgrundsatz müssen personenbezogene Daten für festgelegte, eindeutige und legitime Zwecke erhoben werden und dürfen nicht in einer mit diesen Zwecken nicht zu vereinbarenden Weise weiterverarbeitet werden. Da die Bestandsdaten der Nutzer*innen vom Netzwerkanbieter zu einem anderen Zweck als der Weitergabe an Dritte erhoben werden, liegt darin eine Zweckänderung. Eine solche Zweckänderung ist nach Art. 6 Abs. 4 DSGVO unter anderem dann zulässig, wenn die betroffene Person darin einwilligt oder gesetzliche Vorschriften der Union oder der Mitgliedsstaaten dies unter zusätzlichen Voraussetzungen (vgl. Art. 23 DSGVO) erlauben. Ausgehend davon wird darüber gestritten, ob Art. 6 Abs. 4 DSGVO die Mitgliedsstaaten dazu berechtigt, eine ausnahmsweise zulässige, zweckändernde Weiterverarbeitung von bereits erhobenen Daten zu gestatten. Der BGH hat diese Befugnis eindeutig angenommen und klargestellt, dass § 14 Abs. 3-5 TMG mit dem Unionsrecht vereinbar ist.³⁶¹ In der Rechtswissenschaft wird demgegenüber teilweise davon ausgegangen, dass den Mitgliedsstaaten insoweit keine Regelungsbefugnis zusteht.³⁶²

Weiterhin ist umstritten, ob der neu eingeführte § 24 Abs. 1 Nr. 2 BDSG den § 14 Abs. 3 bis 5 TMG verdrängt. Nach § 24 Abs. 1 Nr. 2 BDSG ist die Verarbeitung personenbezogener Daten zu einem anderen Zweck als zu demjenigen, zu dem die Daten erhoben wurden, durch nichtöffentliche Stellen zulässig, wenn sie zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung zivilrechtlicher Ansprüche erforderlich ist, sofern nicht die Interessen der betroffenen Person an dem Ausschluss der Verarbeitung überwiegen. Nach der Rechtsprechung des BGH

³⁵⁹ BGH, Urt. v. 01.07.2014 - VI ZR 345/13 -, juris.

³⁶⁰ So ausdrücklich Bundestagsdrucksache 18/13013, S. 23 mit Verweis auf die Entscheidung des BGH 2014.

³⁶¹ Deziert und mit umfassender Begründung kürzlich BGH, Beschl. v. 24.09.2019 – VI ZB 39/18 –, juris, Rn. 31 ff.

³⁶² Kühling/Buchner/*Herbst*, DS-GVO/BDSG, 2. Aufl. 2018, § 24 BDSG Rn. 10 u. 13; Kühling/Buchner/*Buchner/Petri*, DSGVO/BDSG, 2. Aufl. 2018, Art. 6 DSGVO Rn. 180 u. 199 f.; Ehmman/Selmayr/*Heberlein*, DSGVO, 2. Aufl. 2018, Art. 6 DSGVO Rn. 51.

geht § 14 Abs. 3-5 TMG dem § 24 Abs. 1 Nr. 2 BDSG als *lex specialis* vor.³⁶³ Ein Teil der Literatur hält demgegenüber § 24 Abs. 1 Nr. 2 BDSG für die vorrangig anzuwendende Regelung und stützt sich zur Begründung unter anderem auf die Gesetzesbegründung, in der ausgeführt wird, dass künftig durch Anpassung des TMG an die DSGVO der bereichsspezifische Telemediendatenschutz aufgehoben und die Auskunftsbefugnis stattdessen in § 24 Abs. 1 Nr. 2 BDSG neu geregelt werde.³⁶⁴ Der BGH stützt seine Auffassung darauf, dass der Gesetzgeber den bereichsspezifischen Telemediendatenschutz gerade nicht aufgehoben hat, obwohl er eine Überschneidung ausweislich der Gesetzesbegründung gesehen hatte.³⁶⁵

III. Gesetzliche Anforderungen

Durch § 14 Abs. 3 TMG ist der Diensteanbieter datenschutzrechtlich dazu befugt, im Einzelfall Auskunft über bei ihm vorhandene Bestandsdaten zu erteilen, soweit dies zur Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche wegen der Verletzung absolut geschützter Rechte aufgrund rechtswidriger Inhalte, die von § 1 Abs. 3 NetzDG erfasst werden, erforderlich ist. Diese Befugnis unterliegt einem Richtervorbehalt (Abs. 4); ihre Feststellung erfolgt auf Antrag des*der Verletzten bei dem zuständigen Landgericht (Abs. 4). Der Netzwerkanbieter ist bei diesem Verfahren beizuladen (Abs. 5).

1. § 14 Abs. 3 TMG als reine datenschutzrechtliche Erlaubnisnorm

Damit Verletzte vom Netzwerkanbieter die Erteilung der Auskunft über die Bestandsdaten des*der Verletzers*in verlangen können, müssen kumulativ zwei Voraussetzungen vorliegen:³⁶⁶ Zum einen muss den Verletzten gegenüber dem Netzwerkanbieter ein materiell-rechtlicher Auskunftsanspruch, gerichtet auf die Übermittlung der Bestandsdaten des*der Verletzer*in, zustehen. Zum anderen muss dem Netzwerkanbieter die Übermittlung dieser Daten datenschutzrechtlich erlaubt sein.

Der erste Aspekt – der materiell-rechtliche Auskunftsanspruch – ist gesetzlich nicht ausdrücklich geregelt, wird von den Gerichten und der Rechtswissenschaft jedoch überwiegend aus § 242 BGB abgeleitet. Ein mit § 101 Abs. 1 UrhG vergleichbarer, ausdrücklicher Auskunftsanspruch sollte durch die Einführung des NetzDG und die damit verbundene Änderung des TMG bewusst nicht geschaffen werden.³⁶⁷

Die mit der Einführung des NetzDG verbundene Änderung des § 14 TMG erfasst damit ausschließlich den zweiten Aspekt – die datenschutzrechtliche Erlaubnis zur Auskunftserteilung.

2. Reichweite: Nur Verletzung absolut geschützter Rechte aufgrund von Inhalten, die von § 1 Abs. 3 NetzDG erfasst werden

Die Erlaubnis zur Bestandsdatenübermittlung ist auf die Verletzung absolut geschützter Rechte durch rechtswidrige Inhalte, die von § 1 Abs. 3 NetzDG erfasst werden, beschränkt. Damit wird eine Begrenzung in zweierlei Hinsicht vorgenommen: Zum einen sind nur solche Verletzungen der absolut geschützten Rechte erfasst, die die Schwelle zur Strafbarkeit überschreiten. Zum anderen muss sich die Verletzung auf die in § 1 Abs. 3 NetzDG genannten Straftatbestände beziehen.

3. Adressat der Auskunftserlaubnis: Alle Diensteanbieter i. S. d. § 2 Nr. 1 TMG oder nur Netzwerkanbieter i. S. d. § 1 Abs. 1 NetzDG?

In der Literatur und Rechtsprechung wird gegenwärtig darüber gestritten, ob die Änderungen des § 14 Abs. 3 bis 5 TMG nur für die von § 1 Abs. 1 NetzDG erfassten Netzwerkanbieter gelten sollen oder darüber hinaus für alle Telemediendiensteanbieter i. S. d. § 2 Nr. 1 TMG. Da an dieser Stelle der Rechtsrahmen des NetzDG / TMG mit Blick auf den Evaluationszweck nur insoweit dargestellt wird, wie er zur Beurteilung der Einhaltung

³⁶³ BGH, Beschl. v. 24.09.2019 – VI ZB 39/18 –, juris, Rn. 29 ff.; OLG Frankfurt, Beschl. v. 06.09.2018 – 16 W 27/18 –, juris, Rn. 38 ff. u. insb. Rn. 41 ff.

³⁶⁴ Vgl. Gola/Piltz, DSGVO, 2. Aufl. 2018, Art. 95 DSGVO Rn. 19; Spindler/Schmitz/Schmitz, TMG, 2. Aufl. 2018, § 14 TMG Rn. 61, 68 und vor §§ 11 ff. TMG Rn. 10; zur Gesetzesbegründung siehe Bundestagsdrucksache 28/12356, S. 28.

³⁶⁵ BGH, Beschl. v. 24.09.2019 – VI ZB 39/18 –, juris, Rn. 30.

³⁶⁶ So die h.M., siehe dazu nur Spindler/Schmitz/Schmitz, TMG, 2. Aufl. 2018, § 14 TMG Rn. 3 u. 52; st. Rspr zur Teilung zwischen materiell-rechtlichem Auskunftsanspruch und datenschutzrechtlicher Erlaubnis siehe hier nur BGH, Urt. v. 01.07.2014 – VI ZR 345/13 –, juris, Rn. 6 ff.; zuletzt BGH, Beschl. v. 24.09.2019 – VI ZB 39/18 –, juris, Rn. 58.

³⁶⁷ So ausdrücklich Bundestagsdrucksache 18/13013, S. 23 mit Verweis darauf, dass eine solche Einführung in Zukunft diskutiert werden sollte.

und Umsetzung durch die Netzwerkanbieter erforderlich ist, wird diese streitige Frage näher im Rahmen der möglichen Nebenwirkungen diskutiert.

IV. Umsetzung, Akzeptanz und Praktikabilität

1. Praxis nach den Angaben der Netzwerkanbieter

Da die Anzahl der bei den Netzwerkanbietern eingegangenen zivilrechtlichen Anträge auf Auskunftserteilung über Bestandsdaten und deren weitere Behandlung nicht zu den nach § 2 NetzDG verpflichtend vorgeschriebenen Angaben im Transparenzbericht zählt, haben nur einige Netzwerkanbieter über die gesetzliche Pflicht hinausgehend entsprechende Angaben veröffentlicht:

Twitter³⁶⁸

Zeitraum	Anzahl der privaten (zivilrechtlichen) Auskunftersuchen	Prozentsatz der Fälle, in denen Auskünfte erteilt wurden
01.01.2019 – 30.06.2019	3	0 %
01.07.2018 – 31.12.2018	1	0 %
01.01.2018 – 30.06.2018	3	100 %
01.07.2017 – 31.12.2017	3	0 %
01.01.2017 – 30.06.2017	2	0 %
01.07.2016 – 31.12.2016	4	0 %
01.01.2016 – 30.06.2016	6	0 %

Pinterest

Laut Transparenzberichten keine privaten (zivilrechtlichen) Auskunftsanträge im Berichtszeitraum.³⁶⁹

Reddit

Laut dem Transparenzbericht aus 2018 sind weltweit insgesamt 15 private (zivilrechtliche) Auskunftsanträge eingegangen, von denen in sieben Fällen Auskünfte erteilt wurden. Laut dem Transparenzbericht aus 2017 sind weltweit insgesamt elf private (zivilrechtliche) Auskunftsanträge eingegangen, von denen in vier Fällen Auskünfte erteilt wurden.³⁷⁰ Eine nähere Aufschlüsselung der Herkunftsländer, insbesondere ob und wie viele Auskunftersuchen aus Deutschland erfolgten, lässt sich den Berichten nicht entnehmen.

Facebook / Google

Sowohl Facebook als auch Google geben konkrete Zahlen für Auskunftersuchen in ihren Transparenzberichten an. Allerdings indiziert die nähere Beschreibung zu den angegebenen Zahlen in den Transparenzberichten, dass allein die Auskunftersuchen von Behörden / Regierungsstellen (also „öffentliche“ Auskunftersuchen) und nicht private (zivilrechtliche) Auskunftersuchen angegeben werden.³⁷¹

Im Übrigen lässt sich aus den Angaben der Netzwerkanbieter im Fragebogen folgendes entnehmen: Laut den Angaben eines Netzwerkanbieters wurde bislang kein privater (zivilrechtlicher) Auskunftsantrag gestellt. Ausgehend davon sieht dieser Netzwerkanbieter keine Auswirkung des NetzDG auf zivilrechtliche Verfahren. Nach

³⁶⁸ Angaben von Twitter im Transparenzbericht, <https://transparency.twitter.com/de/countries/de.html> (zul. abgerufen am 23.02.2020).

³⁶⁹ Angaben von Pinterest im Transparenzbericht, <https://help.pinterest.com/de/article/transparency-report> (zul. abgerufen am 23.02.2020).

³⁷⁰ Angaben von Reddit im Transparenzbericht, <https://www.redditinc.com/policies/transparency-report> (zul. abgerufen am 23.02.2020).

³⁷¹ Im Transparenzbericht von Facebook wird diesbzgl. auf „Datenanfragen von Behörden“ verwiesen, <https://transparency.facebook.com/government-data-requests> (zul. abgerufen am 23.02.2020); bei Google wird diesbzgl. auf die „Anzahl der Nutzerdatensuchen von Behörden“ verwiesen, <https://transparencyreport.google.com/user-data/overview?hl=de> (zul. abgerufen am 23.02.2020).

einem anderen Netzwerkanbieter wurde bislang ein privater (zivilrechtlicher) Auskunftsantrag gestellt. In diesem Fall wurde die Auskunft auch erteilt. Ein weiterer Netzwerkanbieter gibt an, dass bisher nur ein Verfahren auf Auskunftserteilung nach § 14 Abs. 3 und 4 TMG eingeleitet wurde; eine gerichtliche Entscheidung jedoch noch ausstehe. Zudem erhalte dieser Anbieter einige Anfragen auf Herausgabe der Bestandsdaten ohne eine vorherige gerichtliche Anordnung über die Zulässigkeit der Auskunftserteilung nach § 14 Abs. 4 TMG. Diese würden mangels datenschutzrechtlicher Befugnis jedoch nicht beantwortet. Ausgehend davon sieht dieser Netzwerkanbieter auch keinen signifikanten Einfluss des NetzDG auf die Anzahl zivilrechtlicher Verfahren.

2. Schlussfolgerungen aus den Angaben der Netzwerkanbieter

Aus den verfügbaren Daten der Netzwerkanbieter lässt sich ableiten, dass die private Rechtsdurchsetzung zwischen den Verletzten und Verletzer*innen eine untergeordnete, nahezu vernachlässigbare Rolle einnimmt. Zwei Netzwerkanbieter haben im gesamten Berichtszeitraum keinerlei Auskunftersuchen erhalten; ein Netzwerkanbieter entweder ebenfalls keines oder nur sehr wenige. Zwei Netzwerkanbieter haben jeweils ein Auskunftersuchen erhalten. Ein weiterer Netzwerkanbieter hat jährliche Auskunftersuchen im unteren bis mittleren einstelligen Bereich erhalten.

Mit Blick auf die Entwicklung der Anzahl an privaten (zivilrechtlichen) Auskunftersuchen sind – soweit Zahlen verfügbar sind – keine Auswirkung des NetzDG feststellbar. Mit Blick auf den Auskunftserfolg hat das NetzDG offenkundig allenfalls ganz vereinzelt Auswirkungen entfaltet.

3. Praxis nach den Angaben der Rechtsanwält*innen, Verbände und NGOs

Aus den Erfahrungen und Einschätzungen der befragten *Rechtsanwält*innen* ergibt sich überwiegend eine nicht existente bis sehr geringe Fallzahl von zivilrechtlichen Verfahren der Verletzten gegen Verletzer*innen im Rahmen des § 14 Abs. 3 TMG. Teilweise wird angegeben, dass lediglich Erstberatungen über etwaige Verfahren erfolgten, diese aber im Ergebnis nicht weiterverfolgt wurden. Soweit Verfahren geführt wurden, wird teilweise darauf hingewiesen, dass es sich um eine geringe Anzahl an Fällen handele. Im Übrigen werden positive Erfahrungen bei der privaten Rechtsdurchsetzung geschildert, soweit sehr eindeutige Fälle des § 1 Abs. 3 NetzDG betroffen seien. Bei „nur klaren“ Fällen sei die Rechtsdurchsetzung jedoch schwierig und bei Grenzfällen gänzlich ineffektiv.

Von den *NGOs, Berufsverbänden und sonstigen Verbänden* wird angemerkt, dass jedenfalls kein Fall bekannt sei, in dem trotz Erlass einer gerichtlichen Anordnungen nach § 14 Abs. 3 und 4 TMG keine Auskunft erteilt wurde.

4. § 14 Abs. 3 TMG im Spiegel der Gerichtsbarkeit

Die *öffentlich zugänglichen Entscheidungen der Zivilgerichte* im Rahmen des § 14 Abs. 3 TMG sprechen ebenfalls für ein beschränktes Fallaufkommen. Seit der Einführung des § 14 Abs. 3 TMG gibt es lediglich eine einstellige Anzahl an entsprechenden öffentlich zugänglichen Gerichtsentscheidungen.³⁷² In den Entscheidungen wurde der Antrag auf Anordnung der Gestattung der Auskunftserteilung nach § 14 TMG in vielen Fällen abgelehnt. Dies erfolgte überwiegend mit der Begründung, dass die Voraussetzungen des § 1 Abs. 3 NetzDG nicht erfüllt seien, weil entweder die betroffene Meinungsäußerung zulässig gewesen sei oder sie zwar unzulässig gewesen sei, aber nicht die Grenze zur Strafbarkeit nach § 1 Abs. 3 NetzDG überschritten habe.

V. Zielerreichung

In der Gesetzesbegründung zur Einführung der § 14 Abs. 3 bis 5 TMG wird als maßgebliches (und beschränktes) Ziel nur die Öffnung des datenschutzrechtlichen Verbotes für die Auskunftserteilung eines Diensteanbieters gegenüber den Verletzten benannt. Nur diese Hürde, auf die der BGH in seiner Leitentscheidung 2014 explizit hinwies, sollte durch § 14 Abs. 3 bis 5 TMG überwunden werden.³⁷³

³⁷² Vgl. LG Berlin, Beschl. v. 02.09.2019 - 27 O 433/19 -, juris; LG Berlin, Beschl. v. 09.09.2019 - 27 AR 17/19 -, juris; LG Frankfurt, Beschl. v. 30.04.2018 - 2-03 430/17 -, juris (u. a.); dem nachfolgend OLG Frankfurt, Beschl. v. 06.09.2018 - 16 W 27/18 -, juris; dem nachfolgend BGH, Beschl. v. 24.09.2018 VI ZB 39/18 -, juris; LG Frankfurt, Beschl. v. 18.02.2019 - 2-03 O 174/18 -, juris (u. a.); OLG Nürnberg-Fürth, Beschl. v. 17.07.2019 - 3 W 1470/19 -, juris.

³⁷³ Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 28; Bundestagsdrucksache 18/13013, S. 23 f.

Dieses Ziel wurde vollumfänglich erreicht. Der Auskunftsanspruch kann nicht mehr an einer fehlenden datenschutzrechtlichen Erlaubnis scheitern. Es sind auch keine gerichtlichen Entscheidungen ersichtlich, bei denen ein Auskunftsanspruch daran gescheitert wäre.

Die Öffnung des datenschutzrechtlichen Verbotes hat die zivilrechtliche Rechtsdurchsetzung zwischen Verletzten und Verletzern*innen nur geringfügig beeinflusst.³⁷⁴ Aus den veröffentlichten Zahlen, den Erfahrungen und Einschätzungen der Rechtsanwält*innen und der NGOs, Berufsverbände und sonstigen Verbänden ergibt sich überwiegend eine nur geringe Inanspruchnahme der Rechtsdurchsetzungsmöglichkeit und – aus den gerichtlichen Entscheidungen – eine geringe Erfolgsquote dieser Verfahren. Die für diesen Befund in Betracht kommenden Ursachen und mögliche Verbesserungsvorschläge werden unter VII. und VIII. thematisiert.

VI. Unbeabsichtigte Nebenwirkungen

Aktuell ist in der Literatur und Rechtsprechung umstritten, ob die Änderungen des § 14 Abs. 3 bis 5 TMG nur für die von § 1 Abs. 1 NetzDG erfassten Netzwerkanbieter gelten sollen oder darüber hinaus für alle Telemediendiensteanbieter i. S. d. § 2 Nr. 1 TMG. Dabei verläuft die zu klärende Trennlinie nicht allein zwischen Netzwerkanbietern nach § 1 Abs. 1 NetzDG auf der einen und allen übrigen Telemediendiensteanbietern i. S. d. § 2 Nr. 1 TMG auf der anderen Seite. Vielmehr ist auch eine Binnendifferenzierung innerhalb eines von § 1 Abs. 1 NetzDG erfassten Netzwerkanbieters geboten. Die Netzwerkanbieter bieten teilweise neben dem sozialen Netzwerk im engeren Sinne zusätzliche und nicht selbstständig dem Anwendungsbereich des § 1 Abs. 1 NetzDG unterfallende Dienstleistungen wie z. B. Messenger-Dienste zur Individualkommunikation an, die als Telemediendienste i. S. d. TMG einzuordnen sind.

Ausgangspunkt des Streites ist der in § 14 Abs. 3 TMG enthaltene Verweis auf § 1 Abs. 3 NetzDG. Demnach darf der Diensteanbieter Auskünfte erteilen, „soweit dies zur Durchsetzung zivilrechtlicher Ansprüche wegen der Verletzung absolut geschützter Rechte aufgrund rechtswidriger Inhalte, die von § 1 Absatz 3 des NetzDG erfasst werden, erforderlich ist.“ Dieser Verweis lässt zwei Auslegungsmöglichkeiten zu:

Nach *einer Lesart (BGH)* konkretisiert dieser Verweis nur die rechtswidrigen Inhalte, bei denen wegen einer Verletzung absoluter Rechte eine datenschutzrechtliche Ermächtigung für die Erfüllung eines etwaigen Auskunftsanspruchs besteht.³⁷⁵ Der Verweis wäre dann so zu verstehen: *§ 14 Abs. 3 TMG gilt bei Vorliegen rechtswidriger Inhalte nach § 1 Abs. 3 NetzDG für alle Diensteanbieter i. S. d. § 2 Nr. 1 TMG.*

Eine *andere Lesart (LG Frankfurt und OLG Frankfurt)* sieht in dem Verweis auf § 1 Abs. 3 NetzDG, der seinerseits einen weiteren Verweis auf „Inhalte im Sinne des Absatzes 1“ (des NetzDG) enthält, der wiederum nur Netzwerkanbieter i. S. d. § 1 Abs. 1 NetzDG erfasst, im Ergebnis eine Beschränkung auf die vom NetzDG erfassten Netzwerkanbieter.³⁷⁶ Der Verweis wäre dann so zu verstehen: *§ 14 Abs. 3 TMG gilt allein bei Vorliegen rechtswidriger Inhalte nach § 1 Abs. 3 NetzDG in einem sozialen Netzwerk im Sinne des § 1 Abs. 1 NetzDG.*

Sofern mit der Einführung des § 14 Abs. 3-5 TMG eine datenschutzrechtliche Erlaubnis zur Auskunftserteilung für sämtliche Telemediendiensteanbieter i. S. d. § 2 Nr. 1 TMG bezweckt wurde, wäre der Zweck gegenwärtig erfüllt, da der BGH eine solche weite Auslegung ausdrücklich vertreten hat. War hingegen eine Beschränkung der datenschutzrechtlichen Erlaubnis auf die von § 1 Abs. 1 NetzDG erfassten Netzwerkanbieter bezweckt, so wäre – als unbeabsichtigte Nebenwirkung des NetzDG / TMG – nunmehr eine Ausweitung auf alle Telemediendiensteanbieter eingetreten.

³⁷⁴ Ähnlich *Lang* AöR 2018, 220 (240); *D. Holznapel* jurisPR-WettbR 11/2017, Anm. 2 legt dar, dass es in Anbetracht der Vielzahl rechtswidriger Inhalte auf der Plattform Facebook sehr erstaunlich sei, dass die Entscheidung LG Würzburg, Urt. v. 07.03.2017 – 11 O 2338/16 wohl die erste Inanspruchnahme von Facebook auf Grundlage der Störerhaftung wegen persönlichkeitsverletzender Nutzerinhalte war.

³⁷⁵ BGH, Beschl. v. 24.09.2019 – VI ZB 39/18 –, juris, Rn. 46 ff.

³⁷⁶ LG Frankfurt, Beschl. v. 30.04.2018 - 2-03 O 430/17 –, juris und OLG Frankfurt, Beschl. v. 06.09.2018 - 16 W 27/18 –, juris, Rn. 45 ff.

VII. Mögliche Ursachen für die geringe Relevanz der privaten Rechtsdurchsetzung

1. Effektivität der Löschpflichten nach NetzDG

Eine der zentralen denkbaren Ursachen für die beschränkte Relevanz der privaten Rechtsdurchsetzung unmittelbar zwischen Verletzten und Verletzer*innen zur Durchsetzung von Löschungsansprüchen ist die Existenz und Effektivität alternativer Löswege (siehe dazu die Evaluation zu § 3 NetzDG):

Mit den §§ 1, 3 NetzDG werden die Netzwerkanbieter in Anknüpfung an die Grundsätze der Störerhaftung bereits selbst dazu verpflichtet, alle rechtswidrigen und unter § 1 Abs. 3 NetzDG fallenden Inhalte zu löschen. Die zivilrechtliche Durchsetzung von Löschungsansprüchen durch den Verletzten selbst kommt daher in aller Regel³⁷⁷ von vornherein nur in Betracht, solange und soweit die Netzwerkanbieter ihrer Löschpflicht aus dem NetzDG nicht nachgekommen sind. Kurz gesagt wäre die geringe Relevanz der privaten Rechtsdurchsetzung unmittelbar zwischen Verletzten und Verletzern*innen insofern eine notwendige Folge der Effektivität der Löschpflicht nach NetzDG. Wenn die Löschpflicht aus den §§ 1, 3 NetzDG nicht erfüllt wird, können Verletzte zur Durchsetzung der Löschung dieser Inhalte zudem auch direkt gegen den Netzwerkanbieter gerichtlich vorgehen. Ein solches Vorgehen dürfte für Verletzte regelmäßig attraktiver sein, da der Netzwerkanbieter leichter „greifbar“ ist als der*die meist unbekannte Verletzer*in und zudem die Zustellungserleichterungen des § 5 Abs. 1 NetzDG eingreifen.

2. Zeit-, Verfahrens-, und Kostenaufwand

Als weitere mögliche Ursachen für die geringe Relevanz des zivilgerichtlichen Vorgehens unmittelbar zwischen Verletzten und Verletzer*in wird der erhebliche Zeit- und Verfahrensaufwand thematisiert. Theoretisch müssen Verletzte für die gerichtliche Durchsetzung einer Löschung gegenüber Verletzer*innen dreistufig vorgehen:

Zur Ermittlung der Identität des*der Verletzers*in müssten sie im *ersten Schritt* eine *gerichtliche Anordnung der Gestattung der Auskunftserteilung nach § 14 Abs. 3, 4 TMG beantragen*, im *zweiten Schritt* – falls der Netzwerkanbieter die Auskunft verweigert – zusätzlich einen *Auskunftsanspruch* gegen den Netzwerkanbieter gerichtlich durchsetzen. Im *dritten Schritt*, nach Kenntnis der Identität, müssten sie sodann *gegen den*die Verletzer*in klagen*.

Dementsprechend wird insbesondere von Rechtsanwält*innen auch die mit dem gerichtlichen Vorgehen verbundene Kostenlast für die Verletzten als entscheidende Ursache benannt. In Anbetracht des mehrstufigen Verfahrens drohen Verletzten im Falle des Unterliegens ganz erhebliche Kostenlasten. Bereits für die Durchsetzung von Unterlassungs- und Löschansprüchen drohen den Betroffenen bei anwaltlicher Vertretung beider Parteien im Falle der Niederlage mehrere tausend Euro Kosten. Selbst wenn man in allen Verfahren obsiegen sollte, muss man jedenfalls zunächst gemäß § 14 Abs. 4 Satz 6 TMG für den ersten Schritt, die gerichtliche Anordnung der *Gestattung der Auskunftserteilung*, in *jedem Falle die Kosten des Verfahrens tragen*. Bei den von Gerichten in der Praxis für diese Verfahren angenommenen Streitwerten von mindestens 3.000 Euro³⁷⁸ müssten Verletzte bei anwaltlicher Vertretung also in jedem Falle mit einer Kostenlast im hohen dreistelligen Bereich rechnen. Es dürfte auf der Hand liegen, dass solche Kostenfolgen eine ganz erhebliche Abschreckungswirkung auf die private Rechtsdurchsetzung entfalten.

3. Fehlender gesetzlicher Auskunftsanspruch

Weiterhin wird insbesondere von einigen Rechtsanwält*innen und NGOs das Fehlen eines gesetzlich ausdrücklich geregelten materiell-rechtlichen Auskunftsanspruchs im TMG als weitere Ursache benannt. Im Gegensatz zu Urheberrechtsverletzungen, bei denen ein Auskunftsanspruch von Verletzten explizit in § 101 UrhG geregelt wird, kann sich ein Auskunftsanspruch bei den hier in Betracht kommenden Verfahren allein aus Treu und Glauben gemäß § 242 BGB ergeben. Auch in der Gesetzesbegründung zur Einführung der § 14 Abs. 3

³⁷⁷ Denkbar wäre ein zivilgerichtliches Vorgehen des Verletzten gegen den Verletzer auch bei Löschung nach §§ 1, 3 NetzDG, wenn der Verletzte zusätzlich zur bereits erfolgten Löschung einen Schadensersatzanspruch wegen mgl. erlittenen Persönlichkeitsrechtsverletzungen geltend machen will.

³⁷⁸ So LG Frankfurt, Beschl. v. 18.02.2019 - 2-03 O 174/18 -, juris (u. a.) und LG Frankfurt, Beschl. v. 30.04.2018 - 2-03 430/17 -, juris (u. a.); OLG Frankfurt, Beschl. v. 06.09.2018 - 16 W 27/18 -, juris; BGH, Beschl. v. 24.09.2019 - VI ZB 39/18 -, juris; teilweise erheblich darüber: LG Berlin, Beschl. v. 09.09.2019 - 27 AR 17/19 -, juris (15.000 €) ; LG Berlin, Beschl. v. 02.09.2019 - 27 O 433/19 -, juris (10.000 €, aber bei Ansprüchen wg. 5 verschiedenen Nutzerkonten).

bis 5 TMG wird unter Verweis auf die explizite Regelung in § 101 UrhG darauf hingewiesen, dass in Zukunft über die Einführung eines solchen expliziten Auskunftsanspruch nachgedacht werden sollte.³⁷⁹

Aus den bisher veröffentlichten gerichtlichen Entscheidungen lässt sich ein fehlender materiell-rechtlicher Auskunftsanspruch jedenfalls nicht als entscheidende Ursache ausmachen.³⁸⁰ Die Rechtsprechung erkennt im Allgemeinen überwiegend einen Auskunftsanspruch von Verletzten gegen den Diensteanbieter aus § 242 BGB an; teilweise werden jedoch auch Zweifel hieran geäußert.³⁸¹ Aus den veröffentlichten Entscheidungen ist jedenfalls kein Fall ersichtlich, in denen eine Auskunft allein mangels gesetzlich geregelter Auskunftsanspruch gescheitert wäre.

VIII. Konsequenzen und Verbesserungsvorschläge

Das Ziel der Einführung der § 14 Abs. 3 bis 5 TMG, die teilweise Öffnung des datenschutzrechtlichen Verbotes für die Auskunftserteilung eines Diensteanbieters gegenüber den Verletzten, wurde vollumfänglich erreicht. Die Öffnung des datenschutzrechtlichen Verbotes hat die zivilrechtliche Rechtsdurchsetzung von Verletzten gegenüber Verletzern*innen jedoch nur geringfügig beeinflusst.

Trotz der geringen Auswirkung der § 14 Abs. 3 bis 5 TMG auf die zivilrechtliche Rechtsdurchsetzung zwischen Verletzten und Verletzer*innen aus den unter VII. angesprochenen Gründen ist die Möglichkeit eines direkten zivilrechtlichen Vorgehens von hoher Relevanz und sollte weiter gestärkt werden. Sie bildet zum einen ein Ventil, um gegen die im Einzelfall fehlerhaft nicht nach § 3 NetzDG gelöschten Inhalte vorzugehen. Zum anderen kann die Möglichkeit das Gefühl des Ausgeliefertseins gegenüber der Macht der Netzwerkanbieter, im Rahmen des § 3 NetzDG über die Löschung zu entscheiden, verringern. Schließlich können durch diese Einzelfälle öffentlich zugängliche gerichtliche Entscheidungen hervorgebracht werden, die verlässliche und klare Leitplanken für die Handhabung vergleichbarer Fälle liefern können und an denen sich wiederum Netzwerkanbieter bei ihrer Entscheidung über Löschungen nach § 3 NetzDG orientieren können.

Für die Stärkung der zivilrechtlichen Rechtsdurchsetzung zwischen Verletzten und Verletzer*innen kann über die nachfolgenden Verbesserungsvorschläge nachgedacht werden. Zu berücksichtigen ist dabei, dass die zahlreichen inhaltlichen und formellen Hürden für eine Auskunftserteilung in § 14 Abs. 3 bis 5 TMG Ausdruck einer zentralen Wertentscheidung sind, aus Datenschutzgründen das grundsätzliche Verbot der Preisgabe von Daten nur teilweise zu öffnen. Die Verbesserungsvorschläge werden deshalb abgestuft danach dargestellt, inwieweit diese Wertentscheidung beibehalten werden soll.

1. Verbesserungsmöglichkeiten unter Beibehaltung der datenschutzrechtlichen Wertentscheidung

Ausgehend davon gibt es einige Verbesserungsmöglichkeiten zur Effektivierung der Rechtsdurchsetzung, ohne die zentrale datenschutzrechtliche Wertentscheidung neu zu justieren. Im Kern zielen sie alle darauf ab, den mit dem gerichtlichen Vorgehen verbundenen Zeit-, Verfahrens-, und Kostenaufwand zu minimieren.

Zunächst kann angedacht werden, wie teilweise gefordert, das bisher (theoretisch) mehrstufige Verfahren aus Anordnung der Gestattung der Auskunftserteilung in der ersten Stufe und der Durchsetzung des Auskunftsanspruches gegen den Netzwerkanbieter in der zweiten Stufe zu vereinfachen.

Weiterhin wird insbesondere von einigen Rechtsanwält*innen und NGOs sowie von zahlreichen Stimmen in der Literatur die Einführung eines gesetzlich geregelten materiell-rechtlichen Auskunftsanspruches, teilweise in Anlehnung an den in § 101 UrhG bei Urheberrechtsverletzungen ausdrücklich geregelten Anspruch, gefordert.³⁸² Auch in der Gesetzesbegründung zur Einführung der § 14 Abs. 3 bis 5 TMG wird unter Verweis auf die

³⁷⁹ Bundestagsdrucksache 18/13013, S. 23.

³⁸⁰ Siehe grundlegend BGH, Urt. v. 01.07.2014 – VI ZR 345/13 –, juris, Rn. 6 f.; vgl. auch den Verweis hierauf in BGH, Urt. v. 24.09.2019 – VI ZB 39/18 –, juris, Rn. 58.

³⁸¹ BGH, Urt. v. 01.07.2014 – VI ZR 345/13 –, juris, Rn. 6 f.; vgl. auch den Verweis hierauf in BGH, Urt. v. 24.09.2019 – VI ZB 39/18 –, juris, Rn. 58; einen Auskunftsanspruch aus § 242 BGB als fraglich ansehend hingegen OLG Frankfurt, Beschl. v. 06.09.2018, - 16 W 27/18 -, juris, Rn. 71.

³⁸² Aus der Literatur siehe *Pille* NJW 3545 (3549).

explizite Regelung in § 101 UrhG darauf hingewiesen, dass in Zukunft über die Einführung eines solchen expliziten Auskunftsanspruch nachgedacht werden sollte.³⁸³ Zwar stellt der mangelnde gesetzliche Auskunftsanspruch gegenwärtig keine zentrale Hürde für die Rechtsdurchsetzung da. Gleichwohl kann er die Rechtsdurchsetzung künftig erleichtern.

Schließlich kann darüber nachgedacht werden, die mit den Verfahren verbundene Kostenlast abzusenken. An erster Stelle käme die Abschaffung der automatischen Kostentragungsregelung des § 14 Abs. 4 Satz 6 TMG in Betracht. An zweiter Stelle könnte z. B. über die Gebührenfreiheit der Verfahren nachgedacht werden.³⁸⁴

2. Verbesserungsmöglichkeiten unter (teilweiser) Aufgabe der datenschutzrechtlichen Wertungsentscheidung

Darüber hinaus sind Verbesserungsmöglichkeiten zur Effektivierung der Rechtsdurchsetzung denkbar, die jedoch mit einer (teilweisen) Neujustierung der bisherigen datenschutzrechtlichen Wertungsentscheidung verbunden wären.

Es könnte zunächst über die Abschaffung des in § 14 Abs. 4 TMG vorgesehenen Richtervorbehaltes nachgedacht werden. Gegenwärtig ist der Diensteanbieter erst dann zur Preisgabe der Daten befugt, wenn die Auskunftserteilung nach § 14 Abs. 3 TMG durch das zuständige Gericht gestattet wird. Hierdurch sollte verfahrensrechtlich sichergestellt werden, dass es nicht vorschnell zur Herausgabe von Daten kommt.³⁸⁵ Eine Auskunftserteilung ohne Richtervorbehalt wurde auch bereits vom Gesetzgeber sowie in der Literatur angedacht, aber kritisch betrachtet.³⁸⁶ In der Gesetzesbegründung wurde bereits auf das Risiko hingewiesen, dass durch eine Preisgabe von Daten gerade im Kontext heftiger Debatten und Auseinandersetzungen die von Art. 5 Abs. 1 GG geschützte Meinungsfreiheit nennenswert durch Einschüchterungseffekte beeinträchtigen werden könne. Gerade Teilnehmer*innen an kontroversen Debatten und Diskussionen müssten mit der Gefahr leben, dass die Diensteanbieter auf Antrag eines*r (scheinbar) Verletzten, möglicherweise gar unter falschen Angaben, ohne weitere Prüfung vorschnell die Daten der Teilnehmer*innen preisgeben.³⁸⁷

Eine oft und stark vertretene Forderung, insbesondere von Rechtsanwält*innen, ist die Aufhebung der gegenwärtigen Beschränkung in § 14 Abs. 3 TMG auf Verletzungen absoluter Rechte *aufgrund rechtswidriger Inhalte, die von § 1 Abs. 3 NetzDG erfasst werden*. Während vereinzelt die Erweiterung des § 14 Abs. 3 TMG auf alle denkbaren rechtswidrigen Inhalte eingefordert wird, sieht der weit überwiegende Teil jedenfalls eine Ausweitung des Anwendungsbereiches auf alle rechtswidrigen Verletzungen des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts als sinnvoll und geboten an.

³⁸³ Bundestagsdrucksache 18/13013, S. 23.

³⁸⁴ Siehe Köbler AfP 2017, 282 ff.

³⁸⁵ Bundestagsdrucksache 18/13013, S. 24.

³⁸⁶ Bundestagsdrucksache 18/13013, S. 24; kritisch bei Spindler/Schmitz/Schmitz, TMG, 2. Aufl. 2018, § 14 TMG Rn. 53; Spindler ZUM 2017, 473 (486).

³⁸⁷ Siehe dazu Bundestagsdrucksache 18/13013, S. 24.

F. Der Umgang des Bundesamts für Justiz mit dem NetzDG

I. Rolle des Bundesamts für Justiz (BfJ)

1. Status quo

Das BfJ, Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Justiz und Verbraucherschutz (BMJV), ist gem. § 4 Abs. 4 Satz 1 NetzDG i. V. m. § 47 Abs. 1 Satz 1 OWiG sachlich zuständige Bußgeldbehörde und damit zuständig für nach § 4 Abs. 1 NetzDG bußgeldbewehrte Verstöße der Netzwerkanbieter gegen ihre dort genannten Pflichten. Dem BfJ kommt nach dem NetzDG also eine rein repressiv-sanktionierende Rolle zu. Anders als eine Aufsichtsbehörde, die regelmäßig mit der Aufgabe der umfassenden Überwachung und Durchsetzung gesetzlicher Vorgaben betraut ist und dafür auch mit Befugnissen zur Anordnung von Maßnahmen zwecks zukünftiger Einhaltung dieser Maßnahmen ausgestattet wird, kann das BfJ keine Verwaltungsverfahren durchführen und insbesondere keine Abhilfemaßnahmen bei Verstößen anordnen, sondern ist auf Bußgeldverfahren beschränkt. Dies wirkt sich auf die Kommunikation mit den Netzwerkanbietern aus. Während sich im Kontext der abhilfeorientierten Verwaltungsverfahren regelmäßig zahlreiche informelle Gespräche zwischen den Aufsichtsbehörden und den Unternehmen über die Konkretisierung der Pflichten und Möglichkeiten ihrer Einhaltung ergeben, sind die Bußgeldverfahren als Sanktionsverfahren notwendigerweise durch hohe Förmlichkeit geprägt.

In der Folge berät das BfJ nicht im Vorhinein mit den Netzwerkanbietern formlos über die richtige Erfüllung der aus dem NetzDG resultierenden Pflichten, sondern kommuniziert mit ihnen nur förmlich im Rahmen eines Bußgeldverfahrens durch Anhörungsschreiben. Die Kommunikation erfolgt also erst, wenn bereits ein Bußgeld droht und ist dann von vornherein kontradiktorisch, weil auf eine durch das BfJ behauptete Pflichtverletzung bezogen. Bei dieser Struktur gibt es somit keinen kooperativen Austausch zwischen Behörden und Anbietern über die konkrete Auslegung und praktische Umsetzung der Pflichten aus dem NetzDG.

Eine Möglichkeit, über die generelle Auslegung der Vorgaben mit den Netzwerkanbietern ins Gespräch zu kommen, besteht bei einer Verfahrensbeteiligung im Rahmen einer Erarbeitung von konkretisierenden Verwaltungsvorschriften. Für den Erlass jeden falls ermessensleitender Verwaltungsvorschriften ist gem. § 4 Abs. Satz 2 NetzDG das BMJV zuständig. Das BfJ ist damit hier nur nach Maßgabe ministerieller Entscheidungen Akteur.

2. Bewertung durch BfJ und Netzwerkanbieter

Das BfJ und die befragten Netzwerkanbieter sind sich darin einig, dass eine Kooperation durch die Rolle des BfJ als reine Bußgeldbehörde erschwert wird. Das BfJ weist darauf hin, dass es als Aufsichtsbehörde einen formlosen Austausch mit den Netzwerkanbietern pflegen könnte, der sich insbesondere für das Verständnis des komplexen Gefüges der Regelungen zu den Meldewegen und den Transparenzberichten als förderlich erweisen könnte. Ein Austausch könnte nach Auffassung des BfJ auch das Verständnis für die Anwendung spezifischer deutscher Strafrechtsnormen fördern (etwa § 86a StGB – Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen), die in anderen Ländern nicht existieren und im Zusammenhang mit den Meldungen von Nutzer*innen bei der Prüfung der Inhalte durch die Mitarbeitenden der Netzwerkanbieter regelmäßig für Irritationen sorgen. Nicht zuletzt würde eine kooperative Zusammenarbeit zwischen BfJ und Netzwerkanbietern Anreize für letztere setzen, Probleme bei der Umsetzung des NetzDG offen anzusprechen, anstatt angesichts drohenden Bußgelds auf ihrer Rechtsansicht zu beharren.

II. Bußgeldbezogene Überwachungspraxis des BfJ bezüglich des NetzDG im Ganzen

Das BfJ ermittelt einerseits auf Meldungen hin, andererseits von Amts wegen. Zwischen dem 1. Oktober 2017 und dem 31. Dezember 2019 hat das BfJ nach eigenen Angaben insgesamt 1.343 Bußgeldverfahren eröffnet, davon 1240 auf Meldungen hin und 103 von Amts wegen.

Von 1.343 zwischen dem 1. Oktober 2017 und dem 31. Dezember 2019 durch das BfJ eingeleiteten Bußgeldverfahren wurde bisher lediglich eines mit einem noch nicht rechtskräftigen Bußgeldbescheid abgeschlossen. 577 Verfahren wurden eingestellt. Die zahlreichen offenen Verfahren weisen auf eine lange durchschnittliche Bearbeitungsdauer durch das BfJ hin. Eine plausible Erklärung wäre, dass das BfJ die Verfahren über einen längeren Zeitraum streckt, um mit den Netzwerkanbietern über Anhörungsschreiben zu kommunizieren und ihnen so die Gelegenheit zu geben, auf Rügen zu reagieren und die Einhaltung der Pflichten sicherzustellen.

Den Hintergrund bildete die Erwartung, dass die Netzerkanbieter nach Erlass des Bußgeldbescheides möglicherweise weniger kooperativ auf die Forderungen des BfJ reagieren, um zu verhindern, dass dies im Rahmen einer etwaigen gerichtlichen Auseinandersetzung über den Bußgeldbescheid als Eingeständnis gewertet werden könnte. In diese Richtung weisen Ausführungen des BfJ zu den Verfahren wegen Verstößen gegen § 2 NetzDG (s. u.). Ein anderer Erklärungsansatz für die lange Verfahrensdauer wäre, dass Beschwerden über Rechtsverstöße bei den Löschungen im Einzelfall auch nach abgeschlossener Prüfung als offene Bußgeldverfahren geführt werden, weil ein erster Verdacht auf das bußgeldrelevante systemischen Versagen sich ggf. im Laufe der Zeit durch weitere ähnliche Beschwerden erhärten könnte.

III. Bußgeldbezogene Überwachungspraxis des BfJ bezüglich des NetzDG im Einzelnen

1. Bußgeldbezogene Überwachungspraxis der Pflichten nach § 3 NetzDG

a) Meldungen

Das BfJ hat zwischen dem 1. Oktober 2017 und dem 31. Dezember 2019 rund 1120 Meldungen wegen möglicher Verstöße gegen § 3 NetzDG erhalten.³⁸⁸ Dies ist zwar deutlich weniger als in der Gesetzesbegründung prognostiziert: Dort war die Rede von einem jährlichen Beschwerdeaufkommen von etwa 25.000, wobei unterstellt wurde, dass von den Beschwerden 24.500 nur „Spam“ und daher nur ca. 500 begründet seien und ein Bußgeldverfahren nach sich zögen.³⁸⁹ Demgegenüber gibt das BfJ an, nahezu alle Hinweise im Zusammenhang mit der Nichtlöschung von Inhalten seien substantiiert und veranlassten eine umfassende Prüfung des beanstandeten Inhalts.

Erhält das BfJ eine Meldung über einen möglichen Verstoß gegen Pflichten, die z. B. die Ausgestaltung des Beschwerdemanagementverfahrens betreffen, wie etwa § 3 Abs. 1 Satz 1 NetzDG, kann allein eine Meldung bereits auf systemisches Versagen hindeuten. Anhaltspunkte für eine Weiterleitung an die Staatsanwaltschaft ergeben sich insoweit in der Regel nicht, da etwaig strafbare Inhalte nicht Gegenstand der Meldung sind.

Erhält das BfJ dagegen eine Meldung über einen möglichen Verstoß gegen eine nach § 3 Abs. 2 Nr. 2, 3 NetzDG im Einzelfall getroffene Entscheidung (Vorwurf des gemeldeten Einzelfalls ist also ein Over- oder Underblocking), so muss es prüfen, ob ein Bußgeld wegen systemischen Versagens in Betracht kommt. Es genügt in diesem Fall also in der Regel nicht ein einzelner Pflichtverstoß, sodass eine einzelne Meldung lediglich ein erster Anhaltspunkt für systemisches Versagen sein kann. Ein Bußgeld wegen systemischen Versagens setzt dementsprechend voraus, dass das BfJ eine gewisse Zahl von Einzelfällen geprüft hat und bei einem bestimmten Netzerkanbieter wiederkehrend Pflichtverstöße feststellt. Für die Zwecke des Bußgeldverfahrens wäre es allerdings nicht nötig, etwa für jeden Fall eines gerügten Over- oder Underblockings abschließend zu beurteilen, ob die Entscheidung des Netzerkanbieters fehlerhaft war. Einerseits müsste der Einzelfall nicht abschließend vom BfJ geprüft werden, wenn systemisches Versagen völlig fernliegend ist, etwa weil der Netzerkanbieter bisher noch nie mit einer falschen Entscheidung in Erscheinung getreten ist. Andererseits dürfte bei komplexen Abwägungsentscheidungen zwischen Meinungsfreiheit auf der einen Seite und Allgemeinem Persönlichkeitsrecht auf der anderen Seite, bei denen sowohl die Entscheidung, den Beitrag stehen zu lassen, als auch, ihn zu entfernen, juristisch vertretbar ist, das allein relevante systemische Versagen nur vorliegen, wenn die Entscheidungen *regelmäßig* zu Gunsten eines der kollidierenden Rechtsgüter ausgehen und deshalb von einem Ausfall echter Einzelfallabwägung und einem systematischen Bias ausgegangen werden muss. Das BfJ prüft nach eigenen Angaben dennoch jeden Einzelfall vollständig darauf, ob der Inhalt zurecht entfernt bzw. nicht entfernt worden ist, um über eine Weiterleitung an die zuständige Strafverfolgungsbehörde (§ 41 Abs. 1 OWiG) zu entscheiden.

Die vollständige Prüfung jedes dem BfJ gemeldeten Inhalts auf etwaige Strafbarkeit hat zur Folge, dass das BfJ enorme Kapazitäten für die Einzelfallprüfung aufwendet und damit die eigentlich den Staatsanwaltschaften obliegende detaillierte Einzelfallprüfung faktisch vorwegnimmt. Dass Inhalte faktisch vielfach sowohl vom BfJ als auch von einer Strafverfolgungsbehörde auf Verwirklichung des Tatbestands einer der in § 1 Abs. 3 NetzDG genannten Straftatbestände geprüft werden, lässt sich jedoch nicht leicht vermeiden.

³⁸⁸ Angaben Fragebogen.

³⁸⁹ Bundestagsdrucksache 18/12356, S. 4.

b) Verfahren von Amts wegen

Bis zum 31. Dezember 2019 hat das BfJ nach eigenen Angaben 103 Verfahren von Amts wegen eingeleitet; eine genaue Aufschlüsselung auf die auf § 3 NetzDG bezogenen Verfahren ist nicht bekannt. Verfahren von Amts wegen wurden in der Gesetzesbegründung nicht berücksichtigt. Laut BfJ seien sie besonders ressourcen-aufwändig. Gegenstand der Bußgeldverfahren von Amts wegen sei im Kontext des § 3 NetzDG insbesondere die nicht konforme Ausgestaltung der Meldewege.

2. Bußgeldbezogene Überwachungspraxis der Berichtspflichten nach § 2 NetzDG

Im Rahmen der Ermittlungen von Amts wegen werden nach Angabe des BfJ alle unter Bezugnahme auf das NetzDG veröffentlichten Transparenzberichte dahingehend überprüft, ob der jeweilige Netzwerkanbieter dem Anwendungsbereich des NetzDG unterliegt und ob der Bericht gesetzeskonform erstellt und veröffentlicht wurde. Soweit ein Anfangsverdacht gegenüber einem Netzwerkanbieter begründet ist, dass er in Missachtung der Berichtspflichten keinen Transparenzbericht veröffentlicht hat, obwohl die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen könnten, leitet das BfJ auch in diesen Fällen von Amts wegen ein Bußgeldverfahren ein. Darüber hinaus geht das BfJ Hinweisen durch Dritte nach, die es im Zusammenhang mit den Pflichten nach § 2 NetzDG erhält.

Zwischen dem 1. Oktober 2017 und dem 31. Dezember 2019 ist nach Angaben des BfJ genau eine Meldung über mögliche Verstöße gegen § 2 NetzDG beim BfJ eingegangen. Diese Beschwerde betraf einen Netzwerkanbieter, gegen das das BfJ nach eigener Auskunft im Zusammenhang mit den Pflichten nach § 2 NetzDG bereits von Amts wegen ermittelt hat. Insgesamt hat das BfJ seit dem Inkrafttreten des NetzDG 24 Bußgeldverfahren nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 NetzDG i. V. m. § 2 NetzDG eingeleitet. Bisher wurde in einem Fall ein Bußgeldbescheid wegen Verstoßes gegen § 2 NetzDG erlassen (s. o.).

Das BfJ beabsichtigt derzeit nach eigenen Angaben nicht, „Leitlinien“ zur Erfüllung der Berichtspflichten nach § 2 NetzDG zu veröffentlichen, schließt dies für die Zukunft aber auch nicht grundsätzlich aus. Die bisherige Praxis hat nach Auffassung des BfJ den Vorteil, dass zunächst Erfahrungen mit den vorhandenen Berichten gesammelt werden könnten. Diese könnten dann gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt in Leitlinien einfließen.

Hinsichtlich der Erfüllung der Berichtspflichten besteht aus Sicht des BfJ „weiterhin Optimierungsbedarf“. Allerdings weist das BfJ darauf hin, dass es im Zusammenhang mit den Berichtspflichten im Bußgeldverfahren durch umfangreiche Ausführungen in den Anhörungsschreiben gelungen sei, auf eine gesetzeskonforme Ausgestaltung der Transparenzberichte durch die Netzwerkanbieter hinzuwirken. Auch wenn weiterhin noch Verbesserungsbedarf bestünde, hätten die Netzwerkanbieter doch veranlasst durch die Beanstandungen des BfJ zum Teil umfangreiche Anpassungen in den nachfolgenden Berichten vorgenommen. Im Vergleich zu den ersten Transparenzberichten habe sich nach Auffassung des BfJ der Informationsgehalt der Berichte in der dritten Berichtsrunde „deutlich verbessert“.

3. Bußgeldbezogene Überwachungspraxis der Pflichten nach § 5 NetzDG

a) Meldungen

Zwischen dem 1. Oktober 2017 und dem 31. Dezember 2019 hat das BfJ in 20 Fällen auf konkrete Meldungen hin Bußgeldverfahren wegen eines Verstoßes gegen § 5 Abs. 1 NetzDG und in 15 Fällen wegen eines Verstoßes gegen § 5 Abs. 2 NetzDG eingeleitet. Ein Bußgeld wurde bisher noch nicht verhängt.

Das BfJ weist darauf hin, dass aufgrund der gesetzlichen Vorgaben des § 5 Abs. 2 NetzDG, nach dem nur gegenüber *Strafverfolgungsbehörden im konkreten Fall* empfangsbevollmächtigte Personen zu benennen sind und innerhalb von 48 Stunden zu antworten ist, auch nur die Strafverfolgungsbehörden von der entsprechenden Praxis der Netzwerkanbieter Kenntnis erhalten. Das BfJ erhalte bislang nur vereinzelt und unsystematisch Informationen von den Strafverfolgungsbehörden über die Auskunftspraxis. Um einen besseren Überblick über die Praxis zu erlangen, sei das BfJ auf die Bereitschaft zur regelmäßigen Weitergabe von Erfahrungen durch die Strafverfolgungsbehörden angewiesen. Das BfJ sei vor diesem Hintergrund bemüht, die Strafverfolgungsbehörden für die Notwendigkeiten eines regelmäßigen Informationsflusses zu sensibilisieren.

Darüber hinaus weist das BfJ darauf hin, dass ein gewisser Aufklärungsbedarf gegenüber Strafverfolgungsbehörden hinsichtlich der Reichweite des § 5 Abs. 2 NetzDG bestehe. Dem BfJ gegenüber werde oftmals kritisiert, dass der inhaltliche Umgang der Netzwerkanbieter mit den Auskunftersuchen der Strafverfolgungsbehörden

unbefriedigend sei, da diese die begehrten Bestandsdaten nicht übermitteln würden. Da § 5 Abs. 2 NetzDG aber gerade keine Pflicht zur Übermittlung der Bestandsdaten beinhaltet, könne auf diese Meldungen jedenfalls nicht bußgeldrechtlich reagiert werden.

b) Verfahren von Amts wegen

Zwischen dem 1. Oktober 2017 und dem 31. Dezember 2019 hat das BfJ in 31 Fällen von Amts wegen Bußgeldverfahren bezüglich eines Verstoßes gegen § 5 Abs. 1 NetzDG eingeleitet. Ein Bußgeld wurde bisher noch nicht verhängt.

Das BfJ gibt an, dass die Durchsetzung der Pflicht zur Benennung eines Zustellungsbevollmächtigten gerade bei im Ausland ansässigen und unter der Schwelle des § 1 Abs. 2 NetzDG liegenden Netzwerkanbietern mit erheblichen Herausforderungen verbunden sei. Für die Einleitung von Bußgeldverfahren müsse das BfJ insoweit für die Zustellung der Anhörungsschreiben die internationale Rechtshilfe in Anspruch nehmen. Da dieses Verfahren bilaterale Abstimmungsprozesse und Übersetzungsdienstleistungen erfordere, sei es enorm zeitaufwendig und beschwerlich und binde viele Ressourcen. Zudem sei das Verfahren mit erheblichen Unsicherheiten belastet, da die zuständige Behörde des ersuchten Staates zunächst prüfe, ob der vorgeworfene Gesetzesverstoß auch nach dessen Rechtsordnung mit einer Sanktion belegt sei. Im Ergebnis falle dem BfJ aus den o.g. Gründen die Durchsetzung des § 5 Abs. 1 NetzDG in der Praxis insoweit schwer. Aufgrund der unüberschaubaren Vielzahl an Netzwerkanbietern unterhalb der Schwelle des § 1 Abs. 2 NetzDG und der potentiell ebenso großen Anzahl möglicher Verstöße, habe das BfJ als Pilotprojekt zunächst sechs in den USA ansässige Netzwerkanbieter herausgegriffen, da der weit überwiegende Anteil an Netzwerkanbietern dort ansässig sei. In diesen sechs Verfahren habe das BfJ wegen Verstößen gegen die Pflicht nach § 5 Abs. 1 NetzDG ein Bußgeldverfahren eingeleitet und versucht, Anhörungsschreiben zuzustellen. Dabei habe das BfJ jeweils Rechtshilfeersuchen an das zuständige US-amerikanische Justizministerium gestellt, die in allen Verfahren auch bewilligt wurden. In fünf Fällen konnte die Zustellung erfolgreich bewirkt werden; in einem Fall scheiterte sie bislang aus tatsächlichen Gründen.

Zwischen dem 1. Oktober 2017 und dem 31. Dezember 2019 hat das BfJ nach eigenen Angaben 103 Verfahren von Amts wegen eingeleitet; eine genaue Aufschlüsselung der auf § 5 Abs. 2 NetzDG bezogenen Verfahren ist nicht bekannt. Ein Bußgeld wurde bisher noch nicht verhängt. Aufgrund der Benennungs- und Antwortpflicht nur gegenüber Strafverfolgungsbehörden in § 5 Abs. 2 NetzDG seien der Ermittlung von Amts wegen insoweit Grenzen gesetzt.

IV. Kooperation mit der Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime (ZAC) NRW

Die Zuständigkeit für politisch motivierte Straftaten im Zusammenhang mit den Ordnungswidrigkeitenverfahren nach dem NetzDG wurde durch landesministeriellen Erlass vom 31. August 2018 ab demselben Tage an die ZAC NRW übertragen. Alle Inhalte, die Gegenstand eines ab diesem Tage vom BfJ eingeleiteten Bußgeldverfahrens sind, werden vom BfJ an die ZAC NRW weitergeleitet, sofern der Verdacht besteht, dass eine politisch motivierte Straftat vorliegt. Die Kooperation betrifft keine Altfälle, also vor dem 31. August 2018 vom BfJ eingeleitete Bußgeldverfahren. Meldungen zu möglichen Straftaten, denen keine politische Motivation zugrunde liegt, leitet das BfJ an die örtlich zuständige Strafverfolgungsbehörde im Bundesgebiet weiter.

Das BfJ äußert sich sehr positiv über die Zusammenarbeit mit der ZAC NRW; diese gestalte sich effizient und verfahrensökonomisch.

V. Einschätzung

Das BfJ hat seine Rolle als zuständige Verwaltungsbehörde für Bußgeldverfahren wegen Verstößen gegen das NetzDG aktiv angenommen.

Eine strukturelle Lücke besteht hinsichtlich eines kooperativen Austauschs der staatlichen Behörden mit den Netzwerkanbietern über die Konkretisierung der Pflichten nach NetzDG. Hier könnten Verwaltungsvorschriften und eine Verfahrensbeteiligung der Netzwerkanbieter bei deren Erarbeitung und Fortschreibung einen Rahmen für einen generellen Austausch bieten. Ein fortlaufender, informeller und konkreter Austausch über die bußgeldbewehrten Pflichten zwischen Netzwerkanbietern und BfJ setzte einen erweiterten Aufgabenzuschnitt des BfJ voraus. Für informelle Kontakte würde grundsätzlich bereits eine entsprechend weite Aufgabennorm genügen; Abhilfeanordnungen setzten entsprechende Befugnisnormen voraus. Solche Schritte in Richtung einer Aufsichtsbehörde müssten mit den Zuständigkeiten der Landesmedienanstalten abgestimmt werden und in

Übereinstimmung mit der verfassungsrechtlich vorgegebenen Staatsfreiheit erfolgen. Die Durchsetzung formaler, organisatorischer Pflichten der Netzanbieter wie die Einrichtung der Beschwerdewege oder die Erfüllung der Berichtspflichten kann auch von einer voll in die Staatsverwaltung integrierten Behörde wahrgenommen werden. Hier sind auch Anordnungsbefugnisse möglich, die Missstände abstellen. Je stärker die Pflichten aber mit den Inhalten zusammenhängen, die beim Netzanbieter zugänglich sind und damit das dortige Informationsangebot inhaltlich beeinflussen können, desto problematischer wird eine staatliche Rolle. Wenn es etwa um Verfahrensgestaltungen für einen interessengerechten Ausgleich zwischen der Meinungsfreiheit der postenden Nutzer*innen und den Persönlichkeitsrechten der Betroffenen geht oder gar Beispielsfälle für die angemessene Kategorisierung von Inhalten (offensichtlich rechtswidrig/rechtswidrig) erörtert und ggf. darauf bezogene Anordnungen erlassen werden sollen, kann dies nur in Grenzen und keinesfalls durch eine voll in die Staatsverwaltung integrierte Behörde erfolgen. Es bedürfte Sicherungen angemessener Staatsfreiheit.

Der Kooperation mit den Staatsanwaltschaften kommt eine wichtige Bedeutung zu. Sie funktioniert mit der ZAC NRW nach eigenen Angaben des BfJ sehr gut. Verbessert werden kann der Kommunikationsfluss offenbar hinsichtlich der Einhaltung der Pflichten gem. § 5 Abs. 2 NetzDG von den Staatsanwaltschaften hin zum BfJ. Ein besonderes Augenmerk sollte auf der Vermeidung kapazitätsaufwändiger Doppelprüfungen rechtswidriger Inhalte liegen.

Teil 4: Zentral diskutierte Änderungs- und Verbesserungsvorschläge

A. Einführung von Wiederherstellungsansprüchen

I. Gesetzliche Ausgangslage

Entfernen Netzwerkanbieter einen Inhalt aus Sicht der Poster*innen zu Unrecht (z. B. bei einem Overblocking), haben diese ein Interesse an der Wiederherstellung (put back) desselben. Wie dieses Interesse rechtlich abgesichert und durchgesetzt werden kann, ist Gegenstand zahlreicher Debatten zum NetzDG. Es besteht weder im NetzDG noch andernorts eine gesetzliche Anspruchsgrundlage auf Wiederherstellung eines zu Unrecht entfernten Inhalts. Allerdings folgt ein solcher Anspruch unmittelbar aus dem zwischen Netzwerkanbieter und Nutzer*in geschlossenen Plattform-Nutzungsvertrag und ist in dieser Herleitung auch allgemein anerkannt.³⁹⁰ Denn zu den Hauptleistungspflichten aus einem solchen Vertrag zählt die Verpflichtung des Netzwerkanbieters, von Nutzer*innen hochgeladene Inhalte anderen Nutzer*innen zugänglich zu machen. Diese Pflicht wird verletzt, wenn Netzwerkanbieter einen Inhalt ohne Grund entfernen. Ein solcher Grund kann sich aus einem Verstoß des Inhalts gegen die allgemeinen Gesetze ergeben (etwa Urheberrechtsverletzung; strafbarer Inhalt). Er kann aber auch aus einem Verstoß der*s Nutzer*in gegen eine Pflicht aus dem Nutzungsvertrag folgen, insbesondere aus einem Verstoß gegen die als AGB in den Vertrag einbezogenen Gemeinschaftsstandards (zu diesen ausführlich A. I.).

Um diesen Wiederherstellungsanspruch durchzusetzen, müssen Poster*innen zu Unrecht gelöschter Inhalte allerdings gerichtlich gegen den Netzwerkanbieter vorgehen. Dies ist mit Aufwand und Kosten verbunden. Eine niedrighschwelligere Möglichkeit, zunächst eine erneute Prüfung durch den Netzwerkanbieter oder eine andere außergerichtliche Stelle, etwa eine Einrichtung der Regulierten Selbstregulierung, durchführen zu lassen, gibt es *de lege lata* nicht.

II. Bestehende Vorschläge

Hier setzen Vorschläge an, die Durchsetzung von Wiederherstellungsansprüchen zu vereinfachen. *Alexander Peukert* schlägt vor, im NetzDG einen bußgeldbewehrten Anspruch auf erneute Prüfung eines entfernten Inhalts durch den Netzwerkanbieter bzw. eine Einrichtung der Regulierten Selbstregulierung zu verankern, wenn die ursprüngliche Entscheidung nicht bereits durch eine Einrichtung der Regulierten Selbstregulierung getroffen wurde.³⁹¹ *Daniel Holznagel* fordert Transparenzvorgaben der Netzwerkanbieter zum Umgang mit Gegenvorstellungen und zur Zahl von Wiederherstellungen.³⁹²

III. Zentrale Fragen bei der Einführung eines Wiederherstellungsanspruchs

Sofern ein Anspruch auf Wiederherstellung oder auf erneute, vorgerichtliche Prüfung des Inhalts gesetzlich ausgestaltet werden soll, muss das Verhältnis von NetzDG zu Gemeinschaftsstandards berücksichtigt werden (s. dazu ausführlich A. II.). Es wäre zu klären, ob ein Anspruch auch für Fälle gelten soll, in denen der Netzwerkanbieter wegen Verstoßes gegen seine Gemeinschaftsstandards gelöscht hat, ohne die Rechtswidrigkeit i. S. d. § 3 NetzDG geprüft zu haben. Und es wäre zu klären, ob die Wiederherstellung ggf. auch solche Inhalte umfasst, die zwar nach NetzDG nicht zu löschen waren, aber gegen die Gemeinschaftsstandards verstoßen und der Anspruch somit auch zu einer Überprüfung der Gemeinschaftsstandards an den (mittelbaren) Grundrechtswirkungen führt.

Sofern Entfernungen von Inhalten wegen Verstoßes gegen Gemeinschaftsstandards nicht von einem Anspruch auf Wiederherstellung oder auf erneute Prüfung des Sachverhalts erfasst werden sollen, ist zu berücksichtigen, dass dies Netzwerkanbieter noch stärker dazu verleiten kann, Gemeinschaftsstandards vorrangig vor § 1 Abs. 3, § 3 Abs. 1, 2 NetzDG zu prüfen und großzügig nach ersteren zu löschen, um etwaigen zeit- und kostenintensi-

³⁹⁰ Siehe nur OLG Dresden, Beschl. v. 8.8.2018, - 4 W 577/18 -, juris Rn. 14; OLG Stuttgart, Beschl. vom 6.9.2018 - 4 W 63/18 -, juris Rn. 64; OLG München, Beschl. v. 17.9.2018 - 18 W 1383/18 -, juris Rn. 17. Aus der Literatur etwa *D. Holznagel* CR 2019, 518 (519). Dennoch für eine gesetzliche Klarstellung plädierend *Schiff* MMR 2018, 366 (368).

³⁹¹ Ausführlich *Peukert* MMR 2018, 572 ff; zustimmend *Löber/Roßnagel* MMR 2019, 71 (75).

³⁹² *D. Holznagel* CR 2019, 518 (525).

ven Wiederherstellungsverfahren zu entgehen. Dies rief die verstärkte Gefahr eines Overblocking nach Gemeinschaftsstandards im Sinne der Löschung von nach der allgemeinen Rechtsordnung zulässigen Inhalten hervor und würde das mit der Stärkung von Rechten auf Wiederherstellung verfolgte Ziel konterkarieren.

Die Gefahr eines „Over-Put-Back“, also einer voreiligen Wiederherstellung entfernter Inhalte auf Rüge der Poster*innen hin,³⁹³ ist dagegen als gering einzuschätzen: Aus Sicht des Netzwerkanbieters besteht kein Anlass, Poster*innen eher nachzugeben als durch den Inhalt in ihren Persönlichkeitsrechten Betroffenen oder sich, auch in Fällen ohne Persönlichkeitsrechtsrelevanz, der Gefahr eines Bußgelds wegen systematischen Underblockings auszusetzen.

B. Grundstruktur: Private Rechtsdurchsetzung als Alternative zum NetzDG

Nicht zuletzt mit Blick auf die Kritik am NetzDG wegen dessen behaupteter „Privatisierung der Rechtsdurchsetzung“³⁹⁴ gibt es zahlreiche Vorschläge, die Problematik der effektiven Löschung rechtswidriger Inhalte primär durch eine Stärkung der Rechtsdurchsetzung zwischen Verletzten und Verletzer*innen zu adressieren. Im Kern zielen die Vorschläge darauf ab, die bisher bestehenden Zugangshürden, Kosten und Aufwand zur Rechtsverfolgung für die Durchsetzung von Löschungen rechtswidriger Inhalte zu verringern. Hierzu soll entweder der Zugang zur *gerichtlichen Rechtsverfolgung* erleichtert werden oder sollen daneben zusätzliche *außergerichtliche Möglichkeiten der Rechtsverfolgung* geschaffen werden. Dabei bleibt das Verhältnis zur allgemeinen Störerhaftung der Netzwerkanbieter in den meisten Fällen aber unklar.

Teilweise wird eine *Verbesserung des bisherigen zivilprozessualen Systems des einstweiligen Rechtsschutzes vorgeschlagen*, da dieses Verfahren etabliert und für die Abwehr rechtswidriger Äußerungen bereits gängige Praxis sei.³⁹⁵ Der Nutzung dieses Systems zur Begegnung der aktuellen Problematik stünden im Kern drei Hürden entgegen, die aber durch Anpassungen in den §§ 940 ff. ZPO überwunden werden könnten. Als erstes müsse die psychologische Hürde der Betroffenen, ein Gericht oder eine Anwaltskanzlei mit der Angelegenheit zu befasen, überwunden werden. Hierfür wird vorgeschlagen, ein elektronisches Rechtsdurchsetzungsportal zu schaffen, auf dem die Nutzer*innen alle wesentlichen, den konkreten Sachverhalt betreffenden Informationen eintragen können. Aus diesen Daten würde automatisch ein Antrag generiert und ebenso automatisiert an das zuständige Gericht übermittelt. Um die mit einer möglichen Kostentragungslast einhergehenden Abschreckungseffekte weitgehend auszuräumen, solle das Verfahren entweder kostenfrei gestellt oder mit nur marginalen Kosten verbunden sein. Schließlich sei gerade bei rechtswidrigen Online-Inhalten eine schnelle Entscheidung unerlässlich. Dies könne durch eine gesetzliche Pflicht zur Entscheidung des Gerichtes innerhalb von drei bis fünf Tagen sichergestellt werden.

Weitergehende Ansätze wollen der Problematik durch neue Institutionen, insbesondere einen „*Cyber Court*“ als netzgerechtem Äquivalent zum gerichtlichen Schutz wegen rechtswidriger Inhalte im Internet, begegnen.³⁹⁶ Die Netzwerkanbieter sollen dazu angeleitet werden, auf Neutralität angelegte private „*Cyber Courts*“ einzurichten, die wie Schiedsgerichte in einem kostengünstigen, nach prozedural vereinfachten und größtenteils selbst entwickelten Regeln und in einem online durchzuführenden Verfahren über die Klärung von Rechtsstreitigkeiten entscheiden. Die Entscheidungen sollen kurz begründet und anschließend veröffentlicht werden, um eine breite Diskussion und Fortentwicklung anzuregen. Um die Netzwerkanbieter zur Einrichtung solcher „*Cyber Courts*“ zu bewegen, könne künftig die weitgehende Haftungsfreistellung der Netzwerkanbieter an die Existenz solcher Institutionen gekoppelt werden. Die staatlichen Gerichte sollen daneben als zweite Ebene der Streitentscheidung die Grenzen der Selbstregulierung setzen, produktive Muster verstärken und die Suche nach neuen prozeduralen Formen anregen. Erste Schritte in diese Richtung sind bereits mit der Ankündigung der

³⁹³ Aufgeworfen, aber ebenfalls als gering eingeschätzt von *D. Holznapel* CR 2019, 518 (525).

³⁹⁴ Siehe z. B. bei *Fechner* ZRP 2018, 63 (64); *Heckmann/Wimmers* CR 2017, 310 (314); *Kalscheuer/Hornung* NVwZ 2017, 1721 (1723); *Köbler* AfP 2017, 282; *Schütz* MMR 2018, 36 (37); *Guggenberger* ZRP 2017, 98 (101); *Tinnefeld* ZD 2017, 353 (354 f.); *Wimmers/Heymann* AfP 2017, 93 (99); siehe auch *Liesching*, in: *Spindler/Schmitz/Liesching*, TMG, 2. Aufl. 2018, § 1 NetzDG Rn. 8 m.w.N.

³⁹⁵ Detaillierter Vorschlag bei *Köbler* AfP 2017, 282 ff.; allgemeiner bei *Guggenberger* ZRP 2017, 98 (101 f.).

³⁹⁶ Im Kontext des NetzDG siehe *Ladeur*, Netzwerkrecht als neues Ordnungsmodell des Rechts – nach dem Recht der Gesellschaft der Individuen und dem Recht der Gesellschaft der Organisationen, in: *Eifert/Gostomzyk* (Hrsg.), *Netzwerkrecht*, 2018, S. 169 ff.; zuvor bereits allgemeiner *Ladeur* DuD 2012, 771 und *Ladeur/Gostomzyk* NJW 2012, 710.

Einrichtung eines „Independent Oversight Boards“ durch *Facebook* im September 2019 zu beobachten.³⁹⁷

In eine ähnliche Richtung gehen einige Vorschläge, die in *außergerichtlichen Streitbelegungsverfahren*, wie sie insbesondere bereits im Verbraucherrecht zur Streitschlichtung im Online Handel existieren,³⁹⁸ einen gangbaren Weg zur Verstärkung privater Rechtsdurchsetzung bei rechtswidrigen Online-Inhalten sehen.³⁹⁹ Von den Befürworter*innen werden insbesondere die höhere Geschwindigkeit, die geringeren Kosten und die flexibleren Verfahrensmöglichkeiten als Vorteile ins Feld geführt.

Außerdem wird teilweise ein Hybrid aus Inanspruchnahme der ordentlichen Gerichtsbarkeit und der Nutzung neu einzurichtender, unabhängiger öffentlich-rechtlicher Beschwerdestellen, z. B. bei den Landesmedienanstalten, vorgeschlagen.⁴⁰⁰ Die öffentlich-rechtliche Beschwerdestelle solle auf die Beanstandung eines Inhaltes durch einen Betroffenen hin vorab über die Entfernung des Inhaltes befinden und bei gravierenden Verletzungen eine Löschanordnung treffen. Wegen der bestehenden Legitimationsproblematik bei der Löschtscheidung durch solche öffentlich-rechtlichen Stellen solle diese Entscheidung jedoch nur vorläufig sein und nur dann „Bestandskraft“ entfalten, wenn sich Betroffene hiergegen nicht innerhalb einer angemessenen Frist wehren. Die abschließende Entscheidungshoheit solle hingegen bei der ordentlichen Gerichtsbarkeit verbleiben.

Weitere Ansätze, staatlich bereitgestellte oder initiierte Streitschlichtungsverfahren unterhalb einer voll ausgebildeten Gerichtsbarkeit zur Stärkung der privaten Rechtsdurchsetzung zu nutzen, wären z. B. die Einführung eines Ombudsmanns und/oder von Schlichtungsstellen.⁴⁰¹ Dass solche Ansätze dem Rechtssystem nicht fundamental widersprechen, wird durch die Existenz von Vergabekammern und die in einigen Bundesländern vorgesehene obligatorische Gütestelle vor zivilrechtlichen Bagatellstreitigkeiten (§ 15a EGZPO) deutlich.⁴⁰²

Der Vorteil solcher alternativer Regelungsmodelle, die an die Stelle der Verantwortlichkeit der Netzwerkanbieter für die Erstentscheidung regelmäßig die Rechtsdurchsetzung zwischen Verletzten und Verletzer*innen – entweder im Rahmen der ordentlichen Gerichtsbarkeit oder im Rahmen von Streitbelegungsverfahren und alternativen Gerichtsverfahren – setzen, liegt in der institutionell abgesicherten Neutralität und Expertise der entscheidenden Stelle.

Die Probleme⁴⁰³ dieser Modelle liegen im gewaltigen Umfang an rechtswidrigen Online-Inhalten, bei einer beschränkten Durchsetzung ihrer Rechte durch die Verletzten in ihrer sogenannten rationalen Apathie (im Sinne einer rationalen Untätigkeit) sowie im Verhältnis dieser Streitschlichtungen zur originären Störerverantwortlichkeit der Netzwerkanbieter.

Der mit der Durchsetzung der eigenen Rechte der Verletzten verbundene Aufwand und die möglichen Kosten stehen oft außer Verhältnis zum verfolgten Löschinteresse, weshalb die Verletzten oftmals aus rationalen Gründen untätig bleiben. Die vorgeschlagenen alternativen Regelungsmodelle können hier zwar eine gewisse Verbesserung erreichen, die Hürden dennoch nicht ganz überwinden. Darüber hinaus hat Hate Speech Wirkungen über die individuelle Rechtsverletzung hinaus auch auf die Kommunikation insgesamt. Eine Beschränkung ihrer

³⁹⁷ <https://about.fb.com/news/2019/09/oversight-board-structure/> (zul. abgerufen am 20.02.2020).

³⁹⁸ Richtlinie 2013/11/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 über die alternative Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 und der Richtlinie 2009/22/EG (Richtlinie über alternative Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten) und die deutsche Umsetzung im Verbraucherstreitbeilegungsgesetz (VSBG); Verordnung (EU) Nr. 524/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 über die Online-Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 und der Richtlinie 2009/22/EG (ABl. L 165 vom 18.06.2013, S.1).

³⁹⁹ Erste Überlegungen für Verletzungen des allgemeinen Persönlichkeitsrechtes bei *Eggimann/Harasgama*, Oldenburger Tagungsbände DSRI 2013, Law as a Service (LaaS) - Recht im Internet- und Cloud-Zeitalter, S. 937 (948 f.); Siehe *Wagner*, GRUR 2020 Heft 4 und 5 (i.E.) zur umfassenden Auseinandersetzung mit der Haftung von Plattformen, den alternativen Vorschlägen und einem detaillierten eigenen Vorschlag zur Pflicht der Plattformen zur Organisation eines ADR-Verfahrens bzgl. u. a. vom NetzDG betroffener Inhalte und zu einem „Netz-Streitbeilegungsgesetz“.

⁴⁰⁰ *Pille* NJW 2018, 3545 (3549); die Co-Regulierung durch die Landesmedienanstalten nach dem Vorbild des Jugendmedienschutzrechts als alternatives Regulierungsmodell vorschlagend *Hain/Ferreau/Brings-Wiesen* K&R 2017, S. 433 (435 ff.).

⁴⁰¹ Siehe dazu grundlegend *Hippel*, Der Ombudsmann im Bank- und Versicherungswesen, 2000; Siehe auch die zahlreichen Schlichtungsstellen für Verbraucherstreitigkeiten in Deutschland, https://www.bmjv.de/DE/Verbraucherportal/Verbraucherinformation/Schlichtung/Schlichtung_node.html (zul. abgerufen am 20.02.2020)

⁴⁰² *Eifert*, Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz und Plattformregulierung, in: *Eifert/Gostomzyk* (Hrsg.), *Netzwerkrecht*, S. 9, 42.

⁴⁰³ Vgl. nur *Lang* AöR 143 (2018), 220 (241 f.); *Eifert* NJW 2017, 1450 ff.; *ders.*, Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz und Plattformregulierung, in: *Eifert/Gostomzyk* (Hrsg.), *Netzwerkrecht*, S. 9, 26 ff.

Abwehr auf die jeweiligen Verletzten kann dem nicht gerecht werden.

Selbst wenn sämtliche Hürden für die Betroffenen beseitigt werden könnten, bliebe unklar, inwieweit die Gerichtsbarkeit oder die alternativen Entscheidungsorgane das hochvolumige Fallaufkommen bewältigen können sollen. So waren allein 750.000 Meldungen im ersten Halbjahr 2019 bei den Netzwerken YouTube und Twitter zu bearbeiten.⁴⁰⁴

Schließlich wäre das Verhältnis zur allgemeinen Störerhaftung der Netzwerkanbieter zu klären. Wenn sie Bestand haben sollte, stellte sich die Frage, warum sie nicht auch effektiviert werden kann. Wenn sie ersetzt werden sollte, wäre die Freistellung eine erhebliche Privilegierung der Netzwerkanbieter gegenüber dem allgemeinen Haftungsregime über die bestehende Regelung der E-Commerce-RiL hinaus. Die Entwicklung des Unionsrechts läuft hier in eine entgegengesetzte Richtung (Teil 2 A. I. 2.).

Das mit dem NetzDG vorgesehene abgestufte Lösch- und Prüfverfahren, bei dem im Rahmen einer Erstentscheidung die Intermediäre in die Pflicht genommen werden und erst im zweiten Schritt die Gerichte auf Klagen hin über die Rechtmäßigkeit der Löschung / Nichtlöschung befinden, scheint vor diesem Hintergrund in seiner Grundstruktur überlegen. Es erlaubt grundsätzlich eine schnellere und effektivere Löschung angesichts der hohen Zahl rechtswidriger Online-Inhalte und ermöglicht andererseits durch die gerichtliche Kontrolle im zweiten Schritt, die unternehmerische Löschraxis an die staatlichen Normen rückzukoppeln. Verbesserungsmöglichkeiten können hierbei aber selbstverständlich für beide Stufen diskutiert werden, also sowohl für die Ausgestaltung der Störerhaftung der Netzwerkanbieter als auch für die Erleichterungen der gerichtlichen Durchsetzung.

⁴⁰⁴ <https://cdn.cms-twdigitalassets.com/content/dam/transparency-twitter/data/download-netzdg-report/netzdg-jan-jun-2019.pdf>;
https://transparencyreport.google.com/netzdg/youtube?hl=de&items_by_submitter=period:Y2019H1&lu=items_by_submitter (zuletzt abgerufen am 20.02.2020).

Teil 5: Abschließende Gesamtbetrachtung

Die Grundstruktur des NetzDG mit seiner Ausgestaltung der primären Verantwortlichkeit der Netzwerkanbieter hat sich bewährt und entspricht der europäischen Entwicklung.

Das Gesetz hat zu einer deutlichen Verbesserung des Beschwerdemanagements und der öffentlichen Rechenschaft der Netzwerkanbieter im Umgang mit den benannten rechtswidrigen Inhalten geführt. Die Netzwerkanbieter haben die zentralen Anforderungen des NetzDG weitgehend umgesetzt. Bestehende problematische Praktiken betreffen die Rechtsdurchsetzung und zeigen teilweise Unklarheiten hinsichtlich der Konkretisierung der gesetzlichen Pflichten auf. Sie verweisen aber nicht auf grundlegende strukturelle Schwächen des Gesetzes. Auch haben die verbesserten Zustellungsmöglichkeiten die Rechtsdurchsetzung gegenüber den Netzwerkanbietern deutlich erleichtert. Die Benennung einer empfangsberechtigten Person für Auskunftersuchen der Strafverfolgungsbehörden hat die Kommunikation zwischen den Netzwerkanbietern und den Strafverfolgungsbehörden deutlich verbessert, aber nur begrenzt zu einer Effektivierung der Strafverfolgung geführt. Damit wurden die verfolgten Zwecke in erheblichem Umfang erreicht. Aus verschiedenen Gründen nicht zu erreichen war es, ein Gesamtbild über Ausmaß und Umgang mit dem geregelten Segment von Hate Speech zu gewinnen.

In der Anwendung des NetzDG haben sich aber auch Schwierigkeiten und Problempunkte ergeben, die Anlass zur Überprüfung und Fortentwicklung geben. Die folgenden Punkte verdienen dabei ein besonderes Augenmerk:

Insgesamt sollten bei der Fortentwicklung folgende Punkte verbessert werden:

- In einzelnen Bereichen (s. u.) Erhöhung der Rechtssicherheit durch untergesetzliche Konkretisierungen zentraler gesetzlicher Pflichten.
- Klare Adressierung der Fragen, die sich aus der Dualität der Meldewege der Netzwerkanbieter für NetzDG-Beschwerden einerseits und für Beschwerden über Verstöße gegen Gemeinschaftsstandards andererseits ergeben. Dies betrifft insbesondere ihr Verhältnis zueinander hinsichtlich der leichten Erkenn- und Erreichbarkeit für die Nutzer*innen sowie die Frage, inwieweit Meldeweg oder Beschwerdeinhalt für die Anforderungen an das Prüfverfahren und die Transparenzpflichten gem. NetzDG maßgeblich sind.
- Die Adressierung der verschiedenen, vom NetzDG verfolgten Zwecke (namentlich allgemeine Transparenz über den Umgang mit Hate Speech im Netz, Transparenz über das Beschwerdemanagement für bestimmte, besonders schädliche Inhalte und allgemeine Effektivierung der Rechtsdurchsetzung gegenüber Netzwerkanbietern) sollte klarer voneinander abgeschichtet und insbesondere mit jeweils genau darauf abgestimmten Berichtsanforderungen erfolgen.
 - Angeregt wird mit Blick auf die differenzierte Adressierung der Zwecke insbesondere eine begriffliche Entkoppelung von § 5 Abs. 1, 2 NetzDG von den §§ 2, 3 NetzDG. Insbesondere die einheitliche Verwendung des Begriffs der „rechtswidrigen Inhalte“ führt gegenwärtig zu einer Reihe von Unklarheiten und wechselseitigen Beeinträchtigungen der verschiedenen Zwecke.
 - Bei den Transparenzpflichten sollte innerhalb des § 2 NetzDG nach dem Zweck der Überwachung der Pflichtenerfüllung einerseits und dem Zweck der Beobachtung des Phänomens Hate Speech im Netz andererseits differenziert werden. Sie erfordern je unterschiedliche Erfassungen und Aufbereitungen von Daten.
- Ergänzungen der Beschwerdeverfahren durch weitere gesetzliche Rechte sind näher zu prüfen. Dazu gehören die gesetzliche Erweiterung von Anhörungspflichten insbesondere postender Nutzer*innen, Überprüfungspflichten von Löschungen/Sperrungen auf Beschwerden hin oder gesetzliche Wiederherstellungsansprüche.
 - Diese Ergänzungen wurden zwar regelmäßig als Gegengewicht zu einem befürchteten systematischen Overblocking in Folge der Löschofflichten gefordert, für das in der Evaluation gerade keinerlei Anhaltspunkte gefunden wurden. Es ist allerdings plausibel, dass solche Mechanismen der sorgfältigen Interessenaufbereitung und Kontrolle unabhängig davon die Qualität der Entscheidungen verbessern und sicher, dass sie die Position der jeweils in ihren Rechten betroffenen Akteure stärken.
 - Bei allen derartigen Verfahrensrechten kommt dem Verhältnis zwischen dem Beschwerdeweg sowie den Anforderungen an das Beschwerdemanagement nach dem NetzDG einerseits und den Beschwer-

dewegen sowie dem Beschwerdemanagement wegen Verstoßes gegen Gemeinschaftsstandards andererseits für den Anwendungsbereich besondere Bedeutung zu. Bei der Ausgestaltung ist insbesondere auf eventuelle Anreize zur Verlagerung zwischen diesen Wegen zu achten.

Im Einzelnen sollte der Gesetzgeber für die verschiedenen Regelungsgegenstände noch folgende Änderungen prüfen:

- Meldewege:
 - Weitere Konkretisierung und Standardisierung der Zugänge ggf. auf untergesetzlicher Ebene. Der erforderliche Detaillierungsgrad legt Rechtsverordnungen und Orientierungen für die Netzwerkanbieter durch Verwaltungsvorschriften nahe.
 - Regelung zum Verhältnis der Meldewege nach Gemeinschaftsstandards und nach NetzDG ggf. auf untergesetzlicher Ebene hinsichtlich Erkennbarkeit und Zugänglichkeit.
- Transparenzpflicht:
 - Verzicht auf die Schwelle der 100 Beschwerden oder Einführung eines Mechanismus, der die Zahl der Beschwerden überprüfbar macht.
 - Ermöglichung einer stärkeren Standardisierung und Präzisierung der Transparenzberichte durch entsprechende Vorgaben auf der untergesetzlichen Ebene.
 - Gesammelte und berichtszeitraumsübergreifende Darstellung aller Transparenzberichte auf einer einheitlichen Webseite.
- Beschwerdemanagement:
 - Klarstellung, inwieweit die Pflichten hinsichtlich des Beschwerdemanagements an den Meldeweg oder den Inhalt der Beschwerde anknüpfen.
- Governance-Struktur:
 - Eröffnung der Möglichkeiten informeller Kommunikation zwischen Netzwerkanbietern und BfJ für die Konkretisierung der organisatorischen und formalen Pflichten.
 - Nähere Ausgestaltung der Kommunikation zwischen Strafverfolgungsbehörden und BfJ zur Verringerung unnötiger Doppelarbeit.
- Effektivierung der Rechtsdurchsetzung gegenüber den Netzwerkanbietern:
 - Klarstellung des Kreises der von § 5 Abs. 1 und 2 NetzDG verpflichteten Anbieter und – bei einer sinnvollerweise weiten Fassung des Kreises – Benennung einer Relevanz- oder Mitgliederschwelle.
 - Klarstellung und Erweiterung der Regelungen über Zustellungsbevollmächtigte auf weitere Ansprüche und Verfahrensarten.
 - Ergänzung des bisherigen Systems aus § 5 Abs. 2 NetzDG und § 14 Abs. 2 TMG durch differenzierte Auskunftspflichten der Netzwerkanbieter über Bestandsdaten.
- Effektivierung der Rechtsdurchsetzung gegenüber postenden Nutzer*innen:
 - Überprüfung der Justierung des § 14 Abs. 3 bis 5 TMG hinsichtlich des Ausgleichs von Datenschutzinteressen der Nutzer*innen einerseits und dem Interesse an Rechtsschutz der von möglicherweise rechtswidrigen Inhalten Betroffenen.
 - Erleichterungen der individuellen Rechtsverfolgung Betroffener durch Absenkung der Zugangshürden zu den Gerichten bzw. Einrichtung niedrigschwelliger Streitschlichtungen.

Literaturliste**Teil 1: Rechtswissenschaftliche Bibliographie NetzDG**

- Albrecht, Florian Das Gesetz zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken (Netzwerkdurchsetzungsgesetz): Wesentliche Regelungen und Probleme unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung.
In: Albrecht, jurisPR-ITR 1/2019 Anm. 2.
- Behringer, Stefan Privatisierung des Rechtsstaats durch Compliance?
In: CB 2018, 257-261.
- Beurskens, Michael „Hate-Speech“ zwischen Löschungsrecht und Veröffentlichungspflicht.
In: NJW 2018, 3418-3420.
- Brinkert, Maike Zumutbarkeit von Kontrollpflichten des Host-Providers.
In: Taeger (Hg.), DSRITB 2012, 141-157.
- Broemel, Roland AGB-Kontrolle auf digitalen Plattformen
In: Eifert, Martin/Gostomzyk, Tobias (Hg.), Netzwerkrecht. Die Zukunft des NetzDG und seine Folgen für die Netzkommunikation. Baden-Baden 2018, S. 95-108.
- Cauffman, Caroline The Commissions European Agenda for the Collaborative Economy Too Platform and Service Provider.
In: EuCML 2016, 235-243.
- Cornils, Matthias Behördliche Kontrolle sozialer Netzwerke: Netzkommunikation und das Gebot der Staatsferne.
In: Eifert, Martin/Gostomzyk, Tobias (Hg.), Netzwerkrecht. Die Zukunft des NetzDG und seine Folgen für die Netzkommunikation. Baden-Baden 2018, S. 217-235.
- Cornils, Matthias Die Perspektive der Wissenschaft: AVMD-Richtlinie, der 22. Rundfunkänderungsstaatsvertrag und der »Medienstaatsvertrag« – Angemessene Instrumente für die Regulierungsherausforderungen?
In: ZUM 2019, 89-103.
- Eickelmann, Jennifer
Grashöfer, Katja
Westermann, Katja Netzwerkdurchsetzungsgesetz.
In: Zeitschrift für Medienwissenschaft. Heft 17: Psychische Apparate. 9 (2017), Nr. 2, 176-185.
Abrufbar unter: <https://mediarep.org/handle/doc/2653>
- Eifert, Martin Rechenschaftspflichten für soziale Netzwerke und Suchmaschinen.
In: NJW 2017, 1450-1454.
- Eifert, Martin/
Gostomzyk, Tobias (Hrsg.) Netzwerkrecht. Die Zukunft des NetzDG und seine Folgen für die Netzwerkkommunikation, 2018.

- Eifert, Martin Netzwerkdurchsetzungsgesetz und Plattformregulierung
In: Eifert, Martin/Gostomzyk, Tobias (Hg.), Netzwerkrecht. Die Zukunft des NetzDG und seine Folgen für die Netzkommunikation. Baden-Baden 2018, S. 9-43.
- Elsaß, Lennart
Labusaga, Jan-Hendrik
Tichy, Rolf Löschungen und Sperrungen von Beiträgen und Nutzerprofilen durch die Betreiber sozialer Netzwerke.
- Feldmann, Thorsten Zum Referentenentwurf eines NetzDG – Eine kritische Betrachtung.
In: K&R 2017, 292-297.
- Frenzel, Eike Michael Aktuelles Gesetzesvorhaben – Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken, NetzDG.
In: JuS 2017, 414-416.
- Gerhardinger, Lukas Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz: Im Zweifel gegen die Meinungsfreiheit?
In: Verfassungsblog, 17.4.2017.
Abrufbar unter: <https://verfassungsblog.de/das-geplante-netzwerkdurchsetzungsgesetz-im-zweifel-gegen-die-meinungsfreiheit/>
- Gersdorf, Hubertus Hate Speech in sozialen Netzwerken.
In: MMR 2017, 439-447.
- Gersdorf, Hubertus Kompetenzen der Medienaufsicht – Zur Kompetenzwidrigkeit des NetzDG
In: Eifert, Martin/Gostomzyk, Tobias (Hg.), Netzwerkrecht. Die Zukunft des NetzDG und seine Folgen für die Netzkommunikation. Baden-Baden 2018, S. 187-216.
- Golz, Robert Social Bots, „Fake News“ und „Hate Speech“ – Eine Gefahr für den Meinungsbildungsprozess in den sozialen Netzwerken.
In: K&R Beilage 2017, 30-31.
- Gounalakis, Georgios
Muer, Benedikt. Reaktive Prüfpflichten für Google ab Kenntnis einer offensichtlichen Rechtsverletzung
In: NJW 2018, 2299-2301.
- Grandjean, Armelle Der Code als Gatekeeper: Vielfaltsicherung in Zeiten von Such- und Entscheidungsalgorithmen, Personalisierung und Fake-News.
In: ZUM 2017, 565-572.
- Guggenberger, Nikolaus Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz – schön gedacht, schlecht gemacht.
In: ZRP 2017, 98-101.
- Guggenberger, Nikolaus Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz in der Anwendung.
In: NJW 2017, 2577- 2582,

- Hain, Karl-E.
Ferreau, Frederik
Brings-Wiesen, Tobias
Regulierung sozialer Netzwerke revisited.
In: K&R 2017, 433-438.
- Heckmann, Dirk/
Wimmers, Jörg
Stellungnahme der DGRI zum Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken (NetzDG)
In: CR 2017, 310-316
- Heereman, Wendy
Selzer, Annika,
Löschung rechtskonformer Nutzerinhalte durch Soziale Netzwerkplattformen.
In: CR 2019, 271-276.
- Heidrich, Joerg
Scheuch, Brian
Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz – Anatomie eines gefährlichen Gesetzes.
In: Taeger, Jürgen, DSRITB 2017, 305-319.
- Heldt, Amelie
Terror-Propaganda online: Die Schranken der Meinungsfreiheit in Deutschland und den USA.
In: NJOZ 2017, 1458-1461.
- Heymann, Heidrich
Nun doch sperren statt löschen, Der BGH und die Netzsperrern.
In: Taeger, Jürgen (Hg.), DSRITB 2016, 323-340.
- Höch, Dominik
Keine analoge Anwendung von § 5 NetzDG auf Vertragsverletzungen durch „Overblocking“.
In: NJW 2019, 2624-2626.
- Höch, Dominik
Nachbessern ja, verteufeln nein: Das NetzDG ist besser als sein Ruf.
In: K&R 2017, 289-292.
- Höch, Dominik
Der „Künast-Beschluss“ zu Schmähkritik: rechtlich nicht haltbar und schädlich für die Demokratie.
In: K&R 2019, 680-681.
- Hoeren, Thomas
IT- und Internetrecht – Kein Neuland für die NJW.
In: NJW 2017, 1587-1592.
- Höld, Florian
Das Vorabentscheidungsverfahren nach dem neuen NetzDG – Rechtliches Neuland bei der Bekämpfung von Kriminalität in sozialen Netzwerken.
In: MMR 2017, 791-795.
- Hofmann, Franz
Löschungspflichten für Hosting-Anbieter sinngleicher ehrverletzender Kommentare.
In: jurisPR-WettbR 12/2019 Anm. 1.
- Holznagel, Bernd
Phänomen „Fake News“ - Was ist zu tun.
In: MMR 2018, 18-22.

- Holznagel, Bernd Das Compliance-System des Entwurfs des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes.
In: ZUM 2017, 615-624.
- Holznagel, Daniel Overblocking durch User Generated Content (UGC) – Plattformen-
Ansprüche der Nutzer auf Wiederherstellung oder Schadensersatz?
In: CR 2018, 369-378.
- Holznagel, Daniel Put-back-Ansprüche gegen soziale Netzwerke: Quo Vadis?
In: CR 2019, 518-526.
- Hong, Mathias Das NetzDG und die Vermutung für die Freiheit der Rede.
In: Verfassungsblog, 9.1.2018.
Abrufbar unter: <https://verfassungsblog.de/das-netzdg-und-die-vermutung-fuer-die-freiheit-der-rede/>
- Hornung, Christian
Kalscheuer, Fiete Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz – Ein verfassungswidriger Schnellschuss.
In: NVwZ 2017, 1721-1725.
- Kalscheuer, Fiete
Jacobsen, Annika Das digitale Hausrecht von Hoheitsträgern.
In: NJW 2018, 2358-2362.
- Kersten, Jens Anonymität in der liberalen Demokratie.
In: JuS 2017, 193-203.
- Köbler, Ralf Fake News, Hassbotschaften und Co. – ein zivilprozessualer
Gegenvorschlag zum NetzDG – Überlegungen zur Schaffung eines neuen
elektronischen Verfahrens des einstweiligen Rechtsschutzes.
In: AfP 2017, 282-284.
- Koreng, Ansgar Entwurf eines Netzwerkdurchsetzungsgesetzes: Neue Wege im Kampf
gegen „Hate Speech“.
In: GRUR-Prax 2017, 203-205.
- Krüger, Julia Wenn Algorithmen richten, hilft kein Gericht. Eine Widerrede zum NetzDG.
Beitrag zum 5. Deutschen IT-Rechtstag v. 26./27.04.2018.
In: ITBR 2018, 114-115.
- Ladeur, Karl-Heinz
Gostomzyk, Tobias Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz und die Logik der Meinungsfreiheit.
In: K&R 2017, 390-394.
- Ladeur, Karl-Heinz
Gostomzyk, Tobias Gutachten zur Verfassungsmäßigkeit des Entwurfs eines Gesetzes zur
Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken
(Netzwerkdurchsetzungsgesetz – NetzDG) i. d. F. vom 16. Mai 2017 –
Bundetsagsdrucksache 18/12356.
Bitkom Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und
neue Medien e. V., Mai 2017.

- Lang, Andrej Netzwerkdurchsetzungsgesetz und Meinungsfreiheit.
AÖR 143 (2018), 220-250.
- Lewinski, Kai von Staat als Zensurhelfer – Staatliche Flankierung der Löschpflichten Privater
nach dem Google-Urteil des EuGH.
In: AfP 2015, 1-6.
- Libor, Christine Netzwerkdurchsetzungsgesetz – Selbstbehauptung des Rechts oder erster
Schritt in die selbstregulierte Vorzensur?
In: AfP 2017, 482-486.
- Liesching, Marc Netzwerkdurchsetzungsgesetz, 1. Online-Auflage 2018
(beckonline)
- Liesching, Marc Die Durchsetzung von Verfassungs- und Europarecht gegen das NetzDG.
In: MMR 2018, 26-30.
- Liesching Marc Lösungsmodell regulierter Selbstregulierung – Zur Übertragbarkeit der
JMStV-Regelungen auf das NetzDG
In: Eifert, Martin/Gostomzyk, Tobias (Hg.), Netzwerkrecht. Die Zukunft des
NetzDG und seine Folgen für die Netzkommunikation. Baden-Baden 2018,
S. 135-152.
- Liesching, Marc Was sind »rechtswidrige Inhalte« im Sinne des
Netzwerkdurchsetzungsgesetzes?
In: ZUM 2017, 809-815.
- Löber, Lena Isabell
Roßnagel, Alexander Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz in der Umsetzung.
In: MMR 2019, 71-76.
- Lüdemann, Jörn Privatisierung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken
In: Eifert, Martin/Gostomzyk, Tobias (Hg.), Netzwerkrecht. Die Zukunft des
NetzDG und seine Folgen für die Netzkommunikation. Baden-Baden 2018,
S. 153-168
- Lüdemann, Jörn Grundrechtliche Vorgaben für die Löschung von Beiträgen in sozialen
Netzwerken.
In: MMR 2019, 279-284.
- Ludyga, Hannes Falsches Zitat und Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts.
In: ZUM 2019, 793-797.
- Lutz, Holger
Schwiddessen, Sebastian The New German Hate Speech Law – Introduction and Frequently Asked
Questions.
Cri 2017, 103-111.
- Mayen, Thomas Über die mittelbare Grundrechtsbindung Privater in Zeiten des Einflusses
sozialer Netzwerke auf die öffentliche Kommunikation.
In: ZHR 182 (2018), 1-7.

- Milker, Jens Social-Bots: Gesetzgeberische Maßnahmen auf dem Prüfstand.
In: InTeR 2017, 199-207.
- Milker, Jens Die Polizei auf Twitter - Brauchen wir ein Social-Media-Gesetz für staatliche Stellen?
In: NVwZ 2018, 1751-1758.
- Müller-Franken, Sebastian Netzwerkdurchsetzungsgesetz – Selbstbehauptung des Rechts oder erster Schritt in die selbstregulierte Vorzensur? – Verfassungsrechtliche Fragen.
In: AfP 2018, 1-13.
- Müller-Terpitz, Ralf Soziale Netzwerke als Gegenstand des geltenden Rechts
In: Eifert, Martin/Gostomzyk, Tobias (Hg.), Netzwerkrecht. Die Zukunft des NetzDG und seine Folgen für die Netzkommunikation. Baden-Baden 2018, S. 45-60
- Müller-Terpitz, Ralf Einbindung von Intermediären in das medienrechtliche System der Vielfaltsicherung.
In: AfP 2017, 380-384.
- Nieland, Holger Störerhaftung bei Meinungsforen im Internet. Nachträgliche Löschungspflicht oder Pflicht zur Eingangskontrolle?
In: NJW 2010, 1494-1499.
- Nolte, Georg Hate-Speech, Fake-News, das »Netzwerkdurchsetzungsgesetz« und Vielfaltsicherung durch Suchmaschinen.
In: ZUM 2017, 552-565.
- Ohly, Ansgar Die Verantwortlichkeit von Intermediären.
In: ZUM 2015, 308-318.
- Paal, Boris
Hennemann, Moritz Meinungsbildung im digitalen Zeitalter.
In: JZ 2017, 641-652.
- Paal, Boris P.
Hennemann, Moritz Rechtspolitik im digitalen Zeitalter.
In: ZRP 2017, 215-216.
- Paal, Boris P.
Hennemann, Moritz Soziale Netzwerke in der Pflicht! Meinungsfreiheit in Gefahr? Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz in der Praxis: Bestandsaufnahme und Handlungsempfehlungen.
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Analysen & Argumente, Nr. 326, November 2018.
- Palzer, Christoph Nun sag, wie hast du's mit dem Persönlichkeitsschutz im Internet? Vom schmalen Grat zwischen „Wohlstandsverwahrlosung“ und effektiver Rechtsdurchsetzung.
In: Taeger, Jürgen (Hg.), DSRITB 2016, 91-105.

Papier, Hans-Jürgen	Rechtsstaatlichkeit und Grundrechtsschutz in der digitalen Gesellschaft. In: NJW 2017, 3025-3031.
Peifer, Karl-Nikolaus	Netzwerkdurchsetzungsgesetz: Selbstbehauptung des Rechts oder erster Schritt in die selbstregulierte Vorzensur? – Zivilrechtliche Aspekte. In: AfP 2018, 14-23.
Peifer, Karl-Nikolaus	Fake News und Providerhaftung – Warum das NetzDG zur Abwehr von Fake News die falschen Instrumente liefert. In: CR 2017, 809-813.
Peukert, Alexander	Gewährleistung der Meinungs- und Informationsfreiheit in sozialen Netzwerken – Vorschlag für eine Ergänzung des NetzDG um sog. Put-back-Verfahren. In: MMR 2018, 572-578.
Peukert, Alexander	Put it back: Ein Vorschlag für ein NetzDG, das die Meinungsfreiheit wahrt. In: Verfassungsblog, 14.01.2018. Abrufbar unter: https://verfassungsblog.de/put-it-back-ein-vorschlag-fuer-ein-netzdg-das-die-meinungsfreiheit-wahrt/
Pfeiffer, Jan	EuGH: Ausweitung der Löschpflichten im Internet. In: CR 2019, R127-R128.
Pille, Jens-Ullrich	Der Grundsatz der Eigenverantwortlichkeit im Internet. In: NJW 2018, 3545-3550.
Raue, Benjamin	Meinungsfreiheit in sozialen Netzwerken Ansprüche von Nutzern sozialer Netzwerke gegen die Löschung ihrer Beiträge. In: JZ 2018, 961-970.
Rebehn, Sven	Stumpfes Schwert. In: DriZ 2019, 208-209.
Redeker, Helmut	Das NetzDG – Privatisierung staatlicher Kernaufgaben, Wer bestimmt die Grenzen zwischen verbotener Beleidigung und erlaubter Meinungsäußerung? AnwBI 2018, 273.
Richter, Philipp	Das NetzDG – Wunderwaffe gegen „Hate Speech“ und „Fake News“ oder ein neues Zensurmittel? In: ZD-Aktuell 2017, 05623.
Schiff, Alexander	Meinungsfreiheit in mediatisierten digitalen Räumen In: MMR 2018, 366-371.

- Schmitt, Christian
Maurer, Felix Die Bekämpfung der Kriminalität in sozialen Netzwerken: Kritische Anmerkungen zum NetzDG.
In: jM 2018, 346-349.
- Schmitz, Sandra
Robinson, Gavin Das NetzDG und die CPS Guidelines zur Verfolgung strafbarer Inhalte in sozialen Medien.
In: Taeger, Jürgen (Hg.), DSRITB 2017, 289-304.
- Schulz, Wolfgang Regulating Intermediaries to Protect Privacy Online – the Case of the German NetzDG.
HIIG Discussion Paper Series 2018 -01.
Abrufbar unter: <https://www.hiig.de/wp-content/uploads/2018/07/SSRN-id3216572.pdf>
- Schwartmann, Rolf Verantwortlichkeit Sozialer Netzwerke nach dem
Netzwerkdurchsetzungsgesetz.
In: GRUR-Prax 2017, 317-319.
- Smets, Christoph Die Stadionverbotsentscheidung des BverfG und die Umwälzung der
Grundrechtssicherung auf Private.
In: NVwZ 2019, 34-37.
- Specht, Louisa Ausgestaltung der Verantwortlichkeit von Plattformbetreibern zwischen
Vollharmonisierung und nationalem Recht.
In: ZUM 2017, 114-122.
- Spindler, Gerald Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz.
In: K&R 2017, 533-544.
- Spindler, Gerald Rechtsdurchsetzung von Persönlichkeitsrechten.
In: GRUR 2018, 365-373.
- Spindler, Gerold Der Regierungsentwurf zum Netzwerkdurchsetzungsgesetz –
europarechtswidrig?
In: ZUM 2017, 473-487.
- Spindler, Gerold Haftung ohne Ende? Über Stand und Zukunft der Haftung von Providern.
In: MMR 2018, 48-52.
- Spindler, Gerold Löschung und Sperrung von Inhalten aufgrund von Teilnahmebedingungen
sozialer Netzwerke.
In: CR 2019, 238-247.
- Spindler, Gerold Gutachten zum NetzDG, Positionspapier, Legal-Expertise. 5. Mai 2017.
Abrufbar unter: <https://www.bitkom.org/Bitkom/Publikationen/Gutachten-von-Prof-Dr-Gerald-Spindler-zum-Netzwerkdurchsetzungsgesetz.html>
- Spindler, Gerold/
Schmitz, Peter Telemediengesetz mit Netzwerkdurchsetzungsgesetz, 2. Aufl. 2018.

- Tinnefeld, Morie- Theres Wie frei soll die freie Meinungsäußerung sein: Denken in Gegensätzen.
In: ZD 2017, 353 -354.
- Ullrich, Ines „Schlampe“, „Drecks Fotze“ und „Stück Scheiße“ als zulässige
Meinungsäußerung.
In: jurisPR-StrafR 22/2019 Anm. 1.
- Warg, Gunter Meinungsfreiheit zwischen Zensur und Selbstzensur.
In: DÖV 2018, 473-482.
- Wimmers, Jörg
Heymann, Britta . Zum Referentenentwurf eines Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (NetzDG) –
eine kritische Stellungnahme.
In: AfP 2017, 93- 102.

Teil 2: Sonstige Studien zum NetzDG

- Article 19 Germany: The Act to Improve Enforcement of the Law in Social Networks.
Article 17 Legal analysis, August 2017.
<https://www.article19.org/wp-content/uploads/2017/09/170901-Legal-Analysis-German-NetzDG-Act.pdf>
- Echikson, William
Knodt, Olivia Germany's NetzDG: A key for combatting online hate.
CEPS: Research Reporter No. 2018/09, November 2018.
- MA HSH: Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein
MA HSH-Auswertung der Transparenzberichte nach NetzDG.
Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein, 1.6.2019. <https://www.ma-hsh.de/infothek/publikationen/ma-hsh-auswertung-der-transparenzberichte-nach-netzdg.html>
- Tworek, Heide
Leerssen, Paddy An Analysis of Germany's NetzDG Law. Transatlantic Working Group,
15.04.2019.
https://www.ivir.nl/publicaties/download/NetzDG_Tworek_Leerssen_April_2019.pdf

Netzwerk- anbieter / Halbjahres- berichte	Bericht 1 1. Januar 2018 bis 30. Juni 2018 (Change.org, Facebook, Google+, Twitter, YouTube.)						Bericht 2 1. Juli 2018 bis 31. Dezember 2018 (Change.org, Facebook, Google+, Soundcloud (*Bericht für 1 Jahr), Twitter, YouTube)						Bericht 3 1. Januar bis 30. Juni 2019 (Change.org, Facebook, Google+, Instagram, Reddit, Twitter, YouTube)					
	Anzahl NetzDG Beschwerden	Löschquote	Anzahl NetzDG Beschwerden Nutzer*innen	Löschquote	Anzahl NetzDG Beschwerden Stelle	Löschquote	Anzahl NetzDG Beschwerden	Löschquote	Anzahl NetzDG Beschwerden Nutzer*innen	Löschquote	Anzahl NetzDG Beschwerden Stelle	Löschquote	Anzahl NetzDG Beschwerden	Löschquote	Anzahl NetzDG Beschwerden Nutzer*innen	Löschquote	Anzahl NetzDG Beschwerden Stelle	Löschquote
Change.org	1.257	332 26,4 %	1.257	332 26,4 %	0	0	996	258 25,9 %	996	258 25,9 %	0	0	943	82 8,7 %	943	82 8,7 %	0	0
Facebook	886	362 40,86 %	773	362 40,86 %	113	113	500	369 73,8 %	408	369 73,8 %	92	92	674	349 51,8 %	551	349 51,8 %	123	123
Google+	2.769	1.277 46,1 %	2.741	1.257 45,9 %	28	20 71,4 %	2835	1.502 53 %	2770	1.461 52,7 %	65	41 63,1 %	547	285 52,1 %	541	283 52,3 %	6	2 33,3 %
Instagram													146	116 79,5 %	116	116 79,5 %	30	30
Reddit													173	110 63,6 %	167	110 65,9 %	6	0 0 %
Twitter	2.648	28.645 10,8 %	2.440	27.112 11,1 %	2.075	1.533 7,4 %	2.564	23.065 9 %	2.363	22.044 9,3 %	2.014	1.161 5,8 %	499	4.670 2	472	4.475 2	26.376	1.950 7,4 %
YouTube	2.148	58.297 27,1 %	1.448	42.025 29 %	6.999	16.272 23,2 %	2.509	54.644 21,8 %	1.675	39.045 23,3 %	8.339	15.599 18,7 %	304	7.116 8	205	5.045 4	98.844	20.714 21 %
Soundcloud*							106	103 97,2 %										
Gesamt	4.845	86.942	3.936	43.614	9.088	17.825	5.118	79.941	4.080	62.808	1.036	16.801	806	1.184	680	9.568	125.385	22.666
	57		71		6		56		63		87		254	63	869	1		

Bericht 1						
1. Januar 2018 bis 30. Juni 2018						
(Change.org, Facebook, Google+, Twitter, YouTube.)						
	Anzahl NetzDG Beschwerden	Löschquote	Anzahl NetzDG Beschwerden Nutzer*innen	Löschquote	Anzahl NetzDG Beschwerden Stelle	Löschquote
Change.org	1.257	332 26,4%	1.257	332 26,4%	0	0
Facebook	886	362 40,86%	773		113	
Google+	2.769	1.277 46,1%	2.741	1.257 45,9%	28	20 71,4%
Instagram						
Reddit						
Twitter	264.818	28.645 10,8%	244.064	27.112 11,1%	20.754	1.533 7,4%
YouTube	214.827	58.297 27,1%	144.836	42.025 29%	69.991	16.272 23,2%
Soundcloud*						
Gesamt	484.557	86.942	393.671	43.614	90.886	17.825

Bericht 2						
1. Juli 2018 bis 31. Dezember 2018						
(Change.org, Facebook, Google+, Soundcloud (*Bericht für 1 Jahr), Twitter, YouTube)						
	Anzahl NetzDG Beschwerden	Löschquote	Anzahl NetzDG Beschwerden Nutzer*innen	Löschquote	Anzahl NetzDG Beschwerden Stelle	Löschquote
Change.org	996	258 25,9%	996	258 25,9%	0	0
Facebook	500	369 73,8%	408		92	
Google+	2.835	1.502 53%	2.770	1.461 52,7%	65	41 63,1%
Instagram						
Reddit						
Twitter	256.462	23.065 9%	236.322	22.044 9,3%	20.140	1.161 5,8%
YouTube	250.957	54.644 21,8%	167.567	39.045 23,3%	83.390	15.599 18,7%
Soundcloud*	106	103 97,2%				
Gesamt	511.856	79.941	408.063	62.808	103.687	1.6801

Bericht 3 1. Januar bis 30. Juni 2019 (Change.org, Facebook, Google+, Instagram, Reddit, Twitter, YouTube)						
	Anzahl NetzDG Beschwerden	Löschquote	Anzahl NetzDG Beschwerden Nutzer*innen	Löschquote	Anzahl NetzDG Beschwerden Stelle	Löschquote
Change.org	943	82 8,7%	943	82 8,7%	0	0
Facebook	674	349 51,8%	551		123	
Google+	547	285 52,1%	541	283 52,3%	6	2 33,3%
Instagram	146	116 79,5%	116		30	
Reddit	173	110 63,6%	167	110 65,9%	6	0 0%
Twitter	499.346	46.702 9,4%	472.970	44.752 9,4%	26.376	1.950 7,4%
YouTube	304.425	71.168 23,4%	205.581	50.454 24,5%	98.844	20.714 21%
Soundcloud*						
Gesamt	806.254	118.463	680.869	95.681	125.385	22.666

	1. Halbjahr 2018		2. Halbjahr 2018		1. Halbjahr 2019	
	Anzahl der Meldungen aller Netzwerke	Anzahl der Löschungen in allen Netzwerken	Anzahl der Meldungen aller Netzwerke	Anzahl der Löschungen in allen Netzwerken	Anzahl der Meldungen aller Netzwerke	Anzahl der Löschungen in allen Netzwerken
Meldungen von Beschwerdestellen	90.886	17.825	103.687	16.801	125.385	22.666
Meldungen von Nutzer*innen	393.671	43.614	408.063	62.808	680.869	95.681
Gesamt	484.557	86.942	511.856	79.941	806.254	118.463

Anlage 2

Erfüllungsaufwand des u. g. Regelungsvorhabens – Gesamtübersicht für Ressorts												
Regelungsvorhabennummer: 4137 Gesetz zur Verbesserung der Rechtdurchsetzung in sozialen Netzwerken (Netzwerkdurchsetzungsgesetz - NetzDG)											Stand: 05.03.2020	
Ressort: BMJV												
Wirtschaft		Allgemeine Angaben					Erfüllungsaufwand (in Tsd. EUR)		Differenz des Erfüllungsaufwands (in Tsd. EUR)		Erfüllungsaufwand (in Tsd. EUR)	
Identifikationsnummer der Vorgabe in der Datenbank	Bezeichnung der Vorgabe	Paragraf	Abkürzung der Rechtsnorm	Datum des Inkrafttretens	Art der Vorgabe	Vorherige gesetzliche Regelung	Ex-ante-Wert zur aktuellen gesetzlichen Regelung	Differenz des Erfüllungsaufwands (in Tsd. EUR)	Ex-post-Wert zur aktuellen gesetzlichen Regelung	Vorherige gesetzliche Regelung	Aktuelle gesetzliche Regelung	
201706090901801_21X	Ertelung von Auskünften im Zusammenhang mit Verletzungen absolut geschützter Rechte	§ 14 Abs. 3 TMG i.V. NetzDG		01.10.2017	Informationspflicht Wirtschaft	0	1.000	0	18	18	18	
2017053110395101_21X	Berichtspflicht für Anbieter sozialer Netzwerke	§ 2	NetzDG	01.10.2017	Informationspflicht Wirtschaft	0	2.000	0	25	25	25	
2017053110395501_21X	Vorhaltung eines wirksamen Beschwerdesystems ohne Schulungs- und Betreuungsgarantien	§ 3 Abs. 1 bis 4	NetzDG	01.10.2017	Weitere Vorgabe Wirtschaft	0	25.000	0	1.585	1.585	1.585	
2020010614255201_21X	Schulungs- und Betreuungsgarantien für Personen, die mit der Bearbeitung von Beschwerden beauftragt sind	§ 3 Abs. 4	NetzDG	01.10.2017	Weitere Vorgabe Wirtschaft	0	0	0	18.839	18.839	18.839	
2017053110395901_21X	Benennung eines inländischen Zustellungsbevollmächtigten	§ 5 Abs. 1	NetzDG	01.10.2017	Weitere Vorgabe Wirtschaft	0	1.000	0	0	0	0	
Bei folgenden Vorgaben handelt es sich um Bagatelldfälle, bei denen keine differenzierte Validierungsmessung erfolgt ist. Einzelberichte werden nicht erzeugt. Als Messergebnis wird im Regelfall der Ex-ante-Wert übernommen. Ein anderer Wert ist nur dann implementiert, wenn sich im Zuge der Messrechenen weitere Erkenntnisse ergeben haben.												
2020010614255101_21X	Dokumentationspflichten in Verbindung mit der Vorhaltung eines wirksamen Beschwerdesystems	§ 3 Abs. 2 Nr. 4 bis 5 NetzDG		01.10.2017	Informationspflicht Wirtschaft	0	0	0	0	0	0	
Summe Wirtschaft							29.000	0	20.437	0	20.437	
Verwaltung		Allgemeine Angaben					Erfüllungsaufwand (in Tsd. EUR)		Differenz des Erfüllungsaufwands (in Tsd. EUR)		Erfüllungsaufwand (in Tsd. EUR)	
Identifikationsnummer der Vorgabe in der Datenbank	Bezeichnung der Vorgabe	Paragraf	Abkürzung der Rechtsnorm	Datum des Inkrafttretens	Art der Vorgabe	Vorherige gesetzliche Regelung	Ex-ante-Wert zur aktuellen gesetzlichen Regelung	Differenz des Erfüllungsaufwands (in Tsd. EUR)	Ex-post-Wert zur aktuellen gesetzlichen Regelung	Vorherige gesetzliche Regelung	Aktuelle gesetzliche Regelung	
2020011101321301_21X	Monitoring und Aufsicht der Überwachung	§ 3 Abs. 5	NetzDG	01.10.2017	Vorgabe Verwaltung	0	0	0	565	565	565	
2020011101321501_21X	Anerkennung von Einrichtungen der Regulierten Selbstregulierung	§ 3 Abs. 6 bis 7	NetzDG	01.10.2017	Vorgabe Verwaltung	0	0	0	16	16	16	
2017053110400301_01X	Vollzug von Bußgelverfahren	§ 4	NetzDG	01.10.2017	Vorgabe Verwaltung	0	4.049	0	1.643	1.643	1.643	
Summe Verwaltung							4.049	0	2.224	0	2.224	
Anspruchspartner/-in im SBA: Anspruchspartner/-in im SBA: Anspruchspartner/-in im SBA: Timme, Florian – 0611775-4692 – florian.timme@destatis.de Schmidt, David – 0611775-4369 – david.schmidt@destatis.de Behre, Leon – 0611775-4184 – leon.behre@destatis.de												

Stand: 26.02.2020

Erläuterungen zur Nachmessung des u. g. Regelungsvorhabens

Regelungsvorhabennummer: 4137
Gesetz zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken (Netzwerkdurchsetzungsgesetz - NetzDG)
Regelungsvorhaben: BMJV
Ressort:

Durch das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) werden große soziale Netzwerke dazu verpflichtet, selbstständig rechtswidrige Inhalte zu löschen. Dafür sieht das NetzDG die Einrichtung eines wirksamen Beschwerdesystems vor, das die Löschung von rechtswidrigen Inhalten bei Wahrung der individuellen Äußerungsrechte von Nutzerinnen und Nutzern ermöglicht. Ferner erlegt das NetzDG den sozialen Netzwerken unter anderem die Verpflichtung auf, halbjährlich einen Transparenzbericht über die eigene Lösungspraxis zu veröffentlichen. Zurzeit gibt es keine abschließende Einschätzung, wie viele soziale Netzwerke unter den Anwendungsbereich des NetzDG fallen. Dies hängt von der Anzahl der Nutzerinnen und Nutzer sowie für manche Vorgaben, von der Anzahl eingehender Nutzerbeschwerden ab. Aufgrund dieser dynamischen Größen ist die Kategorisierung eines Unternehmens als soziales Netzwerk im Sinne des NetzDG eine über die Zeit veränderbare Größe. In unklar en Fällen kann nur das Bundesamt für Justiz (BfJ) in Einzelprüfung entscheiden, ob ein soziales Netzwerk zu einem bestimmten Zeitpunkt den Pflichten des NetzDG unterliegt. Umfassende und regelmäßige Prüfungen aller potentiellen Unternehmen durch das BfJ werden nicht durchgeführt. Aus den unterschiedlichen parlamentarischen Anfragen zu der Anzahl der vom NetzDG betroffenen sozialen Netzwerke ist zu entnehmen, dass sich diese Zahl zwischen 8 und 12 bewegt. Aus diesem Grund geht die Nachmessung von 10 betroffenen sozialen Netzwerken aus.

Die Nachmessung belegt, dass die Pflicht zur Vornahme eines Verfahrens für den Umgang mit Beschwerden über rechtswidrige Inhalte gemäß § 3 NetzDG wesentlicher Kostentreiber des Regelungsvorhabens ist, der zusätzliche Aufwand in Höhe von ca. 20 Mill. Euro jedoch geringer ausfällt, als ex ante (25 Mill. Euro) beziffert. Angesichts der Tatsache, dass der Verband Bitkom von einer Belastungssteigerung in Höhe von 530 Mill. Euro ausging, bestätigt die Nachmessung im Wesentlichen die Größenordnung der Ex-ante-Schätzung, die bei schwieriger Datenlage und großen Unsicherheiten über die tatsächliche Umsetzung in Unternehmen durchgeführt wurde. Im Zusammenhang mit § 3 NetzDG wurden in der Nachmessung drei Tätigkeitsbereiche unterschieden: Vorhalten eines wirksamen Beschwerdesystems, zugehörige Dokumentationspflichten sowie Schulungs- und Betreuungsangebote. Die Nachmessung hat gezeigt, dass das Vorhalten eines wirksamen Beschwerdesystems und die Dokumentationspflichten nur relativ geringe bzw. keine Zusatzaufwände verursachen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass große soziale Netzwerke bereits vor Einführung des NetzDG über intern abgestimmte Beschwerdeverfahren zur Moderation von Inhalten verfügten, die in Konformität mit bestehenden Gesetzen im Bereich des Jugend- und Datenschutzes entwickelt wurden. Darüber hinaus sind Verfahren zur Dokumentation und Mittelungen über Entscheidungen an Nutzerinnen und Nutzer vollautomatisiert und verursachen keinen nennenswerten jährlichen Aufwand. Insgesamt betrachtet errechnet sich somit für den Normadressaten Wirtschaft eine zusätzliche jährliche Belastung von gut 20,4 Mill. Euro (Ex-ante-Schätzung 29 Mill. Euro).

Der Verwaltungsaufwand für die Überwachung der Einhaltung der Vorgaben des NetzDG beim BfJ ist mit ca. 2,2 Mill. Euro nur halb so hoch wie ex ante vermutet. Dies ist darauf zurückzuführen, dass das Beschwerde- und Verfahrensaufkommen deutlich geringerals als angenommen.

Ansprechpartner/-in für Fragen zur Messung:

Castano Gardeazábal, Juan Sebastián; JuanSebastian.CastanoGardeazabal@destatis.de; Tel. +49 228 99 643 8912.

Berechnung des Erfüllungsaufwands der u. g. Vorgabe - Ergebnisbericht für Ressorts

20.02.2020

[Zurück zu Gesamtbericht](#)

Regelungsvorhabensnummer: **4137**

Regelungsvorhaben: **Gesetz zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken (Netzwerkdurchsetzungsgesetz - NetzDG)**

Art der Vorgabe: **Informationspflicht Wirtschaft**

Bezeichnung der Vorgabe: Erteilung von Auskünften im Zusammenhang mit Verletzungen absolut geschützter Rechte

Abkürzung der Rechtsnorm: NetzDG

Paragraf: § 14 Abs. 3 TMG i.V.m. § 5 Abs. 2

Datum des Inkrafttretens: 01.10.2017

Erhebungsinstrument: Schriftl.Befragung---

W

Identifikationsnummer der Vorgabe in der Datenbank	zuständiges Ressort	zuständiges Referat	Differenz des Erfüllungsaufwands/der Bürokratiekosten aufgrund einer Änderung der/des ...
2017060909011801	BMWi		
Gesetzgebungsebene	Online-Übermittlung der Informationen rechtlich verpflichtend	Online-Übermittlung der Informationen in der Praxis möglich	Formulare/Anträge online verfügbar
D	Nein	Ja	Ja

Unternehmensgrößenklasse:	Unternehmen aus allen Unternehmensgrößenklassen
Wirtschaftszweig:	JJJ--Information und Kommunikation
Qualifikationsniveau:	differiert

Erfüllungsaufwand und Erfüllungsaufwandsdifferenz			
	Aktuelle gesetzliche Regelung	Vorherige gesetzliche Regelung	Differenz
Standardaktivitäten	Standardzeiten pro Fall (in Minuten)	Standardzeiten pro Fall (in Minuten)	Standardzeiten pro Fall (in Minuten)
StA 2: Beschaffen von Daten	20	0	+20
StA 5: Überprüfung der Daten und Eingaben	10	0	+10
StA 7: Aufbereitung der Daten	40	0	+40
StA 8: Daten übermitteln oder veröffentlichen	10	0	+10
StA 12: Kopieren, Archivieren, Verteilen	10	0	+10
Zeitaufwand ohne Wege- und Wartezeiten pro Fall (in Minuten)	90	0	+90
einfache Wegezeiten zur Behörde	0	0	±0
Wartezeiten in der Behörde	0	0	±0
Zeitaufwand mit Wege- und Wartezeiten pro Fall (in Minuten)	90	0	+90
Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	40,33	0	+40,33
Fallzahlen für Personalkosten	290	0	+290
Zeitaufwand (in Stunden)	435	0	+435
Personalkosten (in Tsd. EUR)	18	0	+18
Sachkostenarten	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)
Sachkosten kumuliert pro Fall (in Euro)	0	0	±0
Fallzahlen für Sachkosten	290	0	+290
Sachkosten (in Tsd. EUR)	0	0	±0
Erfüllungsaufwand (in Tsd. EUR)	18	0	+18
... davon Bürokratiekosten (in Tsd. EUR)	18		

Ansprechpartner/-innen im StBA: Timme, Florian--0611/75-4692--florian.timme@destatis.de
 Schmidt, David--0611/75-4369--david.schmidt@destatis.de
 Behre, Leon--0611/75-4184--leon.behre@destatis.de

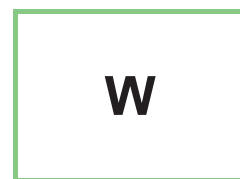
Hinweis: Die Ergebnisse werden in der o.a. Tabelle nur abgebildet, da die Analyse und Erfüllungsaufwandsberechnung nicht in Excel, sondern einem speziellen Auswertungstool stattfindet. Änderungen an einzelnen Werten führen daher nicht zu Änderungen bei Summenbildungen.

Die maschinell erstellten Ergebnisse wurden bei der Berechnung ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet. Bei der Summierung von Einzelangaben sind daher geringfügige Abweichungen in der Endsumme möglich.

Berechnung des Erfüllungsaufwands der u. g. Vorgabe - Ergebnisbericht für Ressorts 13.02.2020

[Zurück zu Gesamtbericht](#)

Regelungsvorhabensnummer: **4137**
 Regelungsvorhaben: **Gesetz zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken (Netzwerkdurchsetzungsgesetz - NetzDG)**
 Art der Vorgabe: **Informationspflicht Wirtschaft**
 Bezeichnung der Vorgabe: Berichtspflicht für Anbieter sozialer Netzwerke
 Abkürzung der Rechtsnorm: NetzDG
 Paragraf: § 2
 Datum des Inkrafttretens: 01.10.2017
 Erhebungsinstrument: Schriftl.Befragung---



Identifikationsnummer der Vorgabe in der Datenbank	zuständiges Ressort	zuständiges Referat	Differenz des Erfüllungsaufwands/der Bürokratiekosten aufgrund einer Änderung der/des ...
2017053110395101	BMJV		
Gesetzgebungsebene	Online-Übermittlung der Informationen rechtlich verpflichtend	Online-Übermittlung der Informationen in der Praxis möglich	Formulare/Anträge online verfügbar
D	Ja	Ja	Ja

Unternehmensgrößenklasse:	Unternehmen aus allen Unternehmensgrößenklassen
Wirtschaftszweig:	JJJ--Information und Kommunikation
Qualifikationsniveau:	differiert

Erfüllungsaufwand und Erfüllungsaufwandsdifferenz			
	Aktuelle gesetzliche Regelung	Vorherige gesetzliche Regelung	Differenz
Standardaktivitäten	Standardzeiten pro Fall (in Minuten)	Standardzeiten pro Fall (in Minuten)	Standardzeiten pro Fall (in Minuten)
StA 2: Beschaffen von Daten	555	0	+555
StA 3: Formulare ausfüllen, Beschriften, Kennzeichnen	105	0	+105
StA 4: Berechnungen durchführen	120	0	+120
StA 5: Überprüfung der Daten und Eingaben	230	0	+230
StA 7: Aufbereitung der Daten	282,5	0	+282,5
StA 8: Daten übermitteln oder veröffentlichen	120	0	+120
StA 11: Zahlungen anweisen	45	0	+45
StA 16: Fortbildungen und Schulungen	60	0	+60
Zeitaufwand ohne Wege- und Wartezeiten pro Fall (in Minuten)	1.518	0	+1.518
einfache Wegezeiten zur Behörde	0	0	±0
Wartezeiten in der Behörde	0	0	±0
Zeitaufwand mit Wege- und Wartezeiten pro Fall (in Minuten)	1.518	0	+1.518
Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	39,12	0	+39,12
Fallzahlen für Personalkosten	16	0	+16
Zeitaufwand (in Stunden)	405	0	+405
Personalkosten (in Tsd. EUR)	16	0	+16
Sachkostenarten	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)
Aufwendungen für die Inanspruchnahme Dritter	585,00	0	+585,00
Sachkosten kumuliert pro Fall (in Euro)	585,00	0	+585,00
Fallzahlen für Sachkosten	16	0	+16
Sachkosten (in Tsd. EUR)	9	0	+9
Erfüllungsaufwand (in Tsd. EUR)	25	0	+25
... davon Bürokratiekosten (in Tsd. EUR)	25		

Ansprechpartner/-innen im StBA: Timme, Florian--0611/75-4692--florian.timme@destatis.de
 Schmidt, David--0611/75-4369--david.schmidt@destatis.de
 Behre, Leon--0611/75-4184--leon.behre@destatis.de

Hinweis: Die Ergebnisse werden in der o.a. Tabelle nur abgebildet, da die Analyse und Erfüllungsaufwandsberechnung nicht in Excel, sondern einem speziellen Auswertungstool stattfindet. Änderungen an einzelnen Werten führen daher nicht zu Änderungen bei Summenbildungen.
 Die maschinell erstellten Ergebnisse wurden bei der Berechnung ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet. Bei der Summierung von Einzelangaben sind daher geringfügige Abweichungen in der Endsumme möglich.

Berechnung des Erfüllungsaufwands der u. g. Vorgabe - Ergebnisbericht für Ressorts

13.02.2020

[Zurück zu Gesamtbericht](#)

Regelungsvorhabensnummer:

4137

Regelungsvorhaben:

Gesetz zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken (Netzwerkdurchsetzungsgesetz - NetzDG)

Art der Vorgabe:

Weitere Vorgabe Wirtschaft

Bezeichnung der Vorgabe:

Vorhaltung eines wirksamen Beschwerdesystems (ohne Schulungs- und Betreuungsangebote)

Abkürzung der Rechtsnorm:

NetzDG

Paragraf:

§ 3 Abs. 1 bis 4

Datum des Inkrafttretens:

01.10.2017

Erhebungsinstrument:

Schriftl.Befragung---

W

Identifikationsnummer der Vorgabe in der Datenbank	zuständiges Ressort	zuständiges Referat	Differenz des Erfüllungsaufwands aufgrund einer Änderung der/des ...
2017053110395501	BMJV		
Gesetzgebungsebene	Online-Übermittlung der Informationen rechtlich verpflichtend	Online-Übermittlung der Informationen in der Praxis möglich	Formulare/Anträge online verfügbar
D	Es findet keine Informationsübermittlung statt	Es findet keine Informationsübermittlung statt	Nein

Unternehmensgrößenklasse:	Unternehmen aus allen Unternehmensgrößenklassen
Wirtschaftszweig:	JJJ--Information und Kommunikation
Qualifikationsniveau:	differiert

Erfüllungsaufwand und Erfüllungsaufwandsdifferenz			
	Aktuelle gesetzliche Regelung	Vorherige gesetzliche Regelung	Differenz
Standardaktivitäten	Standardzeiten pro Fall (in Minuten)	Standardzeiten pro Fall (in Minuten)	Standardzeiten pro Fall (in Minuten)
StA 5: Überprüfung der Daten und Eingaben	174.000	0	+174.000
StA 7: Aufbereitung der Daten	75.000	0	+75.000
Zeitaufwand ohne Wege- und Wartezeiten pro Fall (in Minuten)	249.000	0	+249.000
einfache Wegezeiten zur Behörde	0	0	±0
Wartezeiten in der Behörde	0	0	±0
Zeitaufwand mit Wege- und Wartezeiten pro Fall (in Minuten)	249.000	0	+249.000
Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	37,48	0	+37,48
Fallzahlen für Personalkosten	10	0	+10
Zeitaufwand (in Stunden)	41.500	0	+41.500
Personalkosten (in Tsd. EUR)	1.555	0	+1.555
Sachkostenarten	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)
Sachkosten kumuliert pro Fall (in Euro)	0	0	±0
Fallzahlen für Sachkosten	10	0	+10
Sachkosten (in Tsd. EUR)	0	0	±0
Erfüllungsaufwand (in Tsd. EUR)	1.555	0	+1.555

Ansprechpartner/-innen im StBA: Timme, Florian--0611/75-4692--florian.timme@destatis.de
Schmidt, David--0611/75-4369--david.schmidt@destatis.de
Behre, Leon--0611/75-4184--leon.behre@destatis.de

Hinweis: Die Ergebnisse werden in der o.a. Tabelle nur abgebildet, da die Analyse und Erfüllungsaufwandsberechnung nicht in Excel, sondern einem speziellen Auswertungstool stattfindet. Änderungen an einzelnen Werten führen daher nicht zu Änderungen bei Summenbildungen.

Die maschinell erstellten Ergebnisse wurden bei der Berechnung ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet. Bei der Summierung von Einzelangaben sind daher geringfügige Abweichungen in der Endsumme möglich.

Berechnung des Erfüllungsaufwands der u. g. Vorgabe - Ergebnisbericht für Ressorts 20.02.2020

[Zurück zu Gesamtbericht](#)

Regelungsvorhabensnummer: **4137**
 Regelungsvorhaben: **Gesetz zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken (Netzwerkdurchsetzungsgesetz - NetzDG)**
 Art der Vorgabe: **Weitere Vorgabe Wirtschaft**
 Bezeichnung der Vorgabe: Schulungs- und Betreuungsangebote für Personen, die mit der Bearbeitung von Beschwerden beauftragt sind
 Abkürzung der Rechtsnorm: NetzDG
 Paragraf: § 3 Abs. 4
 Datum des Inkrafttretens: 01.10.2017
 Erhebungsinstrument: Schriftl.Befragung---



Identifikationsnummer der Vorgabe in der Datenbank	zuständiges Ressort	zuständiges Referat	Differenz des Erfüllungsaufwands aufgrund einer Änderung der/des ...
2020010614255201	BMJV		
Gesetzgebungsebene	Online-Übermittlung der Informationen rechtlich verpflichtend	Online-Übermittlung der Informationen in der Praxis möglich	Formulare/Anträge online verfügbar
D	Es findet keine Informationsübermittlung statt	Es findet keine Informationsübermittlung statt	Trifft nicht zu

Unternehmensgrößenklasse:	Unternehmen aus allen Unternehmensgrößenklassen
Wirtschaftszweig:	JJJ--Information und Kommunikation
Qualifikationsniveau:	Hoch

Erfüllungsaufwand und Erfüllungsaufwandsdifferenz			
	Aktuelle gesetzliche Regelung	Vorherige gesetzliche Regelung	Differenz
Standardaktivitäten	Standardzeiten pro Fall (in Minuten)	Standardzeiten pro Fall (in Minuten)	Standardzeiten pro Fall (in Minuten)
Zeitaufwand ohne Wege- und Wartezeiten pro Fall (in Minuten)	3.690	0	+3.690
einfache Wegezeiten zur Behörde	0	0	±0
Wartezeiten in der Behörde	0	0	±0
Zeitaufwand mit Wege- und Wartezeiten pro Fall (in Minuten)	3.690	0	+3.690
Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	47,40	0	+47,40
Fallzahlen für Personalkosten	10	0	+10
Zeitaufwand (in Stunden)	615	0	+615
Personalkosten (in Tsd. EUR)	29	0	+29
Sachkostenarten	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)
Aufwendungen für die Inanspruchnahme Dritter	1.881.000,00	0	+1.881.000,00
Sachkosten kumuliert pro Fall (in Euro)	1.881.000,00	0	+1.881.000,00
Fallzahlen für Sachkosten	10	0	+10
Sachkosten (in Tsd. EUR)	18.810	0	+18.810
Erfüllungsaufwand (in Tsd. EUR)	18.839	0	+18.839

Ansprechpartner/-innen im StBA: Timme, Florian--0611/75-4692--florian.timme@destatis.de
 Schmidt, David--0611/75-4369--david.schmidt@destatis.de
 Behre, Leon--0611/75-4184--leon.behre@destatis.de

Hinweis: Die Ergebnisse werden in der o.a. Tabelle nur abgebildet, da die Analyse und Erfüllungsaufwandsberechnung nicht in Excel, sondern einem speziellen Auswertungstool stattfindet. Änderungen an einzelnen Werten führen daher nicht zu Änderungen bei Summenbildungen. Die maschinell erstellten Ergebnisse wurden bei der Berechnung ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet. Bei der Summierung von Einzelangaben sind daher geringfügige Abweichungen in der Endsumme möglich.

Berechnung des Erfüllungsaufwands der u. g. Vorgabe - Ergebnisbericht für Ressorts

20.02.2020

[Zurück zu Gesamtbericht](#)

Regelungsvorhabensnummer: **4137**

Regelungsvorhaben: **Gesetz zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken (Netzwerkdurchsetzungsgesetz - NetzDG)**

Art der Vorgabe: **Weitere Vorgabe Wirtschaft**

Bezeichnung der Vorgabe: Benennung eines inländischen Zustellungsbevollmächtigten

Abkürzung der Rechtsnorm: NetzDG

Paragraf: § 5 Abs. 1

Datum des Inkrafttretens: 01.10.2017

Erhebungsinstrument: Zeit und Kosten gleich Null



Identifikationsnummer der Vorgabe in der Datenbank	zuständiges Ressort	zuständiges Referat	Differenz des Erfüllungsaufwands aufgrund einer Änderung der/des ...
2017053110395901	BMJV		
Gesetzgebungsebene	Online-Übermittlung der Informationen rechtlich verpflichtend	Online-Übermittlung der Informationen in der Praxis möglich	Formulare/Anträge online verfügbar
D	Es findet keine Informationsübermittlung statt	Es findet keine Informationsübermittlung statt	Ja

Unternehmensgrößenklasse:	Unternehmen aus allen Unternehmensgrößenklassen
Wirtschaftszweig:	JJJ--Information und Kommunikation
Qualifikationsniveau:	

Erfüllungsaufwand und Erfüllungsaufwandsdifferenz			
	Aktuelle gesetzliche Regelung	Vorherige gesetzliche Regelung	Differenz
Standardaktivitäten	Standardzeiten pro Fall (in Minuten)	Standardzeiten pro Fall (in Minuten)	Standardzeiten pro Fall (in Minuten)
Zeitaufwand ohne Wege- und Wartezeiten pro Fall (in Minuten)	0	0	±0
einfache Wegezeiten zur Behörde	0	0	±0
Wartezeiten in der Behörde	0	0	±0
Zeitaufwand mit Wege- und Wartezeiten pro Fall (in Minuten)	0	0	±0
Lohnsatz pro Stunde (in Euro)		0	
Fallzahlen für Personalkosten			±0
Zeitaufwand (in Stunden)	0	0	±0
Personalkosten (in Tsd. EUR)	0	0	±0
Sachkostenarten	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)
Sachkosten kumuliert pro Fall (in Euro)	0	0	±0
Fallzahlen für Sachkosten			±0
Sachkosten (in Tsd. EUR)	0	0	±0
Erfüllungsaufwand (in Tsd. EUR)	0	0	±0

Ansprechpartner/-innen im StBA: Timme, Florian--0611/75-4692--florian.timme@destatis.de
 Schmidt, David--0611/75-4369--david.schmidt@destatis.de
 Behre, Leon--0611/75-4184--leon.behre@destatis.de

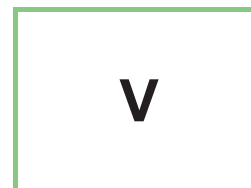
Hinweis: Die Ergebnisse werden in der o. a. Tabelle nur abgebildet, da die Analyse und Erfüllungsaufwandsberechnung nicht in Excel, sondern einem speziellen Auswertungstool stattfindet. Änderungen an einzelnen Werten führen daher nicht zu Änderungen bei Summenbildungen.

Die maschinell erstellten Ergebnisse wurden bei der Berechnung ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet. Bei der Summierung von Einzelangaben sind daher geringfügige Abweichungen in der Endsumme möglich.

Berechnung des Erfüllungsaufwands der u. g. Vorgabe - Ergebnisbericht für Ressorts 20.02.2020

[Zurück zu Gesamtbericht](#)

Regelungsvorhabensnummer: **4137**
 Regelungsvorhaben: **Gesetz zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken (Netzwerkdurchsetzungsgesetz - NetzDG)**
 Art der Vorgabe: **Vorgabe Verwaltung**
 Bezeichnung der Vorgabe: **Monitoring und Aufsicht der Überwachung**
 Abkürzung der Rechtsnorm: **NetzDG**
 Paragraf: **§ 3 Abs. 5**
 Datum des Inkrafttretens: **01.10.2017**
 Erhebungsinstrument: **Schriftl.Befragung---**



Identifikationsnummer der Vorgabe in der Datenbank	zuständiges Ressort	zuständiges Referat	Differenz des Erfüllungsaufwands aufgrund einer Änderung der/des ...
2020011510321301	BMJV		
Gesetzgebungsebene	Online-Übermittlung der Informationen rechtlich verpflichtend	Online-Übermittlung der Informationen in der Praxis möglich	Formulare/Anträge online verfügbar
D	Es findet keine Informationsübermittlung statt	Es findet keine Informationsübermittlung statt	Trifft nicht zu

Verwaltungsebene:	Bund
Laufbahngruppe:	

Erfüllungsaufwand und Erfüllungsaufwandsdifferenz			
	Aktuelle gesetzliche Regelung	Vorherige gesetzliche Regelung	Differenz
Standardaktivitäten	Standardzeiten pro Fall (in Minuten)	Standardzeiten pro Fall (in Minuten)	Standardzeiten pro Fall (in Minuten)
Zeitaufwand ohne Wege- und Wartezeiten pro Fall (in Minuten)	57.792	0	+57.792
einfache Wegezeiten zur Behörde	0	0	±0
Wartezeiten in der Behörde	0	0	±0
Zeitaufwand mit Wege- und Wartezeiten pro Fall (in Minuten)	57.792	0	+57.792
Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	42,40	0	+42,40
Fallzahlen für Personalkosten	1	0	+1
Zeitaufwand (in Stunden)	963	0	+963
Personalkosten (in Tsd. EUR)	41	0	+41
Sachkostenarten	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)
Aufwendungen für die Inanspruchnahme Dritter	523.728,00	0	+523.728,00
Sachkosten kumuliert pro Fall (in Euro)	523.728,00	0	+523.728,00
Fallzahlen für Sachkosten	1	0	+1
Sachkosten (in Tsd. EUR)	524	0	+524
Erfüllungsaufwand (in Tsd. EUR)	565	0	+565

Ansprechpartner/-innen im StBA: Timme, Florian--0611/75-4692--florian.timme@destatis.de
 Schmidt, David--0611/75-4369--david.schmidt@destatis.de
 Behre, Leon--0611/75-4184--leon.behre@destatis.de

Hinweis: Die Ergebnisse werden in der o.a. Tabelle nur abgebildet, da die Analyse und Erfüllungsaufwandsberechnung nicht in Excel, sondern einem speziellen Auswertungstool stattfindet. Änderungen an einzelnen Werten führen daher nicht zu Änderungen bei Summenbildungen. Die maschinell erstellten Ergebnisse wurden bei der Berechnung ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet. Bei der Summierung von Einzelangaben sind daher geringfügige Abweichungen in der Endsumme möglich.

Berechnung des Erfüllungsaufwands der u. g. Vorgabe - Ergebnisbericht für Ressorts

20.02.2020

[Zurück zu Gesamtbericht](#)

Regelungsvorhabennummer: **4137**

Regelungsvorhaben: **Gesetz zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken (Netzwerkdurchsetzungsgesetz - NetzDG)**

Art der Vorgabe: **Vorgabe Verwaltung**

Bezeichnung der Vorgabe: Anerkennung von Einrichtungen der Regulierten Selbstregulierung

Abkürzung der Rechtsnorm: NetzDG

Paragraf: § 3 Abs. 6 bis 7

Datum des Inkrafttretens: 01.10.2017

Erhebungsinstrument: Schriftl.Befragung---

V

Identifikationsnummer der Vorgabe in der Datenbank	zuständiges Ressort	zuständiges Referat	Differenz des Erfüllungsaufwands aufgrund einer Änderung der/des ...
2020011510321501	BMJV		
Gesetzgebungsebene	Online-Übermittlung der Informationen rechtlich verpflichtend	Online-Übermittlung der Informationen in der Praxis möglich	Formulare/Anträge online verfügbar
D	Nein	Ja	Nein

Verwaltungsebene:	Bund
Laufbahngruppe:	

Erfüllungsaufwand und Erfüllungsaufwandsdifferenz			
	Aktuelle gesetzliche Regelung	Vorherige gesetzliche Regelung	Differenz
Standardaktivitäten	Standardzeiten pro Fall (in Minuten)	Standardzeiten pro Fall (in Minuten)	Standardzeiten pro Fall (in Minuten)
Zeitaufwand ohne Wege- und Wartezeiten pro Fall (in Minuten)	19.584	0	+19.584
einfache Wegezeiten zur Behörde	0	0	±0
Wartezeiten in der Behörde	0	0	±0
Zeitaufwand mit Wege- und Wartezeiten pro Fall (in Minuten)	19.584	0	+19.584
Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	49,77	0	+49,77
Fallzahlen für Personalkosten	1	0	+1
Zeitaufwand (in Stunden)	326	0	+326
Personalkosten (in Tsd. EUR)	16	0	+16
Sachkostenarten	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)
Aufwendungen für die Inanspruchnahme Dritter	1,00	0	+1,00
Sachkosten kumuliert pro Fall (in Euro)	1,00	0	+1,00
Fallzahlen für Sachkosten	1	0	+1
Sachkosten (in Tsd. EUR)	0,001	0	+0,001
Erfüllungsaufwand (in Tsd. EUR)	16	0	+16

Ansprechpartner/-innen im StBA: Timme, Florian--0611/75-4692--florian.timme@destatis.de
Schmidt, David--0611/75-4369--david.schmidt@destatis.de
Behre, Leon--0611/75-4184--leon.behre@destatis.de

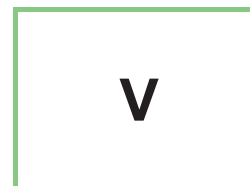
Hinweis: Die Ergebnisse werden in der o.a. Tabelle nur abgebildet, da die Analyse und Erfüllungsaufwandsberechnung nicht in Excel, sondern einem speziellen Auswertungstool stattfindet. Änderungen an einzelnen Werten führen daher nicht zu Änderungen bei Summenbildungen.

Die maschinell erstellten Ergebnisse wurden bei der Berechnung ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet. Bei der Summierung von Einzelangaben sind daher geringfügige Abweichungen in der Endsumme möglich.

Berechnung des Erfüllungsaufwands der u. g. Vorgabe - Ergebnisbericht für Ressorts 20.02.2020

[Zurück zu Gesamtbericht](#)

Regelungsvorhabensnummer: **4137**
 Regelungsvorhaben: **Gesetz zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken (Netzwerkdurchsetzungsgesetz - NetzDG)**
 Art der Vorgabe: **Vorgabe Verwaltung**
 Bezeichnung der Vorgabe: Vollzug von Bußgeldverfahren
 Abkürzung der Rechtsnorm: NetzDG
 Paragraf: § 4
 Datum des Inkrafttretens: 01.10.2017
 Erhebungsinstrument: Schriftl.Befragung---



Identifikationsnummer der Vorgabe in der Datenbank	zuständiges Ressort	zuständiges Referat	Differenz des Erfüllungsaufwands aufgrund einer Änderung der/des ...
2017053110400301	BMJV		
Gesetzgebungsebene	Online-Übermittlung der Informationen rechtlich verpflichtend	Online-Übermittlung der Informationen in der Praxis möglich	Formulare/Anträge online verfügbar
D	Nein	Ja	Nein

Verwaltungsebene:	Bund
Laufbahngruppe:	

Erfüllungsaufwand und Erfüllungsaufwandsdifferenz			
	Aktuelle gesetzliche Regelung	Vorherige gesetzliche Regelung	Differenz
Standardaktivitäten	Standardzeiten pro Fall (in Minuten)	Standardzeiten pro Fall (in Minuten)	Standardzeiten pro Fall (in Minuten)
Zeitaufwand ohne Wege- und Wartezeiten pro Fall (in Minuten)	2.192.256	0	+2.192.256
einfache Wegezeiten zur Behörde	0	0	±0
Wartezeiten in der Behörde	0	0	±0
Zeitaufwand mit Wege- und Wartezeiten pro Fall (in Minuten)	2.192.256	0	+2.192.256
Lohnsatz pro Stunde (in Euro)	43,66	0	+43,66
Fallzahlen für Personalkosten	1	0	+1
Zeitaufwand (in Stunden)	36.538	0	+36.538
Personalkosten (in Tsd. EUR)	1.595	0	+1.595
Sachkostenarten	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)	Sachkosten pro Fall (in Euro)
Aufwendungen für die Inanspruchnahme Dritter	48.147,00	0	+48.147,00
Sachkosten kumuliert pro Fall (in Euro)	48.147,00	0	+48.147,00
Fallzahlen für Sachkosten	1	0	+1
Sachkosten (in Tsd. EUR)	48	0	+48
Erfüllungsaufwand (in Tsd. EUR)	1.643	0	+1.643

Ansprechpartner/-innen im StBA: Timme, Florian--0611/75-4692--florian.timme@destatis.de
 Schmidt, David--0611/75-4369--david.schmidt@destatis.de
 Behre, Leon--0611/75-4184--leon.behre@destatis.de

Hinweis: Die Ergebnisse werden in der o.a. Tabelle nur abgebildet, da die Analyse und Erfüllungsaufwandsberechnung nicht in Excel, sondern einem speziellen Auswertungstool stattfindet. Änderungen an einzelnen Werten führen daher nicht zu Änderungen bei Summenbildungen.
 Die maschinell erstellten Ergebnisse wurden bei der Berechnung ohne Rücksicht auf die Endsumme auf- bzw. abgerundet. Bei der Summierung von Einzelangaben sind daher geringfügige Abweichungen in der Endsumme möglich.

